

Werner-Grübmeier-Archiv



Band 11

1988

**Der Kommunal-
Politiker
Werner
Grübmeier
für den
Harz und
St. Andreasberg**

Angaben: Archiv „Werner Grübmeier“ – von Renate Funke für die Stadt Braunlage / St. Andreasberg			
Nr.	Betrifft / Titel	Kurz-Beschreibung	Art des Materials
11	Band 11: 1988 Der Kommunalpolitiker Werner Grübmeier für den Harz u. Andreasberg		Klemmmappe / Zeitungsartikel / Fotos

05.01.1988: Artikel zum Jahreswechsel – Bürgermeister Grübmeier: 1987 war für die Bergstadt ein gutes Jahr / Bilanz

08.01.1988: Der zehnte Neujahrsempfang des Landkreises Goslar – Kein Grund zum Jubeln, aber Hoffungszeichen

08.01.1988: Auf Akkordeon-Reise und: CDU setzt Arbeitsgruppen ein

09./10.01.1988: CDU-Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker besuchten die TU Clausthal – Technologie-Transfer

19.01.1988: St. Andreasberger Winterfest eröffnet - ... und nächstes Jahr dann mit Schnee

19.01.1988: CDU-Stadtverband gab Neujahrsempfang (mit Peter Schenk) – „Vereine machen Andreasberg zu einem besonderen Ort“

26.01.1988: Kreistag verabschiedete Sparhaushalt

27.01.1988: Für die Stadtsanierung nötig: größeres Gebiet für Programm / Bedarf ist da, doch der Stadt fehlt das Geld für Eigenanteil

27.01.1988: Haushalt hat einen kleineren Fehlbetrag – Ohne Stadtsanierung nur Finanzloch von 1,4 Mio Mark

29.01.1988: Kunstregen für den Sportplatz? - Kirchengemeinde ist in der Krise / Martini-Gemeinde: Mitarbeiterproteste / Der Bauhof-Dachboden ist ein Müll-Zwischenlager – Eine Baugenehmigung wurde nie erteilt

02.02.1988: Ein großer Tag für Theo Weinhardt – 80 Jahre – Heimatbündler ehrten engagierten Mitsstreiter

- 09.02.1988: Da schnuppert man die Blume und sieht den Menschen – Kreisentscheid des Vorlesewettbewerbs/Bündner Schloss
- 10.02.1988: St. Andreasberg stellt Siegerin – Vorlesewettbewerb – Nicole Jagusch las am besten vor - Foto
- 13./14.02.1988: Aufzeichnung der „Aktuellen Schaubude“ in Braunlage / Eishalle / Drei Bürgermeister als Zugpferde – Foto
- 17.02.1988: Bergdankfest hat Existenzberechtigung – Martini-Gemeinde hält die Tradition wach – Olympia auch auf der Jordanshöhe
Nur zwei von drei Gästen kamen noch in die Bergstadt / Besucherzahlen im Januar um 29 Prozent gesunken
- 17.02.1988: Bergdankfest hat noch immer seine Berechtigung – Ein schöner Tag für die Kurende – Fotos
- 19.02.1988: Bei Nippons süßen Naschern ist Heribert Meier der Tortenkönig - ... nach Japanreise „völlig von den Socken“ (E. Deutsch)
- 19.02.1988: Die CDU dankt den Vereinen – Hauch von „großer Welt“ in St. Andreasberg: FS-Ansagerin Ulla Zitelmann „in Familie“
- 01.03.1988: In St. Andreasberger Rathaus ist alles offen – Es geht um die Ausschreibung der Stelle des Stadtdirektors
- 03.03.1988: Der Weg ist frei: Jochen Grogorenz wird Nachfolger von Stadtdirektor Baumgarten –Verzicht auf Ausschreibung
- 05./06.1988: Mehr Modernisierungsbau als Neubau - Goslar / Hoppmann-Bau GmbH
- 08.03.1988: Horst Ziel-Dipl.-Ing. Architekt-Aktennotiz Robinsonclub und Sport- u. Kurhotel St. Andreasberg /Golfplatz/Gespräche TUI
- 08.03.1988: Neuer Anlauf für Vorstandswahl im SPD-Ortsverband St. Andreasberg
- 12.03.1988: Pastorin Marwede in der Martini-Kirche ordiniert – Leserbrief: Pastor Gerts „durchgefallen“ – aber nicht bei uns

- 13.03.1988: Kreisbaurat Bamberg – Projekt: Martin Claus, Archäologie im südwestlichen Harzvorland - Fremdenverkehrsgebiet
- 23.03.1988: Schützengesellschaft weiter unter bewährter Leitung – Schützenvogt Günter Kattge
- 23.03.1988: Bergstadt St. Andreasberg – Einladung: Stadtdirektor Baumgarten vollendet seine 50jährige Dienstzeit / Ratsempfang Ostern 1988: Stadtdirektor Baumgarten feierte 50jähriges Dienstjubiläum
- (??) Trinkgeld für eine Osterpredigt
- (??) 1988: Landkreis Osterode will Harzüberquerung stoppen
- 06.04.1988: Brief Grübmeier an Staatskanzlei – Protestschreiben wegen „politischer Machenschaften“ und Verleumdung
- 12.04.1988: Städtetag will Kulturbkommen mit DDR „mit Leben erfüllen“ – Werner Grübmeier führt 15köpfige Delegation an
- 21.04.1988: Internationale Anerkennungen für Baudenkmale in der DDR?
- 21.04.1988: Heimatzeitung Gespräch mit W. Grübmeier – Kulturbkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR - viele Fotos Grübmeier: Begrüßungsstatement im Namen der Delegation des Niedersächsischen Städtetages
- (??) 1988: Foto Reichsbund – Jahreshauptversammlung
- 23./24.04.1988: Fallschirmjäger fielen vom Andreasberger Himmel – Demonstrationsübungen britischer Soldaten / Silberhütte ist Trainingszentrum der Rheinarmee
- 25.04.1988: Wir stehen an der Schwelle zur Fachklinik-Dr. Koblitz erläuterte vor CDU-Mitgliedern die Perspektiven der Rehberg-Klinik

- 03.05.1988: Einladung MP Ernst Albrecht an Grübmeier – ARE-Jahrestagung (AG Regionaler Energieversorgungsunternehmen)
- 06.05.1988: EDV-Nutzung auf kommunaler Ebene – Fachausschuss des Niedersächsischen Städtetages
- 17.05.1988: 3 Fotos Schützen-Könige Landkreis Goslar – Bad Harzburg: Kaiserwetter beim Treffen der Könige / längster Festzug
- 27.05.1988: Wirtschaftsminister Walter Hirche per Hubschrauber in St. Andreasberg / „Glückauf-Projekt“ wird positiv begleitet
Das Panorama-Bad benötigt Qualitätsverbesserung - Die Zukunft des Sägewerkes bereitet große Sorgen (Stürze / Konkursverfahren)
- 27.05.1988: HAZ – Urlaubsorte wollen Geld – das Land hat keins – Minister Hirche auf Inspektionsreise / St. Andreasberg plant
- 28./29.05.1988: Entscheidung über Stadtdirektor ist gefallen – Grogorenz tritt die Nachfolge von Karl-Heinz Baumgarten an
Thale wieder bei der CDU – Wirtschaftsausschuss neu besetzt / Ratsherr Humm aus beruflichen Gründen ausgeschieden
- 28./29.05.1988: Tageblatt - Aus der sicheren zweiten Reihe nach vorn – Gespräch mit Hans-Joachim Grogorenz
- 28./29.05.1988: Zur „tecla“-Einweihung gab es Sonnenschein und Jazz – CLZ
- 30.05.1988: „Neue Einsichten in die Natur sind notwendig“ - Naturschutz und Landschaftspflege - 9. Kreisbereisung – Fotos
Der Totengräber hat nur als Aaskäfer überlebt
- (??) 1988: Wenn Butterblumen fliegen – Politiker nutzten Informationsreise zu gelegentlichen Positionswechseln
- 30.05.1988: Kreisbereisung: Wiesenpflege ist vorbildlich – Andreasberger Pflege hat Modellcharakter – Kommt eine Schlittenbahn für den Wettkampfsport hierher? - Am 1. August nimmt der neue Musikpädagoge die Arbeit auf
- 31.05.1988: Oberkreisdirektor des LK Goslar – Geburtstagsschreiben an Grübmeier

- 31.05.1988: Hermann Kerl, Oberkreisdirektor a.D. – Geburtstagsschreiben und Dank an Grübmeier
- 01.06.1988: Präsident Niedersächsischer Landtag - Geburtstagsschreiben an Grübmeier
- 01.06.1988: Minister Wilfried Hasselmann - Geburtstagsschreiben an Grübmeier
- 01.06.1988: Direktor AOK Nordharz - Geburtstagsschreiben an Grübmeier
- 01.06.1988: Geburtstagsschreiben an Grübmeier
- 01.06.1988: Der Rektor der TUC - Geburtstagsschreiben und Dank an Grübmeier
- 01.06.1988: CDU-Landtagsfraktion - Geburtstagsschreiben an Grübmeier
- 20.06.1988: Minister Hasselmann und die mittelständische Wirtschaft im Harz – Mio.-Aufträge laufen an Andreasberg vorbei
- 08.07.1988: Schreiben / aus Mailand – Dario W. Rivolta
- 13.07.1988: OKD Kreis Minden-Lübbecke – Veranstaltungs-Anfrage „Führungsmannschaft der Kreisverwaltung“ in Schullandheim
- 21.07.1988: Einladung Staatshochbauamt CLZ – Richtfest Neubau Institut für Umweltverfahrenstechnik u. Informatik-Labor
- 21.07.1988: Bergstadt St. Andreasberg: Musikerziehung in St. Andreasberg „Treffpunkt Musikschule“ /“Freizeitpädagoge“
- 28.07.1988: Bedarfszuweisung: die Bergstadt fühlt sich von Bezirksregierung unter Druck gesetzt
- 28.07.1988: Stadt mit Fremdenverkehrsbeitrag unter Druck – Bezirksregierung Braunschweig: entweder – oder

- 17.08.1988: Innenminister Hasselmann – bedankt sich für moralische Unterstützung gegen heftige Journalisten-Kritik
- 20./21.08.1988: Karl-Heinz Baumgarten letztmals als Stadtdirektor vor dem Rat – Der Grundstraße nochmals auf den Grund gegangen
- 23.08.1988: Tageblatt-Gespräch-Geburtstag mit Stadtdirektor K.-H. Baumgarten/Heute ist man dem Rathaus gegenüber viel kritischer
- 24.08.1988: St. Andreasbergs Stadtdirektor Baumgarten erhielt am Tage seines 65. Geburtstags Entlassungsurkunde / Dem Nachfolger ein großes Paar Schuhe hinterlassen – 34 Jahre Hauptverwaltungsbeamter
- 24.08.1988: Baumgarten: selbst ein Stück Geschichte – 180 Gäste kamen, um zum 65. Geburtstag zu gratulieren - Fotos
- 25.08.1988: Niedersächsischer Städtetag / Dr. Peil: Grübmeier zu ordentlichem Mitglied im Präsidium benannt
- 02.09.1988: Bürgermeister überreichte dem neuen Stadtdirektor (Grogorenz) die Ernennungsurkunde
- 02.09.1988: Hans-Joachim Grogorenz nun als „Dirigent“
- 03.09.1988: Mit zwei Förderprojekten auf neuen Wegen / Dr. Witusch für Musikerziehung und Dirk Pläschke als Freizeitpädagoge
Auf musikalische Traditionen besinnen
- 03.09.1988: Rudi ruft und Dr. Witusch bringt Töne bei – Großes Interesse der Bürger / Vorlauf: 16./17.04. Musikpädagogin/Für Musik
- 03.09.1988: 100. Geburtstag Elsa Böttcher – auch der Bundespräsident gratulierte
- 3./4.09.1988: Grußwort zum St. Andreasberger Stadtfest am 3./4. - Sept. 1988 Grübmeier / Grogorenz
- 06.09.1988: Werner Grübmeier im Präsidium des Niedersächsischen Städtetages / 3 Seiten

- 06.09.1988: Andrang bei Stürze-Versteigerung
- 07.09.1988: Jolanthes Gewicht blieb selbst Maria ein Geheimnis – Ideenreiche Aktivitäten beim 8. St. Andreasberger Stadtfest
- 10./11.09.1988: Walderneuerungsprogramm zu 20 Prozent erledigt – Forstbeamte gegenüber „Waldmöblierung“ misstrauisch
- 13.09.1988: Schreiben Grübmeier an Geschäftsführung LVA – Anfrage wegen Fachklinik für AHB / Dr. Marx-Gruppe/Berlin
- 16.09.1988: Rita Süßmuth kommt zu Gesundheitstagen in die Bergstadt und hält Fachvortrag
- 16.09.1988: wettkampfgerechte Rodelbahn – St. Andreasberg baut auf Spezialisten aus der DDR
- 16.09.1988: Neufanger Stollen soll für Besucher geöffnet werden / 2 Seiten: Neufang-Stollen soll Museumsstollen werden
- Sept. 1988: Martini-Gemeinde/Der Kirchenvorstand – Spendenaufruf für Renovierung der Friedhofskapelle
- 20.09.1988: Niedersachsen-CDU / Der Generalsekretär – Auftrag / Beratertätigkeit für Medienfragen
- 20.09.1988:** Der steigenden Mitgliederzahl Rechnung getragen – Tennisclub St. Andreasberg weihte 3. Platz ein – 1. Schlag des BM saß
- 20.09.1988:** Warten auf Studie aus der DDR – Mit Rodelbahn auf Glatteis? / Seit Wochen tut sich nichts mehr
- 21.09.1988: „Grundsätzliches Interesse“ an Reha-Klinik – mit Dipl.-Ing Horst Ziel, Berliner Architekt u. Grübmeier
- 28.09.1988: Wiedersehensfreude und viel Gesprächsstoff – Ehemalige Andreasberger zu Gast in ihrer Bergstadt
- 28.09.1988: „Ehemalige“ haben die Wetterhärte nicht verloren

- 13.10.1988: CUTEC-Kursus „Deponieren von Abfällen“
- 14.10.1988: Bergstadt in Sanierungsprogramm aufgenommen – Erhebliche Zuschüsse auch für private Maßnahmen
- 14.10.1988: 1. CDU kämpft um Hahnenkleer Rodelbahn und: 2. Nur ein Investitionskosten-Zuschuss für Bergbaumuseum in Goslar
- 19.10.1988: 26 Experten der Umwelttechnik – Pilotprojekt „Forschungsverbund der TU Clausthal“ in St. Andreasberg gestartet
Fotos und Programm – Bergstädter nicht angesteckt von der Hektik im Börsensaal – 4 Seiten
- 21.10.1988: Der Weg ist weit von der musikalischen Früherziehung zur Hausmusik in St. Andreasberg – Geige oder Denver-Clan
- 27.10.1988: „Keramik – Alte Kunst – Moderne Technik“ – Technologische Entwicklung dank moderner Ingenieurkeramik
- 28.10.1988: CDU holte sich genaue Informationen über Kreishaushalt
- 28.10.1988: Investive Ausgaben sollen gestärkt werden
- Okt. 1988: Landesverbandstagung Reichsbund Weser-Ems-Halle Oldenburg – Fotos / Wechsel im Rat / Feierabendschau/Stadtfest
- 31.10.1988: Vier Bäume „Grundstein“ für eine neue Allee – Bürgermeister packte kräftig zu – Blaskapelle u. Feuerwehr halfen
- 01.11.1988: Landesversicherungsanstalt Hannover – Errichtung einer Fachklinik für Anschlussheilbehandlungen in St. Andreasberg
- 02.11.1988: Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Berufung in den Fernsehrat des ZDF
- 04.11.1988: ZDF / Der Intendant – Prof. Stolte – Bestätigung ZDF-Fernseherrat
- 11.11.1988: Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Bestätigung der Annahme

- 28.11.1988: Werner Grübmeier im Fernsehrat des ZDF
- 25.11.1988: Welt am Sonntag – Namen u. Nachrichten - Werner Grübmeier im Fernsehrat des ZDF
- 28.11.1988: Goslarsche Zeitung - Werner Grübmeier im Fernsehrat des ZDF
- 30.11.1988: Prof. Leschonski / TUC – Glückwünsche - Werner Grübmeier im Fernsehrat des ZDF
- 30.11.1988: „Fremdenverkehrsbeitrag ist ordnungspolitisch falsch“
- 11.1988: Nahverkehr weiter verschlechtert – CDU fordert Anruf-Sammeltaxen
- 01.12.1988: Bei der nächsten Diskussionsrunde steht der Beitragsmodus im Vordergrund – Fremdenverkehrsbeitrag und: DGB diskutierte kommunalpolitische Situation der Bergstadt und ihrer Abhängigkeit
- Leserbriefe „Alle Lichter erloschen“ – Bude „Gefährlicher Seiltanz“
- 03./04.12.1988: Neues Kreisverwaltungsgebäude – Markstein in der Geschichte des Landkreises
- 05.12.1988: Den neuen Schwung nutzen – Bürgermeister Grübmeier richtet Brief an Bürger
- 07.12.1988: Brief Hasselmann an Grübmeier – Danke für Solidaritätsadresse der Fraktion
- 08.12.1988: Russischer Botschafter auch im „Internationalen Haus Sonnenberg“ – deutsch-sowjetisches Kulturabkommen
Hotel „Glockenberg“ 35 Jahre im Besitz der Familie Reinhold

- 12.12.1988: Kreissportbund Goslar – Bau einer sportgerechten Rennschlittenbahn
- 12.1988: Musikschule servierte wohlklingendes Adventsgeschenk – Kammerorchester in der Martini-Kirche / Dr. Witusch
- 14.12.1988: Niedersächsischer Landesrundfunkausschuss – Gratulation zu ZDF-Fernsehrat
- 12.1988: HAZ „Zur Person“ - Werner Grüb Meyer im Fernsehrat des ZDF
- 12.1988: Grüb Meyer: Albrecht will NDR nicht zerschlagen!
- Dez. 1988: NILEG – Dank und gute Wünsche (auch für weitere Zusammenarbeit) für das Neue Jahr
- 21.12.1988: Das düstere Zukunftsbild hat sich aufgeheitert – Finanzlage lässt Raum für Investitionen – Randnotizen vom Kreistag
- 22.12.1988: Dokumentierte Ohnmacht des Rates – Im Zustand des Kasernennotstandes – Rat dokumentiert Zwang zur Entscheidung
- 22.12.1988: Fremdenverkehrsbeitrag: Nach langer Diskussion stimmte der Rat zögernd zu
- (?) 1988: Grüb Meyer Haushaltsrede – CDU Kreistagsfraktion – 17 Seiten Rede-Manuskript
- 23.12.1988: Rat dokumentierte den Zwang zur Entscheidung
- Weihnachten 1988: Grußwort der Bergstadt zum Fest / Grüb Meyer / Grogorenz
- (?) 1988: Samson-Sanierung begann / Weihnachtsstollen für Senioren - diverse Fotos

- (?)12.1988: Feststimmung herrschte nur unter den Dächern – Christfestandachten in den Gotteshäusern waren gut besucht
Senioren feierten Weihnacht
- 29.12.1988: Grübmeyer – Weihnachts- Jahreswechsel-Brief an die „Lieben Kollegen“ ...
- 29.12.1988: Mit Humor und Phantasie gegen „Verkalkung“ Dr. Heinrich Kutsch bei Seniorenstammtisch und im Kurhaus
- 30.12.1988: Rückblick in Schlagzeilen: Vieles angerührt, was erst im kommenden Jahr „greift“ – Viel Bewegung im „Jahr danach“
- 31.12.1988: Für die Turmbläser ist sonntäglicher Frühsport angesagt
- 31.12.1988: Neue Presse / Hannover: Wenn der Winter den Harz verzaubert ... nur im Originalband

1987 war für die Bergstadt ein gutes Jahr

Bürgermeister Werner Grübmeier wendet sich zum Jahreswechsel an die Bürger

Liebe Andreasberger Mitbürger,

gern würde ich Ihnen persönlich, am liebsten jedem einzelnen, meine guten Wünsche für das »Neue Jahr« überbringen.

Da dies natürlich nicht möglich ist, freue ich mich darüber, daß unsere Heimatzeitungen dies übernehmen und ich ihnen auf diesem Wege »die Hand schützen« kann.

Fast überall in der Welt ist es üblich, daß man die Stunden zwischen zwei Jahren in heiterer und unbeschwerter Ausgelassenheit begibt. Ich hoffe, daß auch Sie ein wenig Freude und Frohsinn erleben dürfen.

Ich denke natürlich auch an die Frauen und Männer, denen persönliches Leid gerade diese Stunden nicht leicht haben lassen. Der Jahreswechsel ist aber auch immer ein Anlaß zur Besinnung; zu einem kurzem Rückblick auf das vergangene und einen Ausblick auf das kommende Jahr.

Unsere schnellebeige Zeit erfordert geradezu diese Minuten des Innehaltens, Nachrichtenhorchens, Sichbesinnens. Wenn ich dabei das Geschehen unseres Jubiläumjahres 1987 denke, dann erfüllen mich Gefühle der Dankbarkeit! Was war das für ein Jahr für unser Sankt als Gemeinwesen. Es hat uns von Januar bis Anfang Dezember in Atem gehalten! Es hat unsere ganze Kraft gefördert, aber auch gezeigt, was bürgerschaftliche Gemeinsamkeit zu leisten vermag.

Ich fühle mich schon aus diesem Grunde veranlaßt, über die Größe zum Jahreswechsel, die Stadtdirektor Baumgarten und ich über die Heimatzeitungen an Sie herangetragen haben, hinaus doch noch ergänzende und vertiefende Aussagen hinzuzufügen.

Die zahlreichen anderen Jubiläen und »Geburtsstage«, die das Bild unserer 500-jährigen Heimatstadt zusätzlich schmückten, ergänzten und verstärkten, waren harmonisch eingebunden in die Veranstaltungskette des Jahresrahmens

1987. Hinter uns liegt nun ein für St. Andreasberg ereignisreiches, erfülltes Jahr mit vielen bunten Facetten und zahlreichen Höhepunkten, die uns lange in Erinnerung bleiben werden.

Den Dank, den Rat und Verwaltung wegen dieser in diesem Umfang nicht unbedingt zu erwartenden Initiativen und unterstützenden Arbeiten bei unterschiedlichsten Gelegenheiten öffentlich abstatteten, konnte darum auch nur den Vertretern der Vereine, Gruppen, Institutionen und Behörden offiziell ausgesprochen werden.

Doch das vergangene Jahr hat uns wieder einmal gezeigt, daß in den Mauern unserer Heimatstadt viele Menschen bereit sind, ihre Zeit und ihre Kraft zur Verfügung zu stellen. Sie sprechen nicht groß darüber, sie sind ganz einfach da, springen ein, helfen! Ihnen allen, die oft nicht genannt werden, deren Hilfe bei uns beinahe zur Selbstverständlichkeit geworden ist, danke ich in dieser Stunde.

Danken möchte ich auch den kreativen und risikofreudigen Unternehmern, die den Einwohnern Arbeitsplätze sichern. Sie sind der Garant für eine lebensfähige Gemeinde.

Froh bin ich darüber, daß ein Brückenschlag zu unseren Zweitwohnungs-Mitbürgern zustande gekommen ist. Er könnte zusätzliche, positive Kräfte freisetzen, die uns allen dienen.

Unsere Heimatzeitungen haben das Jahr kritisch-fördernd, umfassend begleitet. Hörfunk und Fernsehen haben großzügig und werbewirksam geholfen. Das erkennbare Ansteigen der Übernachtungszahlen war in diesem Zusammenhang ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt.

Es sind Schriften und Bücher in und über St. Andreasberg geschrieben und wieder aufgelegt worden, die Zeugnis ablegen über verpflichtende Geschichte und richtungsweisende Tradition.

All dies aber wurde übertroffen von dem deutlich spürbaren und sich ständig

verstärkenden Zusammenrücken der Andreasberger, Bürger und Rathaus bildeten wieder eine Einheit. »St. Andreas reviscens« (der wiedererstandene Andreas), war man versucht, zu sagen. Ich war in diesen vergangenen Wochen und Monaten stolz darauf, Bürgermeister dieser Stadt sein zu dürfen.

Lassen Sie uns diese Aufbruchstimmung, diesen Schwung nutzen. Wenn derartig sichtbar ist, daß ein Gemeinwesen bereit ist, sich selbst zu helfen, aktiv und lebendig ist, wird zusätzlich Hilfe von außen wie von selbst angezogen! Alles in allem also ein gutes Jahr!

Ein Jahr ganz ohne Sorgen? Gewiß nicht! Natürlich hatten und haben wir auch Sorgen:

— Sorgen, weil wir trotz sparsamster Haushaltsführung und einer nicht unerheblichen Belastung unserer Mitbürger unseren Verwaltungshaushalt nicht aus eigener Kraft abdecken können.

— Seit Jahrzehnten Bedarfszuweisungsgemeinde zu sein, keine freiwilligen Leistungen (auch dort, wo sie sinnvoll wären) erbringen zu können, ist nicht gerade ein Motivationsschub für gemeindliche Selbstverwaltung.

— Sorgen, weil wir unseren Mädchen und Jungen nicht die Palette adäquater Berufe bieten können, um die meisten von ihnen an ihre Heimat zu binden, an der sie hängen.

— Sorgen, weil wir den Bevölkerungsschwund nicht stoppen können. Natürlich sind wir nicht so phantasieolos, um nicht die »Rezepte und Rezepturen« zu kennen, mit denen eine erfolgreiche »Revitalisierung« in Gang gesetzt werden könnte.

Wir kennen auch die »Ärzte«, die bereit wären, derartige »Stärkungsmittel« zu verordnen. Zweifel hegen wir allerdings, ob in einer Zeit der notwendigen »Kostendämpfung im Gesundheitswesen« genügend offene Kassen gefunden werden, die bereit sind, die »Durst-

strecke einer Rekonvaleszenz« mit uns durchzustehen!

Doch Sorgen sind wie Kleinkinder; je mehr man sie hätschelt, um so besser gedeihen sie! Darum müssen wir, ohne die Sorgen zu verdrängen, den Blick nach vorn richten!

Das letzte Kalenderblatt des Jubiläumjahres 1987 ist umgeschlagen; ein neues Jahr liegt vor uns. Wir werden begonnene Arbeiten fortsetzen...

— Größere Flächen unseres Wiesenbereiches sollen — nach Gesprächen mit den betroffenen Mitbürgern — unter Naturschutz gestellt werden. Damit wollen wir nicht nur unseren Beitrag, (Lebensraum für bedrohte Lebewesen und Pflanzen zu schaffen),

leisten. Wir glauben auch, daß diese einmaligen montanen Wiesen in Laufe der Jahre ihre alte Schönheit wiedergewinnen werden.

— Erste Sanierungsmaßnahmen der »Altstadt« sollen anlaufen.

— Der Sportplatz soll für die Schule und die Vereine zu einer gern genutzten Übungsstätte umgestaltet werden.

Damit spreche ich nur einige Punkte an.

Da der Fremdenverkehr eine wichtige Basis zur Fortentwicklung unseres Kurortes darstellt, werden wir gemeinsam zu überlegen haben, wie durch noch unmittelbare Zuwendung, durch noch interessantere Angebote, durch noch bessere Betreuung (Animation) einmal gewonnene Gäste zu Dauergästen werden.

Wenn wir mit der Geschlossenheit von 1987 an alle notwendigen Aufgaben herangehen, werden wir am Ende dieses Jahres wiederum sagen können: Es war ein gutes Jahr!

Mit hoffnungsvollem Glück Auf
Werner Grübmeier

Der zehnte Neujahrsempfang des Landkreises Goslar

Kein Grund zum Jubeln; aber Hoffnungszeichen für die Zukunft

CLAUSTHAL-ZELLERFELD me — Auf trockenen Straßen durch einen schönen Frühlingsabend — der Sturm hatte sich artig gelegt — rollten die Vertreter der zusammengeführten Familie der Unter- und Oberharzer zum zehnten Neujahrsempfang des Landkreises gen Clausthal-Zellerfeld; denn auch das Jahr 1988 sollte in der Aula der Technischen Universität begonnen werden. Hausherr

nem Hause ausgingen und ausgehen und fügte einen Dank an Kreistag und Kreisverwaltung hinzu. Seine TU nannte er eine »sachlich und pragmatisch arbeitende Universität, in der geistiger Hochmut selten ist«, und stellte die Schwierigkeiten heraus, Entscheidendes für einen Abbau des Süd-Nordgefälles zu tun, wissenschaftliche Kapazitäten anzuwerben oder auch nur festzuhalten. Ein richtiger und

ziehen und über Technologie-Transfer die TU-Forschung dem Harz nutzbar zu machen.

Landrat Homann sah an der Schwelle des neuen Jahres keinen Grund zum Jubeln und keinen Trost für die 6 000 erwerbslosen Menschen im Landkreis Goslar darin, daß in anderen Regionen die Arbeitslosenquote noch höher liegt, zumal ein neuer Schlag zu erwarten ist. Das



Harzer Brauchtum als Rahmen

Hinterhergerannt

GOSLAR me — Landrat Klaus Homann gab es in seiner gemeinsam mit OKD Müller vorgenommenen Verleihung des geteilten Umweltschutzpreises zu: die ausgezeichneten Gruppen hatten längst mit ihren eigenen Tätigkeiten begonnen, als der Landkreis noch immer über die Stiftung eines Umweltschutzpreises beriet. Die Politik rannte hinter der Wirklichkeit her und schuf sich bestenfalls ein Alibi.

Aber dennoch ist die Entscheidung gutzuheißen; denn der Umweltschutzpreis ist ausschließlich an aktive Jugendgruppen adressiert und gewinnt dadurch an Bedeutung für die Zukunft.

Wer die fröhlichen Gesichter der Jugendlichen sah, hatte seine Freude nicht nur an deren Leistungen, sondern auch an der Aufhellung der Versammlung von »Würdenträgern« durch ein erfrischendes Element.

Vielleicht ergibt sich aus diesem von allen wahrgenommenen Unterschied gegenüber anderen Neujahrsempfängen eine weitere Idee, wie man Generationen stärker zusammenführt und bindet, in gegenseitige Verantwortung nimmt und damit Zukunft beschwört.



Geballte Prominenz lauscht Landrat Homann

Prof. Dr. Müller wertete die Tatsache, daß dieser Empfang zum siebenten Male dort stattfand, wo »eine solche Konzentration von wissenschaftlicher Kraft wie nirgendwo sonst im Landkreis« vorhanden ist, als Anerkennung für die gute Zusammenarbeit und die Impulse, die von sei-

wichtiger Entschluß des Kreistags sei es nach langen Querelen gewesen, die Struktur des Krankenhauses Clausthal-Zellerfeld der »Qualität der Ärzte« anzupassen. Auch das erleichtere die vorgenannten Aufgaben, wissenschaftliche Kapazitäten in die Oberharzer Universität zu

Auslaufen des Bergbaus im Rammelsberg sei nicht überraschend gekommen, wohl aber der Preußag-Beschluß, die Zinkhütte Harlingerode zu schließen. Mittlerweile sei wohl allen Politikern klar geworden, daß gegen die betriebswirtschaftliche be-



Stets im Mittelpunkt: Hermann Kerl

sten Jahr des Bestehens des Kreissportbundes Goslar ein Bau-Marathon zuende und den Finanzen die Puste aus. Auf einem hohen Standard könne nun rundherum gute Vereinsarbeit geleistet werden. Und als weiteren Pluspunkt wertete er die »liebenswerten Menschen mit ihren ortstypischen Eigenarten«. Sie seien »fleißig, sparsam und knorrig, flexibel und nicht angepaßt«. Landrat Homann empfahl: jedem seine eigene Art lassen und die Unterschiede pflegen; aber besonders im Fremdenverkehr mit einer Stimme zu sprechen.

Das Zukunftskonzept

Nach einem nochmaligen öffentlichen Dank an Oberkreisdirektor Erhardt Müller für 25jährigen persönlichen Einsatz für die Region entwickelte er mit einem ebenso schlichten wie verpflichtenden Satz die Zukunftskonzeption: wir müssen 1988 damit beginnen, Ideen zu entwickeln und gemeinsam in die Tat umzusetzen, die keine Millionen kosten. Daß er dabei mit mehr als einem Seitenblick auf den Hausherrn schaute, war sicherlich kein Zufall.

Mit geradezu herzlichen Worten bedankte sich der Landrat bei allen Ehrenamtlichen, aber noch einmal ganz besonders bei den M...



Harzer Brauchtum als Rahmen

Hinterhergerannt

GOSLAR me — Landrat Klaus Homann gab es in seiner gemeinsam mit OKD Müller vorgenommenen Verleihung des geteilten Umweltschutzpreises zu: die ausgezeichneten Gruppen hätten längst mit ihren eigenen Tätigkeiten begonnen, als der Landkreis noch immer über die Stiftung eines Umweltschutzpreises beriet. Die Politik räume hinter der Wirklichkeit her und schuf sich bestenfalls ein Alibi.

Aber dennoch ist die Entscheidung gutzuheißen; denn der Umweltschutzpreis ist ausschließlich an aktive Jugendgruppen adressiert und gewinnt dadurch an Bedeutung für die Zukunft.

Wer die fröhlichen Gesichter der Jugendlichen sah, hatte seine Freude nicht nur an deren Leistungen, sondern auch an der Aufhellung der Versammlung von »Wüdnenträgern« durch ein erfreuliches Element.

Vielleicht ergibt sich aus diesem von allen wahrgenommenen Unterschied gegenüber anderen Neujahrsempfängen eine weitere Idee, wie man Generationen stärker zusammenführt und bindet, in gegenseitige Verantwortung nimmt und damit Zukunft beschwört.



Geballte Prominenz lauscht Landrat Homann

Prof. Dr. Müller wertete die Tatsache, daß dieser Empfang zum siebenten Male dort stattfand, wo »eine solche Konzentration von wissenschaftlicher Kraft wie nirgendwo sonst im Landkreis« vorhanden ist, als Anerkennung für die gute Zusammenarbeit und die Impulse, die von sei-

wichtiger Entschluß des Kreistags sei es nach 11 langen Querelen gewesen, die Struktur des Krankenhauses Clausthal-Zellerfeld der »Qualität der Ärzte« anzupassen. Auch das erleichtere die vorgezeichneten Aufgaben, wissenschaftliche Kapazitäten in die Oberharzer Universität zu

Auslaufen des Bergbaus im Rammelsberg sei nicht überraschend gekommen, wohl aber der Preußag-Beschluß, die Zinkhütte Harlungende zu schließen. Mittlerweile sei wohl allen Politikern klar geworden, daß gegen die betriebswirtschaftliche begründbare Unternehmensentscheidungen kein gutes Zureden hilft; aber in Harlungende bedauerte er, daß die Preußag die sinnvollen Vorschläge des Betriebsrats zur Überwindung der Durststrecke nicht akzeptierte.

Negatives überwog

1987 habe es viele negative Entwicklungen gegeben. Die Bevölkerungszahl schrumpfte weiter, die Soziallasten stiegen rapide an. Die Schließung des Kreiskrankenhauses Braunlage sei für ihn persönlich die schmerzlichste Entscheidung



Besonders begrüßt: MdB Dr. Sprung in seiner 15jährigen politischen Arbeit gewesen. Aber Entscheidungen müssen sein: auch hinsichtlich der Hochtemperatur-Verbrennungsanlage Harlungende in Abwägung widersprüchlicher, aber nicht unvereinbarer Interessen. Homann richtete den Blick nach drüben auf die Hauptverursacher des Smogs und die eigenen Umweltschutzmaßnahmen. »Die Belastung ist nicht größer geworden, sondern sogar geringer, aber das Umweltbewußtsein ist gewachsen und setzt andere Maßstäbe.«

Aber auch Erfreuliches

Die Liste der erfreulichen Dinge war kürzer. Den Verzicht auf die Realisierung der Harzwasserwerk-Pläne bezeichnete er nicht nur als eine Freude »für uns und unsere kommunalpolitischen Schwestern und Brüder im Landkreis Osterode«, sondern auch als einen ermutigenden Beweis, daß die Legislative und die Exekutive fähig sind, liebgeordnete und hochgelobte Entscheidungen zu korrigieren. Mit der Einweihung der Sporthallen in Goslar und Bad Harzburg — es sind die achte und neunte im Landkreis — gebe im 40

Stets im Mittelpunkt: Hermann Kerl

sten Jahr des Bestehens des Kreisportbundes Goslar ein Bau-Marathon zuende und den Finanzen die Puste aus. Auf einem hohen Standard könne nun rundherum gute Vereinsarbeit geleistet werden. Und als weiteren Pluspunkt wertete er die »liebenwertesten Menschen mit ihren ortstypischen Eigenarten«. Sie seien »fleißig, sparsam und knorrig, flexibel und nicht angepaßt«. Landrat Homann empfahl; jedem seine eigene Art lassen und die Unterschiede pflegen; aber besonders im Fremdenverkehr mit einer Stimme zu sprechen.

Das Zukunftskonzept

Nach einem nochmaligen öffentlichen Dank an Oberkreisdirektor Erhard Müller für 25jährige persönlichen Einsatz für die Region entwickelte er mit einem Satz die Zukunftskonzeption: wir müssen 1988 damit beginnen, Ideen zu entwickeln und gemeinsam in die Tat umzusetzen, die keine Millionen kosten. Daß er dabei mit mehr als einem Seitenblick auf den Hausbarn schaute, war sicherlich kein Zufall.

Mit geradem herzlichen Worten bedankte sich der Landrat bei allen Ehrenamtlichen, aber noch einmal ganz besonders bei den Menschen, von denen man erwartet, daß sie mehr als ihre Pflicht tun: den Helfern von kranken, schwachen, alleingelassenen und alten Menschen. Und an die Politik und die Politiker appellierte er: wenn 1987 das Jahr des verlorenen Vertrauens gewesen sein sollte, sei 1988 alles zu tun, um es wiederzugewinnen.

Die Oberharzer Brauchtumsgruppe sorgte für den musikalischen Rahmen, die Schülerinnen und Schüler der Oberberg- Albert-Schule für die lebliche Betreuung. Die Kreisparkasse Clausthal Zellerfeld und Sälzgitter-Bad übernahmen nicht nur die Kosten, sondern hielten für jeden Besucher ein kleines Präsent »Einführung in die Geologie des Westharzes« zur Hand, und nach der Vergabe der ersten Umweltschutzpreise gab es hinreichend viel genutzte Gelegenheiten zu Gesprächen, Kontakten und Erfahrungsaustausch.



Auf Akkordeon-Reise können die St. Andreasberger am Sonntag, 10. Januar, um 15 Uhr im Kurhaus gehen. Zu Gast ist das Akkordeon-Orchester aus Duderstadt. Die aus jungen Musikern bestehende Gruppe spielt volkstümliche Musik und regt zum Mitsingen an. Auf dem Programm steht eine musikalische Reise vom Harz bis nach Paris. Die Leitung der Veranstaltung hat Dirigent Wolfgang Kahl. Eintritt frei.

CDU setzt Arbeitsgruppen ein

Naturschutz und Stadtsanierung erfordern intensive Vorbereitung

ST. ANDREASBERG. Gleich am ersten Montag im neuen Jahr traf sich die CDU-Fraktion, um die Tagesordnungen der nächsten Ausschusssitzungen zu erörtern. Bürgermeister Werner Grübner und Fraktionsvorsitzender Bernd Peter Rath berichteten über den Klönabend mit den Zweitwohnungsbesitzern, den sie als interessant, aufschlußreich und harmonisch bezeichneten.

Für 1988 will die CDU neue Aktivitäten vorstellen. Eine lebhaftere Aussprache löste der Winterdienstesatz-

plan aus. Angeregt diskutierte man das alte/neue Problem eines Umzuges der Kurverwaltung. Noch nicht einverstanden erklären kann sich die Fraktion mit den Öffnungszeiten des Hallenbades. Aus ihrer Sicht dürfen Urlaubsfragen in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen.

Zwei Arbeitsgruppen „Naturschutzgebiete“ und „Stadtsanierung“ wurden eingesetzt. Sie sollen sich mit der Materie ausführlich befassen und später gegenüber der Fraktion berichten.

ka



Zu einem Gespräch über Technologietransfer besuchten CDU-Politiker die TU Clausthal. Auf dem Foto von links: Dr. Sprung, MdB, Rektor Prof. Dr. Müller, Prorektor Prof. Dr. Hennicke, Jürgen Sikora, MdL, Heribert Meier und Werner Grübmeier. Foto: HaBe

CDU-Bundes-, -Landes- und -Kommunalpolitiker besuchten die TU Clausthal:

Technologie-Transfer muß noch konkreter werden

Kommunale Eifersüchteilen beenden und die Region als Ganzes sehen – Kein „Ausverkauf“ der TU nach Goslar

CLAUSTHAL-ZELLERFELD. Zu einem Informationsbesuch kamen am Donnerstag die CDU-Politiker Dr. Sprung, MdB, die Landtagsabgeordnete Dorka und Sikora sowie die Kreis- und Kommunalpolitiker Werner Grübmeier und Heribert Meier zur TU Clausthal. Im Mittelpunkt des Gespräches, an dem von Hochschulseite Rektor Prof. Dr. Müller, Prorektor Prof. Dr. Hennicke, Prof. Dr. Leschonski, Prof. Dr. Jeschar, Prof. Dr. Draugelates und der Technologie-Transferbeauftragte Dr. Schumann teilnahmen, sollte der Technologietransfer stehen, jedoch wurden Fragen des Technologiezentrum wie auch Raumprobleme der Hochschule ebenso angeschnitten. In diesem konstruktiven Gespräch wurde von Politikseite betont, daß man endlich „Nägel mit Köpfen“ machen wolle, daß es, so Dr. Sprung, Zeit sei, von Technologietransfer nicht nur zu reden, sondern ihn auch zu machen. Erfreut nahmen die Politiker zur Kenntnis, daß auf diesem Gebiet an der TU Clausthal schon vieles gut läuft und man auf die guten Anfangserfolge, hofft aufbauen zu können. Intensiv erörtert wurden die mit dem Technologietransfer in engem Zusammenhang stehenden Fragen der Firmengründungen von jungen Wissenschaftlern und die Ansiedlungen junger Betriebe.

Schwerpunkt Umweltschutz

Man habe zwei Ziele, die mit diesem Besuch verfolgt werden sollten, erklärte Dr. Sprung. Zum einen wolle man über konkrete Situationen sprechen und sehen, inwieweit Politiker Hilfestellung geben könnten. Er hob die große Bedeutung der TU Clausthal in Fragen des Umweltschutzes hervor und meinte, daß sich auf diesem Gebiet auch im Zusammenhang mit der von der Preussag geplanten HTV Ansätze zur Zusammenarbeit ergeben könnten, wie die TU Clausthal als Partner für Fragen in der Abfallbeseitigung ganz allgemein in Frage komme. Dr. Sprung ließ durchblicken, daß Bundesumweltminister Töpfer sich über die Schwerpunkte der TU Clausthal im Bereich des Umweltschutzes informieren werde und das eventuell bei einem Besuch

der Hochschule geschehen könne. Zum zweiten wolle Dr. Sprung von der Hochschule konkrete Probleme genannt haben, die, z. B. im administrativen Bereich, Technologie-Transfer erschweren. „Wenn das der Fall ist, muß das ausgeräumt werden. Da können Sie uns beim Wort nehmen“, versprach Dr. Sprung, dessen Anliegen es ist, den Technologie-Transfer zwischen Hochschule und der regionalen Wirtschaft noch konkreter zu machen, denn seiner Meinung nach liegt darin eine Möglichkeit für die Zukunft, die Region aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen.

Gleitender Übergang gewünscht

Vor solchen „Höhenflügen“ warnte allerdings Prof. Draugelates, denn die neuen Technologien seien personalarm. Es sei illusionär, zu hoffen, damit freigesetzte Arbeitskräfte neu zu beschäftigen. Er wies darauf hin, welch hartes Geschäft für junge Wissenschaftler, die aus der Hochschule kommen, Firmengründungen seien. „Die Idee allein reicht nicht aus“, so Prof. Draugelates, der, wie seine Kollegen auch, die Hindernisse beklagte, die bei Firmengründungen zu überwinden seien und eine zentrale Anlauf- bzw. Beratungsstelle, wie etwa in Baden-Württemberg praktiziert, für vorteilhaft hielt. Einen „gleitenden Übergang“ von der Hochschule in die Wirtschaft solle es bei Firmengründungen geben, forderte Prof. Leschonski, denn es sei bei Firmengründung normalerweise kein Startkapital vorhanden, so daß die jungen Wissenschaftler den allmählichen Ausstieg aus der Hochschule und Einstieg in die Wirtschaft brauchten. Kritisiert wurde von Hochschulseite die vom Land vorgeschriebene starre Handhabung bei Nutzung von Hochschuleinrichtungen durch Außenstehende, wie z. B. dem Rechenzentrum, das von den Firmen des Technologiezentrums nicht mitgenutzt werden kann, obwohl freie Kapazitäten das zuließen. Kritik erfuhr auch die Steuergesetzgebung, die sowohl Nebentätigkeiten der Hochschullehrer aber auch Neugründungen von Firmen unattraktiv machen. „Wenn man mit

Politikern redet, hört man viel Verständnis, doch passieren tut nichts. Hochschullehrer haben keine Lobby“, bedauerte Prof. Leschonski, wobei er sich auf den sogenannten „Gauklerparagrafen“ bezog, der zum Leidwesen der Hochschullehrer weggefallen sei, und dadurch das Einwerben von Drittmitteln verbunden mit einer Nebentätigkeit finanziell bestrafe.

Sogwirkung entwickeln

„Wer soll was wo machen und mit wessen Geld?“ brachte Prof. Draugelates die Fragen eines Technologieparks auf einen kurzen Nenner. Persönlichkeiten, die fachlich gut seien und auch unternehmerisch denken könnten, gäbe es leider nicht wie Sand am Meer, vielleicht müsse sich die Hochschule da stärker engagieren, überlege er. Nicht alle Technologien seien gleichermaßen geeignet. Gut und gefragt seien weiter die Meß- und Regeltechnik und auch in der Werkstoffprüfung gäbe es Defizite. Die Frage nach dem „wo“ beantwortete er mit dem „Goslarer Raum“, da in Clausthal-Zellerfeld entsprechende Räume fehlten. Eine solche Einrichtung, die, so wurde dann u. a. von Prof. Leschonski vorgeschlagen, durch einen überregional zu tragenden Förderverein unterstützt werden könnte, müsse so attraktiv gestaltet sein, daß sie auch Sogwirkung über die Region hinaus entwickle.

Die Frage, inwieweit man überhaupt solche Ideen umsetzen könne, hänge eng damit zusammen, wie das Klima sei, meinte Prof. Leschonski. „Es passiert hier solange nichts, wie die Eifersüchteilen zwischen Clausthal-Zellerfeld, der Stadt Goslar und dem Landkreis andauern. Sie haben alle noch nicht kapiert, daß wir an der Grenze zum Abgrund stehen, daß der Wind uns entgegenbläst.“ Die Basisarbeit dürfe nicht auf Clausthal-Zellerfeld beschränkt bleiben, man müsse die gesamte Region im Auge haben, eine Ansicht, in der er durchaus von Politikseite unterstützt wurde, die aber, so Heribert Meier, auch zu Irritationen im hiesigen Rat geführt habe, nämlich die Bestrebungen, zusätzlichen Raum in Goslar anzuwerben.

Dabei sind allerdings zwei Dinge ganz klar zu trennen, so betonte auch Prof. Leschonski: Zum einen geht es darum, in Goslar Raum, und zwar zum „Nulltarif“, zu bekommen, um zusätzlichen Raumbedarf, der in Clausthal-Zellerfeld nicht mehr gegeben ist, für die Hochschule und zwar ausschließlich für Drittmittelforschung, zu decken. Es geht nicht etwa darum, Lehre auszusiedeln, eine Interpretation, die diese Dependence-Idee irrtümlich in Goslar erfährt, wie der Rektor anmerkte. Von einem Ausverkauf der Hochschule etwa nach Goslar könne also überhaupt keine Rede sein, betonte Prof. Leschonski, der bedauerte, daß der Hochschule nicht vor dem Rat die Gelegenheit zur Darlegung der Pläne gegeben worden sei.

Industriepark in Goslar ungeliebt

Der andere Punkt sieht die schon erwähnte Gründung eines Industrieparks mit entsprechendem Förderverein vor, eine Idee, die in Goslar bei der Wirtschaft wohl aus Konkurrenzfurcht zur Zeit noch auf keine große Gegenliebe stößt, wie Jürgen Sikora durchblicken ließ. Es geht hierbei vorwiegend um Firmen, die nach dem „Freischwimmen“ das Technologiezentrum verlassen und dann Ansiedlungsmöglichkeiten suchen. „Es wäre schön, wenn solch ein Technologiepark nicht nur den wissenschaftlichen Bereich, sondern auch den handwerklichen Fertigungsteil abdecken könnte“, erklärte Prof. Leschonski. Er sprach sich für ein Zusammengehen aller Beteiligten aus. Wenn man sich in der Region eingiebt, dann müsse aus der Sache was werden. Die erforderlichen Räume würden natürlich angemietet, da es schließlich Firmen sein würden, die hier arbeiteten.

Konkrete Angaben wünschte sich Dr. Sprung auch in bezug auf die Raumfragen, nämlich wieviel wofür benötigt werde. Auch er plädierte für eine stärkere Einbindung der TU Clausthal in die Region und Werner Grübmeier schlug vor, den Gedanken einer gemeinsamen Werbekonzeption, z. B. für Landkreis und TU, weiterzuvollziehen. HaBe

»... und nächstes Jahr dann mit Schnee«

St. Andreasberger Winterfest eröffnet — Hoffnung auf Flocken bis zur letzten Minute

ST. ANDREASBERG cr — »Eigentlich hätte es ja noch schlimmer kommen können«, lachte Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten gestern bei der Eröffnung des St. Andreasberger Winterfests im Kurhaus. Denn: »Es könnte heute ja auch



Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten und Bürgermeister Werner Grübmeier: »Nur nicht den Humor verlieren!«



stramm regnen!« Das Wichtigste sei doch, den Humor zu behalten, und das Winterfest müsse nun einmal zum vorgesehenen Zeitpunkt beginnen, ob mit oder ohne Schnee.

In die Nähe einer Katastrophe rückte Rosemarie Wemheuer, Vorsitzende des Kur- und Verkehrsvereins, die Schnee-Flaute. In zwangloser Runde nahm sie die Eröffnung der Festwoche vor und betonte, ein solches »Unglück« habe sie in ihrer dreijährigen Amtszeit noch nicht erlebt. Gerade nach dem »Traumwinter« des vergangenen Jahres habe man gehofft, nun die Früchte dieser Werbung zu ernten, denn seinerzeit hatte sogar das Fernsehen

auf die hervorragenden Wintersportmöglichkeiten der Bergstadt aufmerksam gemacht. Und nun diese Pleite! Dabei sei für das Winterfest schon die eigentlich schneesicherste Zeit des Jahres ausgewählt worden.

Doch habe man die Werbetrommel für die Festwoche so kräftig gerührt, daß an ein Verschieben nicht mehr zu denken sei — und ob ein Aufschub von einigen Tagen überhaupt die Situation verbessert, sei ohnehin fraglich. »Für uns ist es wichtig, ein solches Fest regelmäßig durchzuführen, egal, unter welchen Bedingungen«, unterstrich Rosemarie Wemheuer. Schließlich gehe es auch darum, den Gästen zu zeigen, daß die Bergstadt mehr zu bieten hat als nur Ski und Rodel. Und letztendlich sah die Vorsitzende sogar einen kleinen Lichtblick im diesjährigen Schneemangel: »Wenn den Gästen unser jetziges Winterfest gefällt, kommen sie vielleicht im nächsten Jahr noch einmal, um dann die Veranstaltung wirklich im Schnee zu erleben.«

Der Veranstaltungsplan soll so weit wie nur möglich »durchgezogen« werden. Alle wetterunabhängigen Aktionen wie Schwimmen und Kegeln beim Winterfünfkampf seien sowieso kein Problem,



Rosemarie Wemheuer, Vorsitzende des Kur- und Verkehrsvereins (2. von rechts), eröffnete gestern das St. Andreasberger Winterfest.

stellte Rosemarie Wemheuer klar. Das Schlauchrodeln, von den Schützen betreut, würde eventuell durch einen Schießwettkampf ersetzt, und das Schneeballwerfen lasse sich auch zu einem Tennisballwerfen umfunktionieren. Auch der für kommenden Freitag geplante Hüttenabend und der Skiball am Samstagabend finden natürlich auf jeden Fall statt. Und statt des vorgesehenen Pferdeschlittens spanne man einfach eine Kutsche an. Einzige Problempunkte bleiben die Skilangläufe und die Rodelschlange mit dem Pistebully. Wer hier mitmachen will, solle auf die Plakate achten oder sich bei der Kurverwaltung erkundigen, da bei diesen Programmteilen sehr kurzfristig entschieden werde, empfahl die Vorsitzende. Ge-

nerell hoffe man bis zur letzten Minute auf Schnee.

Bürgermeister Werner Grübmeier und Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten appellierten an Bergstädter und Gäste, den Humor auch angesichts der widrigen Umstände nicht zu verlieren. Es sei tröstlich, daß Schwung und Elan der Bevölkerung bisher unter dem fehlenden Winterwetter nicht gelitten hätten. Den Schneemangel sehe er »mit einem lachenden und einem weinenden Auge«, so Baumgarten, spare die arg gebeutelte Stadtkasse doch auf diese Weise erhebliche Ausgaben für die Schneeräumung. Trotzdem schloß er sich sofort der Runde an, als ein gemeinsames »Skigebot« Petrus um die langersehnte »weiße Pracht« bat.

↳ b. 4.

»Seine Vereine machen Andreasberg zu einem besonderen Ort«

CDU-Stadtverband gab Neujahrsempfang — Dank für ehrenamtliches Engagement

ST. ANDREASBERG cher — Zu einem kleinen Neujahrsempfang hatte der CDU-Stadtverband St. Andreasberg die Vorsitzenden der bergstädtischen Vereine, Verbände und Organisationen eingeladen — nicht, wie Peter Schenk der Stadtverbands-Vorsitzende feststellte, um die große Show abzuziehen, sondern einfach, um noch einmal von Herzen danke sagen zu können.

1987, so Schenk, habe überaus eindringlich gezeigt, daß St. Andreasberg wohl ein besonderer Ort sei. Vieles, ja Entscheidendes zu diesem Bild hätten dabei die

Vereine beigetragen. Die Vereine trügen im weitesten Sinne des Wortes diesen Ort — und das ohne irgendwelche Kosten für das Gemeinwesen. Der CDU-Stadtverband St. Andreasberg habe dieses mit großer Bewunderung gesehen und fühle sich durchaus verpflichtet, im Rahmen dieses kleinen Empfanges danke zu sagen. Der Einladung zu diesem Empfang waren eine ganze Reihe von Vereinsvertretern gefolgt, die Gelegenheit zu manchem nutzbringenden Gespräch nutzend. Auch Bürgermeister Werner Grübmeier war zu diesem Empfang erschienen.



Unser Foto zeigt einen Teil der Teilnehmer an diesem Neujahrsempfang des CDU-Stadtverbandes, links: Stadtverbandsvorsitzender Peter Schenk.

Kreistag verabschiedete Sparhaushalt

CDU und GAW stimmten gegen Plan – Dreistündige Debatte über Grundsatzpositionen

Nach rund dreistündiger Debatte verabschiedete gestern abend der Kreistag mit den Stimmen der SPD/FDP-Zählgemeinschaft den 88er Haushalt des Landkreises. Sowohl CDU als auch GAW stimmten geschlossen gegen den Entwurf. Die im Kreistag vertretenen Parteien hatten trotz der vorangegangenen langwierigen Haushaltsberatungen die Sitzung dazu genutzt, um nochmals ihre grundsätzlichen Positionen darzulegen, wobei es unter den Parteien zu Auseinandersetzungen über Art und Weise von Einsparungen kam.

Das Gesamtvolumen des ausgeglichenen Verwaltungs- und Vermögenshaushalts liegt bei rund 227 Mio. DM und damit um nahezu dreieinhalb Prozent niedriger als der des Vorjahres. Hinzu kommen die Wirtschaftspläne der Kreiskrankenhäuser mit rund 82,4 Mio. DM auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind Kreditaufnahmen in Höhe von 15,8 Mio. DM vorgesehen.

Belastet wird der Haushalt vor allem durch einen zu erwartenden deutlichen Einnahmerückgang bei Gewerbesteuer- und Einkommensteuer, der überall im kommunalen Bereich für Kopfzer-

brechen sorgt. Im Landkreis Goslar sind darüber hinaus weitere Einbußen durch bevorstehende Betriebsschließungen zu befürchten.

Die Beratungen dieses Haushaltsplanes hatten sich als „schwierig wie wohl selten“ erwiesen, wie es der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Horst Brennecke, formulierte. Ziel sei gewesen, die im ersten Entwurf vorgesehene Kreditaufnahme von 17 Mio. DM „deutlich zu reduzieren“. Dank der Vorschläge der Kreistagsmehrheit habe die Nettoneuverschuldung um 1,2 auf 15,8 Mio. DM vermindert werden können.

„Es waren lange Vorberatungen und es mußte einfach gestrichen werden“, berichtete auch Finanzausschussvorsitzender Wilhelm Baumgarten. Er zitierte in diesem Zusammenhang Oberkreisdirektor Erhardt Müller mit den Worten: „Wir müssen uns derzeit damit vertraut machen, liebgewonnene Aktivitäten einzuschränken.“

Der CDU allerdings war das vorliegende Ergebnis nicht gut genug. Werner Grübmeyer warf der SPD/FDP-Zählgemeinschaft vor, die CDU-Einsparungsvorschläge, die die Millionen-grenze überschritten hätten, nicht

wirklich ernsthaft einer konstruktiven Prüfung unterzogen zu haben. Zwar seien immerhin 15 dieser Vorschläge mitgetragen worden, doch habe die Kreistagsmehrheit bei „allen Dingen, wo es wirklich weh tat, leider gekniffen“. Wenn auch die CDU Teile des Haushaltsplanes gutheißen könne, werde sie ihm in seiner Gesamtheit nicht zustimmen.

Von einem „Katastrophenhaushalt“ sprach der GAW-Abgeordnete Dr. Braedt. Rechnerisch habe die Chance bestanden, im Landkreis „ein Gegengewicht zur sozial-, gesundheits- und personalpolitischen Kahlschlagspolitik der Wenderegierungen in Bund und Land durchzusetzen“. Doch stattdessen spiele die SPD hier zusammen mit der FDP eine Vorreiterpolitik, wenn es gegen den Sozial-, Gesundheits- und Umweltbereich gehe.

Für die FDP machte Hans Bahn deutlich, daß dieser Haushalt von einem klaren wie ausgewogenen Sparwillen geprägt sei, „der nach unserer Ansicht der einzige Weg in die richtige Richtung ist und daher unsere ungeteilte Zustimmung erhalten wird“.

Über weitere Details des Haushalts und der Kreistagssitzung wird die GZ noch berichten. oh

Kreis-CDU lobt Osteroder Werbebroschüre

Beispiel gezielter Wirtschaftsförderung – Mittelkürzungen durch SPD und FDP kritisiert

Investitionsvorhaben verschiedener Unternehmen im heimischen Raum müssen noch stärker als bisher, nicht nur von politischer Seite, sondern auch von den örtlichen Verwaltungen, gefördert werden. Diese Forderung erhob der Goslarer Bundestagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der CDU, Dr. Rudolf Sprung, auf der jüngsten Vorstandssitzung seiner Partei.

Sprung betonte, dabei sei vor allem wichtig, daß die Genehmigungsbehörden zügig und unbürokratisch ihre Prüfungen durchführten, damit keine unnötigen Verzögerungen entstünden, die unter Umständen die Unternehmen von ihren Projekten Abstand nehmen ließen. Auch sei es dringend erforderlich, Unternehmen, die um Standortinformationen nachsuchten, umfassen-

des und aussagefähiges Material an die Hand zu geben. „Faltblätter reichen da nicht aus“, meinte der CDU-Politiker.

Ein positives Beispiel gäbe da, erläuterte Sprung, die ausgezeichnete Broschüre „High-Tech- und Qualitätsprodukte aus dem Südharz“ des Nachbarkreises Osterode. Scharfe Kritik übte er dagegen an den Plänen der SPD/FDP-Mehrheit im Kreistag, den Mittelansatz für das Referat für Wirtschaftsförderung, Kreisentwicklung und Statistik bei der Landkreisverwaltung um 5000 DM zu kürzen. Dadurch, daß SPD und FDP in diesem wichtigen Bereich Haushaltsansätze streichen wollten, werde deutlich, wie wenig Sensibilität diese beiden Parteien für die wirtschaftliche Fortentwicklung dieses Raumes hätten.

Der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Werner Grübmeyer, erklärte, seiner Meinung nach spiele neben dem Vorhalten von Gewerbe- und Industrieflächen, einer maßvollen Steuerpolitik und einer verkehrsgerechten Infrastruktur das Image eines Raumes die zentrale Rolle bei der Frage der Ansiedlung oder Erweiterung von Unternehmen. So sei es zwingend notwendig, daß diejenigen Unternehmen, die mit hohen Investitionskosten für verlorengelungene Arbeitsplätze neue errichten wollten, von allen Seiten Unterstützung erfahren müßten.

Der CDU-Vorstand beschloß, in den Mittelpunkt des Kreisparteitages am 23. April das Thema „Wirtschaftsförderung im Landkreis Goslar – eine Herausforderung für alle gesellschaftlichen Gruppen“ zu stellen.

Für die Stadtsanierung wäre es nötig, ein größeres Gebiet ins Programm zu nehmen

Der Bedarf ist da, doch der Stadt fehlt das Geld für den Eigenanteil

ST. ANDREASBERG khb — Um die Stadtsanierung voran zu bringen, stehen die Vertreter der Bergstadt mit den zuständigen Stellen beim Landkreis, der Bezirksregierung und im Ministerium in engem Kontakt. Das teilte Bürgermeister Werner Grübmeier dem Finanzausschuß mit.

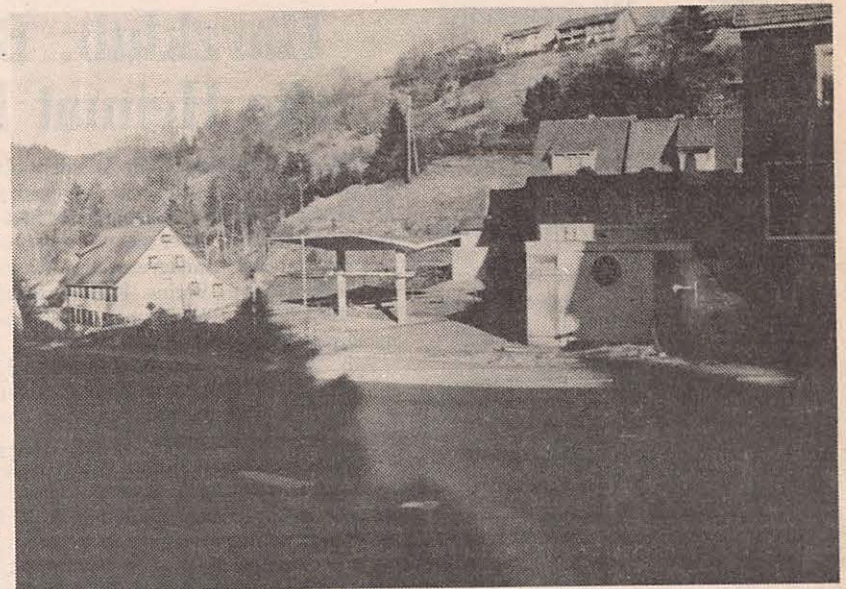
Auch die Vorplanungen sind weiter vorgeschritten. Gestern nachmittag wollten Ingenieure der mit der Planung beauftragten Niedersächsischen Landentwicklungsgesellschaft (NILEG) dem Stadtdirektor erste Ergebnisse der Untersuchung vorlegen. Schon jetzt sei klar, sagte Grogorenz am Dienstag, daß das Sanierungsgebiet kleiner sein werde als das Untersuchungsgebiet. Trotzdem werde voraussichtlich ein so großes Stadtgebiet übrigbleiben, daß man Schwerpunkte bilden müsse. Man sollte auch aus dem Grunde die Sanierungsmaßnahmen konzentrieren, damit man eher konkrete sichtbare Erfolge erziele.

In diesem Zusammenhang schlug der Stadtdirektor vor, zunächst einen Ortsmitelpunkt rund um das Rathaus und die evangelischen Kirche zu gestalten, mit allen Straßen, Gassen und Gäßchen, die dazugehören. Ohne das ehemalige Bauhofgebäude hinter dem Rathaus anzusprechen sage er, es sei nötig, »Luft in Richtung Kirche« zu schaffen.

Weiter könnte man mit dem Rückbau der Schützenstraße beginnen, so der Vorschlag weiter. Eine schmalere gestaltete Schützenstraße werde verkehrsberuhigend wirken. Auch »die steilen Straßen, die für unseren Ort so typisch sind«, gehören für Grogorenz in die Prioritätenliste. Schließlich könne er sich vorstellen, daß man die verlassene Tankstelle an der Mühlenstraße zu einem Parkplatz umgestalte, damit die Bewohner der Unterstadt bei Schnee mehr Möglichkeiten hätten, ihre Fahrzeuge so abzustellen, daß sie morgens hinaus aus der Stadt fahren könnten.

Der Finanzausschuß diskutierte das Thema nur an, weil die NILEG-Ergebnisse noch nicht vorlagen. Walter Jagusch erinnerte aber daran, daß die Idee der Stadtsanierung eigentlich mit dem Gedanken der Unterstadtsanierung begonnen habe. Er vermißte in der Aufzählung des Stadtdirektors die Silberstraße, die Brauhardtgasse und den Schwalbenherd.

Werner Grübmeier sagte, man sehe schon an den verschiedenen Vorschlägen, daß man das Gebiet kaum groß genug umreißen könne. Es sprach sich dafür aus, das Sanierungsgebiet ruhig groß auszuweisen, um zu dokumentieren, daß die Bergstadt die Sanierungsmaßnahme nötig hat. Man könne damit die Einschätzung der Stadt unterstreichen, daß man mit dem Antrag, den Sanierungsrahmen auf 12 Millionen Mark festzusetzen, richtig gelegen habe. Die Bergstadt habe ja nur wegen ihrer eigenen Finanzlage das Programm auf neun Millionen Mark zurückgefahren.



Ein Parkplatz statt Tankstelle?

ST. ANDREASBERG khb — Auf dem Gelände der verlassenen Tankstelle an der Mühlenstraße könnte man im Rahmen der Stadtsanierung einen Parkplatz schaffen. Diesen Vorschlag machte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz am Dienstag im Finanzausschuß. Das sei besonders im schneereichen Winter für die Bewohner der Unterstadt eine Entlastung.

Haushalt hat einen kleineren Fehlbetrag

Ohne Stadtsanierung nur ein Finanzloch von 1,4 Millionen Mark

ST. ANDREASBERG khb — Der Fehlbetrag bei den Stadtfinanzen wird in diesem Jahr knapp unter Durchschnitt liegen. Das geht aus dem vorgelegten Verwaltungshaushalt hervor, den Stadtkämmerer Siegfried Kießner dem Finanzausschuß in dieser Woche vorlegte. Noch nicht ganz sicher stand der Vermögenshaushalt, in dem im Wesentlichen die Investitionen der Bergstadt aufgeführt sind. Darin fehlten noch die Schätzungen für die Zuschüsse und Eigenanteile, die die Stadtkasse im Rahmen der Stadt-Sanierungsmaßnahmen zu tragen hat. Ungewiß ist auch noch, ob die Bergstadt für ihren Eigenanteil Gelder von anderer Stelle erhält.

Ohne Stadtsanierung wird der Fehlbetrag 1989 voraussichtlich 1,4 Millionen Mark betragen. Das ist rund 100 000 Mark weniger als der Durchschnitt. Die Bergstadt hat trotz aller Sparmaßnahmen bekanntlich durchschnittlich ein Haushaltsloch von 1,5 Millionen Mark.

Daß der Fehlbetrag in diesem Jahr etwas geringer ausfallen wird, führt Stadtkämmerer Siegfried Kießner vor allem auf Personaleinsparungen zurück. Nachdem

Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten in den Ruhestand ging und sein Stellvertreter Hans-Joachim Grogorenz sein Nachfolger wurde, besetzte die Bergstadt die Stelle des Vertreters nicht wieder. Der Kämmerer hat, wie berichtet, die Aufgabe des ständigen Vertreters des Stadtdirektors mitübernommen.

Vorteilhaft wirkte sich auch auf den Etat 1989 aus, daß die Bezirksregierung der Bergstadt am Tag vor Silvester noch eine gute Million Mark als Finanzhilfe überwiesen hat.

Einige Einzelposten aus dem Haushalt: 53 000 Mark wird die Stadt wieder für städtische Gebäude ausgeben. Das Polizeihaus soll weiter renoviert werden, das Sechs- und Zwölf-Familienhaus und das Dach des Hauses Halde 1 sollen erneuert werden.

20 000 Mark sind für eine neue Heizung für die Garage des Bauhofes vorgesehen. Die Stadt hat nach und nach sämtliche Heizungsanlagen technisch erneuern lassen und dadurch den Verbrauch erheblich senken können. Auch das neue Garagentor an den Bauhofgaragen hat eine energiesparende Wirkung. Durch die

Löcher der alten Tore ging immer viel Wärme verloren. Rund 5 000 Mark, so schätzte Kießner, wird die Stadtverwaltung weniger für Heizkosten allein am Bauhof ausgeben müssen.

Die Stadtbücherei im Kurhaus soll für die Anschaffung neuer Bücher in diesem Jahr wieder 4 000 Mark erhalten. Bei dieser Zahl stutten die Mitglieder des Ausschusses und fragten sich, ob das bei der guten Arbeit der Stadtbücherei angemessen sei. Der Stadtkämmerer kündigte an, den Ansatz für 1990 um 1 000 Mark anzuheben. Der Bürgermeister regte an, die Verwaltung sollte doch einmal einen Antrag bei der Bezirksregierung stellen, um einen »vernünftigen Schub« bei der Buchanschaffung zu erhalten. Niemand widersprach ihm bei der Einschätzung, daß eigentlich jedes Jahr 10 000 Mark für neue Bücher nötig sei. Ausschußvorsitzender Horst Hörselejau machte den Vorschlag, daß der Rat einmal gemeinsam die Bücherei besichtige, um den Mitarbeitern zu signalisieren, daß man ihre Arbeit sehr wohl zu schätzen wisse.

Sport in Kürze

Wintersportveranstaltungen werden verlegt

ST. ANDREASBERG — Bislang konnte man im Ski-Club St. Andreasberg dem schneelosen Treiben dieses »Winters« noch einigermaßen gelassen zuschauen. Schließlich hatte man auf die Erfahrungen aus dem Winter des vergangenen Jahres gebaut und die erste Wintersportveranstaltung für den 29. Januar vorgesehen. Dieser Termin aber nähert sich, und am schneelosen Zustand der Oberharzer Berge hat sich noch immer nichts geändert.

Zähneknirschend also mußte daher auch der Vorsitzende des Ski-Clubs St. Andreasberg Karl-Heinz Siebeneicher die ersten Absagen bekanntgeben.

Abgesagt wurde der für den 29. Januar am Matthias-Schmidt-Berg vorgesehene Eröffnungs-Slalom für Jugend und Senioren um den Eckold-Cup. Wenn der Winter noch kommen sollte, dann soll dieser Slalom am 12. März nachgeholt werden — dann allerdings als Abschluß-Slalom.

Vorläufig absagen mußte man in St. Andreasberg auch für den 31. Januar und 1. Februar vorgesehenen gemeinsamen Landesentscheid der norddeutschen Bundesländer im Wettbewerb der Schulen »Jugend trainiert für Olympia« im Ski-Langlauf. Als Ausweichtermin hierfür wurde inzwischen der 14. Februar angepeilt. Dann allerdings wird man zwangsläufig, wie im vergangenen Jahr, einen verkürzten Wettbewerb durchführen und auf den Staffellauf verzichten müssen. Man hofft aber, auch so die Mannschaften ermitteln zu können, die ihre Bundesländer beim Bundesfinale in Nesselwang vertreten sollen.

Rathaus soll wieder einen Amts-Charakter erhalten

ST. ANDREASBERG khb — Das alte Rathaus soll wieder den Charakter eines Amtshauses erhalten. Das ist ein wichtiges Ziel bei den Renovierungsarbeiten in dem Gebäude, wie Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz dem Finanzausschuß in dieser Woche erläuterte. Nachdem man die Räume der ehemaligen Dienstwohnung des Stadtdirektors wieder als Büroräume nutzen könne, könne man die Bögen auf den Fluren wieder freilegen. Aber auch die Toilettenanlage muß erneuert werden, denn sie sei für Besucher und Bedienstete nicht mehr zumutbar. Grogorenz: »Wenn sie benutzt wird, hört man es, und man riecht es auch.«

Kunstregen für den Sportplatz?

Bau- und Umweltausschuß über Zweckmäßigkeit uneinig

ST. ANDREASBERG kbb — Ein Vertreter einer Sportstätten-Planungsfirma hat dem Bau- und Umweltausschuß am Dienstagabend ein Konzept für die Sportplatzsanierung vorgestellt. Danach soll das Spielfeld einen Kunststoffrasen erhalten mit einer PE-Schaummatte, die auf den vorhandenen Altona-Belag aufgebracht werden kann. Allerdings muß die oberste Schicht des alten Belages abgetragen werden, um die Dränagewirkung zu erhalten. Die Rundlaufbahn und die 100-Meter Laufbahn sollen eine bituminöse Tragschicht erhalten mit Kunststoff-Aufspritzung. Neu an dem Vorschlag war

eine Beregnungsanlage für den Kunstrasen, in den Sand eingefüllt werden muß. Die Beregnungsanlage kann in heißen Sommern nach einer längeren Trockenzeit vorteilhaft sein, weil ein ausgetrockneter Kunstrasen Verbrennungen bei Fußballspielern verursachen kann, wenn ein Spieler über den Rasen rutscht.

So trocken ist es doch nicht in der Bergstadt, meinten einige Ausschlußmitglieder, andere wollten zumindest über die Beregnungsanlage (Kosten: 30 000 Mark) weiter nachdenken. Die Sache soll noch einmal in den Fraktionen beraten werden, da ja auch das Alternativangebot einer anderen Firma noch abgewartet werden soll.

Hartmut Humm fragte nach einer Kugelstoßanlage. Früher habe man die Sprunggrube auch als Kugelstoßanlage mitbenutzt. Das sei einer der Gründe für die Zerstörung der Grubenränder. Überschlägig würde eine zusätzliche Kugelstoßanlage knapp 50 000 Mark kosten. Die Sportstättenfirma wird Alternativangebote schnellstmöglich der Verwaltung zuleiten, versprach ihr Vertreter.

Martini-Gemeinde teilt mit: Mitarbeiter-Protest

ST. ANDREASBERG — Die Bewerbung von Wolfgang Gerts, zum Pastor unserer Gemeinde gewählt zu werden, ist am 20. Januar 1988 gescheitert. Der Kirchenvorstand, der diese Wahl vorgenommen hat, entschied sich mit acht Ja-Stimmen für und einer Nein-Stimme gegen Pastor Gerts.

Der Kirchenvorstand und viele Gemeindeglieder sind über den Ausgang dieser Wahl enttäuscht, können den Fortgang von Pastor Gerts aber nicht mehr verhindern.

Weil diese Entscheidung des Kirchenvorstands nicht im Sinne und nach dem Wunsch der Gemeinde ausfiel, hat Ingrid Duderstadt den Vorsitz und ihr Amt als Kirchenvorsteherin niedergelegt. Mehrere Kandidaten für die Kirchenvorsteherwahl 1988 haben ihre Kandidatur zurückgezogen. Die Kindergottesdienstmitarbeiter haben ihre Arbeit niedergelegt. Zur Zeit findet also kein Kindergottesdienst statt.

der Landkreis nochmals mit. Dasselbe gelte auch für Wohngeld-Anträge aus Braunlage.

Kirchengemeinde ist in der Krise

Mitarbeiter sind über die Vorstandsabstimmung bestürzt

ST. ANDREASBERG kbb — Unruhe herrscht in der evangelischen Kirchengemeinde der Bergstadt. »Dem Pastor Gerts wurde ganz übel mitgespielt«, sagte einer. Der Vorstand der Kirchengemeinde ist geschlossen zurückgetreten. Vier der neun Kandidaten für die anstehenden Vorstandswahlen haben ihre Kandidatur zurückgezogen, die Mitarbeiter des Kindergottesdienstes haben aus Protest die Arbeit niedergelegt. Wut haben die aktiven Kirchenmitglieder im Bauch. Pastor Michael Henheik bestätigte in einem TAGEBLATT-Gespräch, daß sich seine Gemeinde derzeit in einer Krise befindet.

Wie kann es vorkommen, daß ein Kirchenvorstandsmitglied ausschlaggebend ist für die Nichtwahl eines Pastor? Wie aus dem bisherigen Kirchenvorstand bekannt wurde, hatte einer der Kirchenvorsteher gegen eine Wahl Wolfgang Gerts zum ordentlichen Pastor der Martini-Gemeinde gestimmt.

Pastor Wolfgang Gerts kam zum 1. Dezember 1986 nach St. Andreasberg. Damals war die Gemeinde nach dem Weggang von Pastor Rudolf Stiens alleiniger Hirte der evangelischen Christen in der Bergstadt. Wegen familiärer Schwierigkeiten mußte er seine bisherige Gemeinde in Waake bei Göttingen verlassen. Daraus hat er nie ein Hehl gemacht. Superintendent Richard Jobmann rief Gerts als Übergangspastor in die Bergstadt.

Kaum hatte sich Gerts in seiner neuen Bleibe eingerichtet, machte ihm die Arbeit in dieser Gemeinde immer mehr Spaß. Er engagierte sich vor allem in der kulturellen Arbeit und im Kindergottesdienst. Auch gelten seine Predigten als eine seiner Stärken. Schon nach kurzer Zeit war er beliebt in der Gemeinde und konnte schnell seinen Freundeskreis vergrößern. Er äußerte schon bald den Wunsch, in Andreasberg zu bleiben.

Die Freude in der Gemeinde war groß,

die Mehrheit des Kirchenvorstandes war dafür. Nur einem paßte das gute Einvernehmen nicht so ganz, hörte man immer wieder: Superintendent Jobmann in Clausthal-Zellerfeld. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß beide nicht besonders gut miteinander konnten.

Umso überraschender war es, als Jobmann im Oktober, als Pastor Henheik eingeführt wurde, für die Pfarrstelle von Gerts ein »vereinfachtes Verfahren« vorschlug. Der Übergangspastor könne sich, da er ja gerne in der Gemeinde bleiben wolle, der Wahl des Kirchenvorstandes stellen. Wenn die Wahl einhellig sei, also ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme, sei Gerts ordentlicher Pastor. Die Gemeinde habe dann allerdings ein Veto-Recht.

Die Wahl wurde immer wieder verschoben. Zunächst stand sie im Dezember an, dann vertagte man sich bis zum 20. Januar. Darf einer Pastor sein, der in Scheidung lebt? gaben einige Gemeindeglieder leise zu bedenken. Trotzdem war die Enttäuschung groß, als es dann nicht zur einhelligen Zustimmung kam. Auf die Frage, ob er denn Pastor Gerts gerne in St. Andreasberg behalten hätte, antwortete Superintendent Jobmann, der die Abstimmung geleitet hatte, in einem TAGEBLATT-Telefonat ausweichend: »Das habe ich nicht zu entscheiden.«

Daß jetzt Mitarbeiter plötzlich ihre Arbeit zum Nachteil der Gemeinde niederlegen, können nun wieder andere Gemeindeglieder nicht ganz nachvollziehen. Zwar sei es verständlich, daß man verärgert sei, wenn man gut mit Pastor Gerts zusammenarbeiten könne und ihn deshalb habe behalten wollen. Aber deshalb die ganze Arbeit hinzuschmeißen?

Pastor Michael Henheik konnte in den TAGEBLATT-Gespräch noch nicht sagen, wie er die Gemeinde aus der Krise wieder herausführen will. Er äußerte sich



Ein Pastor ist auch nur ein Mensch, wollte Pastor Wolfgang Gerts am 11. Oktober im Gemeindehaus mit einer kleinen Geschichte deutlich machen, als sein Kollege, Pastor Michael Henheik, ordiniert wurde. Wenn auch die meisten es verstanden haben, wollen es nicht alle akzeptieren.

aber zuversichtlich, daß das gelingen werde. Auch sieht er nach eigenen Worten keine Schwierigkeit, genügend Kandidaten für die bevorstehende Vorstandswahl zu finden.

Pastor Wolfgang Gerts will noch bis zum Mai in der Bergstadt bleiben. Was er anschließend macht, ist nicht bekannt. Zur Zeit nimmt er an einem Fortbildungskursus für Krankenhaus-Seelsorger in Hannover teil.

heute

Heute in St. Andreasberg

ST. ANDREASBERG cr — Wer kennt es noch nicht, das Bergwerksmuseum? Um 11 und um 14.30 Uhr ist wieder Gelegenheit, die Sammlungen zu durchforschen.

Tanzfreunde können sich zwei Veranstaltungen vormerken, nämlich den Tanztee im Kurhaus ab 15 Uhr und den Tanzabend im Café-Restaurant Roter Bär ab 19.30 Uhr.

Jan Goersmann spielt klassische und moderne Gitarrenwerke auf der »Bühne junger Künstler«, ab 20 Uhr in der St. Bernwardskapelle.

Der Bauhof-Dachboden ist ein Müll-Zwischenlager

Ein großer Tag für Theo Weinhardt

Gratulationskur für den 80-jährigen — Heimatbündler ehrten engagierten Mitstreiter

ST. ANDREASBERG cher — Hirtenkittel, Stiefel und Stiefelhose, Halstuch und Hirtenhut hatte er an diesem Abend zu Hause gelassen, auch Lederkoppel, Beil, Notriemen, Peitsche, Jubelhorn und Brummer. An diesem Abend war Theo Weinhardt ganz Zivilist, ein 80-jähriger, dem man diese Jahre zwar nicht ansah, bei dem aber die Gratulanten im wahrsten Sinne des Wortes Schlange standen. Ja, zeitweise nahm die Gratulationskur bei Theo Weinhardt hier im Annerschbarriger Heimatbundhaus solche Formen an, daß man Mühe hatte, den Altersjubililar unter seinen vielen Gästen zu finden. Die große Familie des Geburtstagskindes

führte die Schar der Gratulanten an, der Ewergeschwurene des Oberharzer Heimatbundes, Alfred Weiland aus Clausthal-Zellerfeld folgte, dann trat der Heimatbund Altenau, zu dessen Mitgliedern auch Theo Weinhardt zählt, auf den Plan in nahezu kompletter Besetzung, und natürlich war auch das Barkamt Annerschbarrig durch seinen Geschwurenen Wolfgang Holly und dessen Stellvertreter Heinrich Kautz vertreten — die zahlreichen Einzelgratulanten gar nicht gezählt.

Alle waren sie gekommen, um Theo Weinhardt an diesem seinen Ehrentage ihre Wertschätzung zu bekunden. Kein Wunder, denn er, Theo Weinhardt, einer

der letzten »echten« Harzer Kuhhirten, gehörte schon damals, während seiner »Aktiven Dienstzeit« zur Gemeinde, genau wie Lehrer, Pfarrer, Gendarm oder Bürgermeister. Und er hat sich in besonderer Maße um Harzer Brauchtum und die Erhaltung des Erscheinungsbildes des Oberharzer Kuhhirten verdient gemacht, auch oder erst recht, nachdem seine letzte Herde um 1960 in den Altenauer Ställen geblieben war. Wie gesagt, an diesem Abend benötigten er seine ebenso malerische wie authentische »Uniform« und Ausrüstung nicht. Alle die gekommen waren, wußten nur zu gut, wen sie in Theo Weinhardt zu ehren hatten.



Der Altersjubililar im Kreise von Freunden: v.r. Alfred Weiland, Frau Weinhardt, Heinrich Kautz, der Jubilar, Wolfgang Holly und Alfred Kneistler vom Heimatbund Altenau.

Da schnuppert man die Blume und sieht den Menschen

Viel Unbefangenheit und Freude am Buch beim Kreisentscheid des Vorlesewettbewerbs im Bündheimer Schloß

BAD HARZBURG. Eigene Freude am Lesen suchte stellvertretender Landrat Werner Grübmeier gestern auf die Kinder zu übertragen, als er im Bündheimer Schloß den Kreisentscheid im Vorlesewettbewerb eröffnete. „Da schnuppert man die Blume und sieht den Menschen“, versicherte er. Aber das war wohl gar nicht nötig: Vergnügen am Lesen und eine Riesenportion Unbefangenheit, den Inhalt eines Textes auch vor vielen Zuhörern aufleben zu lassen, bestimmte diesen Nachmittag, der für die Eltern von mehr Spannung begleitet zu sein schien als für die jungen Wettbewerbsteilnehmer. Nach drei Stunden stand

mit Nicole Jagusch von der Orientierungsstufe Braunlage die Siegerin fest. Die elf Teilnehmer waren die Sieger der Vorlesewettbewerbe, die diesem Kreisentscheid in neun Orientierungsstufen und zwei Sonderschulen des Landkreises vorangegangen waren: Zwei Jungen aus den Sonderschulen, aus den Orientierungsstufen aber sieben Mädchen und nur ein einziger Junge. Mit vielen Müttern und einigen Vätern wurden sie musikalisch vom Musikkreis von Verena Zaunbrecher und vom Kreisjugendpfleger Siegfried Wendt begrüßt, der noch einmal Regeln und Zielsetzung dieses Wettbewerbs erläuterte. Zu dem Sieg, den die

Teilnehmer schon vorher in den 6. Jahrgängen ihrer Schulen errungen hatten, gratulierte Werner Grübmeier, der allerdings auch Enttäuschungen vorzubeugen versuchte. Die Auffassung der Jury über einen Vorlesebeitrag deckte sich sicher nicht immer mit der eigenen, und auch die Mitglieder der Jury würden durchaus nicht einig sein, kam er verfrühten Siegeshoffnungen zuvor.

Rolf Meyer, Leiter des Amtes für soziale Dienste der Stadt Bad Harzburg, drückte seine Freude darüber aus, daß der Saal des Bündheimer Schlosses „wieder einmal Literatur in sich aufsaugen darf“. Allen elf Jahrgangsbesten der 6. Klassen im Landkreis wünschte er den Erfolg eines Mädchens, das nun „auf der anderen Seite“ an diesem Wettbewerb teilnahm: Sabine Vollmer war die Vorjahressiegerin im Landkreis Goslar – nun gehörte sie mit Orientierungsstufenlehrer Herbert Krikcziokat, der Vorsitzenden der Harzburger Aktion zum Schutze der Jugend, Erika Drößler, Sonderschullehrer Hans Bahn und dem Leiter der Stadtbücherei Bad Harzburg, Detlev Lisson, zur Jury.

„Es ist aufregend gewesen, die gucken einen immer so an“, erinnerte sich die Vorjahressiegerin an ihre eigene Wettbewerbsteilnahme. Aber was dann kam, machte nicht den Eindruck von großem Lampenfieber. Freilich mit deutlichen Unterschieden in Aussprache, Betonung und Tempo und gelegentlich auch mit einem Lesefehler, aber mit erstaunlicher Sicherheit lasen die Kinder ihre selbstgewählten Texte. Daß kein Autor zweimal gewählt worden war, zeigte die unterschiedlichen Interessen – und daß auch die Goslarer Jugendbuchautorin Hanna Hanisch



Aus „Pünktchen und Anton“ von Erich Kästner las mit Vergnügen Verena Dietrich von der Orientierungsstufe Deilich in Bad Harzburg vor.

mit einem Absatz aus ihren „Kopfkissen-Geschichten“ zu Wettbewerbs Ehren kam, wurde mit Freude vermerkt. Nach einer Pause folgte der zweite Durchgang, bei dem ein unbekannter Text deutlich größere Schwierigkeiten bereitete. Dann blieb es der Jury überlassen, maximal 40 Punkte pro Wettbewerbsteilnehmer zu vergeben. Eine schwierige Entscheidung, wie zum Abschluß Herbert Krikcziokat bekannte.



Viel Applaus für die jungen Leseratten. Zu den Zuhörern zählten als Fans auch Mitschüler der elf Wettbewerbsteilnehmer. Fotos: Tempes

Goslarische Zeitung Mg. 02 JP	Harzburger Zeitung	"Öffentl. Anzeigen f. d. Harz"	St. Andreasberger Tageblatt
Beobachter	Hannoversche Allgemeine	Salzgitter-Zeitung	Frankfurter Allgemeine
Harzer Panorama	"Harz Extra"		



Der stellvertretende Landrat Werner Grübmeier gratulierte den drei Erstplatzierten. In der Mitte die Siegerin Nicole Jagusch (St. Andreasberg/Braunlage), rechts die Zweite, Nadine Bloom (Seesen) und links die Dritte, Marie-Luise Krebs (Clausthal-Zellerfeld). Juryleiter Herbert Krikciokat (links außen) und Jugendpfleger Siegfried Wendt vervollständigen das Bild.

10. 11. 1988

St. Andreasberg stellt die Siegerin

Nicole Jagusch las am besten vor – Unbefangenheit und Freude im Bündheimer Schloß

ST. ANDREASBERG/BAD HARZBURG. Das Vergnügen am Lesen und eine Riesenportion an Unbefangenheit brachten die elf Teilnehmer des Kreisentscheids am Vorlesewettbewerb auf die Bühne des Bündheimer Schlosses. Die im Saal zahlreich vertretenen gleichaltrigen Mitschüler, Freunde und Bekannten störten weniger als der fremde Text, der in einem zweiten Durchlauf zu bewältigen war. „Da schnuppert man die Blume und man sieht den Menschen“, zitierte der stellvertretende Landrat Werner Grübmeier aus der eigenen Erinnerung.

Drei Stunden Spannung lagen über der Szene. Langweilig wurde es keinen einzigen Augenblick. Die Leseratten aus neun Orientierungsstufen und zwei Sonderschulen des Landkreises entführten ihre Zuhörer in die Welt der selbstgewählten Texte. Insgesamt acht

Mädchen und drei Jungen hatten sich qualifiziert. Nicht zum erstenmal zeigten die Oberharzer ihre Qualitäten. Nicole Jagusch aus St. Andreasberg, die die Orientierungsstufe in Braunlage besucht, schlug alle anderen aus dem Felde. Werner Grübmeier, der zu-

gleich Bürgermeister von St. Andreasberg ist, mag die Gratulation besonders angenehm gewesen sein. Den dritten Platz errang Marie-Luise Krebs aus Clausthal-Zellerfeld. Zwischen diesen beiden hatte sich Nadine Bloom aus Seesen auf den zweiten Platz „gelesen“.

Kreisjugendpfleger Siegfried Wendt und der Musikkreis unter der Leitung von Verana Zaunbrecher hatten die vielen Mütter und einige Väter zuvor herzlich willkommen geheißen. Nach Bekanntgabe der „Spielregeln“ versuchte Werner Grübmeier zu frühe Siegeshoffnungen zu dämpfen. „Nicht immer deckt sich der objektive Eindruck der Jury mit den eigenen Vorstellungen“, sagte er. „Sogar die Jury selbst ist nicht in allen Fällen einer einheitlichen Meinung.“

Kein Autor doppelt vertreten

Zu den „Schiedsrichtern“ gehörte unter anderem Sabine Vollmer, die Vorjahressiegerin. Ihre nicht leichte Aufgabe teilte sie sich mit Orientierungsstufenlehrer Herbert Krikciokat, der Vorsitzenden der Aktion zum Schutze der Jugend, Erika Dröbler, Sonderschullehrer Hans Bahn und Detlev Lisson, dem Leiter der Stadtbücherei Bad Harzburg. Daß kein Autor doppelt vertreten war, zeigte die unterschiedlichen Interessen der Kinder und die Vielfalt der literarischen Möglichkeiten.

Die Entscheidung fiel nach dem „fremden“ Text. „Sie war nicht leicht“, bekannte zum Abschluß Herbert Krikciokat. Bis zu 40 Punkte konnte jedes Jurymitglied an jeden Teilnehmer vergeben.



Viel Applaus für die jungen Leseratten. Zu den zahlreichen Zuhörern im Bündheimer Schloß zählten als Fans auch Mitschüler der elf Wettbewerbsteilnehmer.

Fotos (2): Tempes

te-



AUS DEM OBERHARZ



Rudi Barke (rechts) erklärte Carlo von Tiedemann, was ein „Frosch“ ist.



Als „Zugpferde“ des Moderatoren-Duos betätigten sich (von links) die Oberharzer Bürgermeister Klose, Baumann und Grübmeier.



Von den Erfahrungen seiner Japanreisen berichtete Heribert Meier (links).

Das Temperament sank auf die Temperatur der Eishalle

1800 Zuschauer bei der Aufzeichnung der „Aktuellen Schaubude“ in Braunlage – Drei Bürgermeister als Zugpferde

OBERHARZ. Drei Oberharzer Bürgermeister gingen am Donnerstag aufs Eis und ließen sich von der „Aktuellen Schaubude“ des Norddeutschen Rundfunks einspannen. Die mit großen Pferdeköpfen aus Pappmaché verkleideten Stadtoberhäupter legten sich mächtig ins (Zaum-)Zeug. Sie zogen den Schlitten mit dem Moderatorduo Alida Gundlach und Carlo von Tiedemann gleich dreimal auf den vorgesehenen Punkt in der Eissporthalle Braunlage. Dann endlich war der Einzug für Regisseur Hans Sommerfeld „gelaufen“.

Etwa 1800 Zuschauer verfolgten die Aufzeichnung, die heute abend gesendet wird. Von den Interpreten Wolfgang Fierek und Frank Zander angeheizt, probte das mit Luftschlangen ausgestattete, gutgelaunte und erwartungsfrohe Publikum fernsehwirksame Begeisterung. Im Verlauf der dreistündigen Veranstaltung glich sich das Temperament der ungeheizten Eissporthalle an.

Die mangelhafte Beschallungsanlage, die der NDR aufgebaut hatte, ließ das Interview mit den Bürgermeistern

Baumann (Braunlage), Grübmeier (St. Andreasberg) und Klose (Samtgemeinde Oberharz) im Raum „verhalten“. Warum die Braunlager ihr Krankenhaus abgeschafft hätten, wo es doch im Winter so viele Knochenbrüche im Skigebiet gebe, wollte Alida wissen. Baumann: „Das Krankenhaus ist uns gegen erbitterten Widerstand abgeschafft worden.“

Zu den „chaotischen Parkmöglichkeiten“ im Oberharz sollte sich Bürgermeister Grübmeier äußern. Er sei

der falsche Ansprechpartner; für die Organisation des Autoverkehrs müsse die Polizei sorgen. Zudem stehe der Naturschutz dagegen, weitere Bremsen für Abstellplätze in die Wälder zu schlagen.

„Angesichts des schönen Wetters hätte ich eine andere Frage erwartet.“ Günter Klose, Samtgemeindebürgermeister aus Clausthal-Zellerfeld, stellte richtig, daß nicht alle Oberharzer Teiche, sondern nur die unmittelbar am Werk Tanne gelegenen mit Giftstoffen belastet seien. Man bemühe sich, die Gefährdung der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten.

Einen anderen Aspekt des Lokalkolorits trug der in Bergmannstracht gekleidete Rudi Barke bei. Bevor er Carlo von Tiedemann einen „Frosch“ (Grubenlampe) schenkte, erzählte er von

den Bemühungen, durch regelmäßige Stammtische die Oberharzer Mundart am Leben zu erhalten.

Genauso geduldig wie Carlo von Tiedemann wartete der Clausthal-Zellerfelder Heribert Meier auf seinen Schlußeintrag. Der Konditormeister war gerade wieder einmal aus dem Land der aufgehenden Sonne zurückgekehrt. „Essen die Japaner Kuchen und Torten mit Stäbchen?“ - „Nein“, auch in Nippon sei man in der Lage, mit Löffel und Gabel zu essen.

Ursprünglich hatte der NDR vorgesehen, sein Kontingent von Sendungen aus dem Harz im Januar mit einem „Skizirkus in Torfhaus“ zu beginnen. Da Schneemangel einen Strich durch diese Rechnung machte, dirigierte „Schaubuden“-Chef Hans-Joachim Müller-Vonday den TV-Troß kurzentschlossen nach Braunlage um. ari



Bergdankfest hat noch immer seine Berechtigung

Evangelische Martini-Gemeinde hält die Tradition wach – Ein schöner Tag für die Kurrende

ST. ANDREASBERG. Beinahe 80 Jahre ist es her, daß in St. Andreasberg der letzte Bergmann in die Grube eingefahren ist. Es dürfte kaum noch einen geben, der zu diesen letzten St. Andreasberger Bergleuten gehörte. Das Bergdankfest aber, der Erntedank des Bergbaus, wird noch immer gefeiert. Maßgeblichen Anteil an der Bewahrung dieser Tradition hat seit vielen Jahren die evangelische Martini-Gemeinde, die auch am vergangenen Sonntag zum Bergdankfest eingeladen hatte.

Wie dankbar dieser Tag von den Andreasbergern und ihren Gästen angenommen wird, bewies einmal mehr das volle Haus beim Gottesdienst und die rege Teilnahme am anschließenden Scharperfrühstück im Gemeindesaal.

In seiner Predigt machte Michael Kratochwill deutlich, warum man das Fest auch heute noch benötigt. „Weil wir allen Grund haben, dem Herrgott für die reiche und lange Tradition zu danken und für die noch heile Natur rundum.“ Dieser Dank sei der wichtigste Teil des Gottesdienstes überhaupt.

Der Gottesdienst wurde auch diesmal wieder von der Sing- und Spielgruppe des Heimatbundes Oberharz, Barkamt Annerschbarrich, mitgestaltet. Diese wußte auch beim Scharperfrühstück musikalisch zu unterhalten. Eine Überraschung hatte es bereits vor dem Kirchgang gegeben. Die Singgemeinschaft hatte nämlich zur Begrüßung ihre Kurrende antreten lassen und mit ihren Liedern auf das Bergdankfest eingestimmt. Während des Scharperfrühstücks gelang es, durch



Die St. Andreasberger Kurrende unter der Leitung von Walter May stimmte auf den Bergdankfest-Gottesdienst ein. Für den Erlös aus dem Verkauf von Bastelarbeiten und durch eine Bürgermeisterspende können neue Hüte angeschafft werden.

Foto: Siebeneicher

den Verkauf kleinerer Bastelarbeiten die finanziellen Mittel für mindestens fünf „echte“ Kurrende-Hüte zusam-

menzutragen. Einen weiteren Hut spendete zudem spontan Bürgermeister Werner Grübmeier. Er machte es

jedoch zur Auflage, den Hut bei „Eigenbedarf“ auch einmal ausleihen zu dürfen.

-cher



Goslarer Konditormeister Erich Deutsch ist nach Japanreise seit zwei Wochen „völlig von den Socken“

ようこそマイヤーさん

メーサー エアペーパー フェスト
いちごまつり

Bei Nippons süßen Naschern ist Heribert Meier der Tortenkönig

GOSLAR/CLAUSTHAL-ZELLERFELD/HIROSHIMA. „So etwas habe ich noch nicht erlebt, das klingt alles so unglaublich und dennoch ist es kein Märchen.“ Der Goslarer Konditormeister Erich Deutsch ist völlig „von den Socken“. Nur vage wollte er daran glauben, daß Japans Leckermäuler dem Oberharzer Berufskollegen Heribert Meier zu Fuß liegen, daß ausgerechnet „der unscheinbare und sympathische Heribert“ zum König der süßen Künste in Nippons Reich avancierte.

Zwei Wochen weilte Deutsch in Japan und jetzt weiß er, daß „Meier-Cookies“ im fernen Osten mehr zählt als hierzulande der „alte Tchibo-Onkel“, das „springende HB-Männchen“ oder „der coole Camel-Typ“. „Heribert ist dort ein Star und eine Persönlichkeit zugleich“, faßt er die überwältigenden Erfahrungen der letzten 14 Tage zusammen.

Der in Hahndorf lebende Konditor war allerdings vorgewarnt. Als er im November mit einer japanischen Touristin in Goslar ins Gespräch kam, zeigte diese sich von dem rundlichen Tortenkönig begeistert. „Meier-Cookies? Wonderful!“, ließ sie auf den Lippen zergehen. Ein Eindruck, der schon beim Abflug ins Land der aufgehenden Sonne gefestigt wurde. Vertreter der Japan-Airlines begrüßten ihren „Botschafter des guten Geschmacks“ persönlich.

Ein Volk schrie nach Torten

Das bienenfleißige, hochtechnisierte Japan muß in seiner rasanten wirtschaftlichen Entwicklung vergessen haben, wie man richtig nascht. Vor zehn Jahren „schrie man von Tokio bis

Hiroshima nach Torten und Pralinen“, und der Retter nahte aus dem so weit entfernten Harz. Über die Bundesfachschule des Deutschen Konditorenhandwerks in Wolfenbüttel, wurde Kontakt aufgenommen, und Heribert Meier zeigte Erbarmen mit dem tortenlosen Volk und startete seinen Siegeszug durch Japans Backstuben.

„Wollte meinen Augen nicht trauen“

„Der Heribert lächelt heute von Straßengirlanden, von Pappkameraden, auf Speisekarten und Luftballons, in Videoserien, auf Titelfotos von Illustrierten und in der Tageszeitung. Ich wollte meinen Augen nicht trauen“, gibt Erich Deutsch seine Verwunderung preis. Eine Erklärung für den Meier-Boom glaubt der Hahndorfer auch zu wissen. „Japans Gesellschaft befindet sich im Wandel. Die Menschen sind umwelt- und ernährungsbeußter geworden“, sagt ihm seine persönliche Erfahrung, die er aus vielen Gesprächen gewonnen hat. Das Oberharzer Original gilt als Verfechter der Lamprecht-Ideen, des ausschließlichen Backens mit Naturerzeugnissen.

Über 5000 japanischen Konditoren brachte der Clausthaler den richtigen Umgang mit erlesenen Rohstoffen bei. Die große Filialkette „Backen Mozart“ beruft sich ausschließlich auf Rezepte aus dem Harz. Was den hiesigen Köchen schon lange nicht gelingen will, hat der ideenreiche Konditor geschafft. Harzer Produkte sind fern der Heimat ein Qualitätsbegriff. Neben den sehr persönlichen „Croutets à la Meier“ versüßt auch ein Harzer Schmandkuchen

die Gaumenfreuden der Japaner. Der backende Nationalheld wurde schon mal mit einem Autokorso vom Flughafen abgeholt, ein japanisches Kaufhaus engagierte ihn zum Live-Backen, und zum Erdbeerfest ließen sie ihn als Ehrengast via Alaska einfliegen. Zum Dank rief er eine „Eisbecherkreation Meier“ ins Leben, von der heute noch geschwärmt wird. Die Backen-Mozart-Kette hat ihren Hauptsitz in Hiroshima,

jener Stadt, die vor 43 Jahren eines der traurigsten Kapitel der Geschichte schrieb. „Auch hier wollte der Meier-Trubel nicht aufhören“, sind die Gedanken von Erich Deutsch noch recht frisch. „Er ist dort Ehrenmitglied der Ärztevereinigung und Träger der Ehrenplakette der Stadt. Eine Auszeichnung aus purem Gold“, zeigt sich Deutsch fasziniert.

Meier selbst hielt bisher viele Vorträge vor Ärzten und Ernährungswissenschaftlern.

Beim letzten Symposium waren immerhin der wirtschaftspolitische Sprecher des japanischen Oberhauses, ein Gesandter der deutschen Botschaft und deren Agrar-Attaché zugegen, um den Ausführungen des populären Oberharzers zu lauschen. Einem Popstar gleich wird er beim Flanieren auf irgendwelchen Boulevards zwischen Hokkaido und Kiutschu von wildfremden Leuten begrüßt. „Meier-Cookies ist ein Begriff und sein atypisch-asiatisches Konterfei natürlich auch“, schmunzelt Erich Deutsch.

技術提携
ようこそマイヤーさん



Der Backstar bleibt bescheiden

Der Backstar selbst gibt sich zu Hause äußerst reserviert. Er wolle von dem ganzen Wirbel um seine Person nicht viel erzählen, ihm sei das irgendwie unangenehm, außer er sich betont bescheiden. Seine Liebe gilt jedoch Japan, und wenn er noch ein paar Jahren jünger wäre, könne er dort schon leben, träumt er in seinem Oberharzer Café. So bleibt ihm die Jetterei ins Sonnenur-sprungsland. Flüge, die nun wiederum ihm das Leben versüßen.

Achim Balthoff



Der Goslarer Konditormeister Erich Deutsch vor dem Eingang einer Backen-Mozart-Filiale in Hiroshima. Dort gibt's ausschließlich „Meier-Cookies“.

Heribert Meier mit einer der vielen Auszeichnungen und seinem Girlanden-Konterfei.

Die CDU dankt den Vereinen

19.
I.
1988

ST. ANDREASBERG. Eine „große Show“ sollte nicht veranstaltet werden. „Wir wollen einfach danke sagen“, bemerkte CDU-Stadtverbands-Vorsitzender Peter Schenk auf dem Neujahrsempfang seiner Partei, zu dem unter anderem die Vorsitzenden der Vereine eingeladen worden waren.

Das abgelaufene Jahr habe nach den Worten von Schenk gezeigt, „daß St. Andreasberg ein ganz besonderer Ort

ist“. Zu diesem Bild hätten die Vereine einen entscheidenden Beitrag geleistet. „Sie tragen unsere Stadt im wahrsten Sinne des Wortes. Und das, ohne zusätzliche Kosten für das Gemeinwesen.“

Der Einladung war eine ganze Reihe von Vereinsvertretern gefolgt. Am Rande der Veranstaltung führte man nutzbringende Gespräche. Auch Bürgermeister Werner Grübmeier war erschienen. -cher



Unter winterlichen Symbolen kam man zum CDU-Neujahrsempfang zusammen. Links Vorsitzender Peter Schenk. Foto: Siebeneicher

Direkt vom Bildschirm in den Oberharz

Ein Hauch von „großer Welt“ in St. Andreasberg – Ulla Zitelmann „in Familie“

ST. ANDREASBERG. Trotz vieler Höhenflüge ist sie privat „auf dem Teppich“ geblieben. Daß die beliebte Fernsehansagerin Ulla Zitelmann vom Norddeutschen Rundfunk familiäre Bindungen nach St. Andreasberg hat, ist nur wenigen bekannt. Zum Ende des Monats hin wird sich das ändern. Bruder Lutz Martens hat sie zu einem Kurzbesuch in den Oberharz eingeladen, den sie vom 30. Januar bis 1. Februar wahrnehmen wird. „Ich freue mich sehr auf das Wiedersehen“, sagt der 43jährige, „obwohl unsere Verbindung nie abgerissen ist.“

Die stets mit einem Lächeln auf dem Bildschirm erscheinende Ulla Zitelmann hat Höhen und Tiefen durchschritten. Als 24jährige brach sie 1970 aus einem goldenen Käfig aus, weil sie sich überflüssig und unausgefüllt vorkam. An der Seite ihres zweiten, um dreizehn Jahre älteren wohlhabenden

Ehemannes, hätte sie im südamerikanischen Caracas das Leben der Oberschicht führen und großes gesellschaftliches Ansehen genießen können.

Was ihr fehlte waren Selbständigkeit und handfestes Zupacken, wie sie es aus dem elterlichen Haushalt in Helmstedt kannte. Heimlich suchte sie im Anzeigenteil deutscher Tageszeitungen nach einem „Job“. Ihre perfekten Sprachkenntnisse in Deutsch, Englisch und Spanisch wollte sie einbringen. „Da muß es doch etwas geben“, dachte sie.

Es dauerte wochenlang, bis sie auf eine Annonce des Norddeutschen Rundfunks stieß, der eine Fernsehansagerin suchte. Sie bewarb sich, wurde zur Vorstellung eingeladen und kehrte nicht zurück. Tochter Simone aus erster Ehe hatte sie vorsichtshalber gleich mitgebracht.

Ihr Mann fiel aus allen Wolken. Eines Tages erschien er in Deutschland und wollte sie „nach Hause“ holen. Die tägliche Bewährung, das Erarbeiten von Texten, die Lösung von Erziehungsproblemen und das Zusammenleben mit der Tochter hatten Ulla Zitelmann selbständig gemacht. So, wie sie es sich immer gewünscht hatte. Von „Herrn Zitelmann“, wie sie heute freundschaftlich sagt, verabschiedete sie sich für immer. Die Scheidung war nur noch eine Formsache.



Lutz Martens bewahrt viele Berichte über seine Schwester auf.

Bruder Lutz, der in St. Andreasberg heimisch werden möchte („Es ist nicht leicht, mit den Leuten hier den richtigen Kontakt zu bekommen“), hat das alles aus der Entfernung mitgeföhlt. In seiner Wohnung im Terrassenhaus am Bergmannstrost hat er eine dicke Sammlung von Zeitungsberichten, Post- und Werbekarten seiner berühmten Schwester. „Ulla“ bringt seine beiden Töchter Anja

(18) und Sabine (19) aus erster Ehe mit. Sie leben in Hamburg. „Ich habe sie lange nicht gesehen.“

Die drei Damen werden „In der Sonne“ wohnen und ganz „in Familie“ bleiben. „Allerdings“, so sagt Lutz Martens, „habe ich das Kur- und Verkehrsamt von ihrer Anwesenheit unterrichtet.“ Vielleicht möchte ja doch ein Verantwortlicher von der Stadt so prominenten Besuch die Hand schütteln. P.W.



Ein Wochenende in St. Andreasberg: Ulla Zitelmann

Es geht um die Ausschreibung der Stelle des Stadtdirektors

Im St. Andreasberger Rathaus ist alles offen

ST. ANDREASBERG. Fast am Ende der Tagesordnung der Ratssitzung, die heute um 18 Uhr im Kurhaus beginnt, steht der Punkt, bei dem der Rat Farbe bekennen kann – wenn er will: „Besetzung der Stelle des Hauptverwaltungsbeamten“. Zur Debatte steht, ob die Stelle des Nachfolgers von Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten ausgeschrieben werden soll, oder ob auf die Ausschreibung verzichtet wird. Damit wäre de facto der bisherige Vertreter von Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten, Hans-Joachim Grogorenz, bereits gewählt.

Nach 34 Jahren endet eine Ära. Karl-Heinz Baumgarten, dienstältester Stadtdirektor im Lande Niedersachsen, tritt mit Ablauf des Monats August in den Ruhestand. „Ich habe Jahre Zeit gehabt, mich an den Gedanken zu gewöhnen“, bekennt er. Schwierigkeiten, mit der Vollendung

des 65. Lebensjahres auch seine Berufslaufbahn als beendet anzusehen. Und das um so mehr, als er sich zusätzlich als Vorsitzender des Niedersächsischen Skiverbandes vor der Entscheidung sieht, auf eine Wiederwahl zu verzichten angesichts interner Schwierigkeiten.

Auf sportlichem Sektor steht eine Wiederwahl immerhin auf der Tagesordnung – im Rathaus ist sein freier Wille nicht gefragt. Bekunden konnte Baumgarten jedoch, daß auf eine Ausschreibung der Stelle seines Nachfolgers verzichtet werden sollte.

Mag man sich in den Ratsfraktionen die Frage vorgelegt haben, ob es gelingen könnte, einen noch qualifizierteren Bewerber zu finden, die Qualifikation und darüber hinaus parteipolitische Neutralität von Hans-Joachim Grogorenz sind nicht in Zweifel gezogen. Parteipolitisches Gezänk, mit dem sich bei gleicher Gelegenheit die Ratsfraktionen der Kreisstadt Goslar medienwirksam

hervorgetan haben, ist in St. Andreasberg nicht zu erwarten.

Nur mit einem Mehrheitsbeschluß könnte heute auf eine Stellenausschreibung verzichtet werden. Der von der CDU favorisierte Verzicht auf eine Ausschreibung wird erklärtermaßen nicht von allen Fraktionsmitgliedern vertreten. Gleiches wird von der SPD angenommen, die grundsätzlich für eine Ausschreibung plädiert. Und vom Unabhängigen abgesehen neigen die beiden FDP-Ratsherren nicht dazu, Zünglein an der Waage zu sein: Sie vertreten bislang unterschiedliche Standpunkte. Im Rathaus ist alles offen. te-

Der Weg ist frei: Jochen Grogorenz wird Nachfolger von Stadtdirektor Baumgartens

Rat verzichtet auf die Ausschreibung der Stelle des Hauptverwaltungsbeamten

ST. ANDREASBERG kbb — Hans-Joachim Grogorenz wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit der Nachfolger von Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten. Der Rat der Stadt hat am Dienstagabend mehrheitlich in geheimer Abstimmung beschlossen, die Stelle des Hauptverwaltungsbeamten nach dem aus Altersgründen ausscheidenden Baumgarten nicht öffentlich auszuschreiben. Allerdings muß Grogorenz sich noch der Wahl des Rates stellen, die spätestens sechs Monate nach Ausscheiden seines Vorgängers erfolgen muß.

Die Frage, wer die Nachfolge des seit 27 Jahren amtierenden Baumgarten antreten soll, hat die Mitglieder des Rates schon seit längerem beschäftigt. Spätestens seit Oktober letzten Jahres stand die Besetzung des Postens des Stadtdirektors immer wieder auf der Tagesordnung der Ratssitzungen und der Fraktionen bei nichtöffentlichen Sitzungen. Dabei stand der Paragraph 61 der Niedersächsischen Gemeindeordnung im Mittelpunkt, wenn es um die Verfahrensweise ging. Danach ist die Stelle eines Stadtdirektors öffentlich auszuschreiben. Nur wenn ein Rat beabsichtigt, den bisherigen Stadtdirektor oder seinen allgemeinen Stellvertreter zu wählen, kann er auf eine öffentliche Ausschreibung verzichten.

Da man in St. Andreasberg weiß, was man an den bisherigen Stadtdirektor-Stellvertreter, Hans-Joachim Grogorenz, hat, kam schon sehr früh der Gedanke

auf, auf die Ausschreibung zu verzichten. Einige Ratsherren waren aber aus Prinzip dagegen: grundsätzlich ausschreiben, war ihre Meinung. Auch für den Betroffenen sei es besser, wenn er sich als Bester gegen Konkurrenten durchzusetzen hätte. Und für den Rat wäre es von Vorteil, wenn er genau wisse, daß er den Bewerber mit der höchsten Qualifikation gewählt habe. Andere hielten dagegen: Warum extra öffentlich ausschreiben wenn man ohnehin wisse, wen man wählen wolle. Außerdem habe man jetzt die «einmalige Chance, die Struktur der Verwaltung zu verändern» (Rath). Damit deutete er Überlegungen an, Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung neu zu beschreiben, denn wenn ein Mitarbeiter aus Altersgründen ausscheidet und kein neuer eingestellt wird, muß die Arbeit neu verteilt werden.

Entsprechend verlief dann auch die

Diskussion in der öffentlichen Ratssitzung. Die SPD-Fraktion, Hans Bahn (FDP) und Volker Thale (CDU) sprachen sich für eine öffentliche Ausschreibung aus, die CDU-Fraktion für den Verzicht. Horst Hørseljau (FDP) konnte sich plötzlich nicht mehr entscheiden, wohl weil er merkte, welches Gewicht seine Stimme haben würde. Er beantragte eine Unterbrechung der öffentlichen Ratssitzung und um eine kurze nichtöffentliche Sitzung, um noch einmal über das Thema zu sprechen. Bernd Rath erklärte nach kurzer Beratung, daß die CDU-Fraktion seinen Antrag unterstütze, aber das nur, um die gute Zusammenarbeit der Fraktionsvorsitzenden in letzter Zeit nicht zu gefährden. Schließlich waren in geheimer Abstimmung sieben Ratsmitglieder für einen Verzicht auf die Ausschreibung, fünf dagegen. Albert Kehr (SPD) fehlte wegen Krankheit.

Bürgermeister Werner Grübmeyer hatte zuvor klargestellt, daß es sich hier nicht um die eigentliche Wahl des künftigen Stadtdirektors handelt, sondern um eine Verfahrensfrage. Doch sein Fraktionsvorsitzender Rath sagte, daß mit der Abstimmung über die Verfahrensfrage die Weichen für die Wahl gestellt sind.

Volker Thale: »Keine Kungelei«

Ratsherr weist Vorwurf geheimer Absprachen zurück

ST. ANDREASBERG kbb — In einer oder seinen allgemeinen Stellvertreter zu wählen, kann er auf eine öffentliche Ausschreibung verzichten.

Da man in St. Andreasberg weiß, was man an den bisherigen Stadtdirektor-Stellvertreter, Hans-Joachim Grogorenz, hat, kam schon sehr früh der Gedanke

persönlichen Erklärung hat Volker Thale Überlegungen an, Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung neu zu beschreiben, denn wenn ein Mitarbeiter aus Altersgründen ausscheidet und kein neuer eingestellt wird, muß die Arbeit neu verteilt werden.

Entsprechend verlief dann auch die

man geschmeidig in öffentlichen Sitzungen zuvor klargestellt, daß es sich hier nicht um die eigentliche Wahl des künftigen Stadtdirektors handelt, sondern um eine Verfahrensfrage. Doch sein Fraktionsvorsitzender Rath sagte, daß mit der Abstimmung über die Verfahrensfrage die Weichen für die Wahl gestellt sind.

Volker Thale: »Keine Kungelei«

Ratsherr weist Vorwurf geheimer Absprachen zurück

ST. ANDREASBERG kbb — In einer persönlichen Erklärung hat Volker Thale am Dienstagabend Vorwürfe gegen sich zurückgewiesen, die der in Clausthal-Zellerfeld erscheinende «Harzer Landbote» gegen ihn erhoben hat. In dem DIN-A-5-Heft war dem Ratsherrn unter anderem vorgeworfen worden, einem Mitarbeiter des Bauhofs die Stelle des Vorarbeiters versprochen zu haben. Dafür habe man ihm auf dem Bauhof an seinem privaten Reifen gewechselt.

Weiter behauptet das Blatt, wichtige Entscheidungen in der Stadt würden zwischen Bürgermeister Werner Grübmeyer und Volker Thale «ausgekungelt». In diesem Zusammenhang wiesen die Autoren auf die vorgestern anstehende Entscheidung über die Besetzung des Stadtdirektor-Postens hin.

Hans Bahn, der das «Gerücht» in der Ratssitzung angesprochen hatte, trat seinem Ratskollegen zur Seite. Er bezeichnete die Veröffentlichung als «Schmierblatt», die ein Ratsmitglied in ein schlechtes Licht gerückt habe.

Der Rat konnte und wollte das Thema nicht weiter in öffentlicher Sitzung beraten, auch weil seinen Mitgliedern der Text nicht vorlag. Die persönliche Erklärung nahm der Rat, wie zuvor schon der Verwaltungsausschuß, als ausreichend zur Kenntnis. Die zahlreichen Zuhörer der Ratssammlung konnten inhaltlich der Erklärung nicht folgen, da die genauen Vorwürfe nicht genannt wurden.

Volker Thale erklärte gestern dem TAG-BLATT, daß er in der Verwaltungsausschußsitzung zum ersten Mal die Vorwürfe gehört habe und den Text erst nach der Ratssitzung kurz überfliegen konnte. Der Vorwurf mit dem Unimog-Panne müsse sich auf einen Vorgang im vergangenen Winter beziehen. Damals sei ein Verzugspflug der Forst ausgefallen, und er

sei eingesprungen. Beim Pflügen hätten sich dann an einem Rad die Muttern gelöst, und hinter der Rehbergklinik sei ein Hinterrad des Unimogs abgefallen. Da sei er zu Fuß in Richtung Rehbergklinik gegangen, um sich Muttern auszuleihen, die ihm verlorengegangen waren. Unterwegs habe er einen Forstbeamten getroffen, der ihn mit dem Auto zur Klinik gefahren habe. Da man ihm hier nicht weiterhelfen konnte, sei er mit dem Beamten zum Bauhof gefahren und habe dort die Mitarbeiter gefragt, ob sie ihm weiterhelfen könnten. Da gerade ein Schneepflug in die Richtung mußte, hätten die Bauhof-Mitarbeiter neben den Schrauben auch einen schweren Wagenheber mitgenommen.

Thale: «Ich hatte ungefähr zwei Tonnen Pflastersteine als Ballast geladen.» So habe man ihn aus der Klemme geholfen. Und: «Wie der Zufall es so will, konnte ich der Stadt einige Tage später auch mal mit Bolzen für die Schneefräse aushelfen, die ich noch von einer alten Fräse hatte. Die habe ich der Stadt geschenkt. Da haben die sich gedacht: dann können wir die Muttern auch nicht berechnen.»

Volker Thale betonte, daß gerade er Kungelei immer angeprangert habe und deshalb immer vorsichtig sei, daß man ihm so etwas nicht vorwerfen könne. Daß er nicht immer genauso abstimme wie die Mehrheit der CDU-Fraktion, das könne

man regelmäßig in öffentlichen Sitzungen beobachten. Und bei Personalentscheidungen lasse er sich «immer von der Sache her leiten». Dafür sei er bekannt. An welchen Stellen er sich in der Vergangenheit gegen «Parteiisch-Entscheidungen» gestellt habe, dürfe er nicht konkret sagen, da personelle Angelegenheiten grundsätzlich in nichtöffentlichen Sitzungen entschieden würden.

Ob der Ratsherr gegen die Autoren des «Landboten» rechtliche Schritte unternehmen wird, konnte er gestern nicht sagen, da er noch immer nicht den Text vorliegen habe und den Inhalt nicht voll zur Kenntnis nehmen konnte.

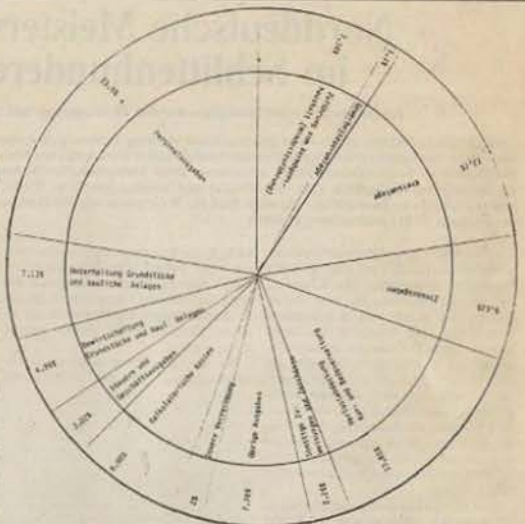
heute

Heute St. Andreasberg

ST. ANDREASBERG kbb — Anneliese Kühne bietet heute um 16.30 Uhr wieder eine geführte Wanderung zur Wildfütterung beim Rehberger Grabenhaus an. Sie startet vom Kurhaus-Parkplatz aus. Der Rodelhang am Kurhaus ist heute wieder bis um 22 Uhr beleuchtet. Tanztee gibt es im Kurhaus ab 15 Uhr, der Keramik-Abend beginnt dort um 19 Uhr. Das Bergwerksmuseum öffnet um 11 uhd um 14.30 Uhr mit Führungen seine Tore.

Beleganhilweis

- außer Postzeitungsendungen - Beachten Sie bitte die Beilagen der Firmen Beckmann, Bad Lauterberg, und Bono in unserer heutigen Ausgabe.



Verwaltungshaushalt 1988: Er hat ein Volumen von 6 215 300 Mark.

Rat verabschiedete Haushalt: 1,5 Millionen Mark fehlen

Höchstbetrag der Kassenkredite: zwei Millionen Mark

ST. ANDREASBERG kbb — Der Rat der Bergstadt hat in seiner Sitzung am Dienstagabend die Haushaltsatzung und den dazugehörigen Haushaltsplan 1988

Verwaltungshaushalt 1988: Er hat ein Volumen von 6 215 300 Mark.

Rat verabschiedete Haushalt: 1,5 Millionen Mark fehlen

Höchstbetrag der Kassenkredite: zwei Millionen Mark

ST. ANDREASBERG kbb — Der Rat der Bergstadt hat in seiner Sitzung am Dienstagabend die Haushaltsatzung und den dazugehörigen Haushaltsplan 1988 verabschiedet. Wie in den vergangenen Jahren wird die Stadt auch diesmal wieder eine Finanzlücke von knapp 1,5 Millionen Mark haben. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Horst Hørseljau, wies bei der Vorstellung des Planes darauf hin, daß die Stadt nach wie vor auf Bedarfszuweisungen angewiesen ist.

Die Stadt rechnet mit Einnahmen von 4,7 Millionen Mark im Verwaltungshaushalt und 769 000 Mark im Vermögenshaushalt. Dem stehen Ausgaben von 6,2 Millionen Mark im Verwaltungshaushalt und 769 000 Mark im Vermögenshaushalt gegenüber. Bei den Einnahmen des Vermögenshaushalts sind bereits 187 500 Mark eingerechnet, die die Stadt in Form von Krediten aufnehmen muß. Den Höchstbetrag der Kassenkredite, den Überziehungskredit des Kämmers, setzte der Rat auf zwei Millionen Mark fest.

Damit ist vorzusehen, daß spätestens im Herbst die Stadt den Kassennotstand feststellen muß, weil der Überziehungskredit erschöpft ist. Rat und Verwaltung hoffen, daß das Land Niedersachsen der Stadt wieder, wie in den vergangenen Jahren, mit Bedarfszuweisungen weiterhilft. Denn wirkliche Einsparmöglichkeiten gibt es nicht mehr.

Karl Kirmüller (SPD) wies in seiner Haushaltsrede darauf hin, daß die Bergstadt im Bereich des Fremdenverkehrs eine Menge für den Landkreis und das Land leiste. Deshalb brauche man sich nicht als Bittsteller fühlen, wenn man Bedarfszuweisungen beantrage. Er fragte, warum es nur Zonenerandförderung im industriellen Bereich gebe, nicht aber

Wirtschaftsförderung für den Fremdenverkehr. Er drückte seine Besorgnis aus, daß die Finanzpolitik von Bund und Land die Gemeinden in Zukunft noch weiter

Wirtschaftsförderung für den Fremdenverkehr. Er drückte seine Besorgnis aus, daß die Finanzpolitik von Bund und Land die Gemeinden in Zukunft noch weiter

bernd Rath und Werner Grübmeyer (beide CDU) wiesen die Vorwürfe bezüglich der Steuerreform zurück. Es sei überhaupt noch nicht bewiesen, daß die Reform den Gemeinden geringere Einnahmen beschere. Grübmeyer sagte, das Land habe die Gemeinden jahrelang «gut bedient». Da sollten die auch Verständnis zeigen, wenn das Land Probleme habe. Die Bergstadt habe sich mit ihren finanziellen Problemen immer an den «großen Brüdern» Land Niedersachsen wenden können und sei hier immer auf offene Ohren gestoßen. Und mit Blick auf die Steuerreform sagte er, der Bürger wisse regelmäßig besser, was er mit dem Geld anfangen könne als der Staat. Vor allem hätte das Geld bei den Bürgern den Effekt, daß es keine Folgekosten für den Staat verursache.

5.6. März 1988

Mehr Modernisierungsbau als Neubau

Hoppmann-Bau GmbH stellte sich in den neuen Goslarer Räumen vor – Große Gästerunde

GOSLAR. Im Herbst 1987 zog die Hoppmann-Bau GmbH mit ihrem 60-Mann-Betrieb von Vienenburg nach Goslar um. Auf dem Grundstück Lange Wanne 6 in der Baßgeige fand gestern in Anwesenheit von Vertretern der Bauwirtschaft, der Wirtschaft und der Politik die offizielle Einweihung der Räume statt. Stadt und Landkreis Goslar zeigten sich außerordentlich erfreut über den Betrieb, von dem Geschäftsführer Bernd Pätzold sagte, daß einer Ausweitung in den nächsten Jahren nichts im Wege stehe. Geschäftsführer Rudolf Hoppmann begründete den Optimismus des Unternehmens mit der langfristigen Nachfrage nach Bauleistung und dem seit dem Umzug nach Goslar erheblich größer gewordenen Betätigungsfeld „Modernisierungsbau“.

Vor den Toren der Hoppmann-Bau GmbH steht ein von der Stadt Goslar zur Einweihung gestifteter und gepflanzter Baum. In Vertretung des Oberbürgermeisters wertete ihn gestern Otto Fricke als Symbol für das Wachsen und Gedeihen der Firma. Vienenburgs stellvertretender Bürgermeister Gerhart Rohwer blickte „mit zwiespältigen Gefühlen“ in die große Gästerunde: „Die Trauerweide auf der anderen Seite steht für die Stadt Vienenburg.“ Man habe die Betriebsverlagerung sehr bedauert, aber noch seien die Chefs und ihre Familien sowie viele Mitarbeiter Vienenburger Bürger.

Demgegenüber konnte Ratsherr Otto Fricke helle Fanfarentöne der Freude über diesen neuen Betrieb im 60 ha großen Gewerbegebiet Baßgeige anstimmen, das 53 Betriebe mit 2100 Arbeitsplätze beherbergt. Es habe sich jetzt eine Interessengemeinschaft Baßgeige gebildet, die die Belange der Betriebe vertreten wolle. Fricke wie der stellvertretende Landrat Grübmeier erkannten den Mut der Firma an, die in einer nicht auf Rosen gebetteten Branche einen solchen Schritt gewagt habe.

Rudolf Hoppmann führte in einem kurzen Rückblick in die 1947 von seinem Vater begonnene Firmengeschich-



„Einweihungsrunde“: von links stellvertretender Bürgermeister Gerhart Rohwer, die beiden Geschäftsführer Rudolf Hoppmann und Bernd Pätzold, Dr. Erhard Schumann, stellvertretender Landrat Werner Grübmeier und Ratsherr Otto Fricke. Foto: Geyer

te zurück, in der es 1979 einen schmerzlichen Bruch, dann aber einen hoffnungsvollen Neuanfang gegeben habe. „Bauen macht Spaß“ lautet das Motto der Firma. Damit es auch den Bauherren Spaß macht, achte sie auf Termineinhaltung und gute Qualität: „Wir vermeiden eine Billigpreis-Politik, ohne den Wettbewerb zu scheuen“, sagte Hoppmann. Sein Kollege Pätzold und er hätten die Leistungen des Unternehmens ausgedehnt auf den Bereich der Baurüchterschaft, der Baubetreuung, des schlüsselfertigen Baus und den Bereich der Verwaltung von Grundbesitz.

Zur Aussicht auf dem Baumarkt erklärte Rudolf Hoppmann, daß neue Fertigungstechniken, Produktionsumstellungen, höhere Emissionsansprüche ein eigenständiges Bauvolumen im Wirtschaftsbau schafften. Neue Ansprüche in der Ver- und Entsorgung, im Freizeitbereich, in den Kommunikationstechniken und auf dem Denkmalsektor erhöhten die Nachfrage. „Im Wohnungsbau hat 1987 erstmals der

Modernisierungsbau eine größere Nachfrage erzeugt als der Neubau“, betonte Hoppmann. Auswirkungen, die die Firma in Goslar deutlich positiv spüre.

Zum Zeichen der Aufgeschlossenheit gegenüber dem Neuen hatte Rudolf Hoppmann den Technologietransfer-Beauftragten der TU Clausthal, Dr.-Ing. Erhard Schumann, zu einem Vortrag eingeladen. Dr. Schumann informierte prägnant und anschaulich über das Thema „Technologietransfer: Wissenschaft und Praxis – Gegensatz oder Chance?“ Er wandte sich dabei besonders an kleinen und mittlere Unternehmen und sprach von einem Technologietransfer in beiden Richtungen. Die TU Clausthal habe bewiesen, daß sie in der Lage sei, einen Großteil der Anforderungen aus der Wirtschaft zu erfüllen, ohne die Universität in praxisnahe Bereiche abdriften zu lassen. Stellvertretender Landrat Grübmeier regte an, eine „Universitäts-gesellschaft“ zu gründen, um die unmittelbare Verbindung zwischen Wirtschaft und TU herzustellen. um

A K T E N N O T I Z

Robinsonclub und Sport- und Kurhotel St. Andreasberg

Gespräche bei der TUI mit Herrn Grübmeier anlässlich der ITB in Berlin am 08.03.1988.

Teilnehmer:

Herr Dr. Fischer - Vorstand TUI
Herr Dr. Knorr - Radio FFN

Herr Dr. Fischer hat die Idee des Robinsonclubs in St. Andreasberg ebenfalls in den letzten Jahren mit verfolgt und kurz die Probleme innerhalb der Organisation der TUI dargestellt.

Die TUI ist als Reiseveranstalter auf seine Gesellschafter bzw. Partner, die Reisebüros als Vertriebsorganisation, für das Produkt Reisen angewiesen. Die Reisebüros erhalten bis zu 11 % des verkauften Produkts und sind somit auf die TUI als Reiseveranstalter angewiesen. Die Gefahr der Direktbuchung von Interessenten in Hotels bzw. Clubs unter Ausschaltung der Vertriebsorganisation Reisebüro sieht Herr Dr. Fischer als Interessenkollision zwischen Veranstalter und Vertriebsorganisation an.

Herr Dr. Fischer wird nach Rückkehr von einer Dienstreise nach Agadir die Herren Engel und Mankel in der 12. KW nochmals auf die Clubidee in St. Andreasberg ansprechen.

Teilnehmer:

Herr Engel - Geschäftsführer Robinson Hotels GmbH & Co. KG
Herr Mankel - Geschäftsführer Robinson Hotels GmbH & Co. KG

Beide Herren haben den Standort Deutschland für einen Robinsonclub bejaht. Die Realisierung eines Clubs ist bisher jedoch trotz mehrfacher Vorschläge ausschließlich an der ablehnenden Haltung der Gesellschafter gescheitert.

Dies ist auch in den letzten beiden Monaten bei einem für das Unternehmen optimal geplanten Objekt an einem See in Nordrhein-Westfalen der Fall gewesen.

Beide Herren haben den Standort St. Andreasberg als möglich angesehen und zeigen Bereitschaft zur gemeinsamen Konzepterarbeitung.

Die wirtschaftliche Absicherung des Projekts basiert auf einer dreimonatigen Winter- und Sommersaison als Clubbetrieb, der die Kapitalbedienung ermöglichen sollte.

Damit verbleiben 6 Monate Belegungszeit für das Unternehmen TUI zur eigenen Verwendung.

Hier bestehen u.a. folgende Möglichkeiten:

- Schulung der Mitarbeiter des Touristik-Unternehmens in Seminaren
- Seminarbetrieb der Hochschule Clausthal-Zellerfeld mit bereits fest zugesagten 10.000 Übernachtungen
- Seminar- und Schulungsveranstaltungen sowie Gruppenreisen und -Veranstaltungen jeglicher Art unter Nutzung von jeweils dafür notwendigen Teilbereiche der Gesamtanlage.

Herr Grübmeier hat die Nutzung von zusätzlichen stadteigenem Gelände für die Anlage von notwendigem Freigelände für die Hotelanlage zugesagt, so daß jede Konzeption verwirklicht werden kann, so u.a. die Anlage eines Golfplatzes.

Berlin, den 09.03.1988
Z/sch

Ziel
.....
Z I E L

Verteiler:

Herr Grübmeier
Herr Grogorenz
Akte

Neuer Anlauf für Vorstandswahl im SPD-Ortsverein St. Andreasberg

Vorstand beklagt geringe Resonanz – Karl Kixmüller: „Ich werde Hans-Joachim Grogorenz wählen“

ST. ANDREASBERG. Mit der selbstgestellten Aufgabe, nach Wegen für eine bessere Motivierung und Aktivierung der Mitglieder zu suchen, bleibt der alte Vorstand des SPD-Ortsvereins St. Andreasberg zunächst einmal im Amt. Am Freitagabend im Kurhaus nämlich blieb dem 1. Vorsitzenden Ulrich Wemheuer nichts anderes übrig, als die vorgesehene Jahreshauptversammlung in ein gemütliches Beisammensein umzufunktionieren. Er sah unter den gegebenen Umständen keine Basis für einen von einer Mehrheit getragenen neuen Vorstand: Die anwesenden 9 von 76 Mitgliedern hätten die zu vergebenen Posten exakt untereinander aufteilen müssen.

Da angesichts dieser geringen Teilnehmerzahl auch ein Rechenschaftsbericht in den Wind geblasen gewesen wäre, wurde die Sitzung nach kurzer Vorberatung nur für die Wahl der Delegierten eröffnet. Walter Jagusch und Ernst August Willecke werden den Ortsverein am 12. März in Harlingerode beim Unterbezirksparteitag vertreten.

Der Vortrag zum Thema Naturschutzgebiet Bergwiesen Geseher wäre als zweiter Schwerpunkt der Versammlung ohnedies ausgefallen, denn Albert Kehr, eben aus dem Krankenhaus heimgekehrt, konnte an der Versammlung noch nicht teilnehmen. Für

die „ruhige Phase des Ortsvereins“ fand Ernst August Willecke keine Erklärung, denn die Angebote seien im Prinzip gut durchdacht. Ulrich Wemheuer aber sah im schrumpfenden Mitgliederinteresse an jeder Art Veranstaltung auch Anlaß zur Selbstkritik. Die letzte Spargelfahrt, früher immer ein Renner und 1987 abgeblasen, sei wahrscheinlich zu kurzfristig angesetzt worden, meinte er. Und die Weihnachtsfeier, seit zwei Jahren an anderem Ort angesetzt, überfordere möglicherweise die Mitglieder finanziell. Ein Ausweg wurde in der Empfehlung gesehen, sich in der Adventszeit künftig nicht abends mit großem Essen zu treffen, sondern nachmittags bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen. Die Vermutung, daß angesichts der Überalterung des Vereins ein Fahrdienst für Veranstaltungen eingerichtet werden sollte, fand sich in der Mitgliederliste bestätigt.

Aktuelle Kommunalpolitik war schließlich Hauptthema beim gemütlichen Beisammensein. Fraktionsvorsitzender Karl Kixmüller stellte dabei klar, daß es beim Ratsbeschluß um den Verzicht einer Ausschreibung der Stelle des neuen Hauptverwaltungsbeamten der Bergstadt lediglich um Verfahrensfragen gegangen sein. Die SPD-Fraktion hatte – gegen die Mehrheit im Rat – für eine Ausschreibung plädiert.

Das Ergebnis der Wahl könne quer durch die Fraktionen ganz anders ausfallen, meinte der Fraktionsvorsitzende, der sich für den Wahlgang im Rat bereits festlegte: „Ich werde Hans-Joachim Grogorenz wählen“, erklärte Karl Kixmüller. So weit ging Ratsherr Hans Schlieff zwar nicht, aber er sprach sein Bedauern aus, daß es Hans-Joachim Grogorenz durch den Verzicht auf die Stellenausschreibung nun nicht möglich sei, eine Position auf der Grundlage einer Wahl unter mehreren Bewerbern einzunehmen. te

SPD vertagt Neuwahl

ST. ANDREASBERG. Neu angesetzt wird die Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins St. Andreasberg. Zur Versammlung am Freitag im Kurhaus kamen nur so wenige Mitglieder, daß die turnusmäßig anstehende Neuwahl des Vorstandes nicht möglich war. Über den Verlauf des Treffens, bei dem aus der Tagesordnung nur die Delegierten für den Unterbezirks-Parteitag am 12. März in Harlingerode gewählt wurden, werden wir noch berichten.

An die GZ Leserbriefe

(Kürzungen vorbehalten)

Zum Artikel „Ein schlechtes Bild abgegeben“ vom 3. 3. 88:

Arrogante Aufregtheit

Im obengenannten Artikel von Kurt Tempes wird der Harzer Landbote erwähnt. Viermal, um genau zu sein, davon einmal unter seiner richtigen Bezeichnung und dreimal unter der Titulierung „Schmierblatt“. Wir vom Harzer Landboten sind darüber sehr erfreut:

Erstens ist es dem Spiegel zu Beginn der Barschel-Pfeiffer-Affäre ähnlich ergangen, als seinen Mitarbeiterinnen Schmierjournalismus vorgeworfen wurde. Dabei stimmte alles.

Zweitens zeugt die arrogante Aufregtheit im Andreasberger Rat von der Betroffenheit der Betroffenen. Wäre nämlich unsere Meldung von der Postenschieberei in St. Andreasberg eine Falschmeldung gewesen, so hätte sie sich doch wohl schnell als solche entlarven lassen. Da dies jedoch nicht geschehen ist, könnte sich die hiesige Bevölkerung einmal fragen, von wem sie eigentlich wirklich „angeschmiert“ wird. Vom Sonderschullehrer Bahn ist man in St. Andreasberg darüber hinaus schon einiges gewohnt an verbalen Ausbrüchen.

Für die Redaktion des Harzer Landboten
Katja Engel

*

Der Begriff „Schmierblatt“ war im Kommentar Wiedergabe direkter Rede. Der Vorwurf von Postenschieberei wurde so weitgehend ausgeräumt, wie Personalangelegenheiten in öffentlicher Ratssitzung zur Sprache gebracht werden konnten (d. Red.).

Herrliche Sportart

ST. ANDREASBERG. Großartige Beispiele des überaus engen Verhältnisses von Mensch und Tier lieferten Musher und Schlittenhunde am vergangenen Wochenende in St. Andreasberg. Hautnah konnte man miterleben, welche Freude und Anhänglichkeit herrschten. Bürgermeister Werner Grübmeier zeigte sich begeistert und sprach den Teilnehmern seine Anerkennung aus. Gern habe die Bergstadt den Schlittenhundesportverband aufgenommen und alle Anstrengungen unternommen, ihm wett-kampfgerechte Strecken anzubieten. Die Schlittenhundefreunde mögen die aufgebrochene verbandsinterne Trennung sowie die Differenzierung in Show und Sport überwinden, um vereint noch besser für ihre herrliche Sportart werben zu können, wünschte der Bürgermeister.

-cher

Pastorin Marwede in der Martini-Kirche ordiniert

Die Gemeinde nahm regen Anteil – Willkommensgrüße aus St. Andreasberg – Abschiedsgeschenke aus Hildesheim

ST. ANDREASBERG. Die evangelische St.-Martini-Gemeinde St. Andreasberg erlebte am Samstag ein großes Fest. Unter riesiger Anteilnahme der Bergstädter, aber auch von Freunden und Gemeindegliedern früherer Wirkungskreise der Neu-Andreasbergerin Beate Marwede nahm Landessuperintendent Henze ihre Ordination in der Martini-Kirche vor und führte sie so in ihre neuen Aufgaben in der Kirchengemeinde ein. Im Anschluß an den Gottesdienst nutzten viele St. Andreasberger einen kleinen Empfang im Gemeindefestsaal, um die neue Pastorin in der Bergstadt herzlich willkommen zu heißen.

Landessuperintendent Henze ging in seiner Predigt zum Ordinationsgottesdienst mit sehr persönlichen Worten auf die Arbeit der jungen Pastorin Marwede in ihrer Gemeinde ein und beschwor sie, ihren Weg stets nach dem Kreuz auszurichten. Der sehr gut besuchte Gottesdienst wurde durch den Chor der Singgemeinschaft und den Flötenkreis feierlich umrahmt.

Sichtliche Mühe hatte dann später Pastor Michael Henheik, sich im überfüllten Gemeindefestsaal Luft und Gehör

zu verschaffen, ehe er seiner Freude über die Ordination seiner Amtschwester und die Tatsache, daß nach einer nur vierteljährlichen Vakanz die 1. Pfarrstelle der Martini-Gemeinde nun wieder besetzt sei, verleihen konnte. Natürlich gab er Beate Marwede alle guten Wünsche mit auf ihren neuen Weg. Seinen zahlreichen Zuhörern dankte Pastor Henheik für das große Interesse an diesem stolzen Tag der Martini-Gemeinde und bat alle Andreasberger, die neue Pastorin in ihrer Mitte herzlich aufzunehmen.

Bürgermeister Werner Grübmeier stattete den Dank im Namen von Rat und Verwaltung dafür ab, daß nunmehr die vakante Pfarrstelle wieder besetzt sei und wünschte sich, daß die Gemeinde eine Heimstatt aller St. Andreasberger und nicht nur den Zirkel einiger darstelle. Der neuen Pastorin versprach er, hier Freunde und Partner zu finden und erklärte: „Wir freuen uns auf Sie!“ Auf das Interesse Beate Marwedes an Fragen des Umweltschutzes anspielend, sagte Werner Grübmeier: „Wir haben unseren Hausgarten, unsere Bergwiesen, rundum für Sie in Ordnung gebracht



Mit Herzlichkeit wurde Beate Marwede in der Gemeinde aufgenommen. Die Willkommensgrüße der Katholiken St. Andreasbergs übermittelte Karl-Heinz Brockschmidt (links).
Fotos: Siebeneicher

und wünschen uns, daß Sie Ihre helle Freude an ihm haben werden!“ Und der Bürgermeister übermittelte Beate Marwede und ihrer Familie besonders herzliche Willkommensgrüße, wünschte sich eine gute Zusammenarbeit mit ihr über einen längeren Zeitraum, weil man in St. Andreasberg des Abschiednehmens von Pastoren und Pastorinnen inzwischen ein wenig müde geworden sei.

Ein wenig neidisch, aber nicht minder herzlich begrüßten Karl-Heinz Brockschmidt und Alois Brand von der katholischen St.-Andreas-Gemeinde Pastorin Beate Marwede. Dabei konnte ersterer nicht umhin, scherzhaft an das Bibelwort zu erinnern, das da lautet: „wer zwei hat, der gebe einen, damit der andere auch einen hat“, und erinnerte daran, daß ein solcher Tausch in der hierorts vorzüglich funktionierenden Ökumene noch nicht einmal sonderlich auffallen würde. Es gab noch viele liebe Willkommensgrüße, ein Zeichen dafür, wie sehr man die junge Pastorin hier in St. Andreasberg bereits schätzen gelernt hat. Aber es gab auch mindestens ebenso viele wehmü-

de Abschiedsgeschenke überreicht wurden, wirklich genau lesen will, dann wird man sie in den kommenden Wochen wohl kaum zu Gesicht bekommen.

Soviel aber konnte die neue Pastorin der Martini-Gemeinde fürs erste schon versprechen: „Es wird ein gutes Miteinander geben“ und „Es gefällt uns hier sehr gut und wir freuen uns über die schöne Landschaft ringsum.“ Im übrigen dankte Beate Marwede bewegt für den „großen Bahnhof“ und die herzliche Aufnahme, versprach als Zeichen dafür, wie gut es ihnen hier gefällt, schon bald drei Bäume, für jedes Kind einen, zu pflanzen und nannte als eines der ersten Hauptziele ihrer künftigen Arbeit die Aktivierung der Jugendar-



Der „Hohnemann“ von Bürgermeister Amtsbruder Henheik (links) freut sich



Der Leser hat das Wort

2.2. 1989

Außer Verantwortung der Schriftleitung. — Hier hat jeder Leser die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung im Rahmen der Gesetze und in allen Fragen öffentlichen Interesses. — Kürzungen vorbehalten.

Pastor Gerts »durchgefallen« — aber nicht bei uns

Wie am Mittwoch in unserer Tageszeitung zu lesen war, ist nun auch die zweite Wahl unseres Pastors Wolfgang Gerts gescheitert, und damit das Urteil gefällt, daß er unsere Gemeinde auf Wunsch einer einzelnen Person verlassen muß. Viele werden darüber traurig, enttäuscht und vielleicht auch verärgert sein.

Pastor Gerts wurde im Dezember 1986 von Waake zu uns nach Andreasberg versetzt. Anfangs war er nicht sehr begeistert, daß er sich in einem so abgelegenen Ort eine vorübergehende neue Existenz aufbauen sollte. Und ganz leicht wurde es ihm sowieso nicht gemacht. Bereits bei seinem Einführungsgottesdienst wurde er von der höchsten Stelle unseres Kirchenkreises mit den freundlichen Worten begrüßt: »Wer auf Erden gebrochen hat, der hat auch mit dem Himmel gebrochen.« Wer darüber informiert ist, daß Pastor Gerts geschieden ist, weiß, was solche Worte besagen, nämlich eine ganz massive Diskriminierung. Aber warum darf ein Pastor nicht geschieden sein, wie leider viele andere Menschen auch? Ist er etwas Besseres oder Schlechteres und wird deswegen verurteilt?

Innerhalb des letzten Jahres hat Pastor

Gerts nun uns und unsere Gemeinde kennen und lieben gelernt und hat sich offiziell auf die vakante erste Pfarrstelle beworben. Daß seine erste Wahl durch den Kirchenvorstand gescheitert ist, wird sicher vielen bekannt sein. Daraufhin wurde eine Ernennung beim Landeskirchenamt beantragt, von der aber abgesehen wurde. Darum wurde vom Kirchenvorstand eine zweite Wahl beantragt und genehmigt. Doch das Ergebnis dieser Wahl wurde ein schlimmerer Tiefschlag für einige als alles andere vorher. Gegen acht Ja-Stimmen stand eine Nein-Stimme. Und die besagt: er muß hier weg.

Es bleibt nun die Frage, ob diese Nein-Stimme im Sinne der Gemeinde abgegeben wurde, für die ja ein Kirchenvorstand handeln sollte, oder als ein persönliches In-die-Pfanne-Hauen. Sollte die Tatsache, daß Pastor Gerts ein »Geschiedener« ist und die Befürchtung, daß er politisch von der Kanzel sprechen könnte, da er einer anderen Partei angehört, als der hier am Ort vorherrschenden, ausschlaggebend dafür sein, daß man seine Einstellung als Pastor mit dem »Kauf eines Pfundes Butter« vergleicht? Ist es eine christliche Entscheidung, einen Pastor auf diese Art und

Weise davonzujagen? Was soll ein Pastor noch mehr können, als es Pastor Gerts kann? Er hat hervorragende seelsorgerliche Fähigkeiten, hält Predigten, die jeder versteht und gerne hört und die dieser Gemeinde etwas geben; er macht Kinder-Jugend- und Altenarbeit, organisiert berühmte Musiker und Orchester, schreibt Liederbücher, versieht auch Küsterdienst in Abwesenheit desselben und vieles andere mehr.

Ist es die Aufgabe eines Kirchenvorstandes, all diese Sachen zu blockieren und zunichte zu machen? Ob derjenige, der letztendlich alleine diese Entscheidung gefällt hat, noch ruhig schlafen kann, mit gutem Gewissen zu Gott beten und unbefangen unsere Kirche betreten kann? Ob er stolz auf sich ist, daß Frau Duderstadt, die sechs Jahre lang mit Lust und Liebe sich vorbildlich für diese Gemeinde eingesetzt hat, aufgrund dieser Ereignisse ihren ersten Vorsitz und die Mitgliedschaft des Kirchenvorstandes abgegeben hat, daß die Kindergottesdienstmitarbeiterinnen ihre Arbeit geschmissen haben und daß zur Kirchenvorstandswahl aufgestellte Kandidaten sofort zurückgetreten sind?

Für uns bleibt die Kirche als Institution fürs erste in Frage gestellt, denn als christlich, menschlich und als Stätte der Nächstenliebe kann man all das wohl kaum bezeichnen.

In einer Zeit, da Kirchenaustritte bislang zumeist aus Steuerersparnisgründen beantragt werden, sollte man doch den Wunsch von Gemeindegliedern, welchen Pastor sie in ihrer Kirche sehen und hören möchten, besser respektieren, als es im Fall Wolfgang Gerts geschehen ist. Oder braucht die Kirche weder Steuerelder noch Teilnehmer bei ihrem Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen?

Wir empfinden eine innere Traurigkeit, daß unsere christliche Gemeinde Offenheit und Ehrlichkeit nicht zu schätzen weiß. Von dieser Stelle aus wünschen wir Wolfgang Gerts, daß seine zukünftige Gemeinde ihren neuen Pastor mit Offenheit und Ehrlichkeit annimmt und seine Lebenseinstellung akzeptiert. Für uns hat Pastor Gerts positive Akzente gesetzt und wir danken ihm dafür.

K. A. Schlammelcher
S. Güntner
A. Kehr

für einen Kreis der Martini-Gemeinde

Projekt:

Martin Claus (Archäologie im südwestlichen Harzvorland, Heft 10 der Wegweiser zur Vor- und Frühgeschichte Niedersachsens, Hildesheim, 1978) berichtet (S 79 aaO) über zwei Urkunden aus den Jahren 927 und 929, nach denen Heinrich I den königlichen Hof Pöhlde und Besitztümer in Quedlinburg, Nordhausen, Grone und Duderstadt seiner Gemahlin Mathilde schenkte. Das Original der Urkunde von 929 wird im Staatsarchiv in Magdeburg aufbewahrt.

In demselben Heft ist eine Karte nach P. Grimm wiedergegeben, die 16 Pfalzen des 10. Jahrhunderts im Harzgebiet zwischen Grone und Werla, Merseburg und Magdeburg zeigt. Die sächsische Heimat des Geschlechts der Liudolfinger war der Mittelpunkt deutscher Reichsgeschichte geworden.

In diesen Raum teilen sich heute diesseits der innerdeutschen Grenze die südniedersächsischen Landkreise Göttingen, Northeim, Osterode, Goslar. Auch in den Raum Holzminden ziehen sich Verbindungslinien. Mathilde gründete nämlich in Pöhlde ein Benediktinerkloster mit Hilfe Corveyer Mönche.

Wenn heute die abseitige Lage im Zonenrandgebiet beklagt wird, eignet sich ein Projekt, das die geschichtliche Bedeutung dieses Raumes herausarbeitet, als ein Mittel, diesen Raum heute neu darzustellen und in das Bewußtsein hineinzutragen

- als ein im deutschen Sprachraum zentral gelegenes Gebiet, das gerade auch heute Brückenfunktionen ausüben könnte,
- als einen Wirtschaftsraum mit früher und Reichsgeschichte entscheidender Industrialisierung (Rammelsberg),
- als ein tausendjähriges Zentrum der Wissenschaft (Goslarer Domstift), das bis heute schöpferisch ist (Göttingen, Clausthal),

- als ein Fremdenverkehrsgebiet mit reicher geschichtlicher Vergangenheit (hier ritt schon der Kaiser zur Jagd ...) und damit hochwertigen kulturellen Zeugnissen.

Das Projekt wäre international bedeutsam; der Senat und das Volk von Rom, der Heilige Stuhl und die Hohe Pforte würden betroffen sein:

- Die sächsischen Könige waren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches.
- Die Päpste krönten die Kaiser. Neunhundert Jahre vor den heutigen Pastoralreisen der Päpste reiste ein Papst in diesen Raum.
- Otto II schenkte Pöhlde seiner griechischen Gattin Theophanu.

Hätte so das Projekt einerseits EWG-Maßstab, ist andererseits die gesamtdeutsche Bedeutung zu sehen: Hier liegt nur der halbe Harz!

Man kann auch die Linie Obersachsen - Niedersachsen - Angelsachsen ziehen. *Jasberingh.*

Im kirchlichen Bereich würden Beziehungen nach Mainz und Magdeburg, nach Hildesheim und Halberstadt sichtbar werden.

Das Projekt könnte sich darstellen in

- Ausstellungen über geschichtliche Zusammenhänge und technische Leistungen,
- Kunstausstellungen, die auch die in das Ausland verstreuten Kunstschatze wenigstens für eine Zeit wieder an den Entstehungsort zurückführen,
- Historikerkongressen,
- Restaurierung baugeschichtlicher und technischer Denkmale,
- Veranschaulichung archäologischer Ausgrabungen.

Neben der Reichsgeschichte wäre Kirchengeschichte, Literaturgeschichte, Kunstgeschichte, Sozialgeschichte und Technikgeschichte aufzuarbeiten. Die Stellung der Frau

könnte ausgehend von Roswitha von Gandersheim dargestellt werden.

Die Gandersheimer Domfestspiele sollten mit dem Zyklus des Projektes abgestimmt werden. Historische Feste sollten an den verschiedenen Orten geschichtliche Ereignisse nachzeichnen.

Mit kirchlichen Feiern würden ebenfalls notwendige Bezüge sichtbar gemacht und ausgewertet werden können.

Die Aktivitäten sollten an möglichst allen Orten mit historischen Anknüpfungspunkten in unterschiedlicher Ausprägung stattfinden.

Nach Durchführung des Projektes sollte bleiben

- eine Verbesserung der kulturellen Angebote für die Fremdenverkehrsgäste bis hin zu historischen, archäologischen und kunstgeschichtlichen Wanderwegen,
- eine Regionalisierung von Museumsbeständen des Landes und des Bundes,
- eine der Bedeutung des Bergbaus angemessene museale Präsentation,
- qualifizierte Monographien zu den bedeutenden Themen des Projekts, ein zusammenfassender Führer durch die Bergbaumuseen usw.,
- ein neuer Grenzübergang im Harzraum.

Man kann sagen, daß das Projekt der Einigung Europas dient und der Friedenssicherung durch die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte.

Es ist ein Prüfstein, ob Kulturarbeit besonderen Anspruchs aus der Zusammenarbeit kommunaler Körperschaften einer Landschaft auch außerhalb der Ballungsgebiete möglich ist und unterstützt wird.

Die Finanzierung wäre mit zusätzlicher Hilfe der EWG, des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen und des Nieders. Ministers für Wissenschaft und Kunst sowie

privater Sponsoren sicherzustellen. Die Finanzierung der Planung des Projektes hätten die Stellen zu tragen, die die Finanzierung eines Landschaftsverbandes sicherstellen wollen.

Kreisbaurat Ludwig Bamberg
Berlin, den 13.03.1988

Schützengesellschaft weiter unter bewährter Leitung

Erich Papendiek schöß höchste Ringzahl des Jahres – Diesjähriges Schützenfest wieder am ersten August-Wochenende

ST. ANDREASBERG. Mit der kompletten, weil bewährten Vorstandsmannschaft kann die Schützengesellschaft von 1522 e. V. St. Andreasberg an die nächsten Aufgaben gehen. Das ergab die diesjährige Jahreshauptversammlung am vergangenen Freitag im St. Andreasberger Kurhaus. Kein Wunder eigentlich, denn die Bilanz, die der alte und neue Vorstand dieser Jahreshauptversammlung vorlegte, konnte sich sehen lassen und hätte nichts anderes erwarten lassen, als ein eindeutiges Votum der Gesellschaft für Schützenvogt Günter Kattge und seine Mitarbeitermannschaft.

In seinem Rechenschaftsbericht streifte Günter Kattge noch einmal die Stationen des Schützenjahres 1987, stellte besonders die Besuche der St. Andreasberger bei befreundeten Schützengesellschaften in Bremen, Berlin und Norvenich heraus und nannte als Höhepunkt 1987 das eigene Schützen- und Volksfest mit dem 7. Landkreiskönigsschießen, dem ersten dieser Art auf bergstädtischem Boden.

Oberschießwart Siegfried Kahn ergänzte den Bericht des Schützenvogtes durch sportliche Aspekte und Fakten und zeigte Genugtuung darüber, daß eben dieses Landkreiskönigsschießen in St. Andreasberg so sehr viel Lob und Anerkennung unter allen Beteiligten geerntet habe.

Damenleiterin Eva Kahn berichtete über weitere Aktivitäten der Damenabteilung und hob besonders die



Die Vereinsmeisterinnen und -meister 1987 der Schützengesellschaft St. Andreasberg.

schießsportlichen Leistungen von Gerda Kahn, Erich Papendiek und Gudrun Henkel auf Kreisebene hervor. Kassenwart Erich Reile bezifferte den Mitgliederstand der Schützengesellschaft auf 152 und zeigte sich besonders erfreut über die 22 Jugendlichen, die in dieser Zahl enthalten sind. Im übrigen gab er einen umfassenden Überblick über ein großes Zahlenmaterial, wobei er unter dem Strich zu einem, wenn auch nur leicht positiven Ergebnis kam. Dank stattete Erich Reile den Helfern ab, die wiederum viele freiwillige Arbeitsstunden in das Schießhaus investiert hatten.

Bürgermeister Werner Grübmer, der der Schützengesellschaft die Grüße

von Rat und Verwaltung der Bergstadt übermittelte, bescheinigte ihr, sich aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens St. Andreasberg beteiligt zu haben. Dabei, so der Bürgermeister, seien die Schützen dem Wort „Gesellschaft“ in ihrem Vereinsnamen und der mit diesem Wort verbundenen Verpflichtung mehr als gerecht geworden. Und er appellierte im Vorfeld von anstehenden Vorstandswahlen an das ehrenamtliche Engagement in der Gesellschaft. Dank stattete Werner Grübmer der Schützengesellschaft für die Mitgestaltung der 500-Jahr-Feier im vergangenen Jahr ab.

lung die Vereinsmeister 1988, die am 4. Dezember 1987 ausgeschossen worden waren: Luftgewehr Schützenklasse Wilhelm Neugebohrn, Luftpistole Schützenklasse Wilhelm Neugebohrn, LG Schützen-Altersklasse Lothar Schneider, LP Schützen-Altersklasse Günter Kattge, LG Jugend Gudrun Henkel, LP Jugend Sven Meininger, LG Damen-Schützenklasse Heide Kortum, LP Damen-Schützenklasse Heide Kortum, LG Damen-Schützenaltersklasse Eva Kahn, LP Damen-Schützenaltersklasse Eva Kahn, LG Seniorinnen Hilde Misgaiski, LP Edith Brand, LG Senioren Karl Buse, LP Senioren Erich Papendiek, LG Senioren I Arthur Holze. Den erstmals in 1987 ausgeschossen Pokal für die höchste Jahrespunktzahl errang Erich Papendiek vor Erich Fischer und Siegfried Lierath.

Alter und neuer Vorstand

Keinerlei Probleme hatte der Oberschützenvogt Karl-Heinz Baumgarten mit der Besetzung der Vorstandsaufgaben. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder waren zur weiteren Mitarbeit bereit und wurden von der Versammlung einstimmig bestätigt. Als da sind: Schützenvogt Günter Kattge, sein Stellvertreter Dieter Korthum, Schriftführer Christel Lohmeyer, Kassenwart Erich Reile, Oberschießwart Siegfried Kahn, Damenleiterin Evy Kahn und Jugendleiterin Erika Röhr.

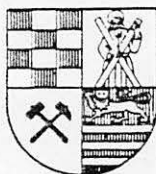
Zu Schießmeistern gewählt beziehungsweise als solche bestätigt wurden: Hans-Jürgen Dräger, Karl Buse, Siegfried Lierath, Arthur Holze und Karl-Heinz Sander. Geehrt wurden im Rahmen dieser Jahreshauptversamm-

Umfangreiches Programm 1988

Ein umfangreiches Programm erwartet die Schützengesellschaft auch in diesem Jahr, vom Anschießen am 30. 4. bis zum Abschießen im Dezember. Dazwischen liegen unter anderem das Freundschaftsschießen mit den befreundeten Schützengesellschaften von Braunlage, Altenau und Sieber, der Besuch der Schützenfeste in Norvenich, Sieber, Altenau und Lagesbuttel sowie das eigene Schützenfest vom 5. bis 9. August.



Fotos: Siebeneicher



Bergstadt St. Andreasberg (Oberharz)
HEILKLIMATISCHER KURORT UND ÄLTESTER WINTERSPORTPLATZ

600-700 m – Sportgebiet bis 894 m NN

Der Stadtdirektor

Akt-Z.: _____

3424 St. Andreasberg, den **23. März 1988**

Postfach 40

Fernruf 1087-1089 (Vorw.-Nr. 05582)

Herrn
Bürgermeister Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

EINLADUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten vollendet am 31. März 1988 eine

50jährige Dienstzeit im öffentlichen Dienst.

Dieses seltene Jubiläum soll im Rahmen eines Ratsempfanges

**am Donnerstag, dem 31. März 1988, 11.00 Uhr,
im Raum "Samson" des Kurhauses St. Andreasberg**

in angemessener Form gewürdigt werden.

Darüber hinaus sollen Herr Vorarbeiter Berthold Warzel nach einer 43jährigen Dienstzeit im öffentlichen Dienst in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet und Herrn Buchhaltungsleiter Bernd Müller für die Vollendung einer 25jährigen Dienstzeit im öffentlichen Dienst Glückwünsche ausgesprochen werden.

Zu dieser Veranstaltung laden wir sehr herzlich ein. Die Herren werden sich freuen, wenn Sie Ihre Teilnahme ermöglichen können.


(Grübmeier)
Bürgermeister


(Grogorenz)
Stellv. Stadtdirektor

„Seine Anerkennung als Kurort hat St. Andreasberg in großem Maße auch Ihnen zu verdanken“

Stadtdirektor Baumgarten feierte 50jähriges Dienstjubiläum – Bernd Müller ist 25 Jahre dabei – Berthold Warzel verabschiedet

ST. ANDREASBERG. Drei triftige Gründe hatten Bürgermeister Grübmeier und die Verwaltung für ihre Feierstunde am Donnerstag im Kurhaus. Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten beging sein 50jähriges Dienstjubiläum, Buchhaltungsleiter Bernd Müller ist 25 Jahre lang im öffentlichen Dienst und Vorarbeiter Berthold „Jonny“ Warzel wurde nach 43jähriger Dienstzeit in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Ein üblicher, wenn nicht gar der einzige Einstellungstermin war der 1. April früher. „Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn gleich drei verdiente Mitarbeiter am heutigen 31. März ihre Dienstjubiläen feiern“, sagte Grübmeier. „Alle drei haben ein Stück ihres beruflichen Lebensweges in St. Andreasberg gemeinsam zurückgelegt.“

Stiller Fleiß und die unauffällige Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung kennzeichneten nach den Bürgermeister-Worten das Wirken von Bernd Müller. Es sei damit zu rechnen, daß der „jüngste“ Jubilar auch seine 40jährige Dienstzeit noch werde feiern können.

„Ich hätte mir gewünscht, daß es immer so geräuschlos und ohne Knirschen wie unter Ihrer Leitung abgegangen wäre“, lobte Grübmeier die Arbeit von „Jonny“ Warzel, der nach dem Kriege in der Bergstadt die zweite Heimat fand und seinerzeit als „Waldarbeiter in der städtischen Haukolonne“ anfang. Er habe der Stadt in beispielhafter Weise loyal gedient. Vom ersten Tag an hat Warzel die Technisierung des Bauhofes miterlebt und die meisten Einrichtungen selbst ausprobiert.

Ein äußerst seltenes Jubiläum feierte Karl-Heinz Baumgarten, der nach den Worten des Bürgermeisters den Namen



In der ersten Reihe hatten die Jubilare Platz genommen. V. l. n. r.: Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten, Vorarbeiter Berthold Warzel und Buchhaltungsleiter Bernd Müller. Foto: P.W.

der Stadt „weit über ihre Grenzen hinausgetragen“ hat. Genau 50 Berufsjahre hat er im Dienste St. Andreasbergs verbracht. Ob er beim Beginn der Verwaltungslehre am 1. April 1938 ahnte, daß er seiner Stadt einmal lange Zeit als oberster Verwaltungsbeamter dienen würde?

Dienstältester Stadtdirektor

Baumgarten ist heute der dienstälteste Stadtdirektor Niedersachsens. Nach der Lehre wurde er 1941 städtischer Angestellter. Im gleichen Jahr mußte er zur Wehrmacht. Den unmittelbaren beruflichen Anschluß fand er 1945 nach Rückkehr aus der Gefangenschaft. Er belegte Fortbildungskurse, bestand beide Verwaltungsprüfungen, wurde außerplanmäßiger Inspektor und später Beamter auf Lebenszeit. Nach seiner ersten Stadtdirektorenwahl im Jahre 1954 wurde er 1960, 1966 und 1978 jeweils in diesem Amt bestätigt.

Baumgarten habe sich immer „eine Menge zugemutet“, sagte Werner

Grübmeier. Neben seiner Stellung als Verwaltungschef sei er auch Werksleiter der städtischen Unternehmen und Kurdirektor gewesen. Darüber hinaus habe er sich ehrenamtlichen Tätigkeiten beim Harzer Verkehrsverband, dem Städte- und dem Heilbäderverband sowie dem Niedersächsischen Skiverband gewidmet. Grübmeier: „An der Anerkennung St. Andreasbergs als Kurort haben Sie einen wesentlichen Anteil. Rat und Verwaltung und alle Einwohner der Bergstadt schulden Ihnen Dank.“

Bald in Ruhestand

Seinen eigenen Dank kleidete der Stadtdirektor in eher bescheidene Worte. Das viele Lob habe gar nicht berücksichtigt, daß man in einer so langen Dienstzeit auch Fehler mache, sagte er. Zwar ließe er sich gern sagen, was für ein „toller Kerl“ er gewesen sei, das Jubiläum aber zeige auch sehr deutlich, daß „man älter geworden ist“. In wenigen Monaten wird Baumgarten in den Ruhestand gehen. P.W.

Trinkgeld für eine Osterpredigt

Als der Prediger Johann Funck gegen den Aberglauben in der Bergstadt zu Felde zog

Daß der „rector scholae“ Johann Funck, der seit 1566 (oder 1568) die großen Jungen in der I. Klasse der Kirchschule unterrichtete, auch Interesse am Bergwesen bezeugte, mag seinen Grund darin haben, daß er eine Tochter des damaligen Andreasberger Bergmeisters Georg Prössel zur Frau hatte. Sein Schwiegervater führte häufig bergverständige Gespräche mit ihm und lud ihn in sein Haus, wenn dort Verhandlungen mit anlagewilligen Gewerken geführt wurden. Bei solchen Gelegenheiten und in zahlreichen Unterhaltungen mit Bergleuten erfuhr er manches Wissenswerte aus der Historie des Bergbaus, das er zusammentrug und später veröffentlichte mit dem Wunsche: Gott des Erzes und aller Dinge Schöpfer wolle seine Kirche und Gemeinde, die er ihm in dieser Einöde berufen und versammelt, auch hinfür erhalten!

Der spätere Clausthale Schulmeister Friedrich Günther, der vor 100 Jahren seine Harzchronik (Der Harz) herausbrachte und 1909 und 1911 „Die älteste Geschichte der Bergstadt und ihre Freiheiten“, ist mit der Arbeit seines Kollegen nicht zufrieden: Er hätte doch die beste Möglichkeit gehabt, eine umfassende Geschichte des Andreasberger Bergbaus zu schreiben, herausgekommen wäre aber nur ein kurzer Bericht, der vorwiegend die Beschreibung schöner Schaustufen und hervorragender seltener Funde enthalte. „Der Gewinn, den Funckes Bericht für die Geschichte der hönsteinschen Zeit Andreasbergs bietet, ist nicht von Bedeutung.“

In besonderem Maße auf sich aufmerksam gemacht hat Johann Funck, als er auf die wegen der „stark vermehrten Gemeinde“ 1568 von Grund auf neu errichtete Kirche „zum Gedächtniß eine lateinische und deutsche Schrift in ungebundener und gebundener Rede verfertigte“, deren Anfangsbuchstaben die Worte Volkmar Wolf, Comes (Graf) de Hoenstein, Dominus (Herr) in Lora et Clottenberg, und Magdalena geborene Gre-

fin zu Regenstein, Grefin und Frau von Hoenstein ergeben. Mit diesem literarischen Kunststück erwarb er sich nicht nur die Bewunderung seiner Gemeinde, sondern auch das Wohlwollen des Landesherren, das ihm noch zweimal von Nutzen sein sollte.

Das erstemal kam es im zugute, als er sich im Pestjahr 1577 dadurch hervortat, daß er dem amtierenden Pastor Küchenthaler, der durch die Krankheit bereits Frau und Kinder verloren hatte und selbst erheblich geschwächt war, nach Kräften zur Hand ging bei der Betreuung der Kranken und Hilfsbedürftigen, sogar die „vorfällenden Taufen“ verrichten durfte, und der Rat der Stadt den Grafen ersuchte, den Schulmeister zum Diakon bestellen zu wollen, „damit der Gemeinde in den großen Sterbensläufen an ihren Seelen nichts versäumet wurde. Die Einwilligung des Landesherren ließ nicht lange auf sich warten, des Landesherren ließ nicht lange auf sich warten.“

Das Wohlwollen Volkmar Wolfs von Hoenstein war ein zweites Mal auf seiner Seite als die Kirchengemeinde nach dem Tode Küchenthalers darum bat, den Diakon zu dessen Nachfolger zu ernennen. Der Wunsch wurde unverzüglich erfüllt, seit 1583 war Funck nun ordentlicher Prediger auf dem St. Andreasberge und blieb es, bis er 1629, 86 Jahre alt, starb.

Im Gegensatz zu Günther ist der ehemalige Andreasberger Bergschreiber Honemann, der 1754 den 4. Band der „Alterthümer des Harzes“ vollendete, des Lobes voll über diesen Seelenhirten und überzeugt davon, daß er es „der Gelehrsamkeit und der äußeren Gaben halber mit den Predigern des damaligen Zeitalters auf dem Harz“ aufnehmen konnte. Er preist seine literarischen Fähigkeiten und nennt ihn einen guten Dichter, „indem er verschiedene Stellen aus der Heiligen Schrift und dem kleinen Catechismus Lutheri in gebundener Rede verfaßet“ hat. Daß ihm die Verse aus der Feder quollen, geht schon daraus hervor, daß er es liebte, seinen Gästen gereimte Einladungen zu

schicken. Sein wichtigstes Werk ist das in Leipzig gedruckte Buch „Argumenta Evangelicarum Historiarum et lectionum Apostolicarum“.

Natürlich war Johann Funck auch ein wortgewaltiger Prediger, der sich nicht scheute, den Gläubigen von der Kanzel herab unbequeme Dinge zu sagen und an das Jüngste Gericht zu erinnern, wenn er das für nötig hielt. So war ihm einmal zu Ohren gekommen, daß ein beträchtlicher Teil seiner Gemeindeglieder dem Aberglauben anhing, bei jeder Gelegenheit zu gewissen weisen Frauen lief, um dort aus Spielkarten oder einem Bergkristall ein Stück Zukunft zu erfahren und sogar bei Krankheit deren geheime Fähigkeiten in Anspruch nahm.

Er hatte sich vorgenommen, diesem Treiben ein Ende zu machen und die Osterpredigt des Jahres 1588 dafür zu nutzen. So beklagte er also in der an diesem Tage gefüllten Kirche, „daß der Satan anjetzo die Leute zu allerhand Sünden antriebe und sie durch seine Lügen und Werkzeuge, die Christenlücken und anderes zu beherrschen suche.“

Es ist anzunehmen, daß sich mehrere seiner aufmerksamen Zuhörer betroffen fühlten und sich möglicherweise Besserung versprechen. Einer von ihnen aber, der Ratsherr (und mögliche Verwandte Funcks) Michael Prössel bezog alles nur auf sich, ging wütend aus der Kirche und beschloß, sich an dem Pastor zu rächen. Als er ihn mit seiner Familie beim Ostermahl wählte, rief er seine Dienstmagd zu sich, gab ihr einen polnischen Groschen und trug ihr auf, ins Pfarrhaus zu gehen ohne sich aufhalten zu lassen, die Treppe hinauf bis ins Eßzimmer, dort besagten Groschen auf den Tisch zu werfen und dem Herrn Pastor zu sagen, das wäre das Trinkgeld dafür, daß er ihren Herrn in der Kirche „vor jedermann so trefflich ausgeschrien hätte.“

So geschah es dann auch. Der Herr Pastor war empört, ereiferte sich sehr und war bei gültigem Zureden sei-

ner Frau nicht bereit, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Daß der Ratsherr ihn persönlich beleidigt habe, das könne er wohl verschmerzen, nicht aber, daß er das heilige Predigeramt „mit äußerster Verachtung und Spott“ geschmäht hätte, so etwas müsse in aller Öffentlichkeit bestraft werden. Er zeigte das Vorkommnis an in der Erwartung, daß seine Klage Gehör finden und eine exemplarische Strafe zur Folge haben würde.

Man kann sich denken, in welcher delikate Situation er damit Richter und Rat gebracht hätte, die nun aufgerufen waren, einen der ihren zu verurteilen. Als alle Versuche, die feindlichen Brüder in Güte zu vergleichen, zu keinem Erfolg führten, der zornige Prediger sich auch noch an die Geistlichkeit des Stiftes Walkenried wandte, die ihm „völligen Beyfall“ gab, kam man schließlich überein, die heikle Angelegenheit dem jungen Grafen Ernst von Hoenstein zur Entscheidung vorzulegen, der nach dem Tode seines Vaters eben die Regentschaft angetreten hatte.

Der hörte sich den Streitfall in Ruhe an und löste ihn auf fast salomonische Art. Zunächst tadelte er den Ratsherrn, daß „er sich gegen den Pfarrherrn nicht bescheidener gehalten“. Dann aber gab er seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß dieser darauf bestanden hätte, die Sache an die große Glocke zu hängen. Es sei doch unschwer zu erkennen, daß es sich hier nicht um ein „publicum scandale“ (öffentliches Argernis) handle, sondern ganz einfach um ein „factum privatum“ (Privatsache), das die beiden hätten unter sich aushandeln sollen. Da die Sache nun aber bis zu ihm vorgedrungen sei, möge der Ratsherr Prössel im Beisein der Ratskollegen dem Pfarrer Abbitte tun und seine Magd auch, damit die Geschichte niemandem als Beispiel diene. Der Pastor Funck aber möge danach den beiden die „heylichen hochwürdigen Sacramente“ nicht verwehren und darauf achten, daß künftig in seiner Gemeinde gute Einigkeit gehalten werde.

Landkreis Osterode will Harzüberquerung stoppen

Streckenführung aus „naturschutzrelevanten Gründen“ abgelehnt – MTK legt Widerspruch bei Bezirksregierung ein

BAD HARZBURG/OSTERODE. Der Landkreis Osterode hat den Antrag des MTK Bad Harzburg zur Streckenführung der 16. Harzüberquerung von Bad Lauterberg nach Bad Harzburg abgelehnt. Gegen diese Entscheidung hat der MTK Widerspruch eingelegt. Bei der Bezirksregierung Braunschweig, der die Begründung aus Osterode gestern noch nicht vorlag, soll dem Vernehmen nach nun ein klärendes Gespräch stattfinden. Sollte der Landkreis Osterode dem Widerspruch nicht stattgeben, müßte die Bezirksregierung als Widerspruchsbehörde entscheiden, ob und wenn, auf welcher Strecke die Harzüberquerung organisiert werden kann.

Der Landkreis Osterode lehnte gegenüber der GZ mit Hinweis auf das noch „laufende Verfahren“ weiterreichende Kommentare ab. Dort war lediglich zu erfahren, das sich die Entscheidung auf „naturschutzrelevante Ablehnungsgründe“ stütze. Wie ein Sprecher der Unteren Naturschutzbehörde in Osterode erklärte, richte sich die Ablehnung gegen die geplante Streckenführung zwischen Bad Lauterberg und Bad Harzburg, bei der die Wanderer Landschaftsschutzgebiet und das Naturschutzgebiet Oberharz kreuzen müßten.

„Ärger war vorprogrammiert“

„Wir haben dem MTK Bad Harzburg mehrere Strecken empfohlen, der Verein jedoch hat eine Trasse gewählt, bei der der Ärger vorprogrammiert war“, hieß es in Osterode weiter. Da der MTK nun Widerspruch eingelegt habe, müsse der Gang der Dinge abgewartet werden. Bis eine endgültige Entscheidung gefallen sei, wolle der Landkreis Osterode keine Stellungnahme oder Details der ablehnenden Begründung veröffentlichen.

Gerüchte, wonach sich der Landkreis Goslar der Argumentation aus Osterode anschließen wolle, wollte Kreisverwaltungsdirektor Henning



Ein Bild, das Symbolcharakter haben könnte: Wie hier die Helfer, die die Straßen absichern, senkt der Landkreis Osterode nun die Stoppflagge vor den Wanderern der Harzüberquerung. Archivfoto: Beckmann

Binnewies nicht bestätigen. „Aus der Entscheidung Osterodes läßt sich keine Entscheidung des Landkreises Goslar ableiten“, führte er auf Anfrage aus. Dabei sei zu bedenken, daß sich die Natur entlang der Strecke innerhalb der Landkreise ändere und daher von Fall zu Fall befunden werden müsse.

Kreis Goslar wartet mit Entscheidung

In Goslar, so Henning Binnewies, sei noch nicht über den Antrag des MTK Bad Harzburg entschieden worden. Dies wolle sich der Landkreis offenhalten, bis ein Gespräch bei der Bezirksregierung über den ablehnenden Bescheid aus Osterode und den Widerspruch des MTK stattgefunden habe.

Im Januar hatte sich Horst Woick vom MTK Bad Harzburg bei der Vorstellung der 1988 er Strecke noch zuversichtlich geäußert: Da das Naturschutzgebiet nur in einem sehr engen Korridor und zudem auf einem breiten Schotterweg in unmittelbarer Nähe der vielbefahrenen Harzhochstraße durchquert werde, dürfe die Genehmigung nicht gefährdet sein.

Fremdenverkehrspolitische Bedeutung

Um so überraschter, enttäuschter und verständnisloser reagierte Horst Woick daher jetzt auf die Ablehnung aus Osterode. „Die Landkreise sägen doch die Äste ab, auf denen sie sitzen“, erklärte er in einem Gespräch mit der GZ unter Hinweis auf die fremdenver-

kehrspolitische Bedeutung der Harzüberquerung für den gesamten Raum des Mittelgebirges.

Auf diesen Punkt wollen die Verantwortlichen beim MTK Bad Harzburg denn auch besonders in ihrer noch nachzuliefernden Begründung zu dem Widerspruch gegen den ablehnenden Bescheid abheben. Dort heißt es, „übergeordnete öffentliche Interessen an der Durchführung der Harzüberquerung im Bereich des Landschaftsschutzgebietes“ seien nicht ersichtlich. Aus dem Antrag und dem Vorhaben, so der Landkreis Osterode weiter, sei „nicht erkennbar, ob ein öffentliches Interesse überhaupt existiert“.

„Sinn nicht begriffen“

Diese Argumentation ist für Horst Woick nicht nur als Kurdiraktor schlicht unverständlich. Er verweist auf die grundsätzliche Idee der Wanderung, „den Harz in seiner vielfältigen Schönheit Menschen aus der ganzen Bundesrepublik zu präsentieren“. Der Landkreis Osterode, so Woick, „hat diesen Sinn der Veranstaltung – den Namen ‚Harz‘ werbewirksam nach außen zu tragen – offensichtlich noch immer nicht begriffen“.

Zudem, so Woick, habe sich der MTK als Ausrichter bereits seit Jahren darum bemüht, einen Kompromiß zu finden und mit drei im Jahresturnus wechselnden Routen vorliebzunehmen. Auch, um für diese dann einfacher die Genehmigung zu erhalten. Die Strecken Osterode – Bad Harzburg

und Bad Grund – Bad Harzburg seien denn auch von den Genehmigungsbehörden bereits abgesegnet worden.

Die dritte – und landschaftlich reizvollste Route – ist nun die mit Start in Bad Lauterberg. Da auf diesem Weg allerdings das Naturschutzgebiet Oberharz gekreuzt werden muß, liegt seit längerem ein entsprechender Antrag des MTK bei der Bezirksregierung vor. In Braunschweig hieß es dazu, über diesen Antrag sei bislang noch nicht entschieden worden.

Versuch über politische Schiene

Einmütig erklären sowohl Horst Woick als auch der 1. Vorsitzende des MTK, Peter Piontek, daß der Verein nun zunächst einmal auch die politische Schiene nutzen werde, um auf diesem Weg eine Revision der Ablehnung zu erreichen. So wurden Landrat Klaus Homann und der Landtagsabgeordnete Jürgen Dorka angesprochen und um Unterstützung gebeten. Jürgen Dorka erklärte dazu gestern, er plane eine entsprechende Anfrage an die Landesregierung.

Sollte der Antrag des MTK in letzter Instanz – und das wäre nach einer Ablehnung des Widerspruchs durch den Landkreis Osterode zunächst einmal die Bezirksregierung – schließlich abgelehnt werden, sieht Horst Woick für eine Harzüberquerung 1988 schwarz: „Die Vorbereitungszeit beträgt über ein Jahr, und jetzt auf die schnelle auf eine andere Route auszuweichen, ist wohl kaum möglich“. bc

Werner Grübmeier

3000 Hannover, den 6. 4. 1988
Wiehbergstr. 18
Tel. 0511/84 13 38
Tel. 05582/1087-89

Herrn Staatssekretär
Josef Meyer
Staatskanzlei
Planckstr. 2

3000 Hannover 1

Sehr geehrter, lieber Herr Meyer!

Nicht nur mit Verwunderung, auch mit Verärgerung habe ich erfahren und erleben müssen, daß Herr Dr. Gerhold nicht der Mensch ist, für den ich ihn gehalten habe.

Inzwischen weiß ich, daß er doch seit einigen Monaten aus recht opportunistischen Erwägungen, auch wenn die Wahrheit dabei ein wenig verbogen werden muß, ausschließlich nach dem Grundsatz arbeitet: was nützt der Fraktion und meiner Stellung in ihr! Störende "Faktoren" werden isoliert, gegebenenfalls sogar desavouiert. Vergessen sind die Zeiten, in denen er meiner Hilfe in persönlichen Fragen bedurfte und in Fachfragen meinen Rat suchte. Dabei fand er mich selbstverständlich spät abends genauso wie am Wochenende. Doch genug davon.

Zur Sache selbst:

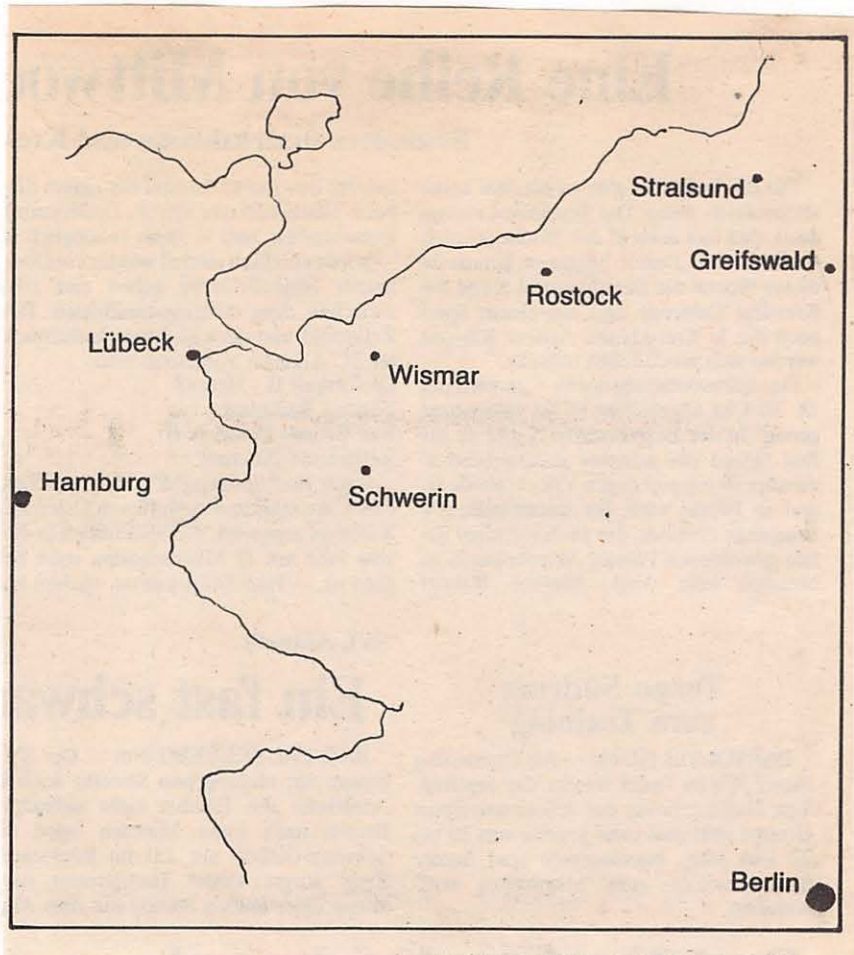
Natürlich habe ich im Zusammenhang mit der Frage eines "Beratervertrages" keinen Namen genannt und schon gar nicht Sie als "Adressat".

Als Dr. Gerhold mich mit diesem Hinweis abspeisen wollte, habe ich zornig reagiert und dabei gesagt, daß selbst die Staatskanzlei bei der Komplexität der Sache und der Animosität in Partei und Fraktion dafür keine Chance sehe! Daß dabei Namen

manche Viertelstunde geraubt und Sie wahrscheinlich mit meinen Besorgnissen strapaziert. Dafür, daß Sie mir gegenüber diesen Eindruck selten haben erkennen lassen, herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen bleibe ich

Ihr
Werner Jübenyer



12. April
1988

St. Andreasberg

Städtetag will Kulturabkommen mit DDR »mit Leben erfüllen«

Werner Grübmeier führt 15köpfige Delegation an

ST. ANDREASBERG khb — Heute fährt eine Delegation des Niedersächsischen Städtetages für fünf Tage in die DDR, um das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 26. Mai 1986 »mit Leben zu erfüllen«, wie der Delegationsleiter und Bürgermeister von St. Andreasberg Werner Grübmeier es umschrieb. Den ersten Termin haben die Oberstadtdirektoren, Stadtdirektoren und Kulturdezernenten bereits heute um 11 Uhr in Schwerin. Entsprechend werden die Delegierten des Niedersächsischen Städtetages den nördlichen Grenzübergang bei Hamburg benutzen. Weitere Zielorte werden Wismar, Rostock, Stralsund sowie die Partnerstadt von Osnabrück, Greifswald, sein. Vor allem mit den Generalintendanten und Intendanten der Theater und Museen wollen die Delegationsmitglieder sprechen, um die kulturelle Kooperation der Gemeinden und Städte Niedersachsens und Mecklenburgs zu beleben und auszuweiten.

Aber auch um die Pflege der niederdeutschen Sprache will sich die Delegation bemühen, sagte Grübmeier. Hier

könne er sich einen regen Austausch vorstellen und verwies dabei auf eine Talkshow auf Platt, die der NDR vor einiger Zeit drüben aufgenommen hatte.

Zu den allgemeinen Themen gehört der Austausch über Schule und Sport. In der nächsten Woche wird das TAGEBLATT über die Ergebnisse der Gespräche berichten.

Begrüßungsstatement

Anrede

Im Namen der Delegation des Niedersächsischen Städtetages möchte ich mich sehr herzlich für die freundliche Aufnahme in Ihrer Stadt/Ihrem Museum/Ihrem Theater bedanken.

Vor fast zwei Jahren ist am 6. Mai 1986 das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Kraft getreten. Es umfaßt den Kulturbereich im weitesten Sinne: neben Musik, Theater, Bildender Kunst, Museen, Literatur, Film-, Bibliotheks- und Archivwesen ist auch der Bereich von Bildung und Wissenschaft mit eingeschlossen. Dadurch wird eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, daß die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen beider Staaten verbessert und weiter entwickelt werden können.

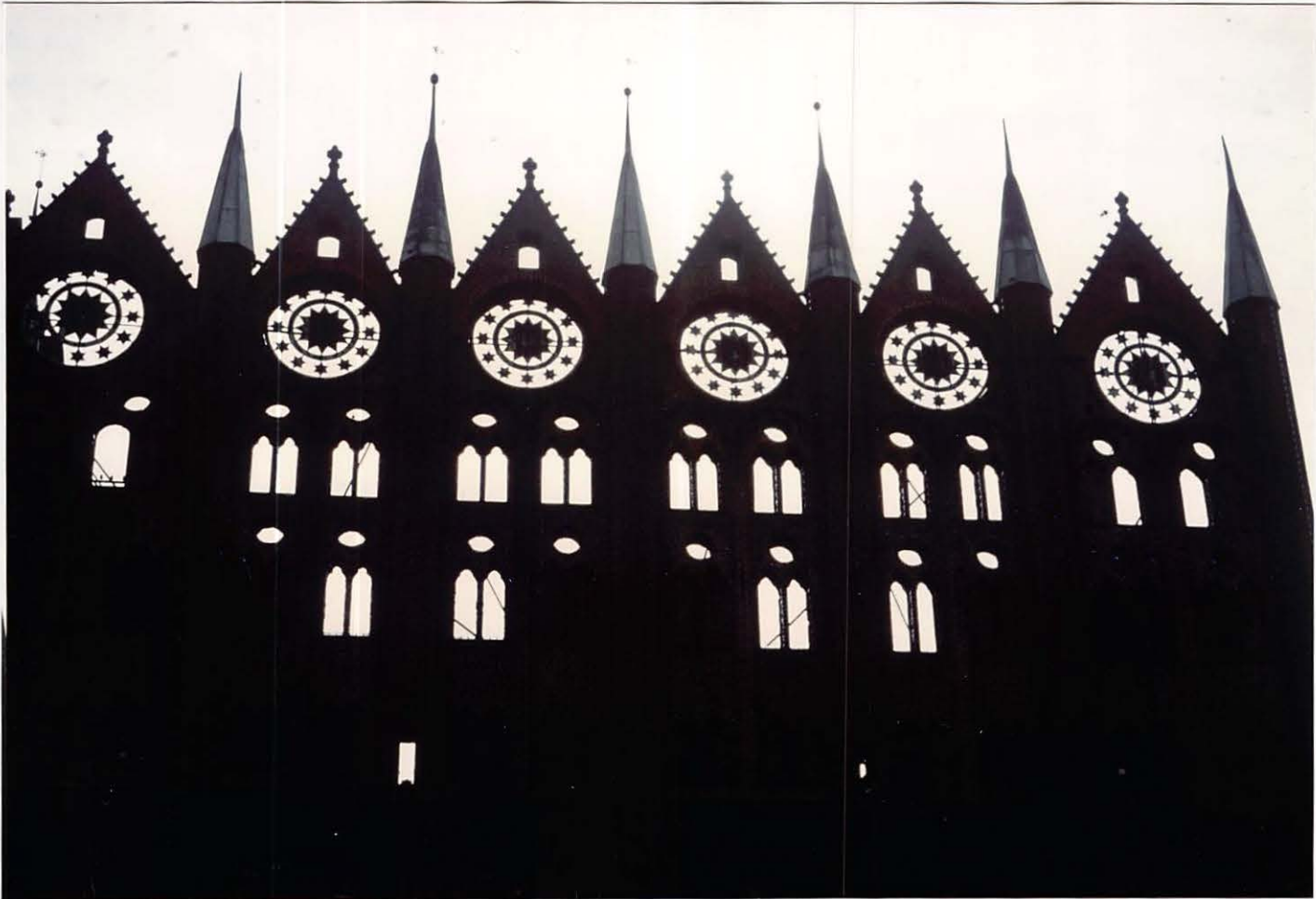
*H-Lynn
B.S.-Mz.
Ful-Bildl
Os-Ab
Salz/Mo*

Dieses Abkommen hat durch den Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr und die inzwischen rund 40 angebahnten Städtepartnerschaften - vier davon mit niedersächsischen Städten - neue Akzente erhalten. Wir hoffen, daß wir mit unserer Studienreise einer Delegation des Niedersächsischen Städtetages mit dazu beitragen können, das Abkommen auf kommunaler Ebene mit Leben zu erfüllen, zum Vorteil der Menschen auf beiden Seiten der Grenze. Der Niedersächsische Städtetag ist ein Zusammenschluß von 142 niedersächsischen Städten und Gemeinden unterschiedlicher Größe von Schnackenburg an der Elbe bis Hannover. Wir würden es sehr begrüßen, wenn es in Ausfüllung des Abkommens über persönlich-menschliche Kontakte zu einem verstärkten Kulturaustausch mit niedersächsischen Städten, z.B. durch wechselseitige



Kiilikäuppien
lämpö / Markkinat





Mahnmal / Kaiser
Wilhelm / Marktplatz





St. Nicolai / Lituanien



Historisches / Dom



Þórvaldur / Barlach „Ungláttir Thomas“



Barbara "Hexe"



Carl Ladé „Wanderer im Sturm“



Portoche Museum / Barladi "Bettler"



Bad Dobersau
Roman. Schädelhaus



Belweira / Brunnene mit Placide

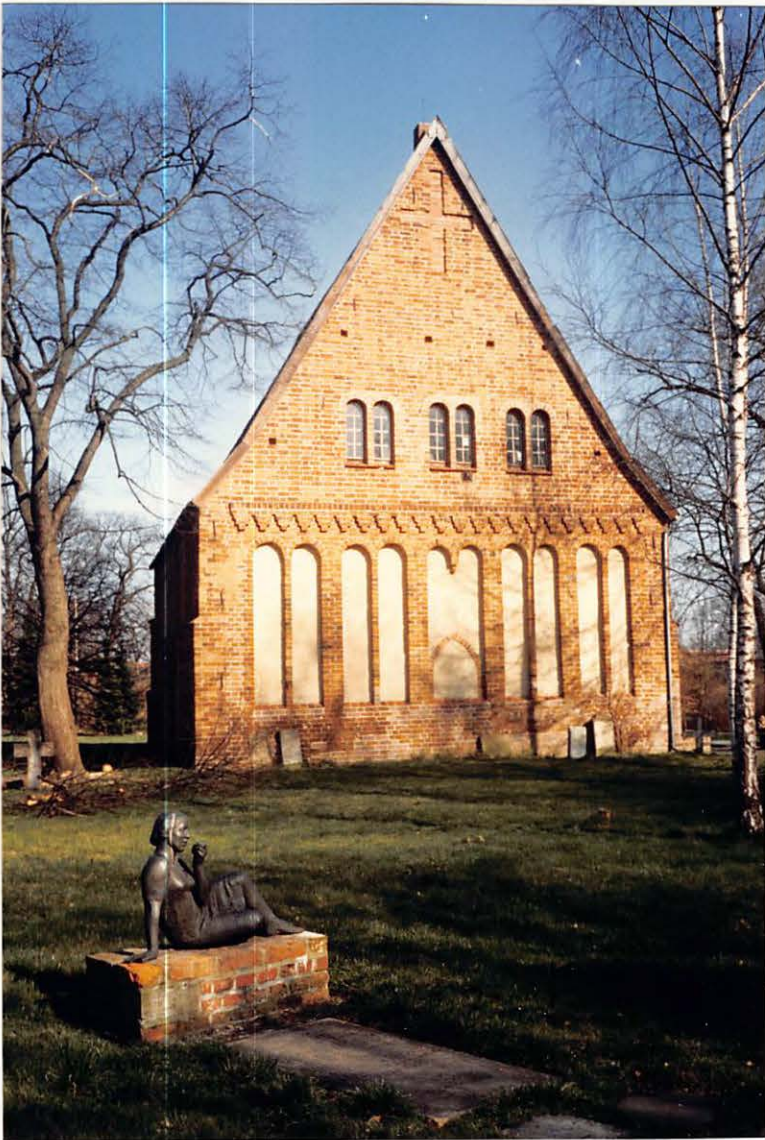


Warnemünde



Marienkirche / Rostock mit St. Nicolai







Bürgermeister Werner Grübmeier leitete Delegation des Niedersächsischen Städtetages nach Mecklenburg

Internationale Anstrengungen für Baudenkmale in der DDR?

Aktuelle Probleme und Möglichkeiten des Kulturaustausches erkundet – Teilnehmer von Restaurierungsbemühungen beeindruckt

ST. ANDREASBERG. Das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 6. Mai 1986 mit Leben zu füllen, war das Ziel einer Studienreise des Niedersächsischen Städtetages nach Mecklenburg. Als Delegationsleiter berichtet über diese Fahrt Werner Grübmeier, Bürgermeister von St. Andreasberg.

„Nach gründlicher Vorbereitung, zu der auch Gespräche mit dem Ministerium für Bundes- und Europafragen gehörten, weilte eine Gruppe von Hauptverwaltungsbeamten und Kulturdezernenten vom 12. bis 16. April in den Bezirken Schwerin und Rostock. Neben den Besichtigungen kultureller Baudenkmale, Theaterstätten und zahlreicher Museen standen Dialoge mit den Repräsentanten der Städte und der Bezirke auf dem Programm.

Die Hansestädte Schwerin, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald und die ehemalige Residenzstadt Güstrow waren als Anlauforte vorgeplant. Daß dabei anlässlich seines 50jährigen Todestages den Spuren des Graphikers, Dichters und Bildhauers Ernst Barlach in seiner Wahlheimat bis hin zur Gedenkstätte Gertruden-Kapelle nachgegangen wurde, war selbstverständlich.

Die niedersächsische Delegation zeigte sich nicht nur von den großartigen Zeugnissen gotischer Baukunst im sakralen und profanen Bereich beeindruckt, sondern auch von dem Bemühen der Behörden, die historisch wertvollen Stadtkerne zu restaurieren. Deutlich wurde dabei aber auch, daß es möglicherweise internationaler An-

strengungen bedarf, um die vielen Baudenkmale der Gotik, der Renaissance, des Klassizismus und die romanischen und barocken Ensembles erhalten zu können. Am Beispiel der Stadt Stralsund, die wie Quedlinburg und Wernigerode als Gemeindeganzes unter Denkmalschutz steht, war erkennbar, daß die DDR bei der Fülle der Stadtanierungen trotz sichtbarer Anstrengungen aus den unterschiedlichsten Gründen an die Grenze des Machbaren stößt.

In den Zielen der Reise ist festzustellen, daß Niedersachsen als das Land mit der längsten Grenze zur DDR ein natürliches Interesse daran haben muß, die Grenze durchlässiger werden zu lassen. Das gilt für die kulturellen und wirtschaftlichen Güter der Men-

schen ebenso, wie auch für die Menschen selbst! Wir haben Interessantes erfahren und viel gelernt. Die Diskussionen und Fachgespräche mit kirchlichen Stellen, den kommunalen Partnern, aber auch den für Kulturfragen zuständigen Herren der Bezirke sind von überzeugender Offenheit gewesen.

Gemeinsam ist festgestellt worden, daß in den letzten zwölf Monaten seit dem Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik positive Akzente unverkennbar sind. Vor wechselseitiger Überforderung wurde jedoch gewarnt. Nicht nur politische Hemmnisse, auch materielle Hindernisse blieben dabei nicht unerwähnt. Eine erfolgreiche, wenn auch physisch anstrengende Fahrt, so der übereinstimmende Tenor der Delegation des Städtetages.

Reichsbund-Sprechtage

ST. ANDREASBERG. Am Mittwoch, 27. April, hält der Kreisgeschäftsführer des Reichsbundes in der Zeit von 14 bis 15 Uhr eine Sprechstunde im Rathaus-Nebengebäude ab.

Mecklenburg, eine Landschaft voller Kleinodien

Das Kulturabkommen mit der DDR - Delegation des Niedersächsischen Städtetages erkundete aktuelle Probleme des Kulturaustausches

Das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 6. Mai 1986 mit Leben zu füllen, war das Ziel einer Studienreise des Niedersächsischen Städtetages nach Mecklenburg.

Nach gründlicher Vorbereitung, zu der auch Gespräche mit dem Ministerium für Bundes- und Europafragen gehörten, weilte eine Gruppe von Hauptverwaltungsbeamten und Kulturdezernenten vom 12. bis 16. April in den Bezirken Schwerin und Rostock. Neben den Besichtigungen kultureller Baudenkmale, Theaterstätten und zahlreichen Museen standen Dialoge mit den Repräsentanten der Städte und der Bezirke auf dem Programm.

Die Hansestädte Schwerin, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald und die ehemalige Residenzstadt Güstrow waren als Anlauforte vorgeplant. Daß dabei, anlässlich seines 50jährigen Todestages, den Spuren des Graphikers, Dichters und Bildhauers Ernst Barlach in seiner Wahlheimat bis hin zur Gedenkstätte Getrauden-Kapelle, nachgegangen wurde, war selbstverständlich.

Die niedersächsische Delegation zeigte sich nicht nur von den großartigen Zeugnissen gotischer Baukunst im sakralen und profanen Bereich, beeindruckt, sondern auch von dem Bemühen der Behörden, die historisch wertvollen Stadtkerne zu restaurieren. Deutlich wurde dabei aber auch, daß es möglicherweise internationaler Anstrengungen bedarf, um die vielen Baudenkmale der Gotik, der Renaissance, des Klassizismus und die romanischen und barocken Ensembles erhalten zu können. Am Beispiel der Stadt Stralsund, die wie Quecklingburg und Wernigerode als Gemeinde-Ganzes unter Denkmalschutz steht, war erkennbar, daß die DDR bei der Fülle der Stadtsanierungen, trotz sichtbarer Anstrengungen aus den unterschiedlichsten Gründen an die Grenze des Machbaren stößt.

Nach den Zielen der Reise befragt, erklärte der Delegationsleiter Werner Grübmeier (St. Andreasberg), daß Niedersachsen als das Land mit der längsten Grenze zur DDR ein natürliches Interesse daran haben müsse, sie durchlässiger werden zu lassen. "Das gilt für die kulturellen und wirtschaftlichen Güter der Menschen ebenso, wie auch für die Menschen selbst!"

"Wir haben Interessantes erfahren und viel gelernt", stellt W. Grüb Meyer fest. "Die Diskussionen und Fachgespräche mit kirchlichen Stellen, den kommunalen Partnern, aber auch den für Kulturfragen zuständigen Herren der Bezirke sind von überzeugender Offenheit gewesen".

Gemeinsam sei festgestellt worden, daß in den letzten 12 Monaten - seit dem Besuch Erich Honneckers in der Bundesrepublik - positive Akzente unverkennbar seien. Vor wechselseitiger Überforderung wurde jedoch gewarnt! Nicht nur politische Hemmnisse, auch materielle Hindernisse blieben dabei nicht unerwähnt.

An konkreten Beispielen lotete die niedersächsische Abordnung die zukünftige Vorgehensweise aus. Natürlich wurde auch nicht vergessen, über die bisherigen Bemühungen auf kulturellem Gebiet zu reflektieren. Als besonders positive Begegnungen wurden dabei u.a. die unter der Federführung Stades durchgeführte Worpsweder Ausstellung, die Kontakte des Celler Theaters, die Städtepartnerschaft Osnabrück-Greifwald und die seriöse Ausstrahlung der NDR-Sendung "Talk auf Platt" genannt.

"Die Reise in die DDR", so der Delegationsleiter, "war notwendig". "Sie hat Erkenntnisse vermittelt, die nur im unmittelbaren Erleben erfahrbar sind." Dazu kamen die Begegnungen mit Menschen und Kulturgütern, die jede für sich genommen, wertvolle Erlebnisse waren.

Eine erfolgreiche, wenn auch physisch anstrengende Fahrt, so der übereinstimmende Tenor der Delegation des Städtetages.

REICHSBUND - JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG



23./24. April 1988

Fallschirmjäger fielen vom Andreasberger Himmel

Demonstrationsübung britischer Soldaten – Silberhütte ist Trainingszentrum der Rheinarmee – Jährlich 7000 Absolventen

ST. ANDREASBERG. Der Vorgang war militärisch angemessen. Punkt 13 Uhr heulten am Donnerstag die Sirenen über St. Andreasberg. Aus dem 1000 Meter über der Stadt kreisenden Hubschrauber lösten sich fünf kleine Punkte. Fallschirme öffneten sich und schwebten langsam zur Erde.

Punktgenau landeten die Springer auf der Rasenfläche vor dem Kurhaus und nahmen den Beifall ihrer 200 Kameraden entgegen, die an einem zweitägigen militärischen Seminar teilnahmen. Die kleine Demonstrationsübung beendete die Mittagspause, zu der sich die Offiziere auf der Terrasse versammelt hatten.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Bürgermeister Werner Grübmeier die Wichtigkeit des Auftrages, den

die britische Rheinarmee in der Bundesrepublik erfülle. „Sie leisten hier einen Dienst, der nicht selbstverständlich ist“, sagte er. Er bedauere, so fuhr der Bürgermeister fort, daß das Programm keine Zeit für die Besichtigung der Harzer Naturschönheiten lasse.

Die Briten unterhalten in Silberhütte ein Trainingszentrum, durch das jährlich 7000 Absolventen geschleust werden. Major Allan Withers: „Die Angehörigen unserer Armee werden hier einem Abenteuertraining (Adventure Training) unterzogen, das ganz auf Fitneß und Selbstvertrauen abgestellt ist.“ Alle Sportarten, die etwas mit Gefahr zu tun haben, sind in Silberhütte zu Hause. Bergsteigen und Skilaufen, Wildwasser-, Segel- und Tauchsport gehören dazu. Im Okertal sieht man die jungen Soldaten häufig in den Kletterseilen hängen.

Botschafter ihres Landes

Pressereferent Michael Middleton war mit seinem Kommandeur, Generalmajor „Willy“ Rous, aus Herford in den Oberharz gekommen. Er unterstrich das Bemühen des britischen Militärs, seine Kontakte zur deutschen Öffentlichkeit zu verbessern. „Wir bitten Sie gern einmal auch zu anderen Veranstaltungen“, begegnete er dem leisen Vorwurf, daß sich die Truppe bisher in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend gezeigt habe.

Passen ein Kurort und die Ziele militärischen Trainings überhaupt zusam-



Bürgermeister Werner Grübmeier (links) ließ sich die Springer einzeln vorstellen und dankte ihnen für ihre Vorführung.

Fotos: P.W.

men, hatte Werner Grübmeier zuvor in seiner Ansprache gefragt und sogleich die passende Antwort gefunden. „Die Disziplin und die Kooperationsbereitschaft der britischen Offiziere und Soldaten haben diese zu hervorragenden Botschaftern ihres Landes werden lassen.“

Allerdings bestätigte auch Grübmeier, daß sich die Kontakte bisher weitgehend auf formelle oder ganz persönliche Anlässe beschränkt hätten.

Praktische Übungen im Okertal

Mit dem Seminar, zu dem Offiziere aus allen Bereichen der in der Bundesrepublik stationierten Einheiten gekommen waren, wollten die Initiatoren ihre Kommandeure davon überzeugen,

daß „diese Art des Trainings Zukunft hat“. Allan Withers: „Die Armee muß sich den wechselnden Gegebenheiten anpassen und alle modernen Unterrichtsformen anbieten.“ Gerade die vierte Panzerdivision, der der höchste in St. Andreasberg anwesende Offizier angehört, weiß um die durch steigendes Umwelt- und Naturbewußtsein entstehenden Übungsprobleme für die Truppe. Da bietet Silberhütte nach den Worten von Bürgermeister Grübmeier „eine ideale Kombination von militärischen Ansätzen und zivilem Hobby“.

Dem theoretischen Teil im St. Andreasberger Kurhaus folgen praktische Vorführungen der Bergsteiger und Wildwasserkanuten im Okertal, der Segler und Taucher in der Okertalsperre (Weitere Berichte auf unseren Oberharzseiten).

P.W.



Zielsicher landeten die Fallschirmjäger aus 1000 Meter Höhe auf einem ausgelegten Stoffkreuz vor dem Kurhaus.

Wir stehen an der Schwelle zur Fachklinik

Dr. Dieter Karl Koblitz erläuterte vor CDU-Mitgliedern die Perspektiven der Rehberg-Klinik

ST. ANDREASBERG. Die Begeisterung über die Einrichtung war einhellig. Mitglieder des CDU-Stadtverbandes St. Andreasberg und einige geladene Gäste unternahmen am Donnerstag eine Besichtigung der Rehberg-Klinik und ließen sich von Chefarzt Dr. Dieter Karl Koblitz und Verwaltungsleiter Gerhard Bude über die Entwicklung und die Perspektiven dieser Einrichtung medizinischer Rehabilitation unterrichten. „Wir stehen an der Schwelle zur Fachklinik“ gab der Chefarzt die Richtung an.

Als „Heilstätte Oderberg“ wurde die Klinik 1897 in Betrieb genommen. Sie diente als Lungenheilstätte und Kriegslazarett. Mit dem Verschwinden der Lungentuberkulose mußte 1970 eine neue Aufgabe im Bereich der Allgemeinmedizin gefunden werden. Die LVA Hamburg entschied sich für einen modernisierenden Umbau, der 1982 begonnen wurde. Heute verfügt das Haus über 140 Einzel- und 10 Doppelzimmer, die alle mit Dusche oder Bad und WC ausgestattet sind.

Essen für acht DM täglich

178,23 DM „echten“ Pflegesatz pro Tag hat die Verwaltung für das abgelaufene Jahr errechnet. Mit 210 DM ging man in das neue Jahr. „Ein stolzer Preis“, gab Gerhard Bude zu, der allerdings durch die zum Teil hohen Abschreibungen nach dem Umbau verursacht wurde. „Tatsächlich liegen wir weit darunter.“ Das wird deutlich, wenn gesagt wird, daß die für den Patienten vorgehaltene täglichen Essensrationen mit 7,90 DM für die Normalkost und mit 8,60 DM für die Diätkost angesetzt werden.

„Hohe medizinische Leistungen und Wirtschaftlichkeit“ zeichnen die Rehberg-Klinik nach den Worten ihres Chefarztes aus. Dabei hat er für die künftige Entwicklung immer auch den bundesdeutschen Lebensbaum im Auge.

Dr. Koblitz: „Nach der Jahrtausendwende wird die Mehrzahl der Bürger älter als 50 Jahre sein. Die Menschen werden länger als heute im Erwerbsleben stehen. Der gesundheitli-



Der Kurort spielt eine wichtige Rolle. Dr. Dieter Karl Koblitz (links) erläuterte die Aufgaben der Rehberg-Klinik. Bürgermeister Werner Grübemeyer hörte aufmerksam zu. Foto: P.W.

chen Rehabilitation kommt von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung zu.“

Kurort spielt eine wichtige Rolle

Heilbäder und Kurorte bieten nach Dr. Koblitz die besten Voraussetzungen für präventiv-medizinische Leistungen. Die Einbindung der Patienten seines Hauses in die Aktivitäten des Kurortes St. Andreasberg ist demzufolge ein wichtiger Beitrag für den Erfolg einer Kur.

Stoffwechselstörungen, Erkrankungen des Magen-Darm-Bereiches und die Tumornachsorge bilden die

die Tumornachsorge bilden die Schwerpunkte in der Rehberg-Klinik. Zu den Therapiemaßnahmen gehören unter anderem Reduktions- und Diabetes-Diäten, Sonderkost und eine Hy-

drotherapie am Modell Kneippscher Wasseranwendungen. Das Labor liefert jährlich 45 000 Untersuchungen. „Bei uns lernen die Patienten mit Nahrungsmitteln richtig umzugehen“, erklärte der Chefarzt einen Teil der Behandlung. Diätassistentinnen geben Ratschläge mit denen man nach der Kur auch zu Hause etwas anfangen und seine künftigen Lebensweise darauf einstellen kann. Häufig ist nur auf diese Weise ein nachhaltiger Kurerfolg zu sichern.

Die Sehnsucht anderer Häuser

Die Solidargemeinschaft der bei der LVA Versicherten erwartet eine zeitgemäße Unterbringung, hochwertige, aber auf den Zustand des Patienten

abgestellte Ernährung, Gesundheitsbildung mit dem Abbau von Risikofaktoren, intensive medizinische Betreuung und ein Freizeitangebot. In der Rehberg-Klinik wird das alles vorbildlich geboten. Dr. Koblitz: „Ich kann mir vorstellen, daß manch Kreiskrankenhaus mit Sehnsucht auf unsere Ausstattung blickt.“

Ein direkter Zugang zu Untersuchungen und Behandlung ist für die Patienten nicht gegeben. Sie werden im Rahmen einer Kur über den Versicherungsträger oder die Krankenkasse eingewiesen. „Mit dem Überweisungsschein Ihres Arztes können Sie natürlich auch gern zu uns kommen“, verriet der Chefarzt eine Möglichkeit, die vereinzelt von Einwohnern St. Andreasbergs und der Umgebung schon in Anspruch genommen wurde. P.W.

Wirtschaftliche Zukunft der Stadt in düsteren Farben gezeichnet

CDU-Fraktionssprecher Schmidt kündigt Opfer der Bürger an

BRAUNLAGE. Ein düsteres Bild von der Zukunft Braunlages zeichnete der CDU-Fraktionsvorsitzende Bernhard Schmidt in der Jahreshauptversammlung des Stadtverbandes seiner Partei. Seit die CDU im Rat nur noch über eine Stimme Mehrheit verfüge, gestalte sich die Arbeit schwierig. Hinzu komme, daß die parteipolitischen Auseinandersetzungen an Härte zugenommen hätten.

Schwerwiegender sei, so Schmidt, daß die Stadt auch künftig von finanziellen Problemen nicht verschont bleibe. Es sei nicht gut, mit dem Fremdenverkehr nur ein wirtschaftliches Standbein zu besitzen, da diese Branche unerwarteten Schwankungen unterliege. „Wir haben in den vergangenen Jahren auch in Braunlage und Hohegeiß über unsere Verhältnisse gelebt.“ Jährlich müsse die Stadt eine halbe Million Mark für Schuldentilgung aufbringen.

Hohe Folgekosten für Einrichtungen wie das Kurgastzentrum und die Eisbahnhalle engten den finanziellen Spielraum zusätzlich ein. „Der Rat wird sich in nächster Zeit überlegen müssen, wie wir das Schiff über Wasser halten können. Das wird nicht ohne Opfer der Bürger gehen“, kündigte Schmidt an. So werde man um die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe nicht herumkommen.

„Als Damoklesschwert hängt die Absicht des Landes über uns, aus der Kurbetriebsgesellschaft (KBG) aussteigen zu wollen.“ Es trage mit 400 000 DM immerhin fast ein Viertel des jährlichen Defizits. Ganz so dramatisch sah Bürgermeister Albert Baumann die Sache allerdings nicht. Er gab zu bedenken, daß das Land signalisiert habe, für den Fall eines Rückzugs aus der KBG die beachtliche Summe von 7,2 Mio. DM als Entschädigung zu zahlen. ari

Aus Anlaß der ARE-Jahrestagung 1988

*Der Niedersächsische Ministerpräsident
Dr. Ernst Albrecht
bittet*

Herrn Werner Grübmeier

*zu einem Empfang am Dienstag, dem 3. Mai 1988, um 12.30 Uhr
in das Hotel Maritim, Hildesheimer Straße 34/40, 3000 Hannover 1*



Fachausschuß des niedersächsischen Städtetages im Ollershof

EDV-Nutzung auf kommunaler Ebene und Umweltschutz wichtige Zukunftsthemen

Vorsitzender Schaeder: „Stadt Munster hat ihre Chancen hervorragend genutzt“

Die Stadt Munster. Als wichtigste Themen der nächsten Zukunft bezeichnete der Vorsitzende des Personal- und Organisationsausschusses im Niedersächsischen Städtetag, Andreas Schaeder, gleichzeitig Stadtdirektor der ostfriesischen Stadt Leer, am Mittwoch vormittag im Munsteraner Ollershof die kommunale Datenverarbeitung und den Umweltschutz. Nach einem Rundgang durch einen Bereich der 1. Landesausstellung „Natur im Städtebau“ sparte Schaeder nicht mit Lob für die gelungene Grünpräsentation und sagte: „Die Stadt Munster hat die Chance, die ihr durch die Landesausstellung gegeben wurde, hervorragend genutzt.“

Stadtdirektor Heinrich Peters, Präsidiumsmitglied des Niedersächsischen Städtetages, hatte den Fachausschuß, dem auch Stadtkämmerer Arnold Cordes seit dessen sechsjährigem Bestehen angehört, begrüßt und mit den Gegebenheiten der Landesausstellung vertraut gemacht. Cordes wurde aus diesem Gremium bei dieser Gelegenheit verabschiedet und erhielt ein mundgeblasenes Bierglas mit dem Wappen des Niedersächsischen Städtetages.

Unter den 19 Teilnehmern der Fachtagung im Ollershof befanden sich auch der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, Dr. Ekkehart Peil und Referent Klaus Bothe (Hannover).

Die sechs Fachausschüsse des Niedersächsischen Städtetages geben ihre Empfehlungen an das Präsidium weiter. Die Gremien befassen sich mit Bau-, Recht-,

Finanz-, Schul- und Personal- und Organisations- sowie Sozial- und Gesundheitsfragen.

Während der Tagung in Munster beschlossen die Mitglieder des Ausschusses, die Koordination bei der kommunalen Datenverarbeitung zwischen dem Land Niedersachsen, den Rechenzentren und den Kommunen zu übernehmen. Die elektronische Datenverarbeitung (EDV) sei ein so wichtiges Thema, daß sich der zukünftige Arbeitsplatz darauf ausrichten müsse. Sie habe auch auf den Bürger eine ungeheure Auswirkung, beispielsweise bei der Erstellung von Pässen, Personalausweisen und ähnlichen Dokumenten, betonte Schaeder.

Als weiteres besonders wichtiges Thema ständen Umweltschutzprobleme in den nächsten Jahren vordringlich auf dem Programm. Hinsichtlich der Kläranlagen, Kanalisationen und Altlasten sei ein breites Gebiet zu bearbeiten, sagte der Vorsitzende.

Hingegen sei als ständiges Thema des Fachausschusses die Neuordnung der Büroberufe auf der Tagesordnung anzusehen. Hier gehe es darum, in der Ausbildung besser auf die neuen Kommunikationstechniken vorzubereiten.

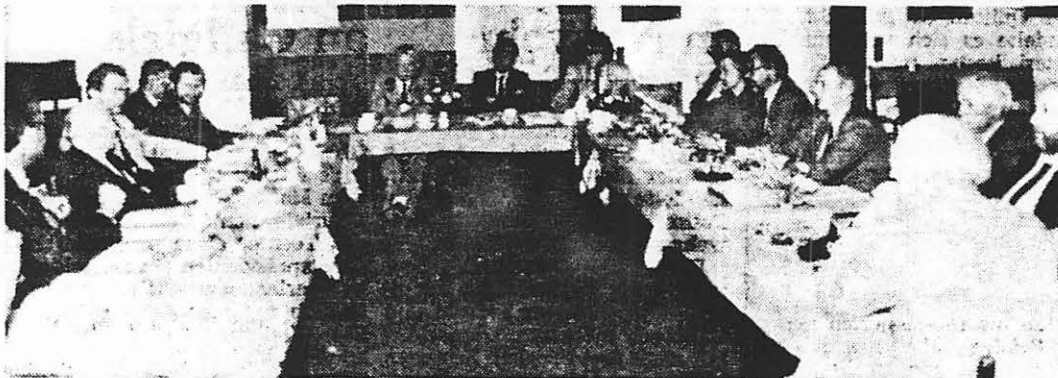
Der Fachausschuß befaßte sich auch mit dem Thema „Aids im öffentlichen Dienst“. Hintergrund dazu war die Frage nach der Forderung einer Aids-Untersuchung bei der üblichen Einstellungsuntersuchung eines zukünftigen Beamten. Der Fachausschuß sprach sich dafür aus, diese Forderung nicht zu erheben und Aids genauso zu behandeln wie jede andere Krankheit auch. Die generelle Gesundheitsuntersuchung solle jedoch nach wie vor bleiben.

Der Ausschuß beriet auch über die Einrichtung von Berufsakademien für Abiturienten im Land Niedersachsen. Solche Akademien, die besonders in strukturschwachen Gebieten interessant sein könnten, bestehen bereits in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Sie sehen eine dreijährige Ausbildung vor, von der ein Jahr in einem Betrieb praktisch abzuleisten ist. Als Abschlüsse sind die des Wirtschaftsassistenten, Wirtschaftsinformatikers und ähnliche im Gespräch.

Die Städte Leer und Lingen denken jetzt schon intensiv über Organisationsfragen dafür nach. Man habe das Kultusministerium gebeten, dieses Thema weiter zu untersuchen und dabei gefordert, daß das Land Niedersachsen dann auch finanziell einsteigen müsse. Die Kommunen seien dazu nicht in der Lage, erklärte Vorsitzender Schaeder.

Eine Unzahl von Prozessen habe dazu geführt, daß das Land Niedersachsen eine Kommunalrechtsschutzversicherung eingerichtet habe, die den Bediensteten einer Kommune vor eventuellen Forderungen schützen solle. Der Fachausschuß war der Meinung, daß die Kommune für den Bediensteten zu zahlen habe.

Dr. Peil wies darauf hin, daß im Niedersächsischen Städtetag 142 Städte vereinigt seien. Davon 50 Prozent mit einer Einwohnerzahl zwischen 10 000 und 30 000. 25 Prozent über 30 000 und 25 Prozent unter 10 000 Einwohnern. Alle Gemeindearten seien darin vertreten. Die gewöhnliche Stadt, die Samtgemeinde, die selbständigen Städte, die kreisfreien Städte und die Stadt Göttingen mit einem Sonderstatus. Dr. Peil gab als Termin der nächsten Tagung, die in Walsrode stattfinden soll, Ende Oktober an.



Tagung im Munsteraner Ollershof: der Personal- und Organisationsausschuß des Niedersächsischen Städtetages. In der Mitte Hauptgeschäftsführer Dr. Ekkehart Peil, daneben der derzeitige Präsident, Stadtdirektor Schaeder aus Leer.

Petrus sorgte für Kaiserwetter zum Treffen der Könige

Zahllose Harzburger und Kurgäste erlebten am Wochenende den längsten Schützenfestzug der Stadtgeschichte

14. 5. 88

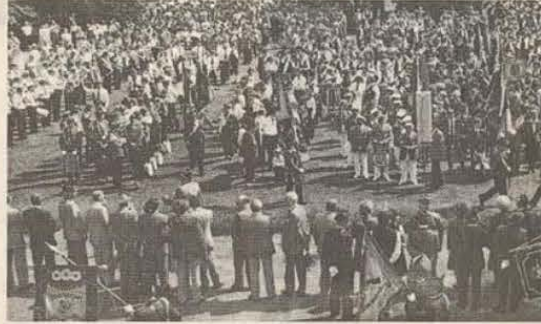
BAD HARZBURG. An das 15. Gemeinsame Schützen- und Volksfest werden sich die Harzburger besonders gern erinnern. Nicht nur weil Petrus am Samstag einen strahlend blauen Himmel über der Kurstadt aufgespannt hatte; das gleichzeitig stattfindende 8. Landkreis-Königsschießen lockte mehr als 1500 Schützen und Musiker in die Kurstadt und sorgte damit für einen der längsten Festumzüge, die man an der Radau je gesehen hat.

Dicht gedrängt säumten die Zuschauer den Weg des Lindwürms, der sich vom Kurhaus durch die Innenstadt bis zum Festplatz am Bündheimer Schloß wand. Wer keine Gelegenheit fand, den Zug vom Fenster aus zu verfolgen, hatte sich rechtzeitig einen günstigen Platz am Straßenrand gesichert. Einige Zaungäste brachten sich vorsichtshalber Klappstühle mit, denn der Vorbemarsch der Delegation und Spielmannszüge dauerte seine Zeit.

Besonders eindrucksvoll gestaltete sich der Aufmarsch der Zugteilnehmer im Casinopark, wo Harzburgs stellvertretender Bürgermeister Jürgen Dorka die auswärtigen Gäste willkommen hieß. „So viele Könige und gekrönte Häupter wie heute hat die Stadt in ihrer tausendjährigen Geschichte noch nie beherbergt.“ Dorka dankte allen, die an der Organisation des Großereignisses beteiligt waren.

Der stellvertretende Landrat Werner Grübemeyer verwies darauf, daß die Schützenvereine im Harz eine mehr als 800 Jahre alte Tradition pflegten. Sie trugen zur Integration von Menschen aus den unterschiedlichsten Schichten bei. „Sie kennen kein Generationsproblem und erkennen auch die Frauen als gleichwertig an“, sagte Grübemeyer anerkennend.

Die blankgeputzten Blasinstrumente der Kapellen blitzten in der Sonne. „Dieses strahlende Wetter haben wir extra für heute bestellt“, meinte der Vorsitzende des Festausschusses Eberhard Hammes, der die Schützen auch als Vorsitzender des Kreisfachverband-



Ein sehr eindrucksvolles Bild gaben die etwa 1500 Schützen und Musiker ab, die Vize-Bürgermeister Werner Grübemeyer im Casinopark begrüßten.



Werner Grübemeyer (Mitte) proklamierte im Festzelt die neuen Landkreis-Majestäten Claudia Möglich aus Clausthal (links), Klaus Friehe aus Jerstedt (rechts) und Sven Meininger aus St. Andreasberg (3. v. r.). Den von Eberhard Hammes (2. v. r.) gestifteten Pokal der Vorsitzenden holte sich Günter Lepa aus Clausthal (2. v. l.).

des Schießsports im Kreissportbund Godlar begrüßte. „Sie haben Glück, daß ich zwei Ämter gleichzeitig ausübe. Das erspart Ihnen eine weitere Rede“, sagte er gutgelaunt.

Nach Beendigung des Zuges auf dem Festplatz begann für die Majestäten aus dem Landkreis und die Schützenvögte der ernste Teil – galt es doch, sich auf das Kreiskönigsschießen und den erstmals ausgetragenen Wettbewerb um den Pokal der Vorsitzenden zu konzentrieren. „Die Könige steigen in die großen Busse; die Vorsitzenden in den kleinen mit der Aufschrift „Seniorenstift“, verteilte Hammes die Kontrahenten auf die Schießstände in Harlingerode und Bad Harzburg.

Eine kleine Panne bei der sonst so gelungenen Organisation des Großereignisses sorgte dafür, daß die Spannung vor der Proklamation der neuen Landkreismajestäten eine knappe Stunde länger anhält als ursprünglich geplant. Um so größer war der Jubel im Festzelt, als Werner Grübemeyer am Abend dem neuen Landkreis-Jugend-

könig Sven Meininger aus St. Andreasberg, der Damenkönigin Claudia Möglich aus Clausthal und Klaus Fricke aus Jerstedt die Ketten umhängte. Um diese Würden hatten 144 Teilnehmer aus 48 Vereinen gekämpft.

Erster Gewinner des von Eberhard Hammes gestifteten wertvollen Wanderpokals der Vorsitzenden wurde Günter Lepa aus Clausthal. Er gewann zudem den Topf, in den jeder der 22 Schützenvögte ein Startgeld von 20 DM eingezahlt hatte. Der Stifter selbst belegte Platz 9, gefolgt von Rosi Slowik aus dem Bogensportverein Toxophilus Bad Harzburg, die offenbar auch mit einem Kleinkalibergewehr umzugehen versteht.

Obwohl zahlreiche Schützen und Besucher mit der Tanzkapelle „Night Express“ bis weit in die Nacht reisten, war das Festzelt am Sonntagvormittag wieder gut besucht. Während des Frühschoppens gab Eberhard Hammes die Namen der besten Schützen bekannt, die sich im Wettbewerb um die verschiedenen Pokale und Würden

durchsetzten.

ka betonte, daß im Programmheft zwar „Frühschoppen der Stadt“ stehe. Doch mit einem Blick in den Haushaltsplan habe er sich noch einmal versichert, daß keine Mittel für einen derartigen Posten zur Verfügung stünden. Deshalb müsse jeder Besucher seine Zeche selbst bezahlen.

Auch Kolping-Chef Werner Riecker, der den Schützen das „Fürstliche Trompetercorps Rheda“ vermittelt hatte, war gut aufgelegt und zeigte sich großzügig. „Wir geben von dem schönen Festwetter, das wir zu unseren Geburtstagsfeiern bestellt haben, gern etwas ab.“ Fröhliche Stimmung herrschte auch am Abend, als die Stadtkönige, der Volkskönig und der Batskönig proklamiert wurden.

In diesen Tagen erweist sich, wer von den Feiernden über eine gute Kondition verfügt. Denn erst heute abend geht das am Donnerstag begonnene 15. Gemeinsame Schützen- und Volksfest zu Ende.





Wirtschaftsminister Walter Hirche (links) und sein Abteilungsleiter Prof. Michel Meier lassen sich über Fremdenverkehrsprojekte in St. Andreasberg informieren.

Wirtschaftsminister Walter Hirche kam am Mittwoch

„Glückauf-Projekt“ soll

Bürgermeister und Stadtdirektor stellen die Stadt vor und

ST. ANDREASBERG. „Einen so bunten Landeplatz habe ich selten gehabt.“ Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) war ganz begeistert, als er mit dem Polizeihubschrauber am Mittwoch auf der Wiese vor dem St. Andreasberger Kurhaus landete. Der Minister befand sich auf „Bäderreise“ und machte eine rund einstündige Stippvisite in der Oberharzer Bergstadt. Begleitet wurde er von Prof. Michel Meier und Mitarbeitern des Ministeriums.

Bürgermeister Werner Grüb Meyer, Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten

und Hans-Joachim Grogorenz nutzten die Gunst der Stunde, um dem Minister die Stadt vorzustellen und ihn mit einigen Projekten vertraut zu machen, die nur mit Zuschüssen des Landes verwirklicht werden könnten.

Ganz oben auf ihrer Wunschliste steht das „Glückauf-Projekt“, die Errichtung eines Club- oder Sporthotels an der Braunlager Straße. Mit dem Robinson-Unternehmen sei man im Gespräch, berichtete der Bürgermeister, das seit einiger Zeit überlege, an welchem Ort in Deutschland ein Robinson-Clubhotel entstehen könnte.

Das Panorama-Bad benötigt eine Qualitätsverbesserung

ST. ANDREASBERG. Als die St. Andreasberger 1975 ihr Panorama-Bad fertiggestellt hatten, waren sie stolz auf diese Einrichtung, die neue Impulse für den Sport setzen sollte. Nicht einmal 15 Jahre ist das her und schon hat sich der Zug der Zeit weiterbewegt. „Einfache“ Schwimmbäder sind nicht mehr gefragt. „Erlebnisbad“ heißt das neue Zauberwort, mit dem anderweitig die Leute ins Wasser gelockt und gute Geschäfte gemacht werden.

St. Andreasberg möchte diesen Zug der Zeit nicht verpassen und nicht erst auf den letzten Wagen aufspringen. In Anwesenheit von Wirtschaftsminister Walter Hirche unterbreiteten Stadtrepräsentanten und Verwaltung ihre Pläne. Mit einem finanziellen Aufwand von rund 400 000 DM könnte in St. Andreasberg aus dem Panorama-Bad ein „Erlebnisbad“ geschaffen werden.

Eine Fachfirma hat entsprechende Vorschläge ausgearbeitet. Ohne Unterstützung aus dem Haushalt des Landes Niedersachsen bliebe die Stadt jedoch darauf sitzen. Hans-Joachim Grogorenz auf Anfrage: „Unsere Planung paßt genau in das neue Fremdenverkehrsprogramm des Landes. Hier wird nicht neu gebaut, sondern aus einer bestehenden Einrichtung eine modernere Anlage gemacht.“ Solche Projekte gehörten zu den ausdrücklich als forderungswürdig beschriebenen Vorhaben.

Im Verbund mit den technischen Anlagen des Bades könnte nach den Vorstellungen der St. Andreasberger Stadtväter zusätzlich eine Winter-Eislauffläche betrieben werden. Sie wäre ein attraktives Mehrangebot an den Ferien- und Erholungsgast und soll deshalb nicht aus dem Auge verloren werden. P.W.

27. Mai 1988



Würden gern ein großes Clubhotel in die Bergstadt holen: Werner Grüb Meyer (Mitte), Karl-Heinz Baumgarten und Hans-Joachim Grogorenz. Fotos: P.W.

per Hubschrauber auf Stippvisite nach St. Andreasberg

positiv begleitet werden

unterbreiteten Pläne, für die Zuschüsse willkommen wären

Nachdem sich das in Fachkreisen herumgesprochen habe, hätten sich noch weitere Interessenten gemeldet.

Stadtdirektor Baumgarten unterstrich die Notwendigkeit einer solchen Hotelleinrichtung aus seinen Erfahrungen als Präsident des Niedersächsischen Skiverbandes. „Es ist bisher nicht möglich gewesen, größere Veranstaltungen, Tagungen oder Kongresse nach St. Andreasberg zu holen“, sagte er, „weil es nicht möglich ist, Tagungsräume und eine angemessene Unterbringung unter einem Dach anzubieten.“

Minister Hirche, dem das Projekt aus Gesprächen mit Werner Grüb Meyer in Hannover nicht mehr ganz unbekannt war, sagte eine „positive Begleitung“ zu, ohne sich konkret festzulegen. Im Gespräch ist daneben, auf dem in Aussicht genommenen Gelände eine weitere Fachklinik zu bauen. „Auch sie wäre“, so ergänzte Hans-Joachim Grogorenz, „kurortgerecht und setzte neue Akzente.“ Für welche der Möglichkeiten man sich entscheidet, bleibt den weiteren Verhandlungen vorbehalten.

P.W.

Die Zukunft des Sägewerkes bereitet große Sorgen

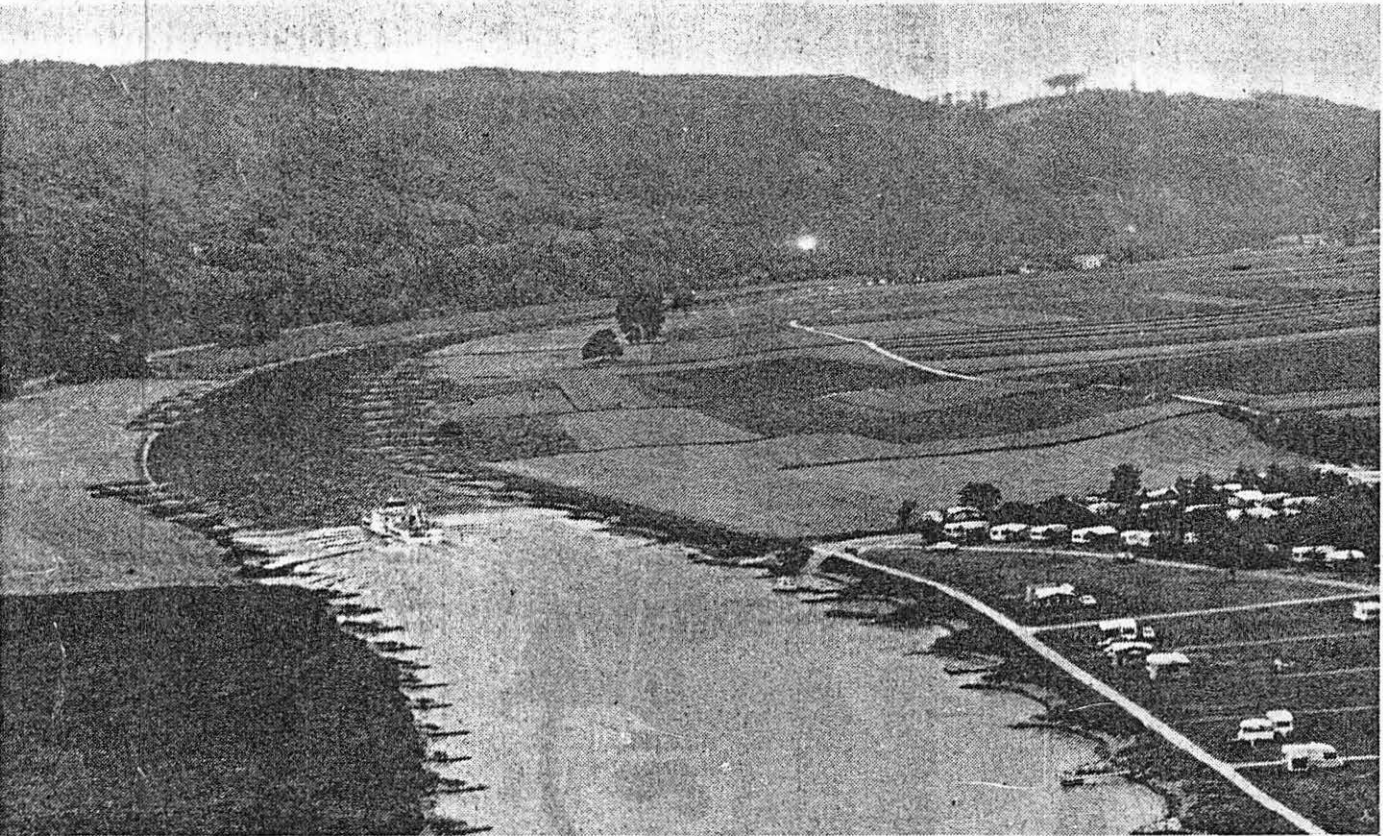
ST. ANDREASBERG. Erhebliche Sorgen machen sich in den Amtsstuben des St. Andreasberger Rathauses breit. Es geht um die Zukunft des Sägewerkes Stürze, das in ein Konkursverfahren verwickelt ist. 20 Arbeitsplätze sind in unmittelbarer Gefahr. Die betroffenen Arbeitnehmer schweben in großer Ungewissheit.

Im Gespräch mit Wirtschaftsminister Walter Hirche berichteten Bürgermeister und Stadtdirektor von den Schwierigkeiten, die sich mit dem Rückzug des Firmenchefs aus dem geschäftlichen Betrieb ergeben haben. Ein Konkursverwalter ist dabei, die Unterlagen zu sichten und Abwicklungsvorschläge zu unterbreiten. In dieses Verfahren will sich die Stadt einschalten.

Stürze ist das letzte große Sägewerk herkömmlicher Art im Harz.

Obwohl das Holz unmittelbar vor der Haustür geschlagen wird und die Bearbeitung keine Probleme bereitet, hat es zunehmende Stockungen beim Absatz gegeben. Allerdings so wird nicht nur unter der Hand gesagt, habe man es in dem Unternehmen versäumt, rechtzeitig zu modernisieren und Investitionen zu tätigen. Jetzt soll in Kontakten und Beratungen mit dem Konkursverwalter ausgelotet werden, unter welchen Voraussetzungen der Betrieb, gegebenenfalls mit eingeschränkter Produktion und geringerer Belegschaft, weitergeführt werden kann.

„Es schmerzt uns sehr, mit ansehen zu müssen, wie ein einst so blühendes Unternehmen langsam vor die Hunde geht“, bekannte Hans-Joachim Grogorenz im Gespräch freimütig. „Wir wollen deshalb alles daran setzen, zu retten, was zu retten ist.“ P.W.



Die Fahrgastschiffe auf der Weser (hier bei Rühle) werden bald pausieren müssen, wenn der Wasserstand weiter sinkt.

Die Weserschiffer hoffen auf Regen, aber möglichst nur zur Nacht

Urlaubsorte wollen Geld – das Land hat keins

Minister Hirche auf Inspektionstour / St. Andreasberg plant und plant / Zu wenig Weserwasser

Eigener Bericht

me. Hannover

Nein, Extrazuschüsse aus dem Topf für die Fremdenverkehrsförderung kann das Land nicht geben, denn die Kassen sind leer. Nein, neue Anträge auf Zuschüsse sind sinnlos, weil ohnehin schon viel zu viele Anträge vorliegen. Ja, die Gemeinderäte und Kurverwalter sollen eigene Ideen entwickeln, um den Wünschen von Gästen besser gerecht werden zu können. Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) hat mit immer anderen Worten immer wieder dasselbe gesagt, als er am Mittwoch eine Reihe von Fremdenverkehrsorten besuchte. Alle wollen Geld für Investitionen, damit mehr Gäste kommen, die Geld ausgeben und auf diese Weise Arbeitsplätze sichern oder schaffen. Behutsam warnte der Minister vor zu hochfliegenden Vorhaben, noch behutsamer tadelte er Fehler.

Vor Beginn der Ferienzeit pflegt der Wirtschaftsminister stets zu einer „Inspektionsreise Fremdenverkehr“ aufzubrechen, die ihn im Hubschrauber quer durch das Land führt – diesmal von Bad Bevensen in der Lüneburger Heide über Brome an der Zonengrenze, St. Andreasberg im Harz und Seeburg bei Duderstadt bis nach Bad Laer im Kreis Osnabrück. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Land Niedersachsen zeigt sich daran, daß jeder zehnte Arbeitsplatz irgendwie vom Tourismus abhängt. Darum ist der Landesregierung sehr daran gelegen, diesen Wirtschaftszweig zu pflegen und den Orten bei ihren Vorhaben zu helfen.

Was Ideen und Pläne betrifft, so ist die Bergstadt St. Andreasberg Spitze. Bürgermeister Werner Grübmeier, einst Landtagsabgeordneter der CDU, überschüttete den Minister förmlich mit Zukunftsvisionen. Die Stadt wolle „innovativ tätig werden“, legte er dar. Wegen einer 200-Betten-Klinik für die Anschluß-Heilbehand-

Grübmeier und seine Ratskollegen müssen mit aller Macht versuchen, frischen Wind in den Ort zu bringen. Zu sehr ist es in den vergangenen Jahren bergab gegangen: Die Zahl der Gäste-Übernachtungen ging von 1980 bis 1987 um ein Fünftel auf 400 000 zurück, in den vergangenen zehn Jahren sank die Einwohnerzahl um ebenfalls ein Fünftel auf 2500, Arbeitsplätze am Ort sind rar. Und nun hat auch noch ein Sägewerk Konkurs angemeldet – zwar geht es um „nur“ 20 Arbeitsplätze, aber der Verlust würde schmerzen. Wo sollen die Arbeiter hin? Hirche plädiert für den Versuch, das Sägewerk „auf kleiner Flamme“ zunächst unbedingt weiterzubetreiben: „Wenn das erst mal dichtgemacht hat, ist kaum noch was zu retten.“

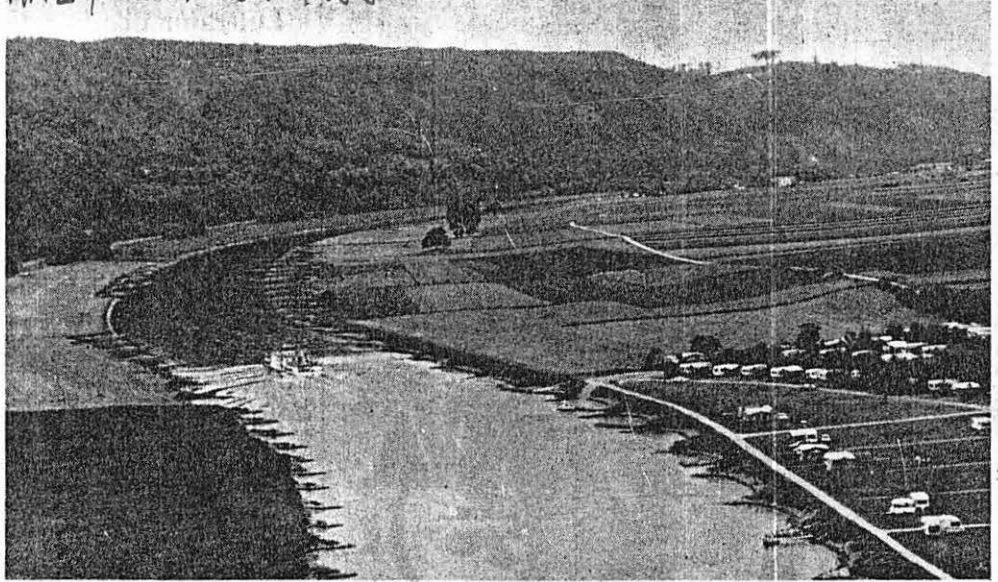
Aus den Bergen ans Wasser: Auf dem Motorschiff „Höxter“ ließ sich Walter Hirche darlegen, wie es um die Oberweser-Dampfschiffahrtsgesellschaft (OWD) steht, die nach einer Beinahe-Pleite jetzt wieder in ruhigerem Fahrwasser ist.

OWD-Geschäftsführer Heinz Schiebe hat jedoch doppelte Sorge mit dem Fahrwasser: Zum einen ist es viel zu salzig, weil Kaliwerke in der DDR zuviel Abwasser einleiten, und die Reparatur angegriffener Schiffsböden und Anleger kostet jedes Jahr rund 200 000 Mark.

Zum anderen rechnet Schiebe mit einer Zwangspause für seine sechs Schiffe, wenn es nicht bald heftig regnet. Aber möglichst nicht am Tage, hofft er, denn dann würden weniger Fahrgäste kommen. Der Wasserstand sinkt stark, und mit retenden Wasserwellen aus der hessischen Edertalsperre darf Schiebe nicht rechnen. Die Talsperre enthält nur ganz wenig Wasser, weil sie repariert wird. Im vorigen Jahr, exakt am 17. Juni, mußten die Schiffe wegen Hochwassers eine Zwangspause einlegen, erinnert Schiebe. Und nun bei womöglich bestem Sommerwetter wieder keine Fahrten und keine Einnahmen? Da kann auch der Minister aus Hannover nicht helfen.



HAZ, 27. Mai 1988



Die Fahrgastsschiffe auf der Weser (hier bei Rühle) werden bald pausieren müssen, wenn der Wasserstand weiter sinkt.

Die Weserschiffer hoffen auf Regen, aber möglichst nur zur Nacht

Urlaubsorte wollen Geld – das Land hat keins

Minister Hirche auf Inspektions tour / St. Andreasberg plant und plant / Zu wenig Weserwasser

Eigener Bericht

me. Hannover
Nein, Extrazuschüsse aus dem Topf für die Fremdenverkehrsförderung kann das Land nicht geben, denn die Kassen sind leer. Nein, neue Anträge auf Zuschüsse sind sinnlos, weil ohnehin schon viel zu viele Anträge vorliegen. Ja, die Gemeinderäte und Kurverwalter sollen eigene Ideen entwickeln, um den Wünschen von Gästen besser gerecht werden zu können. Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) hat mit immer anderen Worten immer wieder dasselbe gesagt, als er am Mittwoch eine Reihe von Fremdenverkehrsorten besuchte. Alle wollen Geld für Investitionen, damit mehr Gäste kommen, die Geld ausgeben und auf diese Weise Arbeitsplätze sichern oder schaffen. Behutsam warnte der Minister vor zu hochliegenden Vorhaben, noch behutsamer tadelte er Fehler.

Vor Beginn der Ferienzeit pflegt der Wirtschaftsminister stets zu einer „Inspektionsreise Fremdenverkehr“ aufzubrechen, die ihn im Hubschrauber quer durch das Land führt – diesmal von Bad Bienen in der Lüneburger Heide über Brome an der Zonengrenze, St. Andreasberg im Harz und Seeburg bei Duderstadt bis nach Bad Laer im Kreis Osnabrück. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Land Niedersachsen zeigt sich daran, daß jeder zehnte Arbeitsplatz irgendwie vom Tourismus abhängt. Darum ist der Landesregierung sehr daran gelegen, diesen Wirtschaftszweig zu pflegen und den Orten bei ihren Vorhaben zu helfen.

Was Ideen und Pläne betrifft, so ist die Bergstadt St. Andreasberg Spitze. Bürgermeister Werner Grübmeier, einst Landtagsabgeordneter der CDU, überschüttete den Minister förmlich mit Zukunftsvisionen. Die Stadt wolle „innovativ tätig werden“, legte er dar. Wegen einer 200-Betten-Klinik für die Anschluß-Heilbehandlung sei er, Grübmeier, bereits bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte vorstellig geworden. Neurologie und Psychosomatik könnten die Schwerpunkte dieser Klinik sein, und einen möglichen privaten Betreiber habe er, Grübmeier, an der Hand. Rund 50 Millionen Mark müßten investiert werden.

Und was den Fremdenverkehr im allgemeinen betreffe, so möge doch der Wirtschaftsminister bitte seine Kontakte zur Touristik Union International in Hannover nutzen, damit ein „Robinson-Club“ nach St. Andreasberg kommt. Weltweit gibt es bereits eine ganze Reihe dieser Clubs, die jüngeren Alleinstehenden und Jungverheirateten „Erlebnisurlaub“ bieten. Das reicht von diversen Sportarten bis zum Überlebenstraining. „Gelände haben wir zu bieten“, sagte Grübmeier. Hirche dämpfte vorsichtig: Darüber müsse noch in Ruhe geredet werden, und es sei genau zu prüfen, ob für diese Urlaubsart genügend Interessenten vorhanden sind.

Ein vorsichtiger Hinweis des Ministers: Der Harz habe doch besondere Vorzüge für den Gesundheitsurlaub und das Tagen anzubieten, ob die Andreasberger nicht so etwas verstärkt ansteuern sollten? Grübmeier meint, daß der Ort „ein vernünftiges Hotel“ brauche. In den vergangenen Jahren habe die Stadt rund 500 Hotelbetten verloren, weil einige – zum Teil überalterte – Häuser geschlossen. Und das Hallenbad müsse für 400 000 Mark modernisiert werden, fügt der Bürgermeister an.

Grübmeier und seine Ratskollegen müssen mit aller Macht versuchen, frischen Wind in den Ort zu bringen. Zu sehr ist es in den vergangenen Jahren bergab gegangen: Die Zahl der Gäste-Übernachtungen ging von 1980 bis 1987 um ein Fünftel auf 400 000 zurück, in den vergangenen zehn Jahren sank die Einwohnerzahl um ebenfalls ein Fünftel auf 2500. Arbeitsplätze am Ort sind rar. Und nun hat auch noch ein Sägewerk Konkurs angemeldet – zwar geht es um „nur“ 20 Arbeitsplätze, aber der Verlust würde schmerzen. Wo sollen die Arbeiter hin? Hirche plädiert für den Versuch, das Sägewerk „auf kleiner Flamme“ zunächst unbedingt weiterzubetreiben; „Wenn das erst mal dichtgemacht hat, ist kaum noch was zu retten.“

Aus den Bergen ans Wasser: Auf dem Motorschiff „Höxter“ ließ sich Walter Hirche darlegen, wie es um die Oberweser-Dampfschiffahrtsgesellschaft (OWD) steht, die nach einer Beinahe-Platte jetzt wieder in ruhigerem Fahrwasser ist.

OWD-Geschäftsführer Heinz Schiebe hat jedoch doppelte Sorge mit dem Fahrwasser: Zum einen ist es viel zu salzig, weil Kaliwerke in der DDR zuviel Abwasser einleiten, und die Reparatur angefressener Schiffsböden und Anleger kostet jedes Jahr rund 200 000 Mark.

Zum anderen rechnet Schiebe mit einer Zwangspause für seine sechs Schiffe, wenn es nicht bald heftig regnet. Aber möglichst nicht am Tage, hofft er, denn dann würden weniger Fahrgäste kommen. Der Wasserstand sinkt stark, und mit retenden Wasserwellen aus der hessischen Edertalsperre darf Schiebe nicht rechnen. Die Talsperre enthält nur ganz wenig Wasser, weil sie repariert wird. Im vorigen Jahr, exakt am 17. Juni, mußten die Schiffe wegen Hochwassers eine Zwangspause einlegen, erinnert Schiebe. Und nun bei womöglich bestem Sommerwetter wieder keine Fahrten und keine Einnahmen? Da kann auch der Minister aus Hannover nicht helfen.



Das Harzstädtchen St. Andreasberg will neuen Schwung in sein touristisches Angebot bringen. (2): Mellin, freigeig. BRG 5443/204-205

Der von den Zuhörern mit Spannung erwartete Punkt wurde an das Ende der Tagesordnung gesetzt

Entscheidung über Stadtdirektor ist gefallen

Hans-Joachim Grogorenz tritt die Nachfolge von Karl-Heinz Baumgarten an – Aus dem „Riesenschatten“ heraustreten

ST. ANDREASBERG. Die Spannung wurde bis zuletzt gehalten. Genau 53 Minuten nach der Eröffnung der Ratssitzung gab St. Andreasbergs Bürgermeister Werner Grubmeyer das Ergebnis der Wahl eines neuen Stadtdirektors bekannt. Zehn von elf abgegebenen Stimmen entfielen auf Hans-Joachim Grogorenz. Ein Ratsherr stimmte mit „Nein“. Grogorenz war einziger Kandidat.

Eine Vorentscheidung war bereits am 1. März getroffen worden, als der Rat auf eine Stellenausschreibung verzichtete. Ratsherr Hürseljau („Ich habe die entscheidende Stimme abgegeben“). „Ich begrüße dieses Verfahren noch einmal ausdrücklich und freue mich, daß das Ergebnis so eindeutig ausgefallen ist.“ Der Nachfolger von Karl-Heinz Baumgarten wird sein Amt am 1. September antreten. „Ein Riesenschatten liegt über der Aufgabe“, bemerkte Grogorenz in Anspielung auf die Persönlichkeit und die 34jährige Amtsausübung seines Vorgängers. Es werde einige Zeit dauern, bis er aus diesem Schatten heraustreten könne.

Vor dem Wahlgang hatte der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Bernd-Peter Rath auf das große Vertrauen verwiesen, das dem Kandidaten in St. Andreasberg entgegengebracht wird. „Er ist hier aufgewachsen, kennt die Stadt und ihre Bürger und hat sich durch berufliche Qualifikation und ehrenamtliches Engagement empfohlen.“

Aus den Worten von Albert Kehr (SPD-Fraktion) sprach ansatzweise ein Bedauern über den Ausschreibungsverzicht, das nicht gegen den Kandidaten gerichtet sein sollte. Kehr, der geheime Abstimmung beantragte: „Ich hätte mir eine Auswahl gewünscht.“ P.W.



Strahlende Gesichter zeigten Karl-Heinz Baumgarten (Mitte) und Hans-Joachim Grogorenz (rechts) nach der Wahl des neuen Stadtdirektors. Foto: P.W.

28./29. Mai 1988

Von der Pike auf gelernt

ST. ANDREASBERG. Die Entscheidung für die Kandidatur sei ihm nicht leichtgefallen, sagte Hans-Joachim Grogorenz nach der Wahl. „Schließlich überlegt man sehr genau, ob man als 47jähriger Beamter seine Lebenszeitstellung aufgibt und sich auf ein Arbeitsverhältnis auf Zeit einläßt.“ Die am Donnerstag vollzogene Wahl gilt für zunächst sechs Jahre.

Grogorenz ist verheiratet und hat ein Kind. Der gelernte Verwaltungsbeamte (Dipl.-Verwaltungswirt) hat seine Ausbildungszeit in St. Andreasberg verbracht und hat wie sein Vorgänger die Verwaltung von der Pike auf kennengelernt. Als Stadtratsrat war er schon bisher

allgemeiner Vertreter des Stadtdirektors.

Seinem Vorgänger dankte er ganz spontan für die „tolle“ Zusammenarbeit, was sich sowohl auf das dienstliche Miteinander wie das menschliche angenehme Klima bezog. „Ich möchte in diesem Sinne auch künftig mit Rat und Verwaltung zusammenarbeiten“, sagte er unter dem Beifall der Anwesenden.

Seit seinem 18. Lebensjahr ist Grogorenz aktives und verantwortliches Mitglied des Ski-Clubs, dem er als 1. Vorsitzender diene. „Man sagt“, so stellte er bescheiden fest, „daß ich einmal ein erfolgreicher alpiner Rennläufer gewesen sei.“ In seiner noch verbleibenden Freizeit spielt er Fußball und Tennis. P.W.



Wieder eingegliedert ist Ratsherr Volker Thale (links) bei der CDU. Seinen Einzeltisch hatte er bei der Ratssitzung bereits an die Fraktion herangeschoben. Foto: P.W.

Thale wieder bei der CDU

ST. ANDREASBERG. Die Zählgemeinschaft zwischen der CDU und dem Ratsherrn Volker Thale ist aufgehoben, gab Bernd-Peter Rath bekannt. „Herr Thale ist als Mitglied in die CDU-Fraktion aufgenommen worden.“

Mit diesem Schritt zog der Ratsherr die Konsequenz aus der Auflösung der Wählergemeinschaft, für die er kandidiert hatte und in den Rat gewählt worden war. Als „Einzeltischler“ fühlte er sich nicht mehr wohl.

„Ich werde mir trotzdem die Freiheit einer eigenen Meinung nehmen“, sagte der streitbare Gastwirt zu seiner Entscheidung. Kommunalpolitische Fraktionsdisziplin müsse stets an der Elle der eigenen Verantwortung gemessen werden. P.W.

Wirtschaftsausschuß neu besetzt

Ratsherr Humm aus beruflichen Gründen ausgeschieden

ST. ANDREASBERG. Aus beruflichen Gründen kann Ratsherr Humm seit einiger Zeit nicht mehr an den Sitzungen des Wirtschafts- und Finanzausschusses teilnehmen. Er bat deshalb seine CDU-Fraktion, ihn von

der Mitgliedschaft in diesem Ausschuß zu entbinden. Der Rat nahm zur Kenntnis, daß Bürgermeister Werner Grubmeyer ab sofort diesen Ausschußplatz einnehmen wird. P.W.

Die Jahresrechnung ist einer politischen Bewertung entzogen

Hefiger Wortwechsel zwischen der FDP und dem Bürgermeister

ST. ANDREASBERG. Zu einem kurzen heftigen Wortwechsel kam es zwischen den Vertretern der FDP-Fraktion und Bürgermeister Grubmeyer in der Ratssitzung über die Jahresrechnung 1986, nachdem Ratsherr Bahn das Fehlen eines jeglichen finanziellen Gestaltungsraumes beklagt hatte. „Obwohl ich seinerzeit den Haushalt nicht mitgetragen habe“, so kündigte er an, „werde ich jetzt für die Entlastung der Verwaltung stimmen.“

Nach Auffassung des Bürgermeisters handelte es sich bei diesen Bemerkungen um die Bewertung früherer Beschlüsse, „die hier nicht mehr zur Debatte stehen“. Bei der Feststellung der Jahresrechnung gehe es lediglich um

die Frage, ob die Verwaltung entsprechend dem politischen Auftrag sowie nach Recht und Gesetz gehandelt habe. Und dies sei von den kommunalen Prüfern eindrucksvoll bestätigt worden.

Ohne zusätzliche Belastung für den Haushalt stellte der Rat aus außerplanmäßigen Mitteln 18 000 DM für die Renovierung und Instandhaltung der Friedhofskapelle zur Verfügung. Das Geld geht an die evangelische Marien-Gemeinde, die für den Friedhof verantwortlich ist. Der Gesamtaufwand wird rund 100 000 DM betragen und kann von der Gemeinde allein nicht aufgebracht werden. Für 1989 werden weitere 12 000 DM als Zuschuß in Aussicht gestellt.

Aus der sicheren zweiten Reihe nach vorn

TAGEBLATT-Gespräch mit Hans-Joachim Grogorenz

Von Karl Heise Bild

ST. ANDREASBERG 14b — In letzter Folge haben wir das Gespräch mit Prof. Dr. Hans-Joachim Grogorenz und Herrns. Akt dessen Gesprächs kann es um ein bestimmtes Thema gehen oder aber abgesehen von vielen und das. Was dabei von öffentlichem Interesse ist, darüber herrschen wir anschließend. Aus dem nächsten Artikel kann jetzt ein Gespräch mit dem obigen Hans-Joachim Grogorenz zentraler.

Für ihn wird sich auch inhaltlich der Welt etwas verändern, für den zukünftigen Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz. 20 Jahre lang stand er immer in der zweiten Reihe, immer wenn nicht nur körperlich gesehen. Vorher, und da hat er sich wohl gefühlt, ruhig, sachlich, immer auf dem Land, wenn sein Chef oder ein Berater etwas von ihm wissen wollte. Doch nun wird er nach dem Bürgermeister die Nummer Zwei in der Bergstadt sein, in der Verwaltung die entsprechende Nummer Eins. An die neue Rolle wird er sich gewöhnen müssen, gibt er im TAGEBLATT-Gespräch an. Morgen nach seiner Wahl offen zu sich, werde er nicht mehr, wie der Letzte gleich auf den Halbmarathon beschränkt wird, um den Minister zu begrüßen, als der hier in dieser Woche landete. Man kann da doch auch ruhig und gelassen hingehen. • Bild wird er mehr zu den Akteuren in der Öffentlichkeit gehören und

weniger die Rolle des aufmerksamen Beobachters einnehmen können.

Der Aufstieg des Verwaltungschiefers

Am 1. April 1987 trat Grogorenz als Verwaltungschiefen in den Dienst der Bergstadt. Nach der Prüfung konnte er gemäß der normalen Laufbahn im gehobenen, nachrichtlichen Verwaltungsdienst der Leiter hoch. Hier ist er Stadtdirektor und seit zweieinhalb Jahren der einzige Vertreter von Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten. Der Aktivist mit seinem Chef hat viel Spass gemacht. • Sein Zehnjähriges mitbringen zu haben. Schon vorher ist ihm Verstand, er möchte weiterhin Berggänger im Amt als einen grüßlichen Beamten mit eigener Meinung, der sich nicht auf faule Kompromisse einläßt. • Er hat es sich grüßlich überlegt, sagt Grogorenz, die sichere Position eines Beamten auf Lebenszeit anzunehmen, um Wechselbar zu werden.

Prospektiven der Stadt

Welche Prospektiven sehen Sie für die Bergstadt? Da vorerst der zukünftige Stadtdirektor auf die harten Rahmenbedingungen der Stadt, die ihm nur allzu vertraut sind: der ständige Kampf um Budgetvermehrungen, weil der Ausgaben die

Einnahmen schon seit Jahren nicht mehr decken können. • Es ist fürchten, daß der Kommener so viele Austräge stellen, jeden Pfennig auch einmal nachweisen muß, ein hoher zusätzlicher Verwaltungsaufwand. • Es ist immer schwierig, als Arbeiter durchs Leben zu gehen. • Doch sehr es vorzuziehen, zu denken, daß sich der Kampf auch noch nicht aufgegeben, weil Hilfe anderer Parteien oder Spielräume zu erhalten. Und dafür finanzielle Blocken sollten im Amt, nur die Stockwerke zu neuem, der Anzahl an der Klümpchen in Schwarzfeld, die auch immer weniger der vorerzogen Investitionsprojekten sein können, die Stadtdirektoren. • Wenn wir nicht in diesem Jahr nicht

wie in das Programm aufgenommen werden können, so haben wir für 1989 gute Hoffnung. Das gibt wieder Perspektive, obwohl das auch eine erhebliche finanzielle Beteiligung der Bürger erfordert. • Immer wieder wird unser Gespräch durch Telefonate unterbrochen. Die Wahl zum Abgeordnetenparlament am 1. Juni hat sich herangehend, Freunde, Kollegen, Geschäftspartner grüßen, Kollegen sind ein paar warmer Anrufe.

Chancen im Fremdenverkehr

• Wir müssen unsere Chancen im Fremdenverkehr auch besser nutzen, sagt

Rat: Hans-Joachim Grogorenz wird neuer Stadtdirektor

Mit einer Gegenstimme zum Hauptverwaltungsbekanntem gewählt

ST. ANDREASBERG 14b — Der Rat der Bergstadt hat am Donnerstagabend Hans-Joachim Grogorenz zum Nachfolger von Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten gewählt. Baumgarten trat am 31. August in den Ruhestand. Mit nur einer Gegenstimme bei zehn Ja-Stimmen sollte die Mehrheit des Rates den bisherigen abgemachten Vertreter des Stadtdirektors in das Amt. Die Debatte begann am 1. September und dauerte noch Jahre.

Vor der Wahl hatten die Fraktionen vorzuden den einzigen Bewerber für das Amt gestellt. Bernd Raab (CDU) wies darauf hin, daß eine Vorkandidatur, die bereits gefällig sei, da die Ratoren im lang reichlich vorhandenen nicht anwesenden, sondern es damit nur einen Bewerber gebe. Sei Jahren sei Grogorenz mit dem Ort verbunden und habe mit seiner Arbeit die Situation im Ort positiv beeinflusst. Hans Heidekamp (DSP) sollte die berufliche Qualifikation des Bewerbers heraus und erklärte, daß er sich eine Verbesserung in der Verwaltungstruktur wünsche, ohne aber auf Einzelkisten einzugehen. Albert Kehr (SPD) vertrat noch einmal die Überzeugung, daß mit dem Verfahren ohne Ausschreibung der Bewerber mit einer Hypothek schon Auer setzen müsse. Für ihn, Grogorenz, wäre eine öffentliche Ausschreibung besser gewesen.

Hans Babus erklärte sich vor der Ausgrenzung für positiv bedingt, und nahm an der Beratung und an der Abstimmung nicht teil. Karl Karstler führte an demselben Ort. Als Bürgermeister Gröbner meinte das Ergebnis bekräftigt: 10 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, sprechen die zuzunehmenden Bürger gespannt Befall, in den der Ratensglieder einließen.

In seinem Dankwort sollte Hans-Joachim Grogorenz heraus, daß er nun in einem «Kleinereinstellen» seines langjährigen Vorgesetzten sein Amt ausüben habe. Er dankt Baumgarten für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Auch im notwendigen miteinander zusammenarbeiten. • Grogorenz reichte er an den Rat die Bitte, daß nach dieser in Zukunft auch bei anderen, ebenfalls mit ihm als Stadtdirektor auszuweisen. Baumgarten sah die Wahl seines Nachfolgers als einen Abschied auf Raten für sich an. Schließlich geriet der Rat auf einen gemeinsamen Weg. Er habe sich immer gesagt: Sei auf dem Weg nach oben gut zu denken, die du vielleicht wiedertriffst, wenn du wieder auf dem Weg nach unten bist. Diesen Rat gab er seinem Nachfolger mit auf den Weg.



Bürgermeister Gröbner (l.) gratuliert Hans-Joachim Grogorenz zu seiner Wahl zum hiesigen Stadtdirektor.

Grogorenz, und weist darauf hin, daß die Personaldeckungsbedingung für einen Freizeitsportler in Kürze erfüllt wird. • Die Umlaufzeit werden mehr als nur schälen und essen im Herz. Wer hierher kommt, will Aktivurlaub machen, will etwas erleben und erleben. • Die schon vorhandenen Aktivitäten bekommen von Wanderführern mit Ski-Führern mehr gebührend werden.

Jochen Grogorenz privat

Und was macht er privat, der gebürtige Andreasberger, jetzt 48, dessen Vater aus Niedersauer kam, dessen mütterliche Verwandtschaft mit «Bismarck» der Eisenwerkschicht hat? • Sport, sagt er mit

Rat bestimmte Vertreter für den Abwatsverband

ST. ANDREASBERG 14b — Der Stadtdirektor wird die Bergstadt im Vorstand des Abwatsverbandes Grotzenau Bad Lauterberg vertreten, der Bürgermeister in der Verbandsversammlung. Das hat der Rat am Donnerstagabend auf dem ebenfalls in der Sitzung beschlossenen, die Bergstadt ist vor einiger Zeit dem Abwatsverband beigetreten (s. vfr. berichten darüber ausführlich).

Grübmeyer löst Humm ab

ST. ANDREASBERG 14b — Einen Wechsel in der Besetzung der Wirtschafts- und Personalabteilung hat der CDU-Fraktionvorsitzende Bernd Raab der Gewerkschaften der Kennis gegeben. Aus beruflichen Gründen scheidet Hans-Hermann von diesem Gremium aus. Für ihn geht jetzt Werner Grübmeyer dem Ausschuss an.

Bergstadt unterstützt Bürgerinitiativen Walkenried

ST. ANDREASBERG 14b — Die Bergstadt beginnt bald unterstützt die Bemühungen der Bürgerinitiative «Schleppengewerkschaften» Walkenried/Elbtrich, die sich dafür einsetzen, daß der Grenzübergang zur DDR nicht nur für den Güterverkehr, sondern auch für den Personentransfer. Eisenreisende erhofft sich die Bergstadt davon einen besseren Ost/West-Handel und eine Aufwertung des Schienenverkehrs im Sauerland.

Völker Thale gehört jetzt voll zur CDU-Fraktion

ST. ANDREASBERG 14b — Völker Thale gehört jetzt voll der CDU-Fraktion an. Das sollte der Fraktionsvorsitzende der Partei am Donnerstagabend dem Rat mitteilen. Thale war als Vertreter des nicht mehr existierenden Völkens-Bürger für Andenauer (BfA) bei der vergangenen Kommunalwahl in den Rat gewählt worden und hatte bisher eine Zählgenossenschaft (bessere Abstammungsverhältnisse) gebildet.

St. Andreasberger Familiennachrichten

Es verstarb am 23. Mai 1988 Frau Mathilde Treischer, St. Andreasberg, Oldenkamp 23 im Alter von 86 Jahren. Die Trauerfeier findet am 14. Oktober, dem 26. Mai 1988, um 14 Uhr in der Friedhofskapelle statt, anschließend Beisetzung.

Es verstarb Frau Hedwig Ohm, St. Andreasberg, Schlüterstraße 30, im Alter von 66 Jahren. Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 27. Mai 1988, um 14 Uhr in der Friedhofskapelle statt, anschließend Beisetzung.

Zur „tecla“-Einweihung gab es Sonnenschein und Jazz



CLAUSTHAL-ZELLERFELD. Pünktlich mit dem Abschluß des letzten Grußwortes verdunkelte sich gestern mittag der bis dahin so strahlende Himmel über „tecla“ und es regnete dicke Tropfen. Eine Stunde

lang jedoch hatten die Gäste der Einweihungsfeier des Technologie-Zentrums diese Feier bei herrlicher Sonne im Freien genießen können. Zu dieser „sonnigen“ Stimmung, nicht nur meteorologisch, sondern auch psychologisch, paßten so recht die be-

schwungenen Jazz-Rhythmen der Band der Robert-Koch-Schule. Stadtdirektor Wolfgang Mönkemeyer begrüßte in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Technologie-Zentrums ca. 60 Gäste. Dem Festakt

schlossen sich die Besichtigung sowie ein Empfang der Stadt an. Wir berichten ausführlich in unserer nächsten Ausgabe. Unser Foto zeigt die Gäste bei der Begrüßung im Innenhof des Technologie-Zentrums.

HaBe/Foto: HaBe

„Neue Einsichten in die Natur sind notwendig“

Naturschutz und Landschaftspflege standen im Mittelpunkt der 9. Kreisbereisung – Massentourismus im Harz schafft Konflikte

Seit Jahrhunderten gehört der Harz zu den beliebtesten deutschen Reisezielen. Berühmte Dichter wie Goethe, Heine und Andersen nahmen beschwerliche Fahrten mit der Postkutsche und Fußmärsche in Kauf, um das Mittelgebirge kennenzulernen und damit ihre Bildung zu erweitern. Heute erleichtern großzügig ausgebaute Straßen dem Massentourismus, die Schönheiten des Harzes buchstäblich zu erfahren.

Das entstandene Spannungsfeld zwischen Natur, Fremdenverkehr und Sport sprach Landrat Klaus Homann an, als er am Samstag Kreistagsabgeordnete, Vertreter verschiedener Verwaltungen und Behörden zur 9. Kreisbereisung begrüßte. „Es geht nicht darum, den Menschen auszusperren; aber neue Einsichten in die Natur sind notwendig.“

Günter Piegsa, Leiter des Planungsamtes, informierte vorab die Teilnehmer mit einem Diavortrag über die Reiseziele: das Hochmoor in Torfhaus als weitgehend unberührte Landschaft, die Bergwiesen in St. Andreasberg als von Menschen in mittlerweile harztypische Fläche umgewandelte Landschaft und der Kurpark in Braunlage als Beispiel für die Gestaltung von Landschaft zum Betrachtungsobjekt für Erholungssuchende.

Auf dem Goetheweg folgten die Kreisbereisung ein Stück den Spuren des Dichters zum Radauborn-Moor, von dem aus der Brocken klar zu erkennen war. Sehr zur Überraschung



Über Anstrengungen, die der Landkreis Goslar zur Erhaltung der buntblühenden Oberharzer Bergwiesen unternimmt, ließen sich die Kreistagsabgeordneten, Vertreter von Verwaltungen und Behörden in St. Andreasberg informieren. Fotos (4): Reiter



Auf alle Eventualitäten des Wetters hatte sich der zünftig gekleidete Seesener Friedhelm Osche, kooptiertes Mitglied des Umweltausschusses, vorbereitet.

der Reiseleitung, die wegen des gewöhnlich herrschenden Dunstes nur einen kurzen Aufenthalt eingeplant hatte.

Wie die Naturschutzbeauftragten Werner Heimhold und Friedel Knolle ausführten, entstanden die Hochmoore im Oberharz nach dem Ende der Eiszeit vor 15 000 Jahren auf den kalkfreien, sauren, nährstoffarmen Böden im Bereich des Brockenmassivs und des Acker-Bruchberg-Zuges. In der Stau-nässe siedelten sich Moose an, die nach oben immer weiterwachsen, nach unten aber absterben. Die abgestorbenen Moosteile zersetzen sich unter Sauerstoffabschluß im Wasser nicht, sondern verwandeln sich zu Torf, der jährlich weniger als einen halben Millimeter in die Höhe wächst (daher Hochmoor).

Unfall kostete 500 000 DM

Da um Torfhaus herum nur kurzzeitig im 18. Jahrhundert Torf abgebaut wurde, blieb das Hochmoor weitgehend in seiner ursprünglichen Form erhalten. Mehr als ein Dutzend der in der „Roten Liste“ als gefährdet erfaßten Pflanzenarten ist dort heimisch. Jeder Tritt zerstört die empfindlichen Pflanzen, verdichtet den Boden, bringt Sauerstoff von der Oberfläche in die tieferliegenden Schichten und vernichtet unwiderbringlich Teile des Moors.

Aus diesem Grund ist es nach den Worten des Braunlager Forstamtsleiters Wolfgang Gremse unumgänglich, vor allem den Wintersport zu reglementieren. An einem Wochenende tummeln sich im Raum Oderbrück bis zu 10 000 Langläufer, im gesamten Oberharz bis zu 250 000. Anfang 1988 wurde eine Loipennetzkarte herausgegeben, die an die Skilangläufer appelliert, die gespurten Wege nicht zu verlassen.

Im November 1986 liefen durch ein undichtes Rohr des Schullandheimes

Hannover in Torfhaus etwa 2000 Liter Heizöl aus. Es erreichte das Quellgebiet der Radau und breitete sich auch zum Moor hin aus. Die Sanierung des Bodens im Wasserschutzgebiet dauerte nach Angaben Andrea Kirchners von der Unteren Wasserbehörde mehr als ein Jahr und kostete rund 500 000 DM. Der Unfall macht beispielhaft deutlich, wie problematisch Siedlungen im Naturschutzgebiet sind.

Die Oberharzer Bergleute betrieben früher Landwirtschaft als Nebenerwerb. Die Magerwiesen wurden praktisch nur zur Heugewinnung genutzt und im allgemeinen nur einmal im Jahr gemäht. Diese extensive Nutzung verhinderte, daß sich auf diesen Flächen Büsche und Bäume ansiedeln konnten. Zahlreiche Blumen- und Gräserarten fanden einen idealen Lebensraum: Barwurz, Bergplatterbse, Arnika, Trollblume, Feuerlilie und Goldhafer. Viele davon stehen heute in der „Roten Liste“.

Werden diese farbenprächtigen Bergwiesen nicht mehr in der ursprünglichen Weise genutzt, droht Verbuschung und Verfilzung der Flächen. Um sie zu erhalten, ließ der Landkreis Goslar 24 Hektar Brachwiesen auf der Jordanshöhe in St. Andreasberg im Herbst 1987 maschinell mähen. Wie Sylvia Junghard von der Unteren Naturschutzbehörde weiter ausführte, sollen diese Pflegemaßnahmen in diesem Jahr fortgesetzt werden und dann auch wissenschaftlich begleitet werden. Das Forstamt Braunlage plant, die Steilwiesen am Lampertsberg bei Hohegeiß zu mähen.

Im Tal der Warmen Bode

Ein Gerät, das mit vorauslaufendem Mähwerk in Sumpf, Wasser und auf den buckligen Hangbereichen fahren kann, setzte die Naturschutzbehörde im vergangenen Herbst erstmals östlich von Braunlage ein. Durch das letzte große Wiesental im Harz mit seinen

seltene Pflanzen und Tieren schlängelt sich die Warme Bode, von dem es seinen Namen hat. Seit mehr als 25 Jahren liegen die Feuchtwiesen brach, auch hier mußte die Verbuschung eingedämmt werden. Probleme bereiten den Naturschützern die Privateigentümer von Fichtenanpflanzungen, die sich nicht bereit zeigen, die störenden Bäume zu beseitigen. Im Tal der Warmen Bode siedelt auch der Rauhfußkauz, ein äußerst seltener Vogel.

Nicht die Bewahrung der ursprünglichen Natur, sondern ihre Gestaltung zu einem Betrachtungsobjekt verfolgt der Landschaftsarchitekt Raimund Herms zusammen mit Kurdirektor Dieter Banse im Kurpark von Braunlage. Steine, Bodenformen, Wasser und Pflanzen sollen in der Landschaft ein Gleichgewicht finden.

Herms machte den Teilnehmern der Kreisbereisung seine Philosophie am Beispiel eines kleinen Wasserlaufes deutlich. Der Spaziergänger sehe, wie sich der Bach in kleinen Becken und engen Abflüssen rhythmisch ausdehne und zusammenziehe. Nur von oben betrachtet werde sichtbar, wie das Licht auf der Wasseroberfläche spielt.

Intakte Natur als Kapital

In südlicher Lage vor dem Haus des Kurgastes legte Raimund Herms einen Steingarten an. Dort speichert sich die Wärme und ermöglicht, daß sechs Wochen früher als sonst im Oberharzer Klima die Rosen blühen. „Der schönste Kurpark des Harzes“, waren sich viele Besucher einig.

Die Bedeutung intakter Natur als Kapital für den Fremdenverkehr betonte Oberkreisdirektor Erhard Müller. Er hoffe, daß der Landkreis mit seinen Maßnahmen Anstöße gegeben habe, um die vorhandenen Probleme zu lösen. Der OKD dankte seinen Mitarbeitern, den Vertretern der Naturschutzverbände und des Harzklubs, die die Bereisung des Kreises fachkundig vorbereitet hatten. ari

Kreisbereisung: Wiesenpflege ist vorbildlich

Die Andreasberger Pflege hat Modellcharakter — Auch Hochmoor in Torfhaus besichtigt

ST. ANDREASBERG khb — Rund 80 Vertreter der Kreisverwaltung, der Verwaltung der Bezirksregierung, des Arbeitsamtes, der Polizei, des Bergamtes und der Forstämter haben sich im Rahmen der schon traditionellen jährlichen Kreisbereisung am Sonnabend in St. Andreasberg über die im vergangenen Jahr begonnene Pflege der Oberharzer Wiesen informiert. Prominentester Mitreisender war der Vizepräsident der Bezirksregierung Braunschweig, Dr. Karl Heinrich Schnöckel.

In Goslar hatte die Reise begonnen, wo Landrat Klaus Homann die Geladenen begrüßte und der Leiter des Planungsamtes, Günter Piegsa, das Ziel der Informationsreise beschrieb. Schwerpunkt war der Natur- und Landschaftsschutz.

Zunächst informierte die Kreisverwaltung in Torfhaus über die Hochmoore im Oberharz. Wegen ihrer großen Bedeutung als Biotop wurden im Winter die Loipen umgelegt, um die Wintersportler von den Mooren fernzuhalten. Würde das Moor weiter durch den Ski-Tourismus verdichtet (festgetrampelt), sei es auf Dauer gefährdet, hieß es.

In St. Andreasberg wanderte die Delegation vom Hallenbad aus über die Jordanshöhe. Sylvia Junghard von der Unteren Naturschutzbehörde referierte über die Oberharzer Bergwiesen. 76 Prozent aller Bergwiesen in Niedersachsen (also



Bei der Kreisbereisung informierten sich die Vertreter der verschiedenen Behörden über die modellhaft gepflegten Oberharzer Bergwiesen in St. Andreasberg.

im Harz) befanden sich im Landkreis Goslar. Sie zu pflegen und damit zu erhalten sei deshalb eine wichtige Aufgabe des Kreises. Würden die Wiesen nicht einmal im Jahr (im Spätsommer nach der Blüte) gemäht, würden sie mit der Zeit immer kleiner. Im vergangenen Jahr hat der Landkreis die Pflegemaßnahme der Bergwiesen in St. Andreasberg finanziell gefördert. Wie berichtet, mähete Andreasbergs letzter Landwirt, Reinhard Neigenfindt, mit seiner Maschine die Wiesen. Das Ergebnis konnten die Delegierten nun auf der Jordanshöhe sehen: Eine grüne Wiese, auf der gelber Löwenzahn leuchtete.

Mulden und kleine Flächen lassen sich nicht maschinell mähen, sagte Frau Junghard. Deshalb habe im vergangenen Jahr eine internationale Jugendgruppe die klei-

nen in diesem Jahr auch von der Universität Göttingen wissenschaftlich begleitet. Man wolle versuchen, die Pflege noch zu verbessern. Die kleinen Flächen werden in diesem Jahr die örtlichen Vereine im Rahmen von Patenschaften pflegen.

Werner Heimhold, einer der vier Naturschutzbeauftragten des Landkreises, machte die Reisenden auf die vielen Pflanzenarten auf der Bergwiese aufmerksam. Er zeigte die sehr verbreitete Bäurwurz, die man früher sogar als Brotaufgabe nutzte, erklärte, daß der Löwenzahn einen Nährstoffreichtum im Boden anzeige, wies auf Sumpfdotterblumen und Erdkastanien hin. Man müsse nur genau hinschauen, um den ganzen Reichtum der Pflanzenwelt zu erkennen. »Der Durchschnittsbürger kennt ja nur zwei Arten, wenn es auf der Wiese gelb blüht: Löwen-

ergänzte Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten.

Weiter oben auf der Höhe war die »wilde« Fichtenbepflanzung auf einer Wiese Thema der Erörterung. Auf einem Privatgrundstück hat ein Rechtsanwalt eine Fichtenschonung auf einer Bergwiese angepflanzt. Von der Naturschutzbehörde wurde er aufgefordert, die Fichten wieder zu beseitigen. Vor dem Verwaltungsgericht unterlag er in einem Verfahren. Nun hat das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg zu entscheiden, ob sie als Berufungsinstanz noch einmal über die Fichtenanpflanzung urteilen wird.

Im Internationalen Haus Sonnenberg nahmen die Teilnehmer der Kreisbereisung ein Mittagessen ein. Dabei informierten sie sich gleich über diese Ein-

Wenn Butterblumen fliegen . . .

Politiker nutzen Informationsreise zu gelegentlichen Positionswechseln

Herrlicher Sonnenschein begleitete während der Kreisbereisung die Teilnehmer, die sich leger bis zünftig gekleidet hatten; kurze Hosen zu tragen hätte allerdings keiner der Herren den Mut. Obwohl die mit zwei Bussen absolvierte Rundreise bereits um 8 Uhr begann, hielt das schöne sommerliche Wetter die Morgenmuffeligkeit in Grenzen. Die Politiker nutzten auf den Fußmärschen die Gelegenheit zu Positionswechseln, um mit Parteifreunden und Verbündeten die Marschrouten für die nächsten Beratungen im Kreistag abzustimmen. Andere bekräftigten mit Wetten ihre Heimatkundekennnisse.

Auf das Farbenmosaik der Bergwiesen machte der Naturschutzbeauftragte Werner Heimhold die Zuhörer in St. Andreasberg aufmerksam. Dort gab es den purpurnen Bergstorchschnabel ebenso zu sehen wie die rote Lichtnelke. Den Sprachgebrauch des Volksmundes, wonach alle gelbblühenden Pflanzen Butterblumen seien, griff Heimhold pädagogisch geschickt

auf: »Die Butterblume rechts heißt Löwenzahn, die Butterblume links ist eine Sumpfdotterblume« — »Und wenn die Butterblume fliegt, ist sie ein Kanarienvogel«, ulkte der Andreasberger Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten dazwischen.

Selbst erfahrene Vogelbeobachter haben den Rauhfußkauz niemals zu Gesicht bekommen. So ist es kein Wunder, daß der Naturschutzbeauftragte Herwig Zang den Kreisreisenden keinen Vogel zeigen konnte. Die Anwesenheit der kleinen Eule verrät nur ihr weithin tragender Ruf, der in klaren und windstillen Spätwintermächten fast ohne Unterbrechung bis zum Morgen erklingt — zumindest solange, bis der seltene Kauz ein Weibchen gefunden hat. Im Tal der Warmen Bode hätte Zang beinahe eine Sternstunde erlebt. Er hörte das Rufen des Rauhfußkauzes ganz in seiner Nähe — vom Tonband, wie sich später herausstellte. Vogelforscher aus Frankfurt glaubten offenbar, nicht nur Kollegen, sondern auch die scheue Eule überlisten zu können. —



Schönheiten begegnen die Kreisreisenden auf ihren Streifzügen durch den Oberharz allenthalben. Wie Frauchen nahm auch Hundchen, das sich im Körbchen durchs warme Bodetal fahren ließ, fürs Foto die Sonnenbrille lieber ab.

Der Totengräber hat nur als Aaskäfer Necrophorus überlebt

Aus der Friedhofsordnung von 1908 – „Beweinkaufung“ und verbotenes, abergläubisches Tun auf dem Friedhof

ST. ANDREASBERG. Obwohl der Begriff Beweinkaufung aus unserem Sprachgebrauch so gut wie verschwunden ist, wußte der amtierende Friedhofsverwalter, danach gefragt, auf Anhieb eine Erläuterung: die Verlängerung der Nutzungsrechte nach dem Erwerb einer Grabstelle. Punktum. So hört sich das also im Amtsdeutsch unserer Zeit an, für das Herr Haas nicht verantwortlich ist – so etwas wird viel weiter oben verzapft.

Aufgefallen ist das Wort dem Bericht in einer vor 80 Jahren erschienenen Andreasberger Friedhofsordnung, in der es unter anderem heißt: „Für Beweinkaufung eines Reihengrabes 15 M, eines Erbbegräbnisses mit zwei und mehr Grabstellen für jede von ihnen 30 M.“

Wenn man Sinn und Bedeutung eines Wortes nicht erkennt, zieht man eines der schlaun Wörterbücher zu Rate, wenn nötig, mehrere. Keines kann Auskunft geben über die „Beweinkaufung“, nur über den „Weinkauf“, den sie „veraltet und unüblich“ nennen und mit „Trunk zur Besiegelung eines Geschäftes“ erläutern, wie der früher in Süddeutschland übliche „Leikauf“ (ohne h), der Trunk beim Abschluß eines Handels.

Aber das will alles nicht so recht auf den Friedhof passen. Bis man dann darauf gebracht wird, daß dieses mittelhochdeutsche Wort zum Ausdruck bringen will, daß jemand die Grabstelle eines Angehörigen

über die „festgesetzte Verwesungszeit“ (wieder so ein Amtsjargon) hinaus behalten möchte, um an seiner Ruhestätte länger um ihn trauern zu können, um ihn länger beweinen zu können. Ein Wort, das seinen Sinn und seine Absicht eigentlich recht gefühlvoll ausdrückt, gefühlvoller jedenfalls als die „zeitgemäße“ Formulierung: Verlängerung der Nutzungsrechte nach dem Erwerb usw.

Das Handbuch des Friedhofs- und Bestattungsrechtes, herausgegeben von Dr. Jürgen Gaedke und 1954 in Göttingen verlegt, enthält den Begriff auf seinen 682 Seiten ein einziges Mal, in einer Klammer, und nur, um den Verantwortlichen zu empfehlen, eine solche Verlängerung der Ruhezeit für Reihengräber nicht zu gestatten, weil sie unzweckmäßig sei und die Neugestaltung und Neubelegung der Reihengrabfelder erschwere.

Der Totengräber war noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Mann, der auf dem Friedhof das Sagen hatte. Mit Handschlag wurde er in der Bergstadt vom Kirchenvorstand „unter Vorbehalt eines jederzeit geltend zu machenden dreimonatlichen Kündigungsrechts“ angestellt und auf seinen Dienst verpflichtet. Es war seine vornehmste Aufgabe, darauf zu achten, daß sich in seinem Reich alles in einem guten und würdigen Zustand befand, insbesondere die Wege und Zugänge zu den Gräbern, und daß der Friedhof mit einer „hinreichend

dichten“ Einfriedigung und einer verschließbaren Pforte versehen war.

Er war gehalten, die beim Ausheben von Graböffnungen anfallenden Erdschollen nach Möglichkeit zu zerkleinern und dabei auftauchende „Überbleibsel früherer Beisetzungen“ sorgsam unter der neuen Sohle einzugraben. Weil es damals noch vorkam, daß solche Überbleibsel von einigen Personen zu abergläubigem Tun verwendet wurden, hatte er besonders streng darauf zu achten, daß nichts fortgenommen werden konnte und bei begründetem Verdacht unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Jedermann hatte sich seinen Anordnungen „zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Würde“ zu fügen. Verstieß jemand gegen die Friedhofsordnung, indem er zum Beispiel auf den Grabstein eines Verstorbenen mehr einmeißeln ließ als Namen, Lebensalter, Todestag, Familienverhältnisse und amtliche oder sonstige Berufsstellung, oder wenn jemand durch die Bepflanzung seines Grabes den Friedhof oder die Nachbargräber „in ungehöriger Weise“ beeinträchtigte, mußte er Meldung beim Kirchenvorstand machen.

Zu seinen Obliegenheiten gehörte auch die gewissenhafte Führung des Grabregisters, wieder mit Namen, Zeit und Ort des Todes und der Beerdigung und Grabnummer. Seinen Lebensunterhalt bestritt er aus seinem bescheidenen Lohn und den ihm zu-

stehenden Gebühren. Für die Beerdigung eines im Alter von 15 Jahren und darüber Verstorbenen bekam er 6 Mark, für die eines 8 bis 15jährigen Kindes über 2 Jahren 3 Mark 50, war es noch jünger, bekam er eine Mark weniger, und für die Beisetzung eines Säuglings erhielt er nur 75 Pfennige. Eine Mark stand ihm zu, wenn er die Grabesöffnung mit Tannenzweigen aussteckte. Aus der städtischen Armenkasse wurde er mit 3 bis 4 Mark für ein Armenbegräbnis entschädigt. Darüber hinaus stand ihm die Nutzung der „Friedhofsgräserie“ zu, soweit die Art und Weise dieser Nutzung den Friedhof und die einzelnen Gräber nicht beschädigte.

Die Kirchhofsordnung vom 28. Januar 1908 wurde unterzeichnet von den Pastoren Ebeling und Krüger und den Kirchenvorstandsmitgliedern Frank, Lindemann, Schubert und Weidemann. s bleibt zu berichten, daß auch der Totengräber inzwischen offiziell nicht mehr existiert. Auch ihn erwähnt das nun geltende Handbuch nur ein einziges Mal, auch nur in einer Klammer, wie ein Relikt aus vergangener Zeit. Sogar aus den Lexika ist er verschwunden, unter dem Stichwort Totengräber findet man nur noch den Necrophorus, jenen Käfer aus der Gattung der Aaskäfer, der kleine tote Säugetiere unter die Erde gräbt, um seine Brut daran unterzubringen. -dt

Herrn Kreistagsabgeordneten
Werner Grübmeier
Bürgermeister der Bergstadt
St. Andreasberg
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

Sie können am kommenden Mittwoch, dem 1. Juni 1988, Ihren

62. G e b u r t s t a g

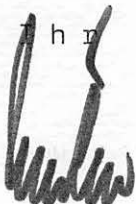
feiern.

Auch in diesem Jahr möchte ich nicht unter den Gratulanten fehlen und übermittele Ihnen daher heute auf diesem Wege meine herzlichen Glückwünsche. Möge das neue Lebensjahr recht viel Erfreuliches, besonders natürlich weiterhin eine gute Gesundheit für Sie bereithalten, damit Sie Ihre vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft mit dem Ihnen eigenen Engagement und Weitblick erfüllen können.

Im Tierkreiszeichen **Zwillinge** geboren, sind Sie tolerant, ein glänzender Redner, der andere zu überzeugen weiß und der zu analysieren versteht. Er wird seine Talente vor allem als Politiker an den Mann bringen, habe ich gelesen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Fortsetzung unserer guten Zusammenarbeit und verbleibe mit der Bitte um eine Empfehlung an Ihre sehr verehrte Gattin und

freundlichen Grüßen

h r


Müller

Ihre werthe für die Grüßungen!

Ihr Geburtstag ist mir willkommenes Anlaß,
Ihnen Gottes Segen für Ihre weichen Lebens-
weg zu wünschen, Segen insbesondere Ge-
sundheit, unermüdtlich Disziplin Kraft zu
erfolgreichen Wirken für das allgemeine
Beste und viele Freunde diesem Lande zu wünschen.
Dennit verbunden ich herzlich dank für Ihre
Beitragungen zur Landesbewahrung
und die Pflege und den Erfolg Landes
freiwilligen Landwehr.

Mit der Bitte um freundliche Begrüßungen
von mir Ihre liebe Gattin und geliebten
Gott befehlen bin ich

Ihr
Johann Vise,

Sehr geehrter Herr Grübner!

Zu Ihrem Geburtstag möchte ich herzlich gratulieren und Ihnen meine besten Wünsche für das kommende Lebensjahr aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Arndt Müller
Präsident

des Niedersächsischen Landtages
Hannover, 1. Juni 1988

MINISTER
WILFRIED HASSELMANN

1. 6. 88.

Lieber Werner,

*herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag
u. alles Gute für Dich.*

*Dein
Wilfried*



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Grüb Meyer,

zu Ihrem Geburtstag möchten wir Ihnen ganz herzlich gratulieren.

Wir wünschen Ihnen viel Gesundheit, Erfolg, Glück und auch ein wenig Zufriedenheit bei der Erfüllung Ihrer nicht immer ganz einfachen, aber doch sehr interessanten und wirkungsvollen Aufgabe.

Gern möchten wir den heutigen Tag nutzen, um Ihnen für die angenehme Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zu danken. Wir würden uns sehr wünschen, diese Form der Zusammenarbeit auch weiterhin in Anspruch nehmen zu können.

Für den heutigen Tag wünschen wir Ihnen noch ein paar fröhliche und angenehme Stunden im Kreise Ihrer Familie und Freunde.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre AOK Nordharz

Joachim Pedroß
Direktor

U. - 2, 30. 5. 88

Wieder Herr Grüb Meyer!

Im Herrn Geburtstag gratulieren wir Ihnen sehr herzlich
und wünschen für den kommenden Lebensjahr alles gute, ein allern. Gesundheit,
hoffe und viel Freude. Ihre besten Grüße und herzlich in Herrn Geburtstag
von mir mit herzlichem Glückwunsch.

Am 21. u. 22. haben wir meine Überzeugung 21. vom. Martonats fest für
Ihre Mitarbeit!

Alles gute und viel herzlichste Grüße auch von mir und Frau

Hx

G. Schmidt

DER REKTOR
DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT
CLAUSTHAL

3392 CLAUSTHAL-ZELLERFELD, den 1. Juni 1988

Herrn
Ltd. Regierungsschuldirektor a.D.
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

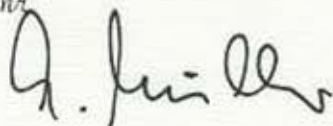
Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Im Namen der Technischen Universität Clausthal und auch persönlich spreche ich Ihnen zu Ihrem 62. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche aus.

Ich darf diesen Tag zum Anlaß nehmen, Ihrer verdienstvollen Tätigkeit zum Wohle unserer Hochschule zu gedenken und wünsche Ihnen für Ihre weiteren Lebensjahre alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen
und Glückauf

Ihr



Prof. Dr. G. Müller

Auch ich möchte Ihnen auf diesem Wege herzlich gratulieren und Ihnen von ganzem Herzen alles Gute für das kommende Lebensjahr wünschen.

Ihre

Bärbel Wermer
(Bärbel Wermer)

Hannover, den 1.6.1988

Gisela Werner,

zu Deinem heutigen Geburtstag möchte ich Dir persönlich und im Namen des Freundeskreises ganz herzliche Glückwünsche übersenden.

Ich wünsche Dir weiterhin Gesundheit, Zufriedenheit, Glück und Erfolg.

Ein kräftiges Prosit und viel Spaß und Freude bei Deiner Feier.

In alter Verbundenheit

Gisela Werner





Finanziaria d'investimento Fininvest

20123 Milano
via Rovani 2
telefono (02) 2102.1

Il Capo della
Segreteria di Presidenza

Mr. Werner Grubmeyer
Wiehbergstr. 18

3000 HANNOVER GERMANIA

Milano 8 Luglio 1988

Dear Mister Grubmeyer,

I have been abroad from Italy for a longtime and it has not be possible to me to meet you during your stay in Italy and there were no telephone number for getting in touch with you.

I apologise for this inconvenient.

Anyway I would appreciate so much to receive news from you.

If it is possible to you to write in english or french language, it will allow to me to answer more promptly.

Once more I regret what happened and I remain

Yours sincerely,

Dario W. Rivolta

KREIS MINDEN-LÜBBECKE

Der Oberkreisdirektor

4950 Minden, den 13. Juli 1988

Kreishaus



Herrn
Bürgermeister Grüb Meyer
Postfach 40

3424 St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Grüb Meyer !

In der Vergangenheit fanden in dem in Ihrer Stadt gelegenen kreiseigenen Schullandheim "Mindener Hütte" einige Wochenendtagungen der Dezernenten und Amtsleiter meiner Verwaltung statt. Nach 4jähriger Pause ist in diesem Jahr wieder eine solche Veranstaltung geplant, und ich werde mit der "Führungsmannschaft der Kreisverwaltung" vom 26. bis 28. August 1988 in St. Andreasberg sein.

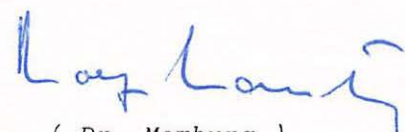
Unter dem Leitthema "Umweltschutz" sind Vorträge und Besichtigungen zu Fragen des Natur-, Landschafts- und Gewässerschutzes sowie der Trinkwasserversorgung vorgesehen. Zu Ihrer Information ist ein Abdruck des vorgesehenen Programms beigelegt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, die über die Mindener Hütte bestehenden Kontakte des Kreises Minden-Lübbecke mit der Stadt St. Andreasberg auch im persönlichen Bereich fortzuführen. Daher lade ich Sie zu dem am Samstag, dem 27. August 1988, um 19.30 Uhr auf dem Gelände der Mindener Hütte stattfindenden Grillabend recht herzlich ein.

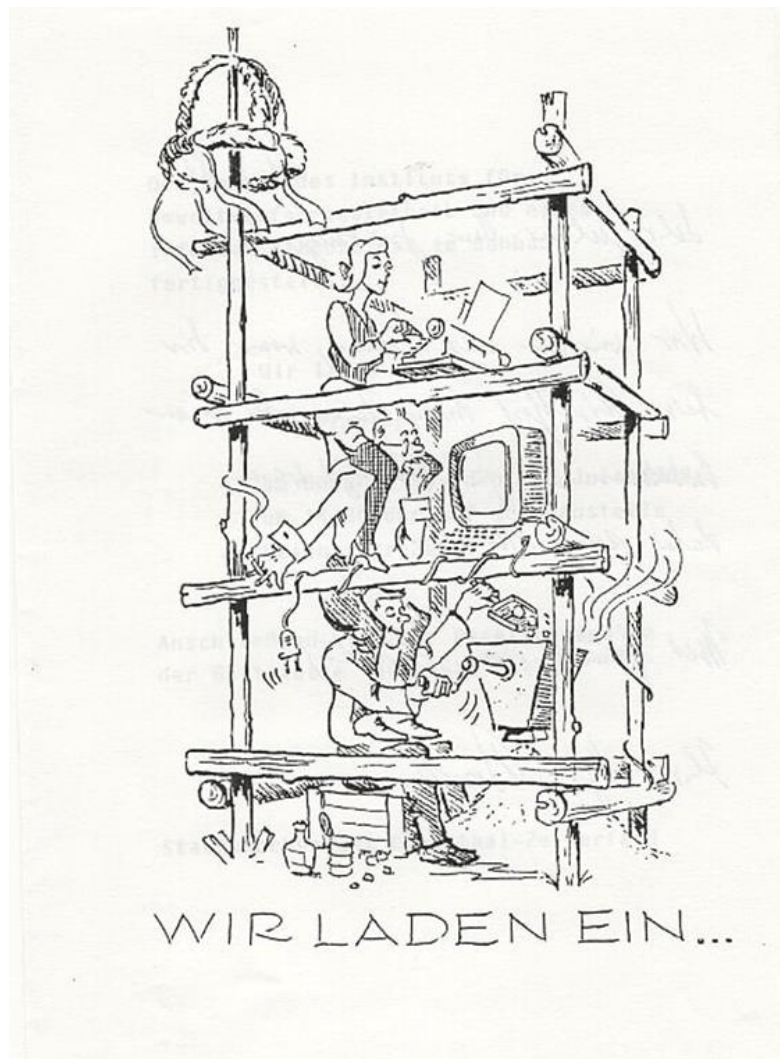
Über Ihre Teilnahme würde ich mich sehr freuen.

Ich hoffe auf eine Zusage und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr



(Dr. Momburg)



WIR LADEN EIN...

21. 7. 88

Sehr lieber Herr Frickinger!

Wir würden uns freuen, wenn Sie
beim Richtfest dieses Hauses, bei dessen
Anlass Sie ja beteiligt waren,
dabei sein könnten.

Mit freundlichen Grüßen!

Herr Hj. Boyke

Der Neubau des Instituts für
Umweltverfahrenstechnik und eines
Informatiklabors ist im Rohbau
fertiggestellt.

Wir laden ein zum

RICHTFEST

am Donnerstag, den 28. Juli 1988
um 14.30 Uhr auf der Baustelle
Leibnizstraße 15.

Anschließend wird der Richtschmaus in
der Gaststätte "Rübezahl" sein.

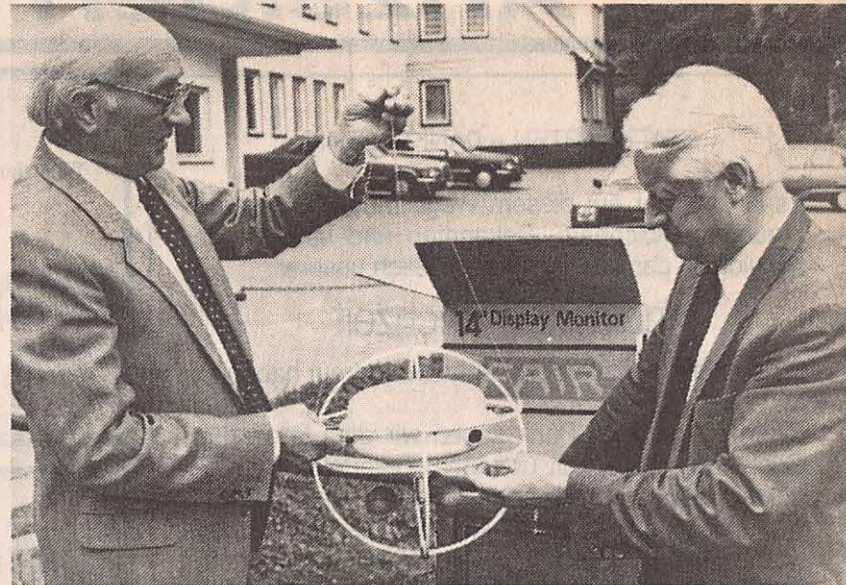
Staatshochbauamt Clausthal-Zellerfeld







Kurz vor Feierabend ließ sich Minister Wilfried Hasselmann noch die Montage eines Ventilators erklären.
Fotos: P.W.



Diese Sonde mißt Temperaturen, Luftfeuchtigkeit, Windstärken und Windrichtungen, wie Betriebsleiter Wilhelm Ulrich (links) erläuterte.

20. Juni 1988

Minister Wilfried Hasselmann zeigt Interesse für die mittelständische Wirtschaft im Harz

Auftraggeber beachten „Soll“-Vorschriften nicht

Millionenaufträge laufen an St. Andreasberg vorbei – Auslandsfertigung sichert geringe Gewinnmarge beim Verkauf

ST. ANDREASBERG. Erstaunliche Detailkenntnisse bewies Minister Wilfried Hasselmann am Montag bei der Besichtigung der Firma Albin Sprenger, als ihm Betriebsleiter Wilhelm Ulrich die Fertigung von Wettersonden erläuterte. „Ich weiß, daß Sie Ihre Produkte zum Beispiel an das in Clausthal-Zellerfeld stationierte PSV-Bataillon 800 der Bundeswehr ausliefern“, sagte er zur Überraschung des Betriebsleiters. „Dort hat man mir schon vor längerer Zeit gezeigt, wie das funktioniert.“

Hasselmann hatte im Auftrage des Ministerpräsidenten eine Rundreise durch den Harz und den Vorharz angetreten und verschiedene mittelständische Unternehmen besucht. Auf dem Programm, das von der niedersächsischen Staatskanzlei ausgearbeitet worden war, standen neben Sprenger auch Besuche in Langelsheim und Gittelde, sowie eine abendliche Diskussion im Goslarer Achtermann, zu der

Unternehmensvertreter geladen waren.

Ein großer roter Wetterballon nahm auf dem Sprenger-Betriebsgelände die Aufmerksamkeit des Ministers in Anspruch. „Sprenger-System“ prangte in großen Buchstaben auf den Seitenflächen. „Mit solchen Fesselballons werden unsere Sonden auf etwa 500 Meter Höhe aufgelassen“, erklärte Wilhelm Ulrich. „Sie messen dort den Luftdruck, die Temperatur und die Luftfeuchtigkeit, sowie Windstärke und Windrichtung.“ Die Gesamtanlage, die gekauft oder gemietet werden kann, eignet sich besonders für langfristige Klima- und Wetterbeobachtungen in einer abgegrenzten Region.

Mit seinen Meßsonden beliefert Sprenger Abnehmer im In- und Ausland. Auch der Deutsche Wetterdienst gehört zu den Kunden, obwohl nach den Worten von Betriebsleiter Ulrich dort eine eigene Entwicklungsabteilung besteht, die von den St. Andreasberger Unternehmen durchaus als

„Konkurrenz“ empfunden wird. Ulrich: „Die beim Deutschen Wetterdienst nach unseren Kenntnissen mit erheblichem Kostenaufwand betriebene Entwicklung hinkt der tatsächlichen Marktlage dennoch immer hinterher.“ Man wolle Minister Hasselmann bitten, sich dafür einzusetzen, daß öffentliche Gelder sachgerechter verwendet würden.

Auch um Berücksichtigung bei den Umweltschutzmaßnahmen des Landes kam Betriebsleiter Ulrich ein. „Ich will Ihren Wunsch gern weiterleiten“, sagte Wilfried Hasselmann und gab eine entsprechende Anweisung an seinen persönlichen Referenten.

Ein zweites Produktionsbein bilden bei Albin Sprenger verschiedene Haushaltsgeräte, z. B. Ventilatoren, Haar- und Händetrockner, Haarschneider, Bügeleisen und Heizlüfter. In Göttingen entstand ein Zweigbetrieb für galvanische Oberflächenbehandlung, der auch Lohnarbeiten für andere Firmen ausführt. Die Gesamtbelegschaft be-

trägt 125 Mitarbeiter, wovon in St. Andreasberg rund 110 tätig sind. Sie kommen aus der näheren Umgebung von Bad Lauterberg bis Clausthal-Zellerfeld.

Für rund zehn Millionen DM setzt Sprenger jährlich um. Aufgrund der internationalen Lohnkostenstruktur hat das Unternehmen einen Teil seiner Massenartikelfertigung in sogenannte Billiglohnländer verlagert. Wilhelm Ulrich: „Diese Auslandsproduktion sichert uns beim Verkauf wenigstens eine geringe Gewinnmarge. Andernfalls bliebe am Ende nichts übrig.“

Die Lage am Zonenrand bedeutet für die Firma einen ständigen Kampf ums Überleben. Rationalisierungsmaßnahmen fangen ungünstige Kostenstrukturen ab. So beklagte man, daß der nächste Bahnanschluß 25 km entfernt liegt und daß öffentliche Auftraggeber die „Soll“-Vorschriften des Zonenrandförderungsgesetzes zunehmend als „Kann“-Vorschriften auslegen und Aufträge in Millionenhöhe an St. Andreasberg vorbeilaufen. P.W.



Bergstadt St. Andreasberg (Oberharz)
HEILKLIMATISCHER KURORT UND ÄLTESTER WINTERSPORTPLATZ

600-700 m – Sportgebiet bis 894 m NN

Der Stadtdirektor

Akt-Z.: Gro/Le

3424 St. Andreasberg, den 21. Juli 1988
Postfach 40
Fernruf 1087-1089 (Vorw.-Nr. 05582)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ab August d. J. kann die Bergstadt St. Andreasberg mit den beiden Förderprojekten

Musikerziehung in St. Andreasberg / **"Treffpunkt Musikschule"**

und

neue Formen der Gästebetreuung **"Freizeitpädagoge für St. Andreasberg"**

an den Start gehen.

Wir haben für beide Maßnahmen auch qualifizierte Fachkräfte gewinnen können.

Am

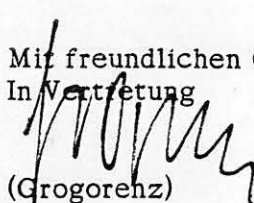
Montag, dem 01. August 1988, 19.30 Uhr im Hotel Tannhäuser,

möchten wir Gelegenheit nehmen, vor einer möglichst großen und fachlich interessierten Öffentlichkeit sowohl die Programminhalte als auch die Projektbetreuer, nämlich den Musikpädagogen Dr. Witsch und den Sportlehrer Dirk Pläschke, vorzustellen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung ermöglichen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung


(Grogorenz)

Bezirksregierung Braunschweig: entweder – oder weniger Bedarfszuweisung

Stadt mit Fremdenverkehrsbeitrag unter Druck

ST. ANDREASBERG. Mit Verärgerung über die Methodik reagierte der Ausschuß für Wirtschaft und Fremdenverkehr des Rates auf den Nachdruck, mit dem die Bezirksregierung Braunschweig der Bergstadt St. Andreasberg die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages nahelegt. Vorsitzender Horst Hörseljaun stellte die Frage, ob es sich gewissermaßen um eine Erpressung handle, Bürgermeister Werner Grübmeier bezeichnete die Vorgehensweise der Bezirksregierung als „eine ganz schlimme Sache“. Auch die Umdeutung durch Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten blieb deutlich: „Im privatrechtlichen Bereich würde man das als Nötigung ansehen können“, rückte er Hörseljauns Rechtsempfinden zurecht.

Ursache der Aufregung: In ihrer Schlußnachricht über die Gewährung der Bedarfszuweisung für 1988 hatte die Bezirksregierung einen Zusammenhang hergestellt zwischen der Einführung eines Fremdenver-

kehrsbeitrages und der Höhe der Bedarfszuweisung für den Etatausgleich 1989. „Wenn die Bergstadt St. Andreasberg auch weiterhin von der Erhebung eines Fremdenverkehrsbeitrages absieht, wird künftig die Abdeckung des Fehlbetrages nicht mehr in gleicher Höhe wie in diesem und in den vorhergehenden Jahren erfolgen. Für den Fall der Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages kann ich dagegen für 1989 im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel auch eine verstärkte Abdeckung der Fehlbeträge in Aussicht stellen“, hatte die Bezirksregierung mit Schreiben vom 16. Juni festgestellt. Der Brief enthielt im übrigen die Mitteilung, daß die Stadt über den geleisteten Abschlag von 500 000 DM hinaus in diesem Rechnungsjahr keine weitere Bedarfszuweisung mehr erhalten wird.

„Wir sind unter Druck vor eine Alternative gestellt worden“, faßte Werner Grübmeier zusammen. Der

Hinweis des Stadtdirektors, daß für das Land die Bedarfszuweisungsbeiträge eine Abschöpfung der zur Verfügung stehenden Ausgleichsmittel bedeute, änderte daran nichts – der Ausschuß aber begann neue Überlegungen über die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages. Es gebe sicher eine Reihe von Gründen dagegen, „aber ringsum weichen die Fronten auf“, verwies der Stadtdirektor auf den Trend in Clausthal-Zellerfeld, Braunlage und Bad Harzburg. „Auch St. Andreasberg wird sich auf die Dauer vor der Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages nicht drücken können.“

Bernd-Peter Rath teilte mit, er sei von der CDU-Fraktion gebeten, in diesem Punkt „äußerste Zurückhaltung“ zu üben – den Vorreiter werde die CDU diesmal nicht machen, hatte Werner Grübmeier schon vorher versichert.

Keine Stellungnahme gab es von Walter Jagusch für die SPD-Fraktion

– „es sind alle in Urlaub“, war die Begründung. Bestätigt erhielt er, daß bei einer Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages die vorgenommene Erhöhung der Grundsteuer B zurückgenommen werden soll.

Für die FDP empfahl Horst Hörseljaun eine gründliche Prüfung, was mit einem Fremdenverkehrsbeitrag überhaupt erreicht wird. Er befürchtete das Ausbleiben von Investoren und nur eine vorübergehende Aussicht auf höhere Bedarfszuweisungsbeiträge. Aufgegriffen wurde seine Anregung zu interfraktionellen Gesprächen und dem Versuch, auch mit der Bezirksregierung zunächst ein Gespräch zu führen. Denn, so Werner Grübmeier, „es gibt noch mehr Möglichkeiten, eine Gemeinde zu ärgern.“ Nach seiner Ansicht gibt es andere Hebel, die für eine Gemeinde viel gefährlicher seien, zum Beispiel die Blockierung von Vorhaben mit dem Hinweis auf unzureichende Finanzkraft. te-

Bedarfszuweisung: die Bergstadt fühlt sich von Bezirksregierung unter Druck gesetzt

Wie lange kann der Rat noch gegen eine Fremdenverkehrsabgabe standhaft sein?

ST. ANDREASBERG khb — Zwar mochte niemand am Dienstagabend im Wirtschafts- und Finanzausschuß das Wort »Erpressung« oder »Nötigung« ganz deutlich aussprechen, doch hatten es die Ausschußmitglieder immer wieder auf den Lippen. Grund war ein Brief der Bezirksregierung, in dem der Stadt eine Bedarfszuweisung von 500 000 Mark angekündigt wird, damit die Bergstadt ihre laufenden Kosten decken kann. Bekanntlich kann die Stadt schon seit Jahren ihren Haushalt nicht mit eigenen Einnahmen ausgleichen.

In diesem Brief weist die Bezirksregierung die Stadt andererseits zum wiederholten Male darauf hin, daß sie eine Einnahmequelle noch nicht erschlossen hat: Erhebung eines Fremdenverkehrsbeitrages. Und dann die Drohung: wenn die Stadt nicht bald diese Einnahmequelle nutzt, gibt es auch keine Bedarfszuweisung mehr in der bisherigen Größenordnung.

Ausschußvorsitzender Horst Hörseljaу stellte bedrückt fest: »Der Brief läßt keinen Spielraum zu.« Und Werner Grübmeyer fragte, ob die Form der gestellten Alternative durch die Bezirksregierung verfassungsrechtlich haltbar sei, denn hier werde in erheblichem Maße in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen.

Schon vor Jahren hatte es ein solches Entweder - Oder gegeben. Damals stellte

die übergeordnete Behörde die Alternative, entweder die Grundsteuer B einzuführen oder den Fremdenverkehrsbeitrag. Damals hatte sich der Rat für die erste Möglichkeit entschieden.

Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten, der sich grundsätzlich auch gegen den Fremdenverkehrsbeitrag aussprach, versuchte die Lage des Landes Niedersachsen darzustellen: Das Land hat nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten, um Gemeinden zu helfen, die ihre Finanzlöcher nicht mehr stopfen können. Das Geld, das für Bedarfszuweisungen gezahlt

werde, könne beim Finanzausgleich an die Gemeinden des Landes nicht mehr verteilt werden. Und wenn eine Stadt wie St. Andreasberg Jahr für Jahr Bedarfszuweisungen beantrage, aber noch nicht alle Beschaffungsmöglichkeiten ausnutze, da müsse das Land (hier: Bezirksregierung) doch unwillig reagieren, zumal fast alle Gemeinden im Umkreis die Abgabe eingeführt hätten.

Bei einer Fremdenverkehrsabgabe müssen alle Betriebe, die auch nur im entferntesten vom Fremdenverkehr profitieren könnten, nach einem in einer Satzung festgelegten Schlüssel Beiträge an die Gemeinde zahlen.

Bürgermeister Werner Grübmeyer sagte: »So schlecht, wie es uns St. Andreasbergern geht, geht es sonst niemandem in der Bundesrepublik.« Er wies auf die schlechte Startposition für Gewerbetreibende und die schlechten Verkehrsanbindungen hin. Die Bemühungen, gewerbliche Investoren hier anzusiedeln, würden durch die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages zusätzlich erschwert: »Das ist nicht förderlich, auch nicht für das Handwerk.« Er schlug vor, daß sich die Fraktionen zusammensetzen und gemeinsam über das weitere Vorgehen einigen und dann die Entscheidung gemeinsam durchtragen, egal, ob man sich jetzt für oder gegen einen Fremdenverkehrsbeitrag ausspreche. Die Fraktionsvorsitzenden gingen auf den Vorschlag ein.

Am Rande

»Man hat den Eindruck, das Rechnungsprüfungsamt ist bemüht, das Papier vollzuschreiben: Erst kritisiert es uns und relativiert anschließend die Kritik so stark, daß nichts mehr davon übrig bleibt.«

Bernd Rath zu einer Anmerkung im Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Personalplanung

Der Niedersächsische Minister
des Innern

3000 Hannover 1, 17. August 1988
Lavesallee 6
Tel.: (05 11) 120-61 00

Herrn
Werner Grübmeier
Rathaus

3424 St. Andreasberg

Lieber Werner!

Über Deinen Brief vom 10.08., über den wir kurz mündlich sprachen, habe ich mich außerordentlich gefreut und möchte Dir von Herzen Dank sagen. Mir haben Deine Zeilen gut getan. Hab Dank für Deine Treue. Wir bleiben in Kontakt, das verspreche ich Dir und der Kopf bleibt oben. Ich denke, daß sich alle Dinge zum besten werden wenden lassen. Die Kampagne bestimmter Journalisten aus Stern und Spiegel, aber auch Herr Hartung vom NDR gehört zweifelsfrei dazu, wie Frau Ellersiek und über FFN will ich nicht sprechen. Dort soll es bei 60 Bediensteten 20 Arbeitsgerichtsverfahren geben. Das spricht für sich. Schade um die privaten Anstalten.

Alles Gute für Dich!

Stets Dein



Nun gibt's Futter für den Reißwolf

Karl-Heinz Baumgarten letztmals als Stadtdirektor vor dem Rat

ST. ANDREASBERG. Zum letzten Mal vertrat Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten am Donnerstag als Hauptverwaltungsbeamter von St. Andreasberg in einer Ratssitzung die Bergstadt - „ab morgen“, verkündete er, werde er anfangen, Aufzeichnungen dem Reißwolf zu übergeben.

Für Bürgermeister Werner Grübmeier war diese Bemerkung Anlaß zur Bitte, genau zu prüfen, was von den Aufzeichnungen besser dem Archiv übergeben werden sollte. Rat und Bergstadt haben Karl-Heinz Baumgarten zu danken, betonte

Grübmeier zum Abschluß der Sitzung, die ansonsten ohne „großen Bahnhof“ für den aus dem Dienst ausscheidenden dienstältesten Stadtdirektor von Niedersachsen zu Ende ging. Der Bürgermeister begründete den stillen Abschied mit dem Hinweis, daß die offizielle Verabschiedung in einer Feierstunde am Dienstag nächster Woche im Kurhaus erfolgen wird. Auf unserem Bild von links Werner Grübmeier, Karl-Heinz Baumgarten und sein inzwischen gewählter Nachfolger, der bisherige stellvertretende Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz.

Foto: Tempes



Der Grundstraße nochmals auf den Grund gegangen

Rat verabschiedete Vereinbarung mit dem Landkreis über die gemeinsame Baumaßnahme

ST. ANDREASBERG. Weitgehend auf einen „Nebenkriegsschauplatz“ verlagerte sich die Diskussion des Rates in der öffentlichen Sitzung am Donnerstag, als die entscheidenden Beschlüsse für den Ausbau der Grundstraße zu fassen waren. Wo es nur um den Ratsbeschuß über den Abschluß einer Vereinbarung mit dem Landkreis Goslar über die gemeinsame Baumaßnahme und die Finanzierung der städtischen Anteile ging, kam erneut die Ausbauplanung ins Gespräch - schließlich auch in der Bürgerfragestunde, in der es bohrende Fragen nach den voraussichtlichen Kostenanteilen der Anlieger gab.

Auf 506 000 DM stellt sich nach den Vorausberechnungen zunächst der städtische Anteil an den Baukosten. Tatsächlich von der Stadt zu finanzieren aber werden voraussichtlich nur rund 70 000 DM sein, avisierte stellvertretender Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz.

Die entsprechende Berechnung der Stadt: 492 000 DM des Kostenanteils sind zunächst als „zuwendungsfähig“ anzusehen. Dafür soll eine Landeszuwendung nach dem Gemeindefinan-

zierungsgesetz in Höhe von 75 Prozent, 369 000 DM, beantragt werden. Die verbleibenden 137 000 DM sind aus den Straßenausbaubeiträgen der Anlieger und den Straßenzuweisungen des Landkreises aus den vergangenen Haushaltsjahren zu finanzieren - sie betragen rund 70 000 DM.

Mit einer Gegenstimme beziehungsweise einer Enthaltung wurden die entsprechenden Beschlüsse gefaßt. Lediglich Ratsherr Hans Bahn, FDP, verweigerte seine Zustimmung mit der Begründung, daß die Ausbauplanung nach seiner Meinung unsachgemäß sei und Fehler aufweise, die zu hohen Unterhaltungskosten führen könnten. Insbesondere beanstandete er das Fortbestehen einer unübersichtlichen Stelle im unteren Bereich der Straße am „Brink“. Ein Anlieger habe im Gespräch mit ihm seine Bereitschaft erklärt, bei einem annehmbaren Ersatzangebot sein Haus zu verkaufen, um diese Stelle entschärfen zu können, versicherte Bahn.

Stellvertretender Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz verwies diese Bedenken in das Planfeststellungsverfahren, das praktisch abge-

schlossen sei. Ein Verkauf des zur Diskussion gestellten Hauses hätte im übrigen „nichts gebracht“, merkte Grogorenz an. Die Übersichtlichkeit werde durch teilweises Abtragen einer Böschung verbessert, ergänzte Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten. Als unumgänglich notwendig wurde im übrigen eine 60 cm hohe Stützmauer bezeichnet, deren Planung Bahn ebenfalls kritisiert hatte. Für die „Höhenminderung“ des Straßenverlaufs am Brink geplant, werde sie mit Naturstein verkleidet.

Der Rat könne diese Beschlüsse nur fassen, wenn ein gewisser Teil der Kosten über die Straßenausbausetzung vom Bürger mitgetragen werde - indirekt sei also auch dies ein Punkt, über den abzustimmen sei, stellte Ratsherr Volker Thale (CDU) fest. Das war Wasser auf die Mühlen von Anliegern, die sich in der Bürgerfragestunde zu Wort meldeten. Abgesehen von dem Hinweis auf eine Kanalisation der Grundstraße, die derzeit bei Regenfällen dazu führe, „daß es aus dem Gully sprüht“, wurde der geforderte Kostenbeitrag der Anwohner mit der Belastung ins Verhältnis gesetzt, der sich die Anwohner durch die Straße ausgesetzt sehen. Ein

Anwohner bat, aus dieser Sicht bei den Verhandlungen „etwas härter mit dem Landkreis umzugehen“.

Beim Ausbau der Grundstraße in den Jahren 1969/70 sei er 100 000 DM „los geworden“, den damals aufgenommenen Kredit habe er nun eben erst abbezahlt stelle ein Anwohner zur bevorstehenden neuen Heranziehung an den Ausbaubestand fest. Ein anderer verwies darauf, daß er von 1600 DM Rente lebe und an der Grundstraße ein Haus besitze, das ihm keine Möglichkeit zu Nebeneinnahmen durch Vermietung biete, da es weder eine Heizung aufweise, noch Bad oder Dusche habe. „Wie hoch soll dafür die Belastung sein?“ wollte er wissen.

Eine klare Antwort gab es dafür noch nicht. Es gebe Möglichkeiten, zu helfen, versicherte Hans-Joachim Grogorenz, bei der Suche nach einer gerechten Kostenverteilung werde auch nach individuellen Lösungen gesucht werden, versicherte Bürgermeister Werner Grübmeier. „Im schlimmsten Fall“ würden 70 000 DM auf die Anlieger zu übertragen sein, betonte Grogorenz, zu verteilen wäre dieser Betrag auf 70 Anlieger.

te-

»Heute ist man dem Rathaus gegenüber viel kritischer«

Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten hat heute Geburtstag — Ein TAGEBLATT-Gespräch zum Abschied

Von Karl Heinz Bleß

ST. ANDREASBERG — In lockerer Folge suchen wir das Gespräch mit Politikern, Vertretern von Institutionen und Vereinen. Bei diesen Gesprächen kann es um ein bestimmtes Thema gehen oder ganz allgemein um »dies und das«. Was dabei von öffentlichem Interesse ist, darüber berichten wir anschließend. Vor kurzem kam ein Gespräch mit dem zum Ende des Monats aus dem Amt scheidenden Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten zustande.

»Ich habe nie gedacht: Ich bin der Größe. Man kann sich nicht um alles kümmern. Also muß man delegieren.« Mit dieser Einstellung, nach der Karl-Heinz Baumgarten im seinem Amt als Stadtdirektor gehandelt hat, fällt es ihm nicht allzu schwer, am 31. August seine Bürotür symbolisch zu schließen. Heute hat er Geburtstag: er wird 65 Jahre alt und steht damit endgültig an der Pensionierungsgrenze. Über 50 Jahre lang war die Bergstadt St. Andreasberg sein Arbeitgeber. Baumgarten ist der dienstälteste Stadtdirektor in Niedersachsen. Für die Bergstadt ist er selbst zur Institution geworden. Baumgarten und Stadtdirektor waren fast 34 Jahre lang Synonyme.

Nachfolge ist lang vorbereitet

Sein Rathaus hat er gut bestellt. Denn der Abschied der Pensionärs kommt ja nicht überraschend. Durch sein Delegieren-Können hat er lange Zeit beobachten können, wie seine Mitarbeiter mit den Aufgaben fertig werden. Und es ist ein offenes Geheimnis, daß sein Nachfolger auch von ihm favorisiert war.

»Ich habe nie mit meiner Meinung hinter Berg gehalten und sie auch vertreten«, sagt Baumgarten bei seinem Rückblick auf die vergangenen Jahre. Das hat ihm Achtung und Respekt eingebracht, aber er hat damit auch andere verärgert, die anderer Meinung waren. Der Weg des



Ein typisches Bild, das bald historischen Wert hat: Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten konzentriert sich auf ein amtliches Telefongespräch.

der Grundtendenz optimistisch, ohne allerdings ein Schwärmer zu sein.

Erste Errungenschaften

Rückblickend stellt er fest, daß die Bürger »heute dem Rathaus gegenüber sehr viel kritischer« sind. In den Jahren, als es das Ziel von Rat und Verwaltung war, die Infrastruktur zu verbessern, haben wenige Kritik geäußert. Dabei hat die Bergstadt »nie aus dem Vollen schöpfen können«: »Wir mußten immer an das Nächste denken.«

In den 50er Jahren gab es dann auch die

Stand die Schwierigkeit, daß zwischen beiden Orten ein gemeindefreies Gebiet liegt. St. Andreasberg konnte geltend machen, daß in der Stadt alle Grundausstattungen einer Gemeinde vorhanden sind: Elektrizität, Wasser, Bücherei.

Rund um die Uhr Amtsträger

Doch mehr zum Bürger Karl-Heinz Baumgarten. Gibt es den eigentlich? »Wenn man privat irgendwo hinget, dann auch in der Funktion als Stadtdirektor, ob man will oder nicht. Man steht immer in der Gefahr, so angesprochen zu werden.«

zu bewerben. Ich habe mich doch noch als junger Spunt gefühlt. Wie alle anderen war ich gespannt, wer es nun werden würde.« Aber er war und ist gern Stadtdirektor, wie er ohne Einschränkung bestätigt.

Zurück ins Privatleben

Was wird er nun tun als Pensionär? Wird er sich seinen Hobbies widmen? Oder wird er sich bei Rats- und Ausschusssitzungen in die Zuschauerreihen setzen und bei der Bürgerfragestunde gezielt Fragen stellen? Oder gar Ratsherr

gendgruppe bin ich dorthin gefahren und war tief beeindruckt von der Aufgeschlossenheit und Offenheit«. Er war ja selbst erst zehn Jahre alt, als Hitler an die Macht kam. Der offene Empfang der Franzosen sei bei ihm prägend für das Offensein Ausländern gegenüber geworden.

Gab es eine besonders ärgerliche Situation? »Schmerzlich war es, daß wir das Krankenhaus schließen mußten, auch wenn das nur 14 bis 18 Betten hatte.« Ebenso der Teilverlust der Schule. Schmerzlich und ärgerlich war daran, »daß man nichts dagegen machen konnte«.

Zukunft für die Stadt?

Wie sieht der scheidende Stadtdirektor die Zukunft für den Ort? Die Einwohnerzahl ist in den vergangenen Jahren ja anscheinend unaufhaltsam zurückgegangen. Zählte man Ende 1970 noch 3 671 Bürger, waren es Ende 1978 noch 3 373, und Silvester 1987 gab es 2 601 Bürger in der Stadt. »Entwicklungschancen haben wir im Fremdenverkehr. Aber wir dürfen nicht unterschätzen, daß die Betriebe, die wir hier haben, auch eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen bieten.« Das sind die »zwei dünnen Beine« der Stadt. Neue Arbeitsplätze wird man nur im Fremdenverkehrsbereich schaffen können. Nachteilig sei, daß die Stadt einen »Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen insgesamt« hat.

Menschliches

Heute überschreitet Karl-Heinz Baumgarten die 65er Altersgrenze. Aus diesem Anlaß hat die Stadt einen Geburtstags-Empfang im Kurhaus organisiert. Um 11 Uhr beginnt eine kleine Feierstunde, zu der Einladungen verschickt wurden. Wenn die »Institution Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten« nicht mehr so existieren wird, dann wird die Presse auch einen dankbaren Zitatengeber vermissen. Denn ein Problem mit einem witzigen Satz auf den Punkt zu bringen, ist seine Stärke: »Woll'n wir 'mal unter uns sagen...«

nicht. Er verträgt es nicht, wenn jemand in einer Diskussion eine Sache falsch darstellt, weil dann die gesamte Diskussion auf falschen Tatsachen beruht. Und selbst erinnert sich Baumgarten nicht, irgendwann einmal bewußt etwas falsch dargestellt zu haben, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Ebenso geht er bei seinen Mitmenschen von der gleichen Voraussetzung aus. Er tritt seinen Mitmenschen positiv gegenüber und unterstellt ihnen zunächst auf Richtigkeit. Er selbst betrachtet sich als in

Die Bergstadt blieb selbständig

Einem weiteren wichtigen Erfolge verzeichnete die Bergstadt während seiner Amtszeit bei den Verhandlungen im Rahmen der geplanten Gebietsreform zu Beginn der 70er Jahre. Die Bergstadt hat es erreichen können, daß sie ihre Selbständigkeit behielt. Das war für Baumgarten »ein großes Erfolgserlebnis«.

Denn nach dem Harzgesetz war geplant, daß St. Andreasberg und Bad Lauterberg zusammengeschlossen wurden. Dabei be-

Nicht um das Amt gerissen

»Ich habe viel Glück im Leben gehabt«, bekennet der 65jährige. Er kam »eingerufen« mit einer leichten Verwundung aus dem Krieg zurück und konnte über die Stadt St. Andreasberg die Verwaltungsschule besuchen. Und bereits mit 31 Jahren wurde er zum Stadtdirektor gewählt. Dabei hatte er sich gar nicht selbst darum bemüht. »Ich bin 1954 angesprochen worden. Von mir aus bin ich überhaupt nicht auf die Idee gekommen, mich

wenn er nach seiner Meinung gefragt wird. Auch in Rats- und Ausschusssitzungen wird man ihn nicht allzuoft sehen.

Schönes und Ärgerliches

Gab es eine besonders schöne Situation? Ja, der erste Besuch in der jetzigen Partnereigemeinde Toppaus 1966. »Das war ein ganz besonderes Erlebnis. Mit der Ju-



Für die Ratsfraktionen gratulierten Bernd-Peter Rath, CDU, (links) und Karl Kixmüller, SPD, (rechts). Die FDP-Fraktion war durch den Ratsherrn Hörseilau vertreten. Fotos: P.W.

St. Andreasbergs Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten erhielt am Tage seines 65. Geburtstages die Entlassungsurkunde

Dem Nachfolger ein großes Paar Schuhe hinterlassen

50 Jahre des Berufslebens dem Rathaus der Heimatgemeinde gewidmet, davon allein 34 Jahre als Hauptverwaltungsbeamter

ST. ANDREASBERG. Er wird seinem Nachfolger „ein großes Paar Schuhe“ hinterlassen. Mit diesen Worten kennzeichnete Oberkreisdirektor Erhardt Müller am Dienstagvormittag im Kurhaus das Wirken des St. Andreasberger Stadtdirektors Karl-Heinz Baumgarten, der seinen 65. Geburtstag feierte und damit zugleich das Ruhestandsalter erreicht hatte. Wehmut lag über der Rede des Goslarer Verwaltungschefs, „weil mit Ihrem Ausscheiden eine lange Zeit der vertrauensvollen Zusammenarbeit endet.“ Sachkunde und Gradlinigkeit hätten Baumgarten ausgezeichnet, der auch nach all den Jahren nie Resignation oder Betriebsblindheit gezeigt hätte.

Lange vor 11 Uhr, dem auf der Einladung vermerkten offiziellen Termin des Geburtstagsempfangs, nahm Karl-Heinz Baumgarten vor dem großen Kurhauseaal die Glückwünsche der Rats-, Verwaltungs-, Behörden-, Verbands- und Vereinsvertreter sowie vieler persönlicher Freunde entgegen. Sie alle waren gekommen, weil, wie es Bürgermeister Werner Grübmeier ausdrückte, „dieser Dienstag im August etwas ganz Besonderes an sich hatte.“

Rat und Verwaltung haben dem Jubilar schon oft gratuliert. Zu Geburtstagen und Jubiläen, zuletzt bei der Verleihung der Dankesurkunde für 50jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Grund genug für den Bürgermeister, nicht noch einmal auf die Lebensdaten Baumgartens einzugehen, sondern aus den persönlichen Beziehungen, dem Ablauf der gemeinsamen Arbeit für die

Gemeinde zu berichten. 32 Jahre lang waren beide Männer in ihren verantwortlichen Positionen aneinander gebunden. Grübmeier: „Obwohl wir nicht immer und in allen Fällen übereinstimmten, haben wir nach außen nur das eine Ziel gehabt, nach außen Einigkeit zu demonstrieren und unsere Heimatstadt wirkungsvoll zu vertreten.“

Bürgermeister Grübmeier bezeichnete den Jubilar als „den Idealtyp eines Stadtdirektors“. Er habe sich als „vielseitiger Spezialist“ erwiesen und die gesamte Verwaltung, Versorgungsbetriebe, Fremdenverkehr und Werbung „sicher und im besten Sinne des Wortes beherrscht.“ „Ob Sie es wollen oder nicht. Sie haben unsere Gemeinde nicht nur mitgestaltet und ihre Geschichte mitgeschrieben, Sie sind selbst ein Stück Heimatgeschichte geworden.“



Die Glückwünsche des Harzklubs und des Ski-Clubs überbrachten Albert Kehl (Mitte) und Karl-Heinz Siebeneicher (rechts).

Großes Lob in dieser und ähnlicher Form hatte Karl-Heinz Baumgarten von seinen Gratulanten entgegengenommen, an deren Spitze Vertreter des Deutschen Städtetages und des niedersächsischen Kultusministeriums, alle Stadtdirektoren des Landkreises, Behördenvertreter wie der Polizei, Forst- und Wasserwirtschaft, Betriebe und Unternehmen, Parteien, Verbände und Vereine standen. „Wir wünschen Ihnen von Herzen Gesundheit und Glück“, sagte Werner Grübmeier. „Sie haben uns und dem Gemeinwesen lange gedient und sich Ihren Ruhestand redlich

verdient.“ Ganz aus der Verantwortung wollen die St. Andreasberger ihren Stadtdirektor jedoch nicht entlassen.

Abgesehen von seinen weiterbestehenden ehrenamtlichen Verpflichtungen, neuerdings ist er auch Mitglied im Vorstand der evangelischen Kirchengemeinde, ist Baumgartens Rat und Erfahrung auch bei der Verwaltung gefragt. Werner Grübmeier und Hans-Joachim Grogorenz haben ihm deshalb „ein kleines Büro im Rathaus“ eingerichtet und die Hoffnung ausgesprochen, daß er es „gelegentlich in Anspruch nehmen“ möge.

Die kleinste der seit der Gebietsreform zum Landkreis Goslar gebörenden Gemeinden hat von Anfang an mit ungünstigen Rahmenbedingungen kämpfen müssen. Dazu der Oberkreisdirektor: „Die chronische Finanzschwäche zwang Sie stets zu einer Gratwanderung zwischen Bürgerwohl und Bürgergroll.“ Mit Beharrlichkeit und Augenmaß hätte Baumgarten sicher den richtigen Weg beschritten und sich dabei oft aufgeschlossen gegenüber vielen Neuerungen gezeigt. „Sie waren von Natur aus nie ein Bürokrat und haben mit manchem unkonventionellen Vorschlag auch verkrustete Diskussionen aufgelockert.“

Als auflockernd empfanden die Gäste den Beitrag der Grundschule, die sich musikalisch überlegte, ob der Stadtdirektor in seinem langen Berufsleben nicht auch einmal „etwas anderes“ gewesen sein wollte. Die Kinder bekamen herzlichen Beifall aus dem Saal. Dem offiziellen Teil schloß sich ein nach Bürgermeisterworten „bescheidenes Mittagessen“ an. Am 1. September wird Hans-Joachim Grogorenz die Amtsgeschäfte als neuer Stadtdirektor in St. Andreasberg aufnehmen. P.W.



Auch nach seinem Ausscheiden wird für Karl-Heinz Baumgarten im Rathaus ein persönliches Büro reconviert sein. Die Stadt und ihre Verwaltung möchten seinen Rat und seine Erfahrung nicht missen.

Baumgarten: selbst ein Stück Geschichte

180 Gäste kamen, um dem Stadtdirektor zum 65. Geburtstag zu gratulieren

ST. ANDREASBERG khh — «Ein Dienstag im August, ein durchschnittlicher Wochentag», sinnierte Bürgermeister Werner Grübmeier gestern zu Beginn seiner Rede beim Festakt zu Ehren des Stadtdirektors Karl-Heinz Baumgarten, «ein durchschnittlicher Tag im Leben einer Gemeinde, wenn nicht heute der Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten seinen 65. Geburtstag feierte.» So aber würde dieser Tag zu einem besonderen auch für die Gemeinde. Denn beamtenrechtlich bedeute dieser Geburtstag auch, daß man Abschied nehmen müsse von einem Beamten, der über 50 Jahre lang seiner Stadt gedient habe.

Aus der acht Seiten umfassenden Gästeliste (rund 180), griff der Bürgermeister einige stellvertretend heraus. Tele-

gramme waren auch vom niedersächsischen Innenminister Wilfried Hasselmann und dem Regierungspräsidenten Günter Niemann angekommen. Das Kultusministerium war durch Bernard Frölich vertreten, der für «Jugend trainiert für Olympia» oft in der Bergstadt weilte, sowie aus dem Wirtschaftsministerium Dr. Michel Meyer, der auch für den Fremdenverkehr zuständig ist.

Nachdem der Heimatbund für den passenden musikalischen Auftakt dieser Feierstunde gesorgt hatte, würdigte Grübmeier, daß Baumgarten der Bergstadt St. Andreasberg 50 Jahre dienen «durfte», denn es sei keine Selbstverständlichkeit, daß man in seiner Heimatstadt, in der man laufen und sprechen lernt, auch seinen Arbeitsplatz für ein ganzes Berufsleben erhalte. 50 Jahre, so Grübmeier, bedeute eine lange und bedeutende Wegstrecke im Leben eines Menschen. Doch auch für eine Gemeinde. Grübmeier: «Wenn man 34 Jahre als Hauptverwaltungsbeamter einer Stadt tätig war, wird man selbst ein Stück Geschichte.» Eine solch lange Dienstzeit in diesem Amt sei zumindest in Niedersachsen eine einmalige Rarität.

«Ein Mensch, der eine solche Position innehat, muß nicht nur die ganze Bandbreite einer Verwaltung kennen, er muß sie auch beherrschen.» Das sei Baumgarten immer gelungen. Und noch ein Lob: «Sie

sind der Idealtyp für ein solches Amt.» Denn ein «vielseitiger Spezialist» werde hier gebraucht.

Um die Frau des Stadtdirektors Trude Baumgarten nicht die ganz neue Situation zu schwer fallen zu lassen, daß sie ihren Mann nun immer um sich hat, will die Stadt für den pensionierten Stadtdirektor und Bürger ein kleines Büro bereithalten, in dem er das Archiv der Stadt aufarbeiten darf, wenn es Lust dazu verspürt oder seine Frau ihn wegschickt. Vor allem die Wasserrechte darf der Bürger Baumgarten aufarbeiten. Nicht zuletzt dazu erhielt er von der Stadt eine Schreibmaschine geschenkt. Karl-Heinz Baumgarten in seiner unnachahmlichen Schlagfertigkeit: «Ach, damit ich Leserbriefe schreiben kann!»

Anschließend überreichte der Bürgermeister dem Stadtdirektor, mit dem er in dieser Funktion 28 Jahre lang zusammengearbeitet hat, die Urkunde über das Ausscheiden aus dem Dienst zum Ende des Monats.

Eine Schulklasse trug ein kleines Singpiel vor, bevor auch Oberkreisdirektor Erhardt Müller dem Jubilar gratulierte.



Die Abschiedsurkunde für Karl-Heinz Baumgarten (links), überreicht von Bürgermeister Werner Grübmeier (rechts) und dessen Stellvertreter Albert Kehr.

wesen. Bei der chronischen Finanznot der Stadt habe Baumgarten mit dem Rat zusammen die Gratwanderung zwischen Bürgerwohl und Bürgergroll geschafft. Seinem Nachfolger Hans-Joachim Grogrenz habe er sein großes Paar Schuhe zu-

rückgelassen. Doch da Baumgarten 20 Jahre lang mit seinem Nachfolger sehr eng zusammengearbeitet habe, sei er, Müller, davon überzeugt, daß die Stadt den Richtigen gewählt hat.



A1 20C

Urobenedictung
Baurgarten



Das ist das Leben: Der eine fehlt,
der andere kommt!



Begrüßung
proporeuz

Niedersächsischer Städtetag

– Verband kreisfreier und kreisangehöriger Städte und Gemeinden –
Marktstraße 45 · 3000 Hannover 1

Niedersächsischer Städtetag · Marktstraße 45 · 3000 Hannover 1

Herrn Bürgermeister
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg



Ihr Schreiben:

Mein Schreiben:

Auskunft erteilt:

Aktenzeichen:

Hannover, den

25. 08. 1988

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

das Präsidium des Niedersächsischen Städtetages hat Sie heute als Nachfolger des Landtagsabgeordneten Kuhlmann zum ordentlichen Mitglied unseres Präsidiums gewählt.

Ich gratuliere Ihnen zu dieser Wahl, über die ich mich sehr freue und hoffe auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Die nächste Präsidiumssitzung findet am 28. 11. 1988 in Braunschweig statt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'Z' followed by a large 'M'.

(Dr. Peil)

Bürger von St. Andreasberg sind um Mitwirkung gebeten

Mit zwei Förderprojekten auf neuen Wegen

Dr. Bernd Witusch für Musikerziehung und Dirk Pläschke als Freizeitpädagoge vorgestellt

ST. ANDREASBERG. Der eine ist auch als „Annerschberger“ motiviert und kann schon aus seinem Bekanntheitskreis heraus auf Mitwirkung und Unterstützung bei der Zusammenstellung seines Arbeitsprogrammes hoffen. Der andere muß den Harz und die Harzer erst noch kennenlernen. Aber er legte bereits ein komplettes Programm vor, als die Bergstadt am Montag mit zwei Förderprojekten an den Start ging, die in dieser Form im Landkreis Goslar einmalig sind. Dr. Bernd Witusch wird mit dem „Treffpunkt Musikschule“ die Musikerziehung in St. Andreasberg aufnehmen, Dirk Pläschke wird als Freizeitpädagoge der Gästebetreuung neuen Inhalt geben. Die starke Beteiligung der Öffentlichkeit an der Vorstellung am Montagabend im Hotel „Tannhäuser“ konnte als Zeichen dafür gewertet werden, daß St. Andreasberg gewillt ist, die Chancen zu nutzen, die sich ihr im Rahmen des ABM-Programms aufgetan haben.

Bürgermeister Werner Grübmeier konnte Vertreter von Rat und Verwaltung, der Vereine und der Institutionen vom Kindergarten bis zur Schule, nicht zuletzt auch die „komplette Ärzteschaft“ zu dieser Vorstellung begrüßen, die einem Ziel diene: Die Mitwirkung der Einwohnerschaft an den beiden Förderprojekten zu sichern. Rat und Verwaltung gingen davon aus, daß

die Einwohner nicht einem angeblichen Abwärtstrend resignierend zuschauen, daß kämpferischer Wille und Einsatzfreude, die St. Andreasberg schon immer ausgezeichnet hätten, nicht verlorengegangen seien, erklärte Grübmeier. Interessierte Zuhörer: Hans-Jürgen Wittenberg vom Arbeitsamt Goslar, der die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelte, und der Direktor der Kreismusikschule Horst Zell, mit dem sich die Bergstadt Zusammenarbeit auf neuer Grundlage erhofft.

Die Gäste mobilisieren

Geändertes Urlauberverhalten und wachsende Ansprüche des Gastes an seinen Urlaubsort nannte Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten als Grund für die Notwendigkeit, in der Gästebetreuung nach neuen Wegen zu suchen. „Animateur“ ist der eine Begriff, „Freizeitpädagoge“ der andere – beide umreißen nicht annähernd das Aufgabenfeld, das Dirk Pläschke ausfüllen soll. Es geht nicht nur darum, Urlauber zu mobilisieren zu Sport, Spiel und Geselligkeit, Kontakte zu vermitteln, zu beraten und zu betreuen, sondern für die Bergstadt auch um die Schaffung der Voraussetzungen und Abstimmung therapeutischer Maßnahmen mit den Erholungsangeboten, so



An der Mitwirkung der Bevölkerung sollen die beiden Projekte nicht scheitern – die rege Beteiligung am Start im Hotel „Tannhäuser“ läßt das jedenfalls hoffen.

zum Beispiel bei der Klassifizierung der Kurübungswege. Dabei, betonte Baumgarten, soll auf keinen Fall die ehrenamtliche Mitwirkung vieler Einwohner, so der Wanderführer, in Frage gestellt werden. Es gehe darum, zu bewährtem Vorhandenem „Neues zu erfinden“. Und „erfunden“ für St. Andreasberg muß es noch werden. Nur andeutungsweise konnte am Montag der Arbeitsrahmen von Dirk Pläschke abgesteckt werden, betont wurde, daß

zunächst auch die Mitarbeit an der Entwicklung von Ideen gefragt ist.

Wie schwierig das ist, umriß der Stadtdirektor mit der Feststellung, daß es im Grunde noch keinen Beruf in dieser Richtung gebe. Auf Schwierigkeiten sei die Stadt deshalb auch bei der Suche nach dem richtigen Mann für dieses Aufgabenfeld gestoßen. Das Gute lag schließlich nahe: Dirk Pläschke ist St. Andreasberger und diplomierte Sportlehrer.



Bei der Vorstellung der Förderprojekte mit den beiden ABM-Kräften: Von links Bürgermeister Werner Grübmeier, Musikpädagoge Dr. Bernd Witusch, hinter ihm Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten, Freizeitpädagoge Dirk Pläschke und der Direktor der Kreismusikschule, Horst Zell. Fotos: Tempes

Fortsetzung:



Auf musikalische Tradition besinnen

Kultur dürfe sich nicht länger zunehmend auf große Städte konzentrieren, sie müsse dem Bürger vor Ort zur Verbesserung der Lebensqualität dienen, betonte Werner Grübmeier zur Vorstellung von Dr. Bernd Witusch, der mit der Musikerziehung in St. Andreasberg eine kulturelle Lücke schließen soll. Grübmeier stellte eine wachsende Nachfrage nach kulturellen Angeboten und den zunehmenden Wunsch nach musikalischer Betätigung fest. Die Musikerziehung, meinte er, sollte eigentlich fester Bestandteil der Kulturarbeit in jeder Gemeinde sein. In St. Andreasberg soll der „Treffpunkt Musikschule“ das ganze Spektrum von der musikalischen Früherziehung von Kindern bis zur Hilfe reichen, daß die musikalische Vorbildung Erwachsener nicht verkümmert, zudem die Arbeit in Musikvereinigungen und Vereinen beleben, in denen Musik gemacht wird. Die Hoffnung von Werner Grübmeier war es, daß sich die Einwohner der Bergstadt auf ihre musikalische Tradition besinnen, in der die Hausmusik ein fester Bestandteil gewesen sei – damit, wie er anmerkte, „wir künftig von unseren Nachbarn nur in Harmonie und

Wohlklang gehört werden.“ Schon haben sich Interessenten für den Kavierunterricht gemeldet, aber dafür wird der Musikpädagoge Dr. Bernd Witusch nicht zur Verfügung stehen. Das Gerüst seines Programmes stellte er vor:

Das Hauptgewicht soll auf der Elementarausbildung liegen, der musikalischen Früherziehung (ab 5 Jahre). Vorgesehen ist über zwei Jahre hinweg ein 70minütiger Unterricht, wenn möglich, vormittags im Kindergarten bei einer Kursusstärke von etwa zehn Kindern.

Für Kinder ab dem 2. Schuljahr wird eine musikalische Grundausbildung angeboten, offen auch für Kinder ohne Grundkenntnisse. Die Kurse sollen bei gleicher Kursusstärke und bei 90 Minuten Dauer, nachmittags in der Grundschule stattfinden.

Weiter plant Dr. Witusch die Gründung eines Blockflötenspielkreises, der differenziert nach Alter und Vorkenntnissen aufgebaut werden soll. Musik von Barock bis zu Folklore sollen jeweils für 90 Minuten ebenfalls in der Grundschule Freude bereiten. Kammermusik, eine Jazz- oder Tanz-Combo sind Perspektiven, die Dr. Witusch darüber hinaus nannte.

Der zweite wichtige Aspekt ist Beratung und Unterstützung des Waldarbeiter-Instrumentalvereins und aller musizierenden Gruppen im Ort.

Nicht nur auf die Mitwirkung der Einwohner hoffte Werner Grübmeier auch im Zusammenhang mit der Musikerziehung, sondern auch auf eine Zusammenarbeit auf neuer Basis mit der Kreismusikschule Goslar. Gegen sie aber meinte der Dirigent des Waldarbeiter-Instrumentalvereins, Karl-Heinz Plosteiner, Bedenken anmelden zu müssen. Nicht zum ersten Mal war davon die Rede, daß die Kreismusikschule vor Jahren für den Klarinettenunterricht „einen Schlagzeuger“ entsandt habe, der nicht einmal die Griffe beherrscht habe. Diesmal aber landete die Kritik an der richtigen Adresse. Dem Kreismusikschuldirektor Horst Zell war dieser Mißklang noch nicht zu Ohren gekommen. Er versicherte, einen Flötisten nach St. Andreasberg entsandt zu haben, nicht aber einen Klarinettenisten. Allerdings: Die Kreismusikschule habe sich von einem Mitarbeiter trennen müssen, der sich mehrfach ungenehmigt vertreten lassen habe.

„Rudi ruft“ zum Aktivurlaub

„Rudi ruft“ gab Werner Grübmeier als Motto für die professionelle Gästebetreuung in St. Andreasberg als Motto aus. Als „Rudi“ ist Dirk Pläschke bekannt, durch die Skischule und als aktiver Sportler. Als Skirennläufer hat er die Deutsche Hochschulmeisterschaft errungen, außerdem spielt er Tennis und „leider auch“ Fußball. Nach dem Abitur in Clausthal hat er an der Sporthochschule Sonthofen sein Studium aufgenommen, das er in Köln mit dem Diplom in der Tasche beendete. Nahtlos, freute er sich bei

der Vorstellung, geht Dank ABM das Studium in die Berufstätigkeit über. Und da er als staatlich geprüfter Skilehrer bereits über Gästekontakte verfügt, hofft er in sein Aufgabenfeld schnell hineinzuwachsen. „Ich werde mich hineinknien“, versprach „Rudi“, um mehr zu machen aus dieser Stelle als einen ABM-Platz.

Keinen Zweifel ließ er an der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Einwohnern und Vereinen: „Wer Ideen hat – her damit“, ist seine erste Bitte.

Erfahrungen liegen vor

Dr. Bernd Witusch hat Musikpädagogik studiert – mit Klarinette als Hauptfach, wie Bürgermeister Werner Grübmeier mit Blick auf die Bedürfnisse des Waldarbeiter-Instrumentalvereins feststellte. Das Studium hatte Dr. Witusch in Köln aufgenommen, in Nordrhein-Westfalen absolvierte er den Dirigentenkursus, und nach Abschluß des Studiums war er sechs Jahre in Würzburg als Akademischer Rat im Fach Musikerziehung tätig. Grundlagen für sein Aufgabengebiet in St. Andreasberg sieht

Dr. Witusch auch in seiner bisherigen Tätigkeit als nebenamtlicher Leiter einer Musikschule sowie als Lehrer in der musikalischen Grundausbildung und im Klarinettenunterricht.

Die Aufgabe der Musikerziehung könne in St. Andreasberg nur durch eine Planstelle erfüllt werden, da von Honorarkräften bei schlechten Witterungsbedingungen der Weg über den Harz einfach nicht verlangt werden könne, betonte Horst Zell, der die Zusammenarbeit mit der Kreismusikschule anbot.

Rudi ruft und Dr. Wietusch bringt Töne bei

Großes Interesse der Bürger an den Aufgaben der neuen ABM-Mitarbeiter

ST. ANDREASBERG 14b — So ganz gefällt Dirk Pläschke (28) ja der Slogan «Rudi ruft» noch nicht. Dem eigenwillig kennt man ihn nur im engen Bekanntenkreis als Rudi. Bisher ist ihm aber auch noch kein besseres «Logo» eingefallen. Das wird sich aber bald ändern, wenn er Mitte des Monats seinen Schreibtisch im Kur- und Verkehrsamt bezieht. Da will der Diplom-Sportlehrer dann auch die neuen Programme ausprobieren, die in den Bereich der Animation gehören, oder zu deutsch: Gästebetreuung. Aber er wird kein «Schreibtischler» sein, seine Arbeit ist hauptsächlich draußen. Das Arbeitsamt bezahlt seine Stelle als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM).

Pläschke hat ja schon Erfahrung durch die eherliche Skischule, die im Winter schon seit längerem Gäste betreut. Aber auch für den Sommer wird es einige Neuerungen geben. Denn es geht darum, so der Andreasberger, die Kontakte unter den Gästen und mit den Bürgern zu fördern. Bisherige ehrenamtliche Aktivitäten der Vereine und Wanderführer sollen davon nicht berührt werden. Die Anleitung der Gäste durch Dirk Pläschke soll eine Ergänzung sein.

Am Montagabend stellten Stadt- und Kurverwaltung vor einer großen Schar von interessierten Bürgern die neue Arbeit im Rahmen der Kurverwaltung vor. Gleichzeitig stellten Bürgermeister und Verwaltung auch den Musikpädagogen Dr. Bernd Wietusch (40) vor, der den «Treffpunkt Musikschule» einrichten wird. Der gelernte Klarinetist will vor allem die musikalische Elementar- und Präberziehung in der Stadt aufbauen. Aber auch den Vereinen, die musikalisch tätig sind, wird er mit Rat zur Verfügung stehen.

Wietusch, der aus der Nähe von Köln kommt, hat sein Lehrexamen für Grund- und Hauptschulen abgelegt und bei seinem Studium der Erziehungswissenschaften als Hauptfach Musikerrziehung belegt. Er selbst spielt Klarinette,



Dr. Bernd Wietusch

Klavier und hat eine Gesangsausbildung. Auch hat er eine Ausbildung zum Dirigenten an der Landesmusikakademie Nordrhein-Westfalens abgeschlossen. An der Uni Bamberg hatte er in den letzten Jahren immer wieder Lehraufträge im Rahmen der Lehrerausbildung für Musikpädagogen für Grund-, Haupt- und Realschulen erhalten. Und während seines Promotionsstudiums hatte er an Musikschulen im Kölner Raum Lehraufträge für die musikalische Grundausbildung.

Sein vorrangiges Ziel bei seiner neuen Arbeit in St. Andreasberg wird es sei, so



Dirk Pläschke

Auch hier versuchte der Bürgermeister zu vermitteln, indem er weiter erklärte, man an die Vorteile und Chancen für die Vereine denken solle. So sei es für die «Waldarbeiter» doch schon eine sehr große Hilfe, wenn sie einem dazukommenden jungen Menschen nicht erst noch die Noten beibringen müßten, bevor der anfangen zu spielen. Das leuchtete ein.

Auch der Leiter der Kreismusikschule Goslar, Musikdirektor Horst Zell, bezeichnete die neue Einrichtung in St. Andreasberg als «eine ganz ausgezeichnete Sache». Er wünschte der Stadt, «daß Wietusch hier ein Schlager wird».

So langsam kommt Bewegung in die Sache Musik!

16. 4. 1988

Kommt ein Musikpädagoge nach St. Andreasberg?

Baumgarten: »Das Arbeitsamt muß noch zustimmen«

ST. ANDREASBERG kbb — Die Chancen stehen nicht schlecht. Vermutlich wird bald ein Musikpädagoge auf ABM-Basis in St. Andreasberg beschäftigt. Wie Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten am Donnerstagabend in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport mitteilte, muß nur noch das Arbeitsamt dieser Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) zustimmen. Man habe sogar schon einen Pädagogen, der bereit

sei, auf dieser Basis für mindestens ein Jahr in St. Andreasberg »eine Art kleine Musikschule mit einem hauptamtlichen Lehrer« einzurichten. Der aus Osnabrück stammende Musikpädagoge werde auch an alle Vereine der Stadt Angebote machen. Wenn das Arbeitsamt zustimmt, so Baumgarten, muß die Stadt 20 Prozent der Personalkosten tragen, »wenn das nicht aus Toto- und Lotteriemitteln bezahlt wird«.

16. 4. 1988

ST. ANDREASBERG

Sonnabend/Sonntag, 16./17. April 1988

Für die Musik geht bald alles besser

Schulsausschuß entschied über Zuschußanträge — ABM-Kraft als „Ein-Mann-Musikschule“ in Aussicht

ST. ANDREASBERG. Die Aussicht auf die Schaffung besserer Möglichkeiten zur Schulung der Musiker des Waldarbeiter-Musikvereins bestimmten die Diskussion bei der Vergabe von Zuschüssen für Vereine und Vereinigungen durch den Ausschuß für Schule, Jugend und Sport. Die Waldarbeitermusiker mußten zwar einen Abstrich von ihrem Zuschußantrag hinnehmen, können ihre Hoffnung nun aber auf einen Musikpädagogen als ABM-Kraft setzen. Die Stadt hat dabei die Förderung der Musiker für öffentliche Auftritte im Auge. Hoffentlich, lautete der Kommentar aus dem Zuhörerkreis, ist der ins Auge gefaßte Musikpädagoge auch qualifiziert für den Unterricht mit Blasinstrumenten.

Sechs Jugendliche des Waldarbeiter-Musikvereins erhalten derzeit eine kostenlose Förderung durch die Kreismusikschule. Sie habe jedoch, wurde festgestellt, dafür auch schon

einen Musikpädagogen nach St. Andreasberg entsandt, der für Blasinstrumente selbst nicht die erforderliche Ausbildung besaß. Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten kündigte mit der ABM-Kraft ergänzend »eine Art Ein-Mann-Musikschule« an, die in St. Andreasberg für alle praktizierenden Musiker in Vereinen zur Verfügung stehen solle. In Aussicht stehe nicht nur die Genehmigung durch das Arbeitsamt, sondern auch bereits ein Musikpädagoge, dessen Eignung nun allerdings noch hinterfragt werden soll.

Von 12 135 DM noch verfügbaren Mitteln konnte der Ausschuß bei der Zuschußverteilung ausgehen, beantragt waren insgesamt annähernd 14 500 DM. Die Möglichkeit, die Differenz als Deckung einer außergewöhnlichen Ausgabe dem Verwaltungsausschuß zu überlassen, wurde vom stellvertretenden Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz als gangbarer Weg bezeichnet. Aber der

Schulsausschuß war bemüht, den Fehlbetrag zumindest zu verringern. Fündig wurde er beim Waldarbeiter-Musikverein, der für die Beschaffung von zwei Musikinstrumenten 5280 DM beantragt hatte. Auch bei Würdigung des Engagements des Vereins für die Stadt vermüßte der Ausschuß eine angemessene Selbstbeteiligung an den Beschaffungskosten. Aufatmend nahm er von zwei anwesenden Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis, daß die Beschaffung der Instrumente durch die vorgenommene Kürzung des Betrages auf 4000 DM nicht scheitern werde. Mit einem genehmigten Zuschußantrag beschied sich der Heimatbund.

Die Evang. Kirche kann mit 720 DM zur Verringerung der Unterdeckung aus einer Freizeitmaßnahme rechnen, die bereits durchgeführt ist. 2000 DM trägt die Kirchengemeinde selbst, wurde festgestellt. Vorerst nicht gerüttelt wurde auch am Zu-

schußantrag des Ski-Clubs für eine Jugendfreizeit auf Bornholm, die für alle St. Andreasberger Jugendlichen offen sein soll. Einen Zuschußbedarf von 4940 DM hat der Ski-Club für 53 Personen (davon 46 Jugendliche) anvisiert, 5000 DM will er aus eigenen Mitteln selbst übernehmen. Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten machte für beide Vereinigungen auf die Richtlinien aufmerksam, die bei der Zuschußgewährung von je einem Betreuer für zehn Jugendliche ausgehen. Differenziert sei darüber hinaus der Zuschußbetrag für In- und Auslandsfahrten. Die endgültige Höhe des Zuschusses für den Ski-Club wird sich aus der Abrechnung ergeben.

Abgehakt wurden vom Ausschuß außerdem 750 DM als jährlicher Grundbetrag an Vereine für Jugendpflegemaßnahmen, 2000 DM als (jährlicher) Zuschuß an den Tennis-Club St. Andreasberg und 600 DM, die der TSC für die Trainingsabende im Hallenbad beantragt hatte. te-

3. Sept. 1988

St. Andreasberg



Selbst der Bundespräsident gratulierte

ST. ANDREASBERG khb — Gestern hat Elsa Böttcher Geburtstag gefeiert. Sie wurde 100 Jahre alt. Den ganzen Tag lang kamen Bürger, Nachbarn und Freunde, um der Jubilarin zu gratulieren. Mit einem Brief gratulierte sogar Bundespräsident Richard von Weizsäcker Elsa Böttcher zum Geburtstag und schickte einen Geldschein. Den Brief übergaben Bürgermeister Werner Grübmeier (links) und Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz (rechts). Sie hatten weitere Grüße und Geschenke von der Niedersächsischen Landesregierung und vom Landkreis Goslar zu übermitteln. Für die Bergstadt St. Andreasberg überreichten sie Frau Böttcher einen großen Präsentkorb. Unter den weiteren Gästen, die der Hundertjährigen zum Ehrentag persönlich ihre Glückwünsche aussprachen, waren auch Pastor Michael Henheik und der pensionierte Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten.

Grußwort zum St. Andreasberger Stadtfest 3./4. September 1988

Das kommende Wochenende steht wieder ganz im Zeichen des St. Andreasberger Stadtfestes. Zum 8. Male ausgerichtet, wird es wieder St. Andreasberger und Gäste auf der Dr.-Willi-Bergmann-Straße zu einer erwartungsfrohen und fröhlichen Gemeinschaft zusammenführen. Erwarten dürfen wir alle ein prall gefülltes Veranstaltungsprogramm, das am Sonnabend und Sonntag Genüsse und Freuden bereithält. Wir sind davon überzeugt, daß dieses »unser Fest«, zu einem echten Saisonhöhepunkt führen und daß unser Slogan nachdrücklich bekräftigt wird, eine »Stadt der gemütlichen Feste« zu sein.

Wir alle wollen uns den Schwung aus dem Jubiläumsjahr 1987 bewahren und zwar durch unsere Teilnahme am 8. St. Andreasberger Stadtfest bei den Mitgliedern des Festkomitees unter der Leitung von Karl-Heinz Brockschmidt, Norbert Cronen und Felix Burkhard sowie allen Akteuren für ihre Arbeit herzlich bedanken.

Auf zum Stadtfest
Glückauf

Grübmeyer
(Bürgermeister)

Grogorenz
(Stadtdirektor)



Was man bei der Tombola während des Stadtfestes gewinnen kann, ist in einem Schaufenster in der Dr.-Willi-Bergmann-Straße zu sehen.

Bergandacht zum Stadtfest

ST. ANDREASBERG — Im Rahmen des diesjährigen Stadtfestes wird zum ersten mal eine ökumenische Andacht angeboten. Die »Bergandacht« am Glockenberg findet am Samstag, dem 3. September, um 19 Uhr statt.

Mit ihr beginnt das St. Andreasberger Stadtfest 1988. Die Ansprache hält Dechant Ottmann/Gieboldehausen) Lesung und Gebete werden vertretungsweise von Pastor Wachlin (Clausthal-Zellerfeld) übernommen, da Ortspastor, Michael Henheik im Urlaub ist. Musikalisch wird die Andacht vom Posaunenchor Bechterdissen bei Bielefeld umrahmt.

28

St. Andreasberg

**Werner Grübmeier
im Präsidium des
Nieders. Städtetages**

ST. ANDREASBERG. Als Nachfolger des bisherigen Bürgermeisters von Gifhorn, Kohlmann Mdl. ist Bürgermeister Werner Grübmeier als Mitglied des Präsidiums des Niedersächsischen Städtetages berufen worden. Werner Grübmeier war bisher stellvertretendes Präsidiumsmitglied und wurde vom Vorstand des Städtetages nun einstimmig gewählt.

Das Präsidium bestehe aus acht Hauptverwaltungsbeamten und acht Bürgermeistern, je zur Hälfte aus Großstädten und kleineren Städten, stellte Werner Grübmeier zur Wahl fest. Als bemerkenswert kann es sicher gelten, daß er als Bürgermeister der mit 2600 Einwohnern kleinsten Stadt in das Präsidium gewählt wurde.

te-

Das Rathaus 10/1988

+++ telegramm +++ telegramm +++ teleg

Altlasten – Aus Sicht des Niedersächsischen Städtetages ist die Altlastenproblematik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern, Kommunen und Industrie. Die Sanierung der Altlasten dürfe keineswegs etwa allein zu Lasten des Landes und der Kommunen erfolgen. Es sollte deshalb einer Finanzierung der Altlastensanierung der Vorzug gegeben werden, die auch die Industrie als Hauptverursacher von Altlasten mit einbezieht. Diese Ansicht des Städtetages wird jetzt an den Niedersächsischen Umweltminister herangetragen. Das Präsidium erörterte auch den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Organisation der Sonderabfallentsorgung in Niedersachsen. Das Gesetz sieht eine künftige zentrale Steuerung und Koordinierung bei der Entsorgung der Sonderabfälle vor. Sonderabfallerzeuger sind danach verpflichtet, im Rahmen einer Andienungspflicht ihre Abfälle einem vom Land zu bestimmenden Träger der Abfallentsorgung zu überlassen, der dann entscheidet, was mit dem jeweiligen Abfall passieren soll. Der Niedersächsische Städtetag hält diese Regelungen grundsätzlich für geeignet, eine umweltgerechte Entsorgungsstruktur für Sonderabfälle in Niedersachsen zu schaffen, wobei besonderer Wert darauf gelegt wird, die Entsorgung ausdrücklich als Aufgabe des Landes zu bestimmen.

28 **Städte defensiv bei
Dienstleistungsabend**

Braunschweig (ck)

Die Städte und Gemeinden wollen sich defensiv verhalten, was die Einführung eines Dienstleistungsabends betrifft. Darauf verständigte sich das Präsidium des Niedersächsischen Städtetages in Braunschweig. „Wir werden uns anpassen, aber wir werden nicht voranschreiten“, teilte die Präsidentin, Osnabrücks Oberbürgermeisterin Ursula Flick, mit. Die bisher gemachten Erfahrungen mit Öffnungszeiten bis 18 Uhr seien derart, daß noch längere Schalterstunden der Behörden skeptisch zu beurteilen seien.

Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung hatte den Behörden mit regem Publikumsverkehr empfohlen, an jedem Donnerstag bis 21 Uhr geöffnet zu halten. Dem sollten sich die Städte und Gemeinden anschließen. Doch das, so Frau Flick, könne der Bund nicht vorschreiben.

**Für Beibehaltung der
Arbeitsgerichtstage** 2

In Braunschweig. Für die Beibehaltung der Gerichtstage in der Arbeitsgerichtsbarkeit hat sich der Niedersächsische Städtetag ausgesprochen. Aus Anlaß der 100. Sitzung in Braunschweig erklärte die Präsidentin dieses Gremiums, die Osnabrücker Oberbürgermeisterin Ursula Flick, die von Sozialminister Schnipkoweit geplante Aufhebung würde die Verfahrenskosten deutlich erhöhen. Das sei volkswirtschaftlich nicht vertretbar. Nach den Worten von Frau Flick sei sich der Städtetag in dieser Frage mit den örtlichen Anwälten und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einig.

Münsterländische Tageszeitung 1.12.

HAZ 31.12.1988

**Der Städtetag tagt
in Langenhagen**

Langenhagen (hm). Das Präsidium des Niedersächsischen Städtetages wird demnächst in Langenhagen tagen. Nach Mitteilung von Stadtdirektor Dr. Klaus Rosenzweig soll das Präsidium für den 8./9. Februar eingeladen werden. Am 23. Februar soll das Wirtschaftsforum stattfinden. Der Vorstandsvorsitzende der Norddeutschen Landesbank, Thiemann, soll über das Thema „Geld- und Kreditmarktfragen im einheitlichen Binnenmarkt“ referieren.

Für den 13. April ist der Handwerker-Abend geplant. Im Herbst plant die Stadt ferner einen „Abend für die Landwirtschaft“.

Intensive Beratung wichtig

Sozialausschuß des Niedersächsischen Städtetages in Bersenbrück

Bersenbrück. Im Bersenbrücker Rathaus tagte der Sozial- und Gesundheitsausschuß des Niedersächsischen Städtetages auf Einladung von Bürgermeister Walter Sandbrink. Die Leitung hatte Stadtrat Ernst-August Schiefer aus Hannover. Der Ausschuß beriet Fragen des starken Zuzuges von Spätaussiedlern nach Niedersachsen.

Er hielt es für eine wichtige Aufgabe, die gegenwärtig in großer Zahl in die Bundesrepublik Deutschland kommenden Aussiedler über vorhandenen Wohnraum und Sprachförderungsmöglichkeiten sowie das Arbeitsplatzangebot intensiv zu beraten. Bekanntlich ist in einer ehemaligen Kaserne der Stadt Osnabrück eine Außenstelle des Grenzdurchgangslagers Friedland eingerichtet

worden, die inzwischen auch ihre Arbeit aufgenommen hat. Hierhin kommen zunächst alle Aussiedler, die erklärt haben, in Niedersachsen bleiben zu wollen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuß appellierte an Bund und Land, diesem Personenkreis weitestgehend zu helfen und die entsprechenden Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Die Städte und Gemeinden des Niedersächsischen Städtetages ihrerseits seien bereit, alle beratungsdienlichen Angaben, wie zum Beispiel freier Wohnraum oder vor Ort vorhandene Arbeitsplätze, unverzüglich der in Osnabrück eingerichteten Beratungsstelle des Landes zu melden. Eine entsprechende Empfehlung wird der Niedersächsische Städtetag an seine Mitglieder aussprechen.

Als weiteres Beratungsthema stand die Zuständigkeit nach dem Bundeserziehungsgesetz auf der Tagesordnung des Ausschusses. Aus Gründen der Bürgernähe der Verwaltung begrüßt der Niedersächsische Städtetag grundsätzlich, daß ab 1989 die Zuständigkeit für die Gewährung des Erziehungsgeldes von der Arbeitsverwaltung auf den Kommunalen Bereich übergehen soll. Allerdings wird die für die Übertragung der Zuständigkeit vom Land vorgesehene Kostenerstattung von 2,1 Millionen DM jährlich als nicht für ausreichend erachtet. Deshalb sieht es der Niedersächsische Städtetag als dringend erforderlich an, daß das Land den Städten und Gemeinden, die bereit sind, diese Aufgabe zu übernehmen, auch kostendeckende Zuweisungen leistet.



ÜBER AKTUELLE TAGESFRAGEN diskutierte der Sozial- und Gesundheitsausschuß des Niedersächsischen Städtetages in Rathaus Bersenbrück. Unser Foto zeigt die Mitglieder mit dem Hausherrn, Samtgemeindedirektor Günther Marotzke (5. von rechts). Foto: Lukaschewski

Problem: Neue Technologien an Schulen

Der Schul- und Kulturausschuß des Niedersächsischen Städtetages hat in Wolfsburg getagt

Beindruckt zeigte sich Werner Grüb-
meyer, Bürgermeister von St. Andreas-
berg und Vorsitzender des Schul- und
Kulturausschusses des Niedersächsi-
schen Städtetages, von der Volkswagen-
stadt. Insbesondere die stadtschicht-
liche Ausstellung in der Bürgerhalle sei
von den Ausschlußmitgliedern mit Inter-
esse aufgenommen worden.

Das Gremium des 142 Mitglieder zäh-
lenden und 4,5 Millionen Bürger Nieder-
sachsens repräsentierenden kommunalen
Spitzenverbandes, hat sich anlässlich
des 50jährigen Stadtjubiläums in Wolf-
sburg mit aktuellen Fragestellungen der
Schul- und Kulturpolitik Hannovers be-
faßt. Der Ausschußvorsitzende, Bürger-
meister Werner Grübmer, Gastgeber
Oberbürgermeister Werner Schlimme
und der Beigeordnete Rüdiger Gold-
mann erläuterten anschließend der Ta-
gespresse die Beratungsergebnisse.

Pionierarbeit habe Wolfsburg auch
bei der Einführung neuer Technologien
an den Schulen geleistet. Von zehn Pilot-
projekten dezentraler Lehrerschulung
werden allein drei, am Theodor-Heuss-
Gymnasium, an der Heinrich-Nordhoff-
Gesamtschule und an der Hellwinkel-
Schule (Orientierungsstufe) in der
Volkswagenstadt durchgeführt.

Im berufsbildenden Bereich erprobe
die (kaufmännische) Berufsbildende
Schule I deren Einführung in Zusam-
menarbeit mit Industrie (Volkswagen)
und Land Niedersachsen. Die (gewerbli-
chen) Berufsbildenden Schulen II ha-
ben sogar selbst Software (Programme)
erarbeitet.

Bis Mitte 1989 nun sollen landesweit
20 000 Lehrer an allgemeinbildenden
und 12 000 Lehrer an berufsbildenden
Schulen in neuen Technologien ge-
schult sein. Bis dahin stünde auch Lehr-
material zu erschwinglichen Kosten zur
Verfügung. An der Grundausstattung
der Schulen beteilige sich das Land mit
25 Prozent der Kosten.

Kritik übte der Ausschuß an der beab-
sichtigten Einstellung der seit 1953 be-
stehenden Fachberatung öffentlich,
aber ehrenamtlich geführter kleiner Bi-
bliotheken durch die Bezirksregierung.
Dies führe zur qualitativen Schlechter-
stellung. Abgelehnt wird die vorgese-
hene Vertragspartnerschaft von Schule
und Schulträger bei der Abwicklung von
Schulwunderfahrten. Stattdessen solle
der Kultusminister einen Fonds schaf-
fen, um mögliche Rechtsstreitigkeiten
mit Busunternehmen zu finanzieren.

Begrüßt wird die beabsichtigte Ände-
rung im Schüleraustausch. Hannover
plane, entsprechend den Bestrebungen
des Niedersächsischen Städtetages, die
starke Bindung an Klassenverband und
Ferienzeiten aufzulockern. Davon profi-
tiere die Städtepartnerschaft.

Die Entgelte für die Hausaufgaben-
hilfe ausländischer Schüler sollen um 20
Prozent (bisher 25 Mark je Stunde) auf-
gestockt werden. Den rückläufigen Zah-
len ausländischer Kinder stünden zu-
nehmende Betreuungsaufgaben für
Spatsaußerdinkinder, (aber auch Sinti
und Rom) gegenüber. k-k

Wolfsburger Allgemeine 28.09.1988

Ausschuß des Niedersächsischen Städtetages

28 Empfehlungen zu schulischen Themen

(bg). Wichtige Themen aus dem schul-
ischen Bereich standen gestern auf einer
Tagung des Schul- und Kulturausschusses
des Niedersächsischen Städtetages
an. Aus Anlaß des 50. Geburtstags der
Stadt tagte das Gremium in der Volkswagen-
stadt. Viel Zeit, zum Beispiel Kultur-
elles zu besichtigen, blieb den Mitglie-
dern allerdings nicht.

Der Niedersächsische Städtetag ist ein
kommunaler Spitzenverband. Er ist Lan-
desverband des Deutschen Städtetages
sowie des Deutschen Städte- und Ge-
meindebundes. Ihm gehören 142 Städte
und Gemeinden mit rund 4,4 Millionen
Einwohnern an. „Der Städtetag hat die
Aufgabe, seine Mitglieder durch Beratung
und Vermittlung des Erfahrungsaustau-
ches in ihrer Arbeit zu fördern, die ge-
meinsamen Belange wahrzunehmen und
gegenüber Verwaltung und Gesetzgebung
zu vertreten“, heißt es in den Statuten.

Auf der Tagungsordnung in Wolfsburg
stand unter anderem das Thema „Neue
Technologien und Schule“, wobei man
besonderes Augenmerk auf die Software-
Entwicklung legte. Ministerialrat Zim-
mermann referierte für die Landesregie-
rung über Stand und Intention. Während
Schon seit einigen Jahren vernünftige
Hardware vorhanden ist, fehlte es bislang
an ausgebildeten Lehrern und einer ent-
sprechenden Software. Dieses wurde
vom Städtetag mehrfach zum Ausdruck
gebracht. Inzwischen habe sich allerdings
das Bild gewandelt. „Die Stadt Wolfsburg
war in vieler Beziehung Vorreiter“, so der
Ausschußvorsitzende Werner Grübmer.
Bis 1989 soll die flächendeckende
Ausstattung erfolgt sein.

Einen weiteren Tagungsschwerpunkt
bildete ein Entwurf über eine Vereinba-
rung zum öffentlichen Bibliothekswesen
in Niedersachsen. Hier stehen gravieren-
de Änderungen für kleinere Städte bevor,
da das Land die Fachstellen für Bibliothe-
kenberatung bei der Bezirksregierung
nicht mehr finanzieren will. Der Städe-
tag versucht nach dem Scheitern einer
globalen Lösung des Problems zu geeig-
neten Ersatzlösungen zu kommen. Man
fürchtet für die Qualität der Bibliotheken,
wenn die Fachberatung wegfällt.

Protest legt der kommunale Spitzenver-
band bezüglich der vom Land geplanten
Einbeziehung der Schulträger in die Ab-
wicklung von Schulwunderfahrten ein.
Hier will man den Status quo erhalten.
Beigeordneter Rüdiger Goldmann: „Es ist
einfach eine Verkomplizierung.“ Für
Ausnahmefälle sollte es schlicht einen
Fonds geben - im Sinne der Fürsorge-
pflicht des Dienstherren. Stark macht
sich der Städtetag jetzt auch für eine Än-
derung der Zuwendungsrichtlinien zur
Hausaufgabenhilfe. Die Mittel sollen um
rund 20 Prozent aufgestockt werden. Das
Entgelt für die Lehrkräfte sei seit 1975
nicht mehr erhöht worden. Eine Ände-
rung sei im Sinne eines qualitativen Un-
terrichts nötig.

Doch nicht nur Negatives hatten die
Vertreter des Ausschusses vor Journali-
sten zu berichten: Gelockert wurden die
Richtlinien zum Schüleraustausch mit
dem Ausland. Die Änderung war notwen-
dig, da in der Vergangenheit durch die
strengen Maßstäbe Partnerschaften zwi-
schen Städten und Schulen erschwert,
wenn nicht sogar verhindert wurden.

Wolfsburger Nachrichten 28.09.1988

Jeversches Wochenblatt 25.10.1988

Städtetag in Varel

(b) Varel. Der Finanzaus-
schuß des Niedersächsi-
schen Städtetages hielt
eine Sitzung im Vareler Al-
lee-Hotel ab. Dabei wurden
die Strukturhilfen des Bun-
des an die Länder ange-
sprochen, und man war der
übereinstimmenden An-
sicht, daß die Hälfte der für
Niedersachsen vorgesehe-
nen 650 Mill. DM unmittel-
bar an die Kreise, Städte
und Gemeinden verteilt
werden müssen, da diese ja
50 Prozent der Sozialhilfe-
kosten tragen. Gefordert
wurde auch, daß Städte
und Gemeinden selbstän-
dig entscheiden müßten,
für welche Investitionen
sie das Geld verwenden
wollten. Mit dem vom Re-
ferenten des Landes, Mini-
sterialdirigent Gunter Kap-
pert, von der Staatskanzlei
in Erwägung gezogenen
Strukturhilfe nur in Höhe
von 150 Mill. DM erklärte
sich der Städtetag-Finanz-
ausschuß nicht einverstan-
den.

Walsroder Zeitung 5.11.1988

28 Neueinstellungen sind nicht Gegenstand des Tarifvertrages

Städtetag für Rationalisierungen im Verwaltungsbereich

Walsrode (ck). Für die öffentlichen
Arbeitnehmer endeten die aggressiv ge-
führten Tarifaufeinandersetzungen äu-
ßerst zufriedenstellend. Sowohl eine li-
neare Lohnerhöhung als auch eine Ver-
ringerung der Wochenarbeitszeit um
eine Stunde auf 39 Stunden zum näch-
sten Jahr kamen bei den Verhandlungen
heraus. Nur eins wird die Gewerkschaft
Öffentliche Dienste, Transport und Ver-
kehr (ÖTV) offenbar nicht im gewünsch-
ten Umfang erreichen, nämlich die Neu-
einstellung zusätzlicher Arbeitnehmer.
„Das ist nicht Gegenstand des Tarifver-
trages“, betonte der Stadtdirektor der
Stadt Leer, Andreas Schaefer, der am
letzten Donnerstag als Vorsitzender des
Personal- und Organisationsausschusses
des Niedersächsischen Städtetages
ins Walsroder Heidemuseum zur Sit-
zung eingeladen hatte.

Die ÖTV habe im Laufe der Tarifver-
handlungen lediglich Absichtserklärun-
gen bezüglich der Neueinstellungen ab-
gegeben. Tarifvertraglich aber sei nichts
festgelegt worden. Wie Schaefer sagte,
hätten sich die Städte und Gemeinden
aufgrund der verkürzten Wochenar-
beitszeit für Rationalisierungsmaßnah-
men vor allem im allgemeinen Verwal-
tungsbereich ausgesprochen. Personelle
Engpässe werde es im nächsten Jahr nur
in den Abteilungen geben, deren Ar-
beitsaufwand meßbar sei, wie beispiels-
weise im Sozialamt. „Da müssen wohl
zusätzliche Kräfte eingestellt werden“,
mutmaßt Andreas Schaefer.

Die Frage, wie die Verkürzung der Wo-
chenarbeitszeit in den einzelnen Verwal-
tungen aufgefangen wird, ist noch nicht
geklärt. Nach Auskunft Schaeders gibt
es zur Lösung dieses Problems nur zwei
Möglichkeiten: Entweder geringe Ver-
kürzungen an jedem Arbeitstag oder
aber die zeitliche Verkürzung an einem
Tag der Woche. Eine Entscheidung dar-
über hätten die einzelnen Städte und
Gemeinden selbst zu treffen.

Dem viel diskutierten Dienstlei-
stungsabend, der Öffnungszeiten bis 21
Uhr vorsieht, stehen die Städte und Ge-
meinden eher skeptisch gegenüber.
Zwar werde man daran festhalten, die
öffentlichen Dienstleistungsbetriebe
donnerstags bis 18 Uhr zu öffnen, „doch
darüber hinaus besteht kein Bedarf“,
stellte der Walsroder Stadtdirektor Dr.
Ernst-Wilhelm Bussmann fest. Bedarf
könne erst entstehen, wenn auch die pri-
vaten Unternehmer ihre Läden bis 21
Uhr öffnen können.

Die Einführung eines Mailbox-Sy-
stems in den Kommunen stößt dagegen
auf die Zustimmung der Verwaltung-
schefs. „Dieses Kommunikationssystem
ist zwar teuer, aber es verbessert den
Service für den Bürger“, so Andreas
Schaefer. Denn Mailbox beschleunige
auch den Informationsfluß von Rathaus
zu Rathaus. Und die Gefahr, daß da-
durch rationalisiert werde, bestehe zu-
nächst nicht. „Das dauert, bis sich die
Rationalisierungseffekte zeigen“, sagte
Schaefer.

kurz notiert

Werner Grübmeier jetzt im Städtetag-Präsidium

ST. ANDREASBERG khb — Bürgermeister Werner Grübmeier ist vor einigen Tagen in das Präsidium des Niedersächsischen Städtetages berufen worden. Das teilte gestern mit. Der Vorstand habe ihn einstimmig zum Nachfolger des bisherigen Oberbürgermeister von Giffhorn, Kohlmann, gewählt. Grübmeier ist nun einer von acht Hauptverwaltungsbeamten und acht (Ober-)Bürgermeister im Städtetagspräsidium.

6. Sept. 1988

Werner Grübmeier im Präsidium des Nieders. Städtetages

ST. ANDREASBERG. Als Nachfolger des bisherigen Bürgermeisters von Giffhorn, Kohlmann Mdl, ist Bürgermeister Werner Grübmeier als Mitglied des Präsidiums des Niedersächsischen Städtetages berufen worden. Werner Grübmeier war bisher stellvertretendes Präsidiumsmitglied und wurde vom Vorstand des Städtetages nun einstimmig gewählt. Das Präsidium bestehe aus acht Hauptverwaltungsbeamten und acht Bürgermeistern, je zur Hälfte aus Großstädten und kleineren Städten, stellte Werner Grübmeier zur Wahl fest. Als bemerkenswert kann es sicher gelten, daß er als Bürgermeister der mit 2600 Einwohnern kleinsten Stadt in das Präsidium gewählt wurde.

te-

6. Sept. 1988

Andrang bei Stürze-Versteigerung

ST. ANDREASBERG. Von einem Andrang gekennzeichnet, dem das Aufgebot an Konkursmasse in keiner Weise gerecht wurde, war am Sonnabend die Zwangsversteigerung von Mobiliar und Wohnungsinventar Wilhelm Stürze. Auf annähernd 300 wurde die Zahl der Besucher geschätzt, überwiegend „Sehleute“, aber auch Versteigerungsspezialisten bis aus Fallingb.,

die es auf wertvolle Stücke zur Weiterveräußerung abgesehen hatten. Von beachtlichem Wert waren einige alte Teppiche, die allerdings aus einer anderen Konkursmasse stammten. Das Auktionshaus Schwanbeck, Hannover, stellte zum Schluß Einnahmen von rund 25 000 DM fest.



Luftballon-Grüße vom Stadtfest in blau-weißen Farben des Ski-Clubs.



An Angeboten zu Aktivitäten für groß und klein gab es keinen Mangel.



Von vielen beneidet: die beste Übersicht hatte Hans Bahn vom Gerüst.



Silke und Meike mit ihrer selbst einstudierten Parodie hatten viele Zuschauer.

Jolanthes Gewicht blieb selbst Maria ein Geheimnis

Ideenreiche Aktivitäten und Musik ohne Pause prägten das Geschehen beim 8. St. Andreasberger Stadtfest

ST. ANDREASBERG. Die Überraschung kam, noch ehe Bürgermeister Werner Grübmer den offiziellen „Startschuß“ gegeben hatte: Die Sonne schien rechtzeitig und eigentlich wider Erwarten, da es wenige Stunden zuvor in Strömen gegossen hatte. Die St. Andreasberger Stadtfestorganisatoren hatten in der Tat wieder einmal das Wetter zu ihrem Bundesgenossen. Und so gesehen, schneigenen, zumal auch Maria, die eigens für diesen Anlaß aus Berlin eingeflogene Wahrsagerin, die günstigsten Prognosen orakelte.

St. Andreasbergs Bürgermeister freute sich mit den wichtigsten Herren des Stadtfestkomitees: Karl-Heinz Brockschmidt, Norbert Cronen und Felix Burkhardt. Besonders darüber, daß es trotz mancherlei Widrigkeiten und Unkenrufe wieder gelungen war, dieses Stadtfest 1988 in der „Bergstadt der gemütlichen Feste“ auf die Beine zu stellen. Und er wünschte sich Engagement und Tatkraft, wie sie dieses Komitee einmal mehr bewiesen habe, für alle Bereiche des St. Andreasberger Gemeinwesens. Und natürlich stattete der Bürgermeister allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön im Namen der Bergstadt und aller an diesem Tage hier erwarteten Gäste ab.

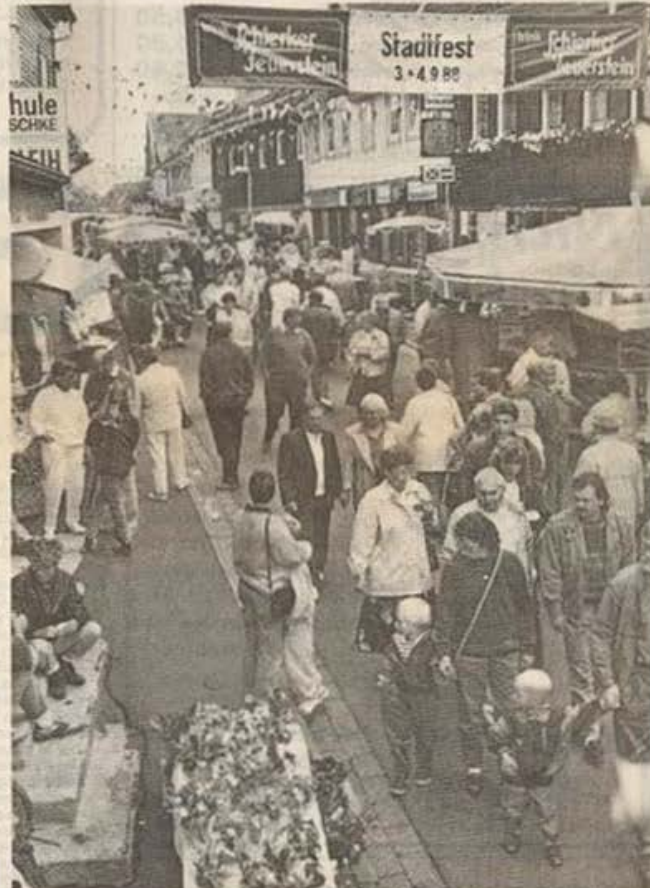
Die große Musikgruppe des Heimatbundes Ewerharz, die sich aus Akteuren aller Barkämter zusammensetzte und in dieser Formation in St. Andreasberg ihre Premiere feierte, servierte unter bewährter Leitung des Ewergeschwuren Alfred Weiland aus Clausthal-Zellerfeld den zündenden Auftakt, der letztlich auf das ganze Stadtfest übergreifen sollte.

Musik war von nun an akustisches Aushängeschild dieses Tages. Geboten

wurde sie von den Esch-Blazern aus dem niederländischen Haakbergen, von der St. Andreasberger Blaskapelle, dem Jugendblasorchester Aschendorf-Papenburg, dem Posaunenchor Becherdissen, dem Spielmanns- und Schalmeyenzug Osterhagen, von den „Harzer Rollern“ aus St. Andreasberg, dem fröhlichen Harz-Duo Wilfried Hennig und Reinhold Roggenbuk aus Bad Lauterberg und last not least von

Die wenigen Pausen zwischen den musikalischen Muntermachern mußten genutzt werden, um die vielen anderen Aktivitäten in einem großen Programm unterzubringen. Und derer gab es wirklich genug. Da ließ Dirk Pläschke die Sportlichen sich in Mannschaftsspielen messen. Da war Jost Hasselhorn von der Martini-Gemeinde unermüdet damit beschäftigt, die jüngeren Festbesucher zu beschäftigen – mit viel Erfolg, wie der Andrang bei ihm bewies. Die Jazz-Dance-Gruppe um Margret Pläschke begeisterte ein ums andere Mal. Die St. Andreasberger Klöppeldamen wurden nicht müde, Fragen nach den Geheimnissen ihrer Fertigkeiten zu beantworten. Silke und Meike aus den Reihen des Ski-Clubs überraschten mit einer gekonnten Tango-Parodie. Elisabeth Blum zeigte, wie die von ihr betreuten Skihäuschen bereits auf Bornholm mit ihrer Tanzformation gefallen konnten. Hier bewiesen starke Männer ihre Kräfte beim Holzsägen, dort starteten Luftpostgrüße vom Stadtfest in den Ski-Club-Farben Blau/Weiß mit Nord-Ort-Kurs ins Weite.

Überall duftete es verführerisch, weniger allerdings in der Nähe von Jolanthe. Und doch zog gerade dieses prächtige Schwein reges Interesse auf



In Strömen schoben sich die Besucher an den Ständen vorbei. Fotos: Siebeneicher



Den Auftakt für das Stadtfest gestalteten Bürgermeister Werner Grübmer und die „Big Band“ des Heimatbundes Ewerharz.

sich, galt es doch, sein Gewicht zu schätzen. Ein Vorhaben übrigens, bei dem sogar Maria, „das 7. Weltwunder“, die wahrsagende Dame aus Berlin, passen mußte. Denn sonst hätte sie wohl das Tierchen in die Metropole an der Spree entführt und nicht Bernd Wittek nach Bad Lauterberg 116, 275 kg exakt brachte das Borstenvieh auf die geeichte Waage. Bernd Wittek und Hans Spanghel hatten beide 116,3 kg geschätzt, wobei ersterer auch der Glücklichere im notwendigen Losentscheid war.

Viele wertvolle Preise gab es auch bei der großen Stadtfesttombola zu gewinnen. Allerdings konnten die beiden Hauptpreise, das tragbare Fernsehgerät und ein großer Deckenventilator an diesem Abend noch nicht an den Mann oder die Dame gebracht werden. Vermutlich wissen die Gewinner noch gar

nichts von ihrem Glück. Da half auch das verzweifelte Bemühen von Hans Bahn als fröhlichen und unermüdeten Stadtfestsprecher nichts, der 1. und der 2. Preis fanden noch keine Abnehmer.

Dafür aber wußten alle, die dieses St. Andreasberger Stadtfest 1988 miterleben durften, daß sie ein überaus gelungenes Fest besucht hatten. Die strahlenden Gesichter der Stadtfestkomiteemitglieder um Karl-Heinz Brockschmidt, Felix Burkhardt und Norbert Cronen kamen nicht von ungefähr. Sie hatten wieder einmal Großes und Tolles geleistet.

Ihnen und allen, die sonst zum Gelingen beigetragen hatten, gilt es, von Herzen zu danken, sie aber auch zu motivieren, ähnliches auch im nächsten Jahr wieder auf die Bergstadtstraßen zu zaubern.

ch



Nur zwei Damen gibt es im Harz unter 150 Forstbeamten. Im Bild die St. Andreasbergerin Brigitta Mantey, Forstinspektorin im Forstamt Schulenberg.



Ein „Mäusehotel“ weist Eckehard Kuba von der Forst-Abteilung bei der Bezirksregierung vor. Eine Köderstation, zu der nur Mäuse Zugang finden.



Er konnte zum 2. Mal hintereinander die Teilnehmer der alljährlichen Inspektions-Lehrwanderung begrüßen: Forstoberrat Walter Hennecke.

Forstbeamte gegenüber „Waldmöblierung“ mißtrauisch

Walderneuerungsprogramm zu 20 Prozent erledigt – Bezirksregierung setzte „Inspektions-Lehrwanderung“ an

ST. ANDREASBERG. „Die Förster im Harz sind größtenteils am Rande ihrer Leistungsfähigkeit“, schlug Ende August der Vorsitzende der Landesfachgruppe Forstbeamte und -angestellte in der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Wolfgang Florack, Alarm. Die Gewerkschaft sieht die Forstbediensteten angesichts ihres Kampfes gegen das Waldsterben mit der Durchführung des Walderneuerungsprogrammes als überfordert an. Aber Eckehard Kuba von der Bezirksregierung Braunschweig zollte ihnen dickes Lob: „Respekt vor der schon geleisteten Arbeit“, stellte er bei der alljährlichen Inspektions-Lehrwanderung fest, an der im Bereich der Staatsforst St. Andreasberg annähernd 100 Forstbeamte aus dem gesamten Harz teilnahmen. 20 Prozent der vorgesehenen Fläche seien bereits aufgeforstet, bei Berücksichtigung der erbrachten Vorleistungen liege der Prozentsatz der schon erledigten Arbeiten im Rahmen des Walderneuerungsprogrammes erheblich höher. Möglich gewesen sei dies nur durch erhebliches Engagement, mit dem sich alle Forstbediensteten der neuen Aufgabe gewidmet hätten.

Zum 2. Mal hintereinander fand diese alljährlich von der Bezirksregierung Braunschweig angesetzte Inspektions-Lehrwanderung im Gebiet von Forstoberrat Walter Hennecke, in der Staatsforst St. Andreasberg, statt. Im vergangenen Jahr war die Waldkalkulation unter wissenschaftlichem Aspekt das Generalthema. Wie 70 Mio. DM, die für das Walderneuerungsprogramm im Zeitraum 1986 bis 1993 bereitgestellt werden sollen, am wirkungsvollsten eingesetzt werden können, zog sich diesmal als Anschauungsunterricht und Diskussionsthema wie ein roter Faden durch die Besichtigungsstationen. An der Bereisung nahm auch der Chef der Forstabteilung bei der Bezirksregierung Braunschweig, Leitender Forstdirektor von der Heyden-Rynsch, teil.

Im Rahmen des Walderneuerungsprogrammes sollen 4000 Hektar neu aufgeforstet werden. Das sind etwa 12 Prozent der gesamten Waldfläche die-



Annähernd 100 der 150 Harzer Forstbeamten nahmen an dieser Inspektions-Lehrwanderung teil.

Fotos: Tempes

ses Bereichs, der 15 Forstämter mit 90 Revierförstereien umfaßt. Dabei handelt es sich überwiegend um Windwurf- und Immissionsschadensflächen, auf denen die Aufforstung von der Rückkehr zu standortgerechten Baumarten gekennzeichnet ist: zum Mischwald vor allem mit Buche, Bergahorn, Eberesche und Fichte.

„Wir können uns bei dieser Aufgabe nicht allzu viele Fehler leisten“, stellte Eckehard Kuba fest. Das galt für die sichere Standortbestimmung und die Maßnahmen zum Schutz der Jungpflanzen ebenso wie für Überlegungen, wie die vorhandenen Mittel am effektivsten eingesetzt werden können. Bei 15 Mio. Pflanzen, für deren Beschaffung allein 5 Mio. DM angesetzt sind,

und 3000 Kilometern Zäune, deren Kosten bei rund 1000 DM für je 100 Meter beziffert werden, summieren sich jede vernünftige Sparmaßnahme ebenso wie jede Fehlbeurteilung.

Mit entsprechendem Abstand stehen die Forstbeamten unter diesem Aspekt denn auch Industrieprodukten gegenüber, die zum Teil merklich bissig in die Kategorie der „Waldmöbel“ eingestuft werden. Wie effektiv die durchscheinenden hohen Röhren sind, die – aus England importiert – als Wuchshüllen einen Treibhauseffekt hervorrufen sollen, wird derzeit nicht nur vom Staatsforstamt St. Andreasberg ernsthaft geprüft. „Auf jeden Fall nur für Sonderfälle“, lautet das vorläufige Urteil – ganze Aufforstungsflächen

werden damit jedenfalls nicht vollends bestückt. „Mulchplatten“, die wie die gute alte Bettumrandung probeweise an einigen Stellen im Wald Jungbäume umschließen, scheinen im Harz keine Großabnehmer zu finden. Deutlich war der Hinweis, daß im Harz seit zwei Jahren ein weitaus billigeres Verfahren angewendet wird, um Jungpflanzen vor Überwucherung zu schützen: Klee drängt das Gras wirkungsvoll zurück.

Immerhin bewährt hat sich, worüber nicht gern gesprochen wird: Schwarze kurze Röhren auf dem Waldboden enthalten Gift, an das nur die Mäuse herankommen. „Mäusehotel“ ist freilich eine etwas makabere Bezeichnung für diese Gift-Futterplätze. te

Werner Grübmeier
Bürgermeister

3424 St. Andreasberg, den 13. 9. 1988
Rathaus

An die
Geschäftsführung
der LVA Hannover
Lange-Weihe 2

3014 Laatzten

Sehr geehrte Herren,

Rat und Verwaltung der Bergstadt St. Andreasberg (staatl. anerkannter heilklimatischer Kurort) möchten eine Fachklinik für AHB errichten. Als Betreiber konnte die Dr. Marx-Gruppe (Berlin) gewonnen werden.

Die klimatologischen Voraussetzungen des Heilklimakurortes entsprechen einer Alpenhöhe von 1200 bis 1400 m. Die zusätzlich maritimen Einflüsse stimulieren positive Heilerfolge bei verschiedenen Krankheitsfolgen.

Wir bitten Sie, dem im nächsten Jahr zu errichtenden Haus die AHB-Anerkennung zu gewähren. Darüberhinaus wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie das Vorhaben auch dadurch unterstützen würden, indem Sie eine Bettenbelegung, die natürlich von der jeweiligen Bedarfs- und Antragslage abhängig ist, zusagen würden. Folgende Diagnose-Gruppen könnten unseres Erachtens erfolgreich therapiert werden:

1. DGGR 1 - degenerative Erkrankungen der Bewegungsorgane,
2. DGGR 3 - Hautallergien etc.,
3. DGGR 4 - obstruktive Erkrankungen der oberen Atemwege, gegebenenfalls auch Reduktionskuren im Zusammenhang mit Sanierung Hals-Nasen-Ohren,

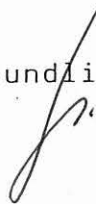
4. DGGR 5 - CA-Nachsorge durch Einsatz "von gestreuten Betten" - AHB,
5. DGGR 7.2- psychosomatische Behandlungen,
6. DGGR 9-
15 - sonstige im Zusammenhang mit den o. a. Gruppen zu rehabilitierende Erscheinungen.

St. Andreasberg benötigt als Gemeinde im engeren Zonengrenzbereich dringend infrastrukturelle Verbesserungen, die multifunktionale Impulse schaffen. Eine solche Klinik hätte positive Wirkungen nicht nur bei der Sicherung von Arbeitsplätzen, würde nicht nur gesundheitspolitische Aspekte des Kurortes verbessern, es würde die Situation St. Andreasbergs in seiner ganzen Breite festigen.

Die planungsrechtlichen Fragen für einen solchen Bau sind bereits abgeklärt.

Rat und Verwaltung bitten Sie um wohlwollende Prüfung auch im Hinblick auf das Faktum, daß in unserer Gemeinde jahrzehntelang Einrichtungen der LVA bestanden.

Mit freundlichen Grüßen



Rita Süßmuth kommt zu Gesundheitstagen in die Bergstadt und hält Fachvortrag

Dr. Heinrich Kutsch: »Alle Referenten haben zugesagt.«

ST. ANDREASBERG khb — Bundesfamilienministerin Dr. Rita Süßmuth hat zugesagt, zu den Ersten Ernährungs- und Gesundheitstagen im kommenden Jahr in die Bergstadt zu kommen und einen Vortrag zu halten. Das hat Dr. Heinrich Kutsch am Mittwochabend während der Kurausschußsitzung erklärt. Wegen eines geänderten Terminwunschs der Ministerin mußte das Programm allerdings geringfügig verändert werden.

Doch auch die anderen angefragten Referenten haben ihre Beteiligung zugesagt. Das war eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Interesse der Ministerin, die sich sehr dafür einsetzt, so Kutsch, daß man die Gegensätze zwischen naturheilkundlicher Ganzheitsmedizin und der Schulmedizin aufhebt.

Die Organisation und fachlich ärztliche Leitung der Tagung in St. Andreasberg hat Kutsch selbst übernommen. Veranstalter wird die Kurverwaltung der Stadt St. Andreasberg sein.

Kutsch verfolgt mit den Ernährungs- und Gesundheitstagen, die vom 23. bis zum 25. Juni dauern sollen, zwei Ziele. Einmal möchte er einer breiteren Öffentlichkeit die Regenerationskuren, die in

der Bergstadt möglich sind, sowie den Ort selbst auch bei den medizinischen Fachleuten bekannter machen. Zum anderen möchte er den fachlichen Austausch über Naturheilkunde und Ganzheitsmedizin fördern, damit sich die Qualität der Anwendungen im Bereich der Schroth-, Mayrkuren und der Vollwerternährung verbessert. Denn für die Krankenkassen werde ein Wirkungsnachweis für diese Heilverfahren immer dringender, wenn sie bei der notwendigen Kostenersparnis im Gesundheitswesen weiter gefördert werden sollen. Er wünscht sich mit den Gesundheitstagen, St. Andreasberg als »Kurort der Zukunft« ins Licht der Öffentlichkeit stellen zu können.

Für die Tagung erwartet der Badearzt 200 bis 400 Teilnehmer. Die Stadt hätte die Aufgabe, das Kurhaus zur Verfügung zu stellen, die Werbung zu übernehmen und eine Musikgruppe für den Tanzabend an einem Abend zu engagieren.

Die Ausschußmitglieder äußerten sich ganz begeistert von der Idee und den bereits geleisteten Vorarbeiten für die Gesundheitstage in der Bergstadt. Herbert Schlieff stellte fest, daß »zum ersten Mal im Harz eine solche Tagung« stattfinden

wird und man damit einen Vorsprung vor anderen Harzorten habe. Und da die Tagung auch für interessierte Laien gedacht sei, regte er an, daß die Vermieter mit den Weihnachtsgrüßen an ihre Gäste gleich einen Hinweis auf die Gesundheitstage mitschicken sollten. Und Karl-Heinz Brockschmidt sagte, die »ganze Bevölkerung müßte motiviert werden«, dort mitzuziehen.

Möglichkeiten für Realisierung einer wettkampfgerechten Rodelbahn werden geprüft

St. Andreasberg baut auf Spezialisten aus der DDR

ST. ANDREASBERG. Im Eiskanal für die Bobs und auf den Rodelbahnen haben DDR-Sportler die Nase vorn. Ergebnis nicht nur konsequenter Trainings, sondern auch hervorragender Trainingsbedingungen: Auch die Experten für den Bau von Bob- und Rodelbahnen sind in der DDR zu Hause. Und sie sind bereit, ihre Kenntnisse weiterzugeben. Zwei führende Köpfe dieses Ressorts zerbrechen sich seit Donnerstag die Köpfe darüber, ob und wie der Bergstadt St. Andreasberg zu einer wettkampfgerechten Rodelbahn verholfen werden kann.

Nach einigem Durcheinander konnten sie reibungslos empfangen werden: Dr. Ing. Dietrich Enge, Leitender Ingenieur für Rennschlitten- und Bobsportanlagen am Wissenschaftlich-Technischen Zentrum Sportbauten in Leipzig, und Dipl.-Architekt Dirk Hoth, Projekt-Manager der VEB Construction-Consult Dessau. Von Herzberg aus sollten sie ursprünglich nach St. Andreasberg geleitet werden, schließlich stiegen sie in Bad Harzburg aus dem Zug: Sportlich-elegant, mit kameradschaftlichem Ton im sächsischen Dialekt, empfangen vom Vorsitzenden des Niedersächsischen Bob- und Schlittensportverbandes Dr. Helmut Berndt, dem mehrfachen Welt- und Deutschen Meister im Rennrodel-Einsitzer, sowie den Vorstandsmitgliedern Jürgen Seel und Hennes Riehle aus Bad Harzburg. Im Landhaus Fischer in St. Andreasberg stießen am Mittwochnachmittag Bürgermeister Werner Grübmeier und der Geschäftsführer der Alberti Lift KG, Günther Beer, zu einem ersten Vorgespräch in die Runde.

Da die Bemühungen, eine sportgerechte Rodelbahn auf dem Bocksberg in Hahnenklee zu bauen, als gescheitert angesehen werden müssen, hatte der Niedersächsische Bob- und Schlittensportverband St. Andreasberg empfohlen, entsprechende Möglichkeiten in der Bergstadt zu untersuchen. Vor etwa zwei Monaten hatte eine Abordnung der Bergstadt mit dem bisherigen Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten und seinem Nachfolger Hans-



Bürgermeister Werner Grübmeier (links) bei der Begrüßung. Von rechts der Vorsitzende des Niedersächsischen Bob- und Schlittensportverbandes, Dr. Helmut Berndt, mit den beiden Experten für Sportstättenbau aus der DDR, Dipl.-Architekt Dirk Hoth und Dr.-Ing. Dietrich Enge. Foto: Tempes

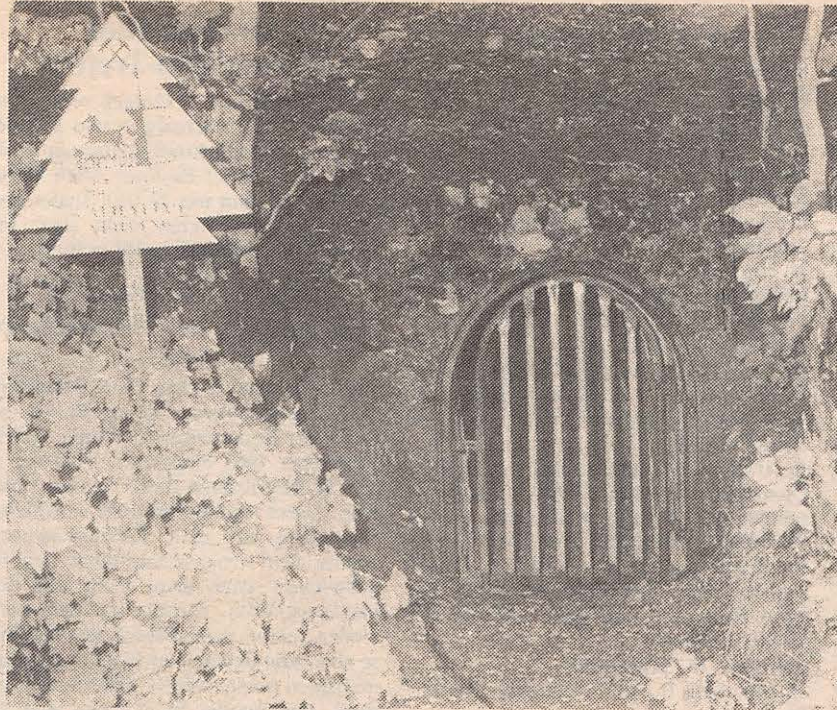
Joachim Grogorencz bereits Kontakte in der DDR aufgenommen und dort künstlich angelegte Sportrodelbahnen besichtigt - Strecken aus Beton, die im Harz kaum genehmigungsfähig sein dürften, und aus Kunststoff, die realisierbar erschienen.

Zwei Tage lang wollen nun die Experten aus Leipzig und Dessau untersuchen, ob sich das Gelände in St. Andreasberg für den Bau einer wettkampfgerechten Rodelbahn eignet. Gedacht ist dabei, wie Bürgermeister Werner Grübmeier betonte, an eine

Rodelbahn, die für internationale Wettkämpfe nutzbar sein müßte, ebenso aber auch für das Sommertraining und im unteren, flachen Teil auch für den Freizeitsport von Urlaubsgästen.

Eine in der DDR besichtigte Trainingsstrecke aus einem Kunststoffmaterial, die allerdings nur annähernd 400 Meter lang sei, scheine solche Anforderungen technisch zu erfüllen, erklärte Werner Grübmeier. Die Realisierung im Gebiet von St. Andreasberg ist jedoch auch nach seiner Einschät-

zung das schwierigere Problem. Benötigt nämlich werde ein Hang mit relativ geringem Gefälle, der nicht von Wegen, Loipen und Skiabfahrtsstrecken gekreuzt werde, und der darüber hinaus auch aus den Gesichtspunkten des Landschaftsschutzes für dieses Vorhaben freigegeben werden könne. „Daß hier so naturschonend wie möglich geplant werden muß, ist selbstverständlich“, sagt Werner Grübmeier. Ins Auge gefaßt ist zunächst das Gelände der Alberti Lift KG Matthias-Schmidt-Hang. te-



Das Mundloch zum Stollen.

Neufanger Stollen soll für Besucher geöffnet werden

ST. ANDREASBERG khb — Die Bergstadt will zwei Stollen der Bergwerksanlage am Neufang für Besucher öffnen lassen. Der Kurausschuß hat am Mittwochabend einem Vertrag mit der Preussag zugestimmt, der die Bergwerksanlagen gehören. Betreut werden soll der Stollen vom Altertums- und Geschichtsverein, der zunächst die notwendigen Sicherungsmaßnahmen durchführen soll. Die beiden Stollen, der alte Tagesstollen und der Förderstollen am Neufang, die ihre Mundlöcher am Fuße der Neufanger Halde (am Sportplatz) und in halber Höhe der Halde haben, zählen zu den ältesten

Bergwerksanlagen in St. Andreasberg. Sie sind bergbauhistorisch bedeutsam. Schlegel- und Eisenarbeiten sind gut zu erkennen, ebenso ein Erzgang. Das Bergamt Goslar hat zugesagt, beim aufzustellenden Betriebsplan zu helfen.

Damit erhält der Geschichtsverein wieder eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe. Mit größerem finanziellen Aufwand könnte man im Laufe der Jahre sogar das gesamte Bergwerk für Besucher zugänglich machen. Doch das ist eine wagtige Zukunftsvision, wie Stadtdirektor Grogorenz die Realitäten einschätzte.

Aktion in Oldenburg war ein voller Erfolg

ST. ANDREASBERG khb — Die Werbeaktion des Kur- und Verkehrsvereins während des Landestreffens des Reichsbundes war ein voller Erfolg. Das teilte Felix Burkhard am Mittwochabend dem Kurausschuß mit. Er berichtete, daß der Stand zwar ein wenig beengt gestanden habe, doch seien die Besucher durch die Ziehharmonika-Musik von Anneliese Sargasser und von den ausgeschenkten »Harzer Wässerchen« angezogen worden. Außerdem habe der Stand im Durchgang genau im Blickfeld gestanden.

Ein Nachteil sei allerdings gewesen, daß der Schriftzug »Bergstadt St. Andreasberg« am Stand gefehlt habe. Doch habe man viele Prospekte verteilt. Selbst der Bürgermeister habe sich daran etwa zehn Minuten beteiligt. Sehr sparsam, so Burkhard, habe man mit den Gästeverzeichnissen sein müssen. Denn die Auflage ist fast vergriffen. Hier stellte sich heraus, daß der Kurverwaltung dünne, einfache Prospekte fehlen, die sich zum Verteilen auf Messen eignen.

Wo noch die Spuren von Schlägel und Eisen im Gestein erkennbar sind

Neufang-Stollen soll Museumsstollen werden

Kurausschuß sprach sich für Abschluß eines Gestattungsvertrages über die Stollennutzung aus

ST. ANDREASBERG. Eine persönliche Initiative des St. Andreasbergers Matthias Bock, Student an der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld, nimmt Gestalt an. In seiner Sitzung am Mittwochabend sprach der Kurausschuß die Empfehlung aus, einen von der Preussag formulierten Gestattungsvertrag über die Nutzung des Neufang-Stollens als zusätzlichen Besucherstollen für touristische Zwecke zu genehmigen.

Matthias Bock hat für dieses Vorhaben bereits wesentliche Vorarbeiten geleistet, einen Aufriß des Stollens und des Beerberges gezeichnet und Vorschläge für die Verwirklichung ausgearbeitet. Das Stollensystem von St. Andreasberg liege in festem Gestein und erhalte sich deshalb relativ lange, konnte er in der Ausschusssitzung allgemein feststellen.

Ergebnis einer Befahrung war die Erkenntnis, daß der Neufang-Stollen noch in gutem Zustand ist. Mit relativ geringem Aufwand, der wahrscheinlich ohne Fachkräfte in Eigenleistung möglich sei, könne der Stollen für den vorgesehenen Zweck erschlossen werden. An den Spuren im Gestein lasse sich noch heute die Arbeit mit Schlägel und Eisen nachvollziehen, vor allem aber biete sich die

Möglichkeit, von diesem Stollen aus ein weitaus größeres, komplettes Museumsbergwerk zu erschließen.

Zunächst ist an eine Öffnung des Stollens in einer Länge von etwa 150 Meter gedacht, „Es ist nicht das Spektakuläre, aber das Realistische, eine große Bereicherung für St. Andreasberg“, war die Auffassung von Matthias Bock.

Durch den Vertrag, der noch vom Rat zu genehmigen ist, soll die Bergstadt die Möglichkeit erhalten, am Neufang zwei Stollen aufzuschließen und nach notwendigen Sicherungsarbeiten, Rekonstruktionen und historische Ausstattungen als zusätzliche Besucherstollen anzubieten. Eine Gestattungsgebühr muß die Bergstadt dafür nicht bezahlen. Die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag sollen, wie Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz feststellte, auf den Altertums- und Geschichtsverein übertragen werden, der sich grundsätzlich bereiterklärt habe, die Aufschließungsarbeiten und Rekonstruktionen durchzuführen.

Zur Aufschließung wird, wie der Stadtdirektor berichtete, auch die Entfernung von Müll gehören, Hinterlassenschaften aus der Nutzung als Luftschutzbunker während des Krieges und von Hobby-Mineralogen. Unter anderem werde außerdem

ein abfallender Schacht zu sichern sein. Sicher bestehe die Möglichkeit einer Zuschußgewährung durch die Denkmalschutzbehörde.

Der Vertragsentwurf bezieht sich auf zwei Stollen am Neufang, auf den alten Tagesstollen und den Förderstollen, die ihre Mundlöcher am Fuß der Neufanger Halde gegenüber dem Sportplatz und in halber Höhe der Neufanger Halde haben. Sie zählen zu den ältesten Bergwerksanlagen von St. Andreasberg und sind schon aus diesem Grund bergbauhistorisch bedeutsam.

Der Stadtdirektor konnte zusätzlich mitteilen, daß eine Genehmigung der Deutschen Baryt-Industrie vorliege, den Beerberger Stollen aufzufahren. Bei einer Exkursion durch diesen 900 Meter langen Stollen soll festgestellt werden, ob er sich eigne, für den Fremdenverkehr nutzbar gemacht zu werden.

Einziger Diskussionspunkt im Zusammenhang mit dem Entwurf des Gestattungsvertrages war die Vertragsdauer. Sie ist festgelegt auf fünf Jahre mit jeweils einem Jahr Verlängerung. Die Verwaltung soll prüfen, ob der Vertrag nicht gleich auf zehn Jahre mit entsprechender Verlängerungsklausel abgeschlossen werden kann.

16. Sept. 1988 te-

Ev.-luth. Martini-Gemeinde
Der Kirchenvorstand

St. Andreasberg, im September 1988

An alle Einwohner der Bergstadt St. Andreasberg
Sehr geehrte, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Auch in diesem Jahr treten wir mit der Bitte an Sie heran, uns Ihre Hilfe durch eine Geldspende für die Renovierung der Friedhofskapelle nicht zu versagen.

Um nicht noch größeren Schaden an der Kapelle entstehen zu lassen, müssen wir in diesem Jahr mit dem ersten Bauabschnitt beginnen: Reparatur des Dachstuhls, Blitzschutz, Sockelmauerwerk und Eingang der Sargkammer. Dazu werden nach dem amtlichen Ausschreibungsergebnis DM 90.000,-- benötigt. Die Kosten des Gesamtprojekts einschl. Restaurierung der Buntglasfenster, Außen- und Innenanstrich betragen etwa DM 200.000,--.

Zu Ihrer Information geben wir Ihnen einen Überblick über den augenblicklichen Bestand der vorhandenen Baurücklagen für die dringend notwendige Reparatur:

Kostenvoranschläge		= DM 200.000,--
Dank Ihrer großzügigen Spenden sind eingegangen	1986 = DM 8.887,--	
	1987 = DM 9.555,--	
Erlös aus den Adventsbasaren der vergangenen Jahre	= DM 6.414,--	
Zuschuß der Stadt St. Andreasberg 1988/89	= DM 30.000,--	
<u>Zuschuß des Kirchenkreises</u>	<u>= DM 25.000,--</u>	<u>DM 79.856,--</u>
Es fehlen noch zur Finanzierung		DM 120.144,-- =====

Nach Abschluß der Spendenaktion werden wir Sie über den Fortgang der Bauangelegenheit und die Restfinanzierung informieren.

Ihre Spende können Sie persönlich im Gemeindebüro der Martini-Gemeinde von Montag bis Donnerstag zwischen 9 und 11 Uhr und am Freitag von 15 bis 17 Uhr abgeben. Für den Fall, daß Sie Ihre Spende überweisen möchten, finden Sie in der Anlage ein Formular des Kirchenkreisamtes.

Die Spende ist von der Steuer absetzbar.

Für Ihre Mithilfe danken wir Ihnen sehr und grüßen Sie herzlich.

Michael Henrich, P.
Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes

Wir unterstützen diesen Spendenaufruf:

Hans-Jürgen Meyer, H. - St. Brückendamm
P. J. Brückendamm

CDU in Niedersachsen · Böttcherstraße 7 · 3000 Hannover 21

Christlich Demokratische Union
in Niedersachsen

Der Generalsekretär

Herrn
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

20-09-1988
fi-th

Beratertätigkeit für Medienfragen

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die CDU-Niedersachsen in allen Medienfragen beraten würden. Insbesondere wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Ihre Kontakte zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, aber auch zu den privaten Veranstaltern aufrechterhalten würden.

Darüber hinaus wäre mir daran gelegen, über neue Entwicklungen in technologischer Hinsicht sowie über Strukturveränderungen inhaltlicher Art umfassend informiert zu werden, soweit dies von medienpolitischem Interesse ist.

Ich gehe davon aus, daß Ihnen dabei Ihre durch langjährige Erfahrungen erworbenen Kenntnisse die von mir erbetene Mitarbeit erleichtern.

Mit freundlichen Grüßen

Hartwig Fischer, MdL

CDU in Niedersachsen · Böttcherstraße 7 · 3000 Hannover 21

**Christlich Demokratische Union
in Niedersachsen**

Der Generalsekretär

Herrn
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

20-09-1988

fi-th

Beratertätigkeit für Medienfragen

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die CDU-Niedersachsen in allen Medienfragen beraten würden. Insbesondere wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Ihre Kontakte zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, aber auch zu den privaten Veranstaltern aufrechterhalten würden.

Darüber hinaus wäre mir daran gelegen, über neue Entwicklungen in technologischer Hinsicht sowie über Strukturveränderungen inhaltlicher Art umfassend informiert zu werden, soweit dies von medienpolitischem Interesse ist.

Ich gehe davon aus, daß Ihnen dabei Ihre durch langjährige Erfahrungen erworbenen Kenntnisse die von mir erbetene Mitarbeit erleichtern.

Mit freundlichen Grüßen



Hartwig Fischer, MdL

OBERHARZ

Amtliches Bekanntmachungsblatt
der Bergstadt St. Andreasberg

St. Andreasberg

Geschäftsstelle
Fa. W. Stille
Dr.-Wilh.-Bergmann-Straße 1
☎ (055 82) 7 20

„Grundsätzliches Interesse“ an Reha-Klinik

Ehemaliges „Haus Bremen“ soll nun „so schnell wie möglich“ abgebrochen werden

ST. ANDREASBERG. Es ist nicht das einzige Haus in St. Andreasberg, das von der Zeit überholt wurde und nun keine Chance mehr hat, durch eine Sanierung zur Erhaltung des historischen Stadtbildes beizutragen. Aber es steht an so exponierter Stelle, daß es inzwischen bei jedem Gast den beklemmenden Eindruck hinterläßt, ein Symbol des verpaßten Anschlusses eines ganzen Kurortes zu sein: das ehemalige „Haus Bremen“. Nun soll es abgebrochen werden. Um neue Chancen zur Verwertung des Areals abzustechen, führte in der vergangenen Woche der Besitzer des Grundstücks, Architekt Horst Ziel aus Berlin, Gespräche mit Bürgermeister Werner Grübmeier und Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz.

Vor zehn Jahren hat der Berliner Architekt das ehemalige Sanatorium „Glückauf“ erworben, das längst abgerissen ist. Übrig blieb als Relikt lediglich das damalige Arztwohnhaus. Seit fünf Jahren ist es unbewohnt – selbst wer die Märchenwelt der Gebrüder Grimm im Hinterkopf hat, kommt

inzwischen nicht mehr darum herum, das verrottende Haus aus der Gründerzeit als Ärgernis im Stadtbild einzustufen.

„Es ist ein Stück Andreasberg“, sagt Dipl.-Ing. Horst Ziel – unter diesem Aspekt wurde das Haus bislang erhalten. Nun aber will er angesichts des Verfalls eine Abbruchgenehmigung „so schnell wie möglich“ erwirken. So schnell wie möglich möchte der Architekt auch endlich ans Ziel kommen mit der Verwertung des Areals, auf dem seit zwei Jahren bereits ein Neubau neben dem abbruchreifen Gebäude steht. Es ist inzwischen ebenfalls Relikt einer vergangenen Zeit, in diesem Fall einer Bauphase, die mangels Bedarf nicht mehr weiterverfolgt werden kann.

Den Bau von Eigentumswohnungen hatte Hans Ziel ursprünglich auf dem Gelände geplant und mit dem einen Gebäude auch in Angriff genommen, nachdem die ersten Baugenehmigungen vorlagen. Das Grundstück des ehemaligen Arztwohnhauses sollte einem Hotel vorbehalten bleiben. „Aber es



Im Gespräch vor dem Rathaus-Nebengebäude: Der Berliner Architekt Dipl.-Ing. Hans Ziel (links) und Bürgermeister Werner Grübmeier. Fotos: Tempes



Ehemals „Haus Bremen“, später Arztwohnhaus, seit Jahren unbewohnt und dem Verfall preisgegeben; Jetzt soll es abgebrochen werden.

wurde etwas lange diskutiert, wie und was gemacht werden kann“, meint der Berliner Architekt heute, „und als es endlich soweit war, lag der Zweitwohnungsmarkt daneben.“ Danieder lag damit auch die wirtschaftliche Wertbarkeit des schon gebauten Hauses, in dem der Architekt vor allem die erforderlichen Garagenplätze für die Gesamtanlage untergebracht hatte. Ein falscher Schritt, wie sich nachher herausstellte, denn mangels Zweitwohnungsbesitzer blieben auch die Garagenplätze ungenutzt. Nach Auffassung des Architekten änderte sich damit allerdings ohnedies nichts: „Der Markt ist immer noch da, die Wohnungen ließen sich ohne weiteres verkaufen. Aber ich würde mir damit die heutigen Möglichkeiten für die Verwertung des Grundstückes blockieren.“

Die heutigen Möglichkeiten sieht der Architekt auf anderem Gebiet. „Wir sind auf der Suche nach einem Konzept, ein gutes Hotel, aber auch eine Klinik könnte den Ort beleben“, stellt er fest, schränkt aber gleichzeitig die Chancen auf einen Hotelbau ein: Nur

für ein Haus mit höchstem Komfort und hervorragender Gastronomie ließe sich Wirtschaftlichkeit errechnen, meint er, „aber der Harz ist ein Billigreisegebiet geworden“ – eine Erkenntnis, die nach Auffassung des Architekten jeder Wirtschaftlichkeitsberechnung entgegensteht.

Bürgermeister Werner Grübmeier bestätigt Bemühungen der Bergstadt um den Bau einer Rehabilitationsklinik: „Dazu muß man Kliniken putzen.“ Gespräche seien bereits mit einem von drei ins Auge gefaßten großen und seriösen Betreibern von Fachkliniken für Anschluß-Heilbehandlungen geführt worden, ebenso mit Trägern von Krankenhäusern, mit der AOK Nordharz und deren Landesverband. Entscheidende Instanz seien allerdings die Rentenversicherungsträger. In der Tendenz habe er grundsätzliches Interesse feststellen können, wobei jedoch auf Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Rentenreform verwiesen werde. „Wir setzen die Gespräche fort“, versichert der Bürgermeister der Bergstadt. te-

Wiedersehensfreude und viel Gesprächsstoff

Ehemalige Andreasberger zu Gast in ihrer Bergstadt — Sie zeigen sich noch immer wetterhart

ST. ANDREASBERG cher — Ein Unternehmen, das anlässlich der Feierlichkeiten um das Jubiläum »500 Jahre St. Andreasberg« im vergangenen Jahr seine große Premiere erlebte, fand am vergangenen Wochenende eine gelungene Fortsetzung. Wieder waren auf Einladung der Bergstadt zahlreiche ehemalige St. Andreasberger auf den Berg gekommen, um mit Freunden, Bekannten und Verwandten Wiedersehensfreuden zu genießen, Erinnerungen auszutauschen, vor allem aber reichlich gemeinsamen Gesprächs-

stoff abzuhandeln. Eine Wanderung, ein fröhlicher Abend im Kurhaus und ein Besuch des sich immer weiter entwickelnden Bergwerkmuseums, das waren die Höhepunkte dieses zweiten Treffens der St. Andreasberger mit ihren Ehemaligen.

Es war ein Wochenende, bei dem das Wetter nun überhaupt nicht mitspielen wollte, das aber andererseits den ehemaligen St. Andreasbergern ausreichend Gelegenheit bot, ihre hier oben auf dem Berge erworbene Wetterhärte zu beweisen. Und das geschah auch, einmal wäh-

rend einer gemeinsamen Wanderung zur Matthias-Baude, zum anderen auch bei den individuell durchgeführten Streifzügen durch die Bergstadt und ihre Umgebung.

Der Samstagabend vereinte sie alle im Kurhaus. Hier servierte Karl-Heinz Plosteiner und seine St. Andreasberger Blaskapelle fröhliche Klänge, unterhielten Karl-Heinz Weidemeyer, Hilde Scheddin, Heinz Heine sowie Sabine Plosteiner und Karen Rathmann mit Mundartvorträgen, Gedichten, Schnurren und Jodlern. Am wichtigsten aber war wohl für alle das Gespräch mit alten Freunden, mit Schulkameraden, der Austausch so vieler Erinnerungen.

Bürgermeister Werner Grübmeier äußerte in seinem Grußwort seine Freude darüber, daß die spontane Idee aus dem Jubiläumsjahr inzwischen auf dem besten Wege dazu sei, eine ständige Veranstaltung in St. Andreasberg zu werden. Und er nutzte die Gelegenheit, die Ehemaligen auf verschiedene Veränderungen im Rathaus hinzuweisen. Dabei stellte er fest: St. Andreasberg ist weiterhin fest in Andreasberger Hand. An alle richtete der Bürgermeister die Bitte, Erfahrungen, die draußen gemacht worden seien, an die Daheimgebliebenen weiterzugeben. Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz wollte die Sorgen, die Rat und Verwaltung der Bergstadt in den kommenden Jahr besonders quälen werden, nicht preisgeben, nicht an diesem gemütlichen Abend — und hatte damit doch schon eine Menge verraten. Daß man einen neuen Sport-

platzbelag bekommen, eine kilometerlange Abwasserleitung bauen werde, um den Schmutz in Richtung Südharz zu transportieren, daß man sich auch künftig um den Erhalt der Bergwiesen kümmern müsse und, und — der Stadtdirektor hatte damit doch schon einiges verraten, ohne daß er damit das Motto dieses Abends in Frage stellen wollte. Und dieses Motto, so Hans-Joachim Grogorenz, sei nun einmal der Bergstadt »als Heimatstadt« gewidmet, weshalb dieser Abend nun auch als »Heimatabend« ausgewiesen worden sei. Zum Sprecher der Ehemaligen machte sich Oberkreisdirektor a.D. Hermann Kerl, der sich freute, daß mit dieser Veranstaltungsreihe eine von ihm lang gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen sei. Im Übrigen sei damit etwas wieder aufgelebt, was bereits in den 20er Jahren unter der Leitung von Geheimrat Mühlhan bestanden habe, vor dem Zweiten Weltkrieg wieder eingeschlafen sei. In diesem Zusammenhang appellierte Hermann Kerl an alle Verantwortlichen, den Oberharz als eigenständigen Kulturbereich zu pflegen.

Das Wetter übrigens, das durchaus nicht zu Aktivitäten im Freien einlud, wurde von der Mehrzahl der Ehemaligen wie ein Geschenk angesehen. Ließ es doch allen viele Möglichkeiten, das Gespräch im Freundes- oder Bekanntenkreis besonders zu pflegen. Und im nächsten Jahr findet ja wieder ein solches Andreasberger-Treffen statt — und vielleicht hat man dann mehr Gelegenheit, die Landschaft um St. Andreasberg richtig zu genießen.



Wetterhärte bewiesen die ehemaligen und die Daheimgebliebenen bei einer gemeinsamen Wanderung am Samstagnachmittag unter Führung von Walter Werner.

OBERHARZ

Ämtliches Bekanntmachungsblatt
der Bergstadt St. Andreasberg



St. Andreasberg

Geschäftsstelle
Fa. W. Stille
Dr.-Willi-Bergmann-Straße 1
☎ (055 82) 7 20

ST. ANDREASBERG

Mittwoch, 28. September 1988

„Ehemalige“ haben die Wetterhärte nicht verloren

Wiedersehensfreude und viel Gesprächsstoff bei Wanderung und Heimatabend im Kurhaus

ST. ANDREASBERG. Ein Unternehmen, das anlässlich der Feierlichkeiten um das Jubiläum „500 Jahre St. Andreasberg“ im vergangenen Jahr seine große Premiere erlebte, fand am vergangenen Wochenende eine gelungene Fortsetzung. Wieder waren auf Einladung der Bergstadt zahlreiche ehemalige St. Andreasberger auf den Berg gekommen, um mit Freunden, Bekannten und Verwandten Wiedersehensfreuden zu genießen, Erinnerungen auszutauschen, vor allem aber reichlich gemeinsamen Gesprächsstoff abzuhandeln.

Eine Wanderung durch St. Andreasbergs schöne Umgebung, ein fröhlicher Abend im Kurhaus und ein Besuch des sich immer weiter entwickelnden Bergwerkmuseums, das waren die Höhepunkte dieses zweiten Treffens der St. Andreasberger mit ihren Ehemaligen.

Es war ein Wochenende, bei dem das Wetter nun überhaupt nicht mitspielen wollte, das aber andererseits den ehemaligen St. Andreasbergern ausreichend Gelegenheit bot, ihre hier erworbene Wetterhärte zu beweisen. Und das geschah auch, einmal während einer gemeinsamen Wanderung zur Matthias-Baude, zum anderen auch bei den natürlich rein individuell unternommenen Streifzügen durch die Bergstadt und ihre Umgebung.

Der Samstagabend vereinte sie alle im Kurhaus. Dort servierte Karl-Heinz Plosteiner und seine St. Andreasberger Blaskapelle fröhliche Klänge, unterhielten Karl-Heinz Weidemeyer, Hilde Scheddin, Heinz Heine sowie Sabine Plosteiner und Karen Rathmann mit Mundartvorträgen, Gedichten, Schnurren und Jodlern. Am wichtigsten aber war wohl für alle das Gespräch mit alten Freunden, mit St. Andreasberger Blaskapelle fröhliche Klänge, unterhielten Karl-Heinz Weidemeyer, Hilde Scheddin, Heinz Heine sowie Sabine Plosteiner und Karen Rathmann mit Mundartvorträgen, Gedichten, Schnurren und Jodlern. Am wichtigsten aber war wohl für alle das Gespräch mit alten Freunden, mit Schulkameraden, der Austausch so vieler Erinnerungen.

Bürgermeister Werner Grubmeyer äußerte in seinem Grußwort seine Freude darüber, daß die spontane Idee aus dem Jubiläumsjahr inzwischen auf dem besten Wege sei, eine ständige



Wetterhärte bewiesen die Ehemaligen mit den „Daheimgebliebenen“ am Samstagnachmittag bei einer gemeinsamen Wanderung unter Führung von Walter Werner.

Fotos: Siebeneicher

Veranstaltung in St. Andreasberg zu werden. Und er nutzte die Gelegenheit, die Ehemaligen auf verschiedene Veränderungen im Rathaus hinzuweisen. Dabei konnte er feststellen: St. Andreasberg ist weiterhin fest in Andreasberger Hand. An alle richtete der Bürgermeister die Bitte, Erfahrungen, die draußen gemacht worden seien, an die Daheimgebliebenen weiterzugeben.

Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz wollte die Sorgen, die Rat und Verwaltung der Bergstadt in den kommenden Jahren besonders quälen werden, nicht preisgeben, nicht an diesem gemütlichen Abend – und hatte damit doch schon eine ganze Menge verraten. Daß man einen neuen Sportplatzbelag bekommen, eine viele Kilometer lange

Abwasserleitung bauen werde, um den Schmutz in Richtung Sudharz zu transportieren, daß man sich auch künftig um den Erhalt der Bergwiesen kümmern müsse und, und – der Stadtdirektor hatte damit doch schon einiges verraten, ohne damit das Motto dieses Abends in Frage zu stellen. Dieses Motto, so Hans-Joachim Grogorenz, sei nun einmal der Bergstadt „als Heimatstadt“ gewidmet, weshalb dieser Abend nun als „Heimatabend“ ausgewiesen worden sei. Zum Sprecher der Ehemaligen machte sich Oberkreisdirektor a. D. Hermann Kerl, der sich freute, daß mit dieser Veranstaltungsreihe ein von ihm lang gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen sei. Im übrigen sei damit etwas aufgelebt, was bereits in den 20er Jahren unter der

Leitung von Geheimrat Mühlhan bereits bestanden habe, später aber, noch vor dem 2. Weltkrieg, wieder eingeschlafen sei. In diesem Zusammenhang appellierte Hermann Kerl an alle Verantwortlichen, den Oberharz als eigenständigen Kulturbereich zu pflegen.

Das Wetter, das durchaus nicht zu Aktivitäten im Freien einladen konnte, wurde von der Mehrzahl der Ehemaligen fast als so etwas wie ein Geschenk angesehen. Ließ es doch allen viele Möglichkeiten, das Gespräch im Freundes- oder Bekanntenkreis besonders zu pflegen. Und außerdem: Im nächsten Jahr findet wieder ein solches Treffen statt. Vielleicht gibt es dann mehr Gelegenheit, die Landschaft um St. Andreasberg richtig zu genießen.

Das Wetter, das durchaus nicht zu Aktivitäten im Freien einladen konnte, wurde von der Mehrzahl der Ehemaligen fast als so etwas wie ein Geschenk angesehen. Ließ es doch allen viele Möglichkeiten, das Gespräch im Freundes- oder Bekanntenkreis besonders zu pflegen. Und außerdem: Im nächsten Jahr findet wieder ein solches Treffen statt. Vielleicht gibt es dann mehr Gelegenheit, die Landschaft um St. Andreasberg richtig zu genießen.

Das Wetter, das durchaus nicht zu Aktivitäten im Freien einladen konnte, wurde von der Mehrzahl der Ehemaligen fast als so etwas wie ein Geschenk angesehen. Ließ es doch allen viele Möglichkeiten, das Gespräch im Freundes- oder Bekanntenkreis besonders zu pflegen. Und außerdem: Im nächsten Jahr findet wieder ein solches Treffen statt. Vielleicht gibt es dann mehr Gelegenheit, die Landschaft um St. Andreasberg richtig zu genießen.

cher

PERSÖNLICH

Herrn Grübmeyer

c/o Hannover Landtag

Clausthal, 13.10.1988

CUTEC Kursus "Deponieren von Abfällen"

Lieber Herr Grübmeyer,

anbei wie versprochen das aktuelle Programm sowie die derzeitige Teilnehmerliste des Kurses vom 17. 10. bis 20. 10. 88.

Ich erlaube mir, Ihnen vielleicht zwei/drei Stichworte zum Begrüßungsteil am Montag ab 13.30 Uhr aufzulisten:

- seitens Hochschulleitung wird Altrector Prof. Jeschar die Teilnehmer begrüßen.
- CUTEC auf Initiative vom damaligen Rektor, Prof. Leschonski aus der Taufe gehoben (über 60 Hochschullehrer sind beteiligt).
- bisherige Aktivitäten waren Vortragsveranstaltungen und Posterausstellungen, sowie 2 Publikationen einer geplanten Serie von CUTEC-Bänden.
- auf persönliche Anregung des MU hat Prof. Leschonski über 40 Referenten, zum größten Teil aus der Hochschule gewinnen können, einen 4-teiligen Kursus zur Umwelttechnik mit den Themen
Analytik - Messen und Bewerten von Umweltschadstoffen
Mindern von Emissionen
Verwerten von Reststoffen
Deponieren von Abfällen

zusammenzustellen. Eine Pilotveranstaltung im Mai/Juni 88 hat das Konzept bestätigt.

- Ersten Veranstaltung der Kurse findet zum Teil "Deponieren von Abfällen" statt, die drei Folgekurse werden im November bzw. Jan. Febr. nächsten Jahres durchgeführt.
- Thematik paßt zur Tradition der Bergstadt, ergo TU und Behördenvertreter am richtigen Ort.
- Der Wandel von Industriestadt in Heilkurort beweist, daß manchem Unkenrufen zum Trotz Standorte, für die Teile der teilnehmenden Behördenvertreter genehmigend und überwachend/kontrollierend zuständig sind, nicht a priori durch Deponien an Attraktivität verlieren werden!
- Der Kursus selbst beschäftigt sich mit allgemeinen gesetzlichen, geologischen usw Randbedingungen und vertieft um Grenzen und Möglichkeiten von Übertage und Untertage Deponierungen.
- Durch die Bereitschaft von Betreibern, mit Betriebsvorträgen den Kursus abzurunden, wurde eine besondere Diskussionsmöglichkeit geschaffen.
- Es wäre zu begrüßen, wenn CUTEC "aus den Fesseln des MU entlassen" nach der ersten Kursusrunde diese Themen auch frei zugänglich anbieten würde.
- Ermutigung zum Weitermachen aus Ihrer politischen Erfahrung heraus ausgesprochen würde helfen!

Ich freue mich sehr auf das Wiedersehen am Montag und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

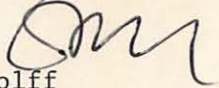
Ihr ergebener

Roland Zimmermann - Kornhorst

Bl. 2 zum Schreiben vom 01.11.1988 der Landesversicherungsanstalt Hannover
Geschäftszeichen: I/3(8) 393-03.1

Die Landesversicherungsanstalt Hannover als einer der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter im Lande Niedersachsen kann keine rechtsverbindliche Zusage hinsichtlich einer Belegung geben, sondern lediglich nur die vorstehende Absichtserklärung abgeben.

Mit freundlichen Grüßen



Wolf
Direktor

Bergstadt in Sanierungsprogramm aufgenommen

Erhebliche Zuschüsse auch für private Maßnahmen im künftigen Sanierungsgebiet

ST. ANDREASBERG. Zu 20 Städten und Gemeinden in Niedersachsen, die neu in das Stadtsanierungsprogramm des Landes aufgenommen worden sind, zählt auch die Bergstadt St. Andreasberg. Hervorragende Möglichkeiten für Modernisierungsmaßnahmen mit einem erheblichen Anteil öffentlicher Mittel eröffnen sich auch für private Grundstücksbesitzer durch die Mitteilung des niedersächsischen Sozialministers, Hermann Schnipkoweit, daß für die Bergstadt im Städtebauförderungsprogramm 1988 600 000 DM bereitgestellt werden. Insgesamt ergibt sich daraus ein Förderungsvolumen von 9 Mio. DM im Verlauf von zehn Jahren.

Die Neuaufnahme von 20 Städten in das Förderungsprogramm sei möglich geworden, nachdem die Landesregierung im Nachtragshaushalt die Mittel für die Stadtsanierung um rund 16 Mio. DM aufgestockt habe, wird in der Pressemitteilung aus Hannover festgestellt. „Wir danken dem Land, daß es erstmals wieder 20 Gemeinden neu in das Programm aufgenommen hat und freuen uns darüber, daß wir positiv beschieden worden sind“, ist die erste Reaktion

von Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz. „Wir wissen, daß wir dadurch die Stadtplanung in Bewegung bringen können, mit Sicherheit wird das auch Bewegung in der Wirtschaft, in Handel, Handwerk und Gewerbe der Bergstadt auslösen.“

Eigenmittel vom Kreditmarkt

Aber erst wenn der Bewilligungsbescheid vorliegt, kann der Stadtdirektor davon ausgehen, daß die Landesmittel noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Viel könne in diesem Jahr nicht mehr getan werden, bedauert Hans-Joachim Grogorenz. Immerhin wird nach seiner Feststellung der Start freigegeben für den Auftrag an die Niedersächsische Landgesellschaft (NILEG), die vorbereitenden Untersuchungen einzuleiten. Für die Stadt wird allerdings schon der erste Bewilligungsbescheid einen finanziellen Klimmzug erforderlich machen. 600 000 DM Förderungsmittel kündigt die Landesregierung als erste Rate einer Förderungsmaßnahme an, die von einer 33prozentigen Beteiligung der Bergstadt

abhängig gemacht wird. Stadtdirektor Grogorenz kann nicht davon ausgehen, daß zur Deckung von 300 000 DM an Eigenmitteln noch in diesem Jahr unvorhergesehene Einnahmen kassenwirksam werden könnten.

„Wir müssen auf den Kreditmarkt gehen“, stellt er fest. Die Aufgabe der Bergstadt, im Verlauf von zehn Jahren Förderungsdauer bei schon jetzt angespannter Finanzlage insgesamt 3 Mio. DM zusätzlich aufbringen zu müssen, verbindet Grogorenz mit der Hoffnung auf eine finanzielle Beteiligung des Landkreises.

Gebiet steht noch nicht fest

Die Grenzen des künftigen Sanierungsgebietes, in dem auch private Grundstücksbesitzer antragsberechtigt für Sanierungsvorhaben sein werden, stehen noch nicht fest. Es sei zunächst in einem großzügigen Rahmen umrissen worden, den die NILEG in ihren vorbereitenden Untersuchungen auf ein konkretes Maß zurückführen werde, erklärt der Stadtdirektor. In diesem Bereich, der noch zu genehmigen sein wird, sollen dann

die Bürger animiert werden, Modernisierungsmaßnahmen sowie bestandserhaltende, wertverbessernde und gestaltungsverbessernde Vorhaben an ihren Grundstücken einzuleiten. Für die Höhe der Zuschüsse liegen je nach Voraussetzung präzise Richtlinien vor. Interessenten werden darüber noch rechtzeitig informiert.

Ortsmittelpunkt in Sicht

Für die Stadt sieht Hans-Joachim Grogorenz die Möglichkeit, im Rahmen des Sanierungsprogrammes städtebauliche Mißstände zu beseitigen. Im Vordergrund sieht er dabei das Fehlen eines erlebbaren Ortsmittelpunktes. Nach Auffassung der Verwaltung biete sich dafür der Bereich Kirchplatz/Rathaus an, wobei voraussichtlich „keine großen Abbruchunternehmungen“ erforderlich sein würden. Ordnungsmaßnahmen wie die Sanierung von Stützmauern und soweit möglich, auch die Erneuerung von Straßendecken, werden nach Feststellung des Stadtdirektors ebenfalls zum städtischen Anteil an dem Programm gehören. te

CDU kämpft um Hahnenkleer Rodelbahn

GOSLAR-HAHNENKLEE. Die Rodelbahn für Hahnenklee wurde von der CDU-Fraktion erneut in den Rat gebracht. Sie beantragt eine Überarbeitung der Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren. „Ziel sollte es ein, festzustellen, inwieweit eine solche Rodelbahn unter Anpassung der Planung an die spezifischen Belange des Naturschutzes eine Realisierung ermöglichen“, heißt es in diesem Antrag.

In der Begründung wies CDU-Fraktionsvorsitzender Jürgen Sikora auf eine abgespeckte Planung unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes hin. Der Landessportbund bemühe sich, eine Rodelbahn für den Harz zu bekommen, wobei das außer-

ordentlich interessierte St. Andreasberg unter Mithilfe von DDR-Architekten – die GZ berichtete – entsprechende Standortprüfungen vornehmen ließ. Der Landessportbund trage die Planungskosten mit. Nach Sikora zeigen jedoch Landesregierung wie Sportbund noch immer Interesse an Goslar. Man wäre bereit, den Standort Goslar nochmals zu untersuchen. Sikora meinte, die damalige Verwaltungsvorlage, der der Rat zustimmte, sei nach positiver Darstellung zu einer negativen Entscheidung gekommen. Deswegen sei die Forderung nach einer Überprüfung wohl nicht unziemlich.

Die Bitte Sikoras, über die Rodelbahn nochmals zu beraten, rief die

GAW-Fraktionsvorsitzende Doris Juraneck auf den Plan. Ihre Fraktion hatte wegen der beantragten Abstimmungswiederholung über Straßennamen in Ohlhof-Süd Schelte von seiten der CDU einstecken müssen. Für die Rodelbahn gebe es keine neuen Erkenntnisse: „Die CDU befindet sich hier nicht auf dem Holz-, sondern auf dem Stahlbetonweg, denn aus diesem Material soll die Naturrodelbahn sein.“ Die Rodelbahn, deren Vorgängerin verfallen sei, werde nur an einigen Wochenenden benutzt und neun Monate im Jahr als Schandfleck die Gäste eher abschrecke, als nach Hahnenklee lok-

um

Nur ein Investitionskosten-Zuschuß vom Kreis für Bergbaumuseum in Goslar

14. 88

GOSLAR. Der Landkreis Goslar ist grundsätzlich bereit, sich an den Investitionskosten für das Bergbaumuseum in Goslar mit einem Anteil von bis zu 15 Prozent und höchstens 1,8 Mio. DM zu beteiligen. Aber er lehnt es ab, einer zu gründenden Gesellschaft beizutreten. Diesen Beschluß faßte der Kreistag gestern in seiner Sitzung in St. Andreasberg einstimmig. Trotz der Übereinstimmung der Fraktionen kam es zu einer Grundsatzdebatte ab, in der SPD-Fraktionsvorsitzender Horst Brennecke bis in die Tiefen der Weltanschauungen eindrang.

Grundlage der Zuschußgewährung soll die Studie des Deutschen Mu-

seums in München sein. Voraussetzung ist das Vorliegen eines gesicherten Finanzierungsplanes.

Die Bedeutung des Rammelsberges als Industriedenkmal sei unstrittig, merkte Werner Grübmeier als Berichterstatter an. Der Landkreis sehe sich zwar nicht aufgerufen, der Stadt Goslar Ratschläge zu erteilen, aber da es sich um ein Denkmal von europäischem Rang handle, sollte die Stadt, „den Weg nach Brüssel möglichst schnell antreten“.

Einig waren sich die Fraktions-sprecher mit Horst Brennecke in der Auffassung, daß einer Gesellschaft öffentlichen Rechts nicht beizutreten sei, da dies die Mischfinanzierung wieder aufleben lassen und Ansprü-

che der anderen Bergwerksmuseen im Landkreis provozieren würde. Das Vorhaben müsse ohnehin in ein Gesamtkonzept Bergwerksmuseen eingefügt werden.

Heftigen Widerspruch der CDU-Fraktion handelte sich Brennecke jedoch mit seiner Aufforderung an die Stadt ein, es der Preussag nicht so leicht zu machen, sich „aus der Verantwortung zu stehlen“. Seinen Anmerkungen wie „Folgen des Hochkapitalismus“ und „Ausplündern des Rammelsberges“ begegnete Grübmeier mit der Feststellung, daß sich ein Partner nicht dadurch finden lasse, daß man ihn an den Pranger stelle.

te-

Pilotprojekt der Arbeitsgruppe „Forschungsverbund Umwelttechnik der TU Clausthal“ in St. Andreasberg gestartet

26 Experten der Umwelttechnik für 40 Kursusteilnehmer

Empfehlung von Min.-Rat Michael Wiedemann zur Reduzierung der Kursdauer führte zu heftigem Disput

ST. ANDREASBERG. Als Erfolg im Bemühen um reibungslose Transmission wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis des Verwaltungsalltags wird von Wissenschaftlern der TU und vom Umweltministerium eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen betrachtet, die der „Forschungsverbund Umwelttechnik der TU Clausthal“ (CUTECH) in Kooperation mit dem Ministerium am Montag im Kurhaus von St. Andreasberg eröffnete. 26 Experten aus TU und Wirtschaft stehen im ersten von vier Kursen zum Thema Umwelttechnik rund 40 Hörern aus dem Bereich von Verwaltungsinstitutionen zur Verfügung, die mit den unterschiedlichen Bereichen der Abfallwirtschaft befaßt sind. Einigkeit über die Notwendigkeit dieses Pilotprojekts hinderte zur Eröffnung nicht an einem Streitgespräch über die Dauer der Kurse.

Als Sprecher des Forschungsverbundes der TU verwies zum Auftakt Prof. Kurt Leschonski auf das hohe Potential der TU für umweltrelevante Forschung und gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen. Ergebnis einer Anregung, die im Februar 1987 Niedersachsens Umweltminister Dr. Werner Remmers machte, sei die Bereitschaft von etwa 30 Hochschullehrern der TU gewesen, an Fortbildungsveranstaltungen mit Vorträgen aus ihren Lehr- und Forschungsgebieten mitzuwirken. Bei den Vorbereitungen habe sich herausgestellt, daß von 100 Hochschullehrern an der TU Clausthal 67 mit Umweltproblemen befaßt seien. In einer Reihe von Vorgesprächen sei Übereinkunft erzielt worden über die Themenkomplexe der Kurse: Messen und Bewerten von Schadstoffen, Mindern von Emissionen, Verwerten von Sekundärrohstoffen und Abfällen so-

wie Deponieren von Abfällen. Leitender Ministerialrat Michael Wiedemann verwies auf ein vorliegendes Compendium mit sämtlichen Referaten und gründlichen Erläuterungen und bestätigte dem Vorbereitungsteam unter Prof. Leschonski, die Themen tiefgreifend bearbeitet zu haben. Von diesen Kursen erhoffe sich das Ministerium wesentliche Erkenntnisse der Verwaltung in Umwelttechnik und eine Vertiefung des bereits vorhandenen Wissens. „Ich kenne aus meiner bisherigen Tätigkeit keine so hochkarätig besetzte Fortbildungsveranstaltung wie diese hier“, unterstrich Wiedemann die Kompetenz der Referenten. Gerade im Bereich der Umwelttechnik sei die Weitergabe von Material aus dem Arsenal wissenschaftlicher Erkenntnisse ein wichtiger Schritt, denn die Verwaltung müsse sich auf die wachsenden Problemstellungen einstellen und sei gefordert, möglichen Entwicklungen frühzeitig zu begegnen.

Ein Disput entwickelte sich um die Anregung des Regierungsvertreters, die vorgesehene Kursdauer zu verkürzen. Dezenten, Referenten und Sachbearbeiter aus den Bereichen der Entsorgung ständen unter einem ungeheuren Druck von Aufgaben und seien nur schwer vier Tage aus ihrer Arbeit herauszureißen, meinte Wiedemann, der sich für eine stärkere Differenzierung der Themenbereiche aussprach, die bei den einzelnen Kursen behandelt werden sollen.

Mit seinem Vorschlag, auf zweitägige Kurse überzugehen und das Pilotprojekt auf acht Monate auszudehnen, stieß Wiedemann auf heftigen Widerstand. „Die billigste Lösung ist es, daß wir einen solchen Kursus nicht anbieten“, ließ Prof. Leschonski die Vermu-



Kursusteilnehmer und Referenten vor dem Kurhaus. Drei Tage dauert dieser erste von vier Kursen der TU Clausthal in St. Andreasberg. Fotos: Tempes

tung durchblicken, daß es bei diesem Vorschlag vor allem um die Kosten geht. Er verwies auf die tatsächliche Kursdauer von drei Tagen und unterstrich seine Auffassung, daß aus komplexen Themenbereichen Ausklammerungen sachwidrig wären. Dadurch, daß etwas kurz gemacht werde, könne es sehr schlecht gemacht werden – und das könne nicht das Ziel sein, meinte Prof. Leschonski. Viel mehr Zeit als die Kursdauer würde es nach seiner Meinung beanspruchen, müßten sich die Mitarbeiter in den Verwaltungen das Informationsmaterial selber beschaffen. Als Vertreter des Rektors der TU Clausthal gab Prof. Dr.-Ing.

Rudolf Jeschar einen Einblick in die Entwicklung der TU und deren Aktivitäten auf dem Gebiet der Umwelttechnik. Bürgermeister Werner Grübmeier betonte in seinem Grußwort das große Interesse, das der Kurort und der gesamte Harz an dieser Fortbildungsveranstaltung haben müsse. 194 Altlaststätten allein in diesem Bereich machten es notwendig, in den Verwaltungen mehr Informationstiefe zu erreichen. Als Ergebnis des vorangegangenen Disputs war es sicher anzusehen, daß es Grübmeier als begrüßenswert bezeichnete, wenn sich der Forschungsverbund Umwelttechnik der TU Clausthal „aus den Fesseln des Umweltministeriums befreien könnte“. te-



Beim Auftakt des Kurses von rechts: Der Sprecher des „Forschungsverbundes Umwelttechnik“, Prof. Dr.-Ing. Kurt Leschonski, Leitender Ministerialrat Michael Wiedemann, Bürgermeister Werner Grübmeier, Präsident des Oberbergamtes Dipl.-Ing. Gotthard Fürer, Prof. Dr.-Ing. Rudolf Jeschar und Prof. Dr. Ing. Karl-Heinrich Lux.



Bergstädter nicht angesteckt von der Hektik im Börsensaal

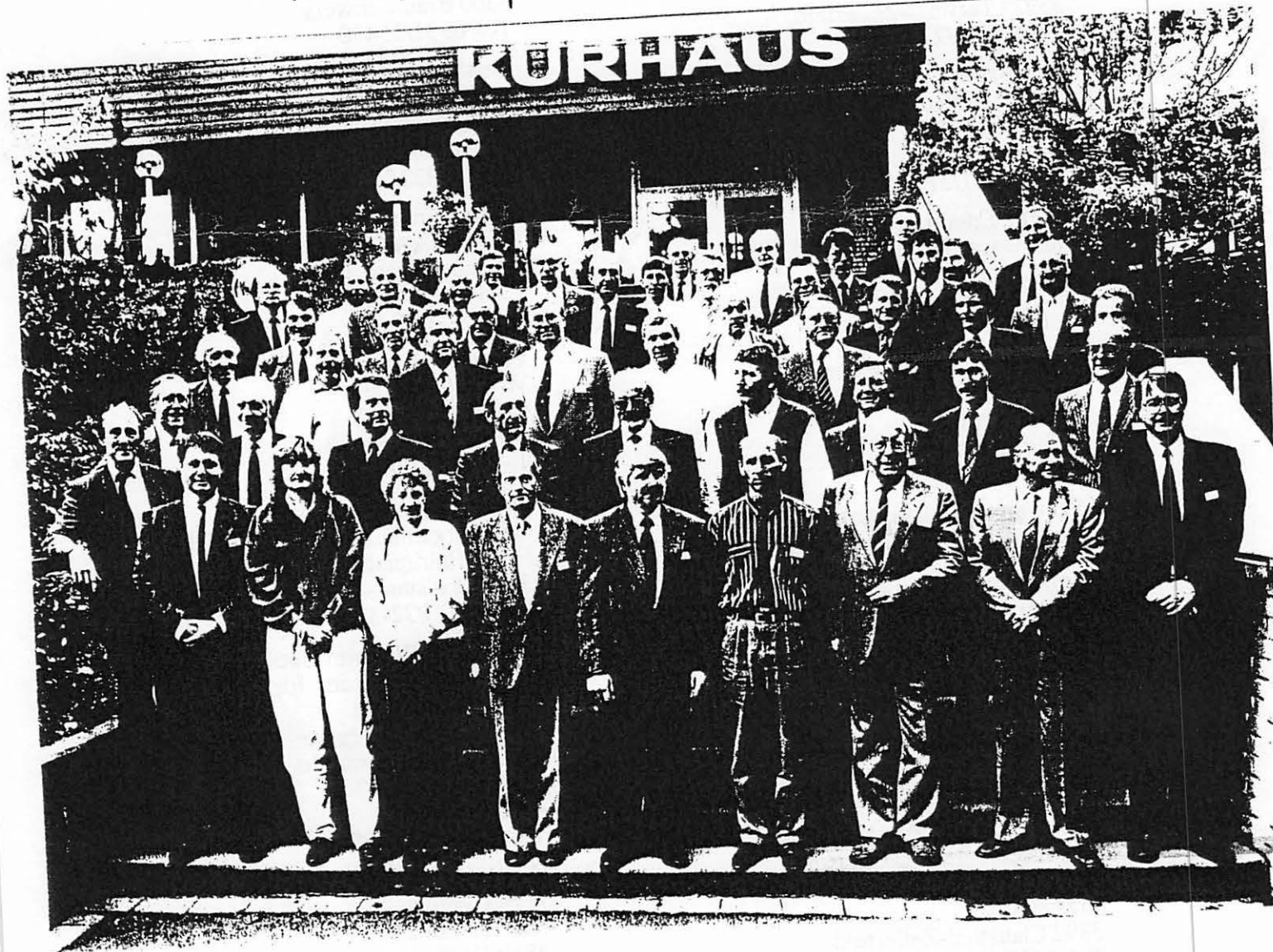
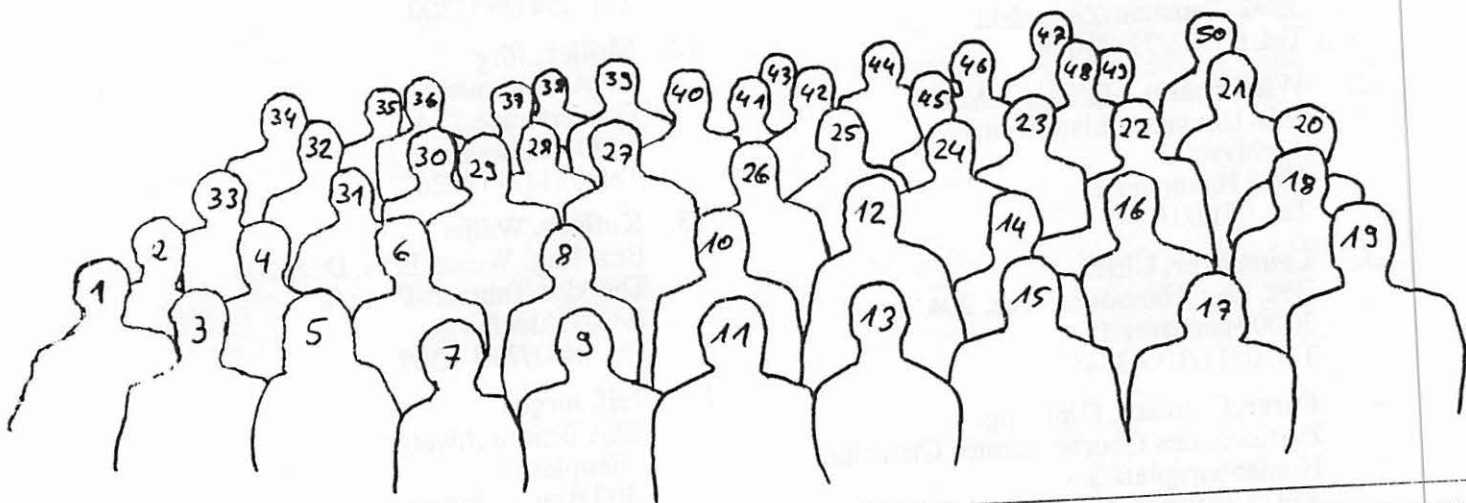
Die Tendenz der Reisegruppe zielte auf den gemütlichen Teil ab

ST. ANDREASBERG. Auf Bildungsfahrt ging der CDU-Stadtverband St. Andreasberg. Eine Gruppe St. Andreasberger folgte damit der Einladung des Organisators Wolfgang Hoffmann in die Landeshauptstadt. Hier war zunächst die Börse das Ziel der Reisegruppe, wo man sich anhand eines Films ein wenig in die Geheimnisse der Börsianer einweihen ließ. Wohl vorbereitet, durfte dann das Allerheiligste des niedersächsischen Börsengeschehens, der Börsensaal, betreten werden.

Hier ging es an diesem Tage so richtig rund. Die große Hektik, so ein Börsenfachmann zu den Bergstädtern, sei

darauf zurückzuführen, daß auch Hannover mit den Strömen ausländischen Kapitals in Richtung Deutschland tendiert. Die St. Andreasberger ließen sich von solcher Hektik nicht anstecken, und eigentlich war man sogar ein bißchen erleichtert, daß man nach etwa zwei Stunden zum gemütlichen Teil der Reise übergehen durfte. Ein gemeinsames Mittagessen, ein kleiner Stadtbummel durch die Hannoversche City, noch eine Stadtrundfahrt unter kundiger Führung von Edith Hoffmann und, sozusagen zum Finale, ein Besuch der Herrenhäuser Gärten, das waren die Glanzpunkte dieses gemütlichen Teils der Reise in die Landeshauptstadt.

cher



Teilnehmerverzeichnis des Clausthaler Kurses zur Umwelttechnik

"Deponieren von Abfällen" in St. Andreasberg vom 17. bis 20. 10. 1988

1. **Leschonski, Kurt**, Univ. Prof. Dr.-Ing.
Institut für Mechanische Verfahrenstechnik
und Umweltverfahrenstechnik
der TU Clausthal
Leibnizstraße 15
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2309
2. **Wiedemann, Michael**, LMR
Nds. Umweltministerium
Archivstr. 2
3000 Hannover 1
Tel. 0511/104-0
3. **Leimeister, Ulrich**
Bez. Reg. Hannover, Dez. 204
3000 Hannover 1
Tel. 0511/106-3346
4. **Fürer, Gotthard**, Dipl.-Ing.
Präsident des Oberbergamtes Clausthal
Hindenburgplatz 3
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-3200
5. **vom Bruck, Mariann**, Dr.
GAA Lüneburg
Thomerstr. 35
2120 Lüneburg
Tel. 04131/31731
6. **Edom, Erhard**
Nds. Umweltministerium
Archivstr. 2
3000 Hannover 1
Tel. 0511/104-3495
7. **Groenewold, Hannelore**
GAA Emden
Brückstr. 38
2970 Emden
Tel. 04921/22023
8. **Schwerter-Strumpf, Axel**, Dr.
Staatl. GAA Lüneburg
Thomer Straße 35
2120 Lüneburg
Tel. 04131/31731
9. **Beilfuß, Günter**
GAA Göttingen
Nicolaistraße 29
3400 Göttingen
Tel. 0551/47072
10. **Vogt, Werner**, Univ. Prof. Dr.-Ing.
Institut für Bergbaukunde und Bergwirt-
schaftslehre der TU Clausthal
Abteilung für Tagebautechnik
Erzstraße 20
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2286
11. **Schönwald, Heinz**
GAA Osnabrück
Wachsbleiche 27
4500 Osnabrück
Tel. 0541/603200
12. **Müller, Jörg**
GAA Hannover
Deisterstraße 17A
3000 Hannover 91
Tel. 0511/4580267
13. **Kulisch, Walter**
Bez. Reg. Weser-Ems, Dez. 204
Theodor-Tantzen-Platz 8
2900 Oldenburg
Tel. 0441/799-2309
14. **Reif, Jürgen**
GAA Braunschweig
Lilienplatz 5
3300 Braunschweig
Tel. 0531/35450
15. **Reisner, Wolfgang**, Akad. Dir. Dr.-Ing.
Institut für Bergbau der TU Clausthal
Erzstraße 20
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2341
16. **Runte, Franz**
Staatl. GAA Oldenburg
Würzburgerstr. 3
2900 Oldenburg
Tel. 0441/88044
17. **Pauke, Winfried**
WWA Göttingen
Danziger Str. 40
3400 Göttingen
Tel. 0551/708-262
18. **Patzke, Hans-Georg**
Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld
Hindenburgplatz 9
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-3207
19. **Coldewey, Wilhelm Georg** Dr. rer. nat.
Lehrbeauftragter am Institut für Geologie
und Paläontologie
Westfälische Berggewerkschaftskasse
Institut für Angewandte Geologie
Postfach 10 27 49
4630 Bochum
Tel. 0234/625 234
20. **Wiedemann, Thomas**
WWA Verden
Nikolaiwall 2
2810 Verden
Tel. 04231/5038

21. **Frank, Werner** Hartmut, Dr. rer. nat.
Institut für Geologie und Paläontologie
Leibnizstraße 10
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2142
22. **Klingelhöfer, Henner**
WWA Hildesheim
Langenlinienwall 26
3200 Hildesheim
Tel. 05121/12081
23. **Löbel, Wilfried**
NLW
An der Scharlake 39
3200 Hildesheim
Tel. 05121/509115
24. **Lehde, Rudolf**
WWA Cloppenburg
Drüdingstr. 15
4590 Cloppenburg
Tel. 04471/6555
25. **Hübner, Manfred**
GAA Cuxhaven
Elfenweg 15/17
2190 Cuxhaven
Tel. 04721/506220
26. **Schmidt, Kurt**
GAA Celle
Georg-Wilhelm-Straße 1
3100 Celle
Tel. 05141/31030
27. **Köthe, Ingo**
Bez. Reg. Hannover, Dez. 502
Marienstr. 34-36
3000 Hannover 1
Tel. 0511/106-3448
28. **Meese, Dieter**
GAA Hildesheim
Braunschweigerstr. 54
3200 Hildesheim
Tel. 05121/31051
29. **Kebel, Harro**
WWA Stade
Bahnhofstraße 16
2160 Stade
Tel. 04141/601-252
30. **de Boer, Herbert**, Bergwerksdir. Dipl.-Ing.
Eisenerzgrube Konrad
3320 Salzgitter 41
Tel. 05341/21-3884
31. **Graner, Claus**
WWA Sulingen
Am Bahnhof 1
2838 Sulingen
Tel. 04271/4081
32. **Kretschmann**
Eisenerzgrube Konrad
3320 Salzgitter 41
Tel. 05341/21-3884
33. **Jeschar, Rudolf**, Univ. Prof. Dr.-Ing.
Institut für Energieverfahrenstechnik der TU
Clausthal
Agricolastraße 4
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2285
34. **Lux, Karl-Heinz**, Univ. Prof. Dr.-Ing.
Institut für Bergbau der TU Clausthal
Erzstraße 20
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2289
35. **Zimmermann-Kornhardt, Roland**
Institut für Mechanische Verfahrenstechnik
und Umweltverfahrenstechnik
der TU Clausthal
Leibnizstraße 15
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2491
36. **Röthemeyer, Helmut**, Prof. Dr.-Ing.
Physikalisch-Technische Bundesanstalt,
Abt. SE
Bundesallee 100
3300 Braunschweig
Tel. 0531/5972-600
37. **Grübmer, Werner**, Ltd. Reg. Schuldirektor,
Bürgermeister Bergstadt St. Andreasberg
Dr. Willi Bergmannstraße 23
3424 St. Andreasberg
Tel. 05582/1087
38. **Grogorenz, Jochen**, Stadtdirektor
Bergstadt St. Andreasberg
3424 St. Andreasberg
Tel. 05582/1087
39. **Herrmann, A. Günter**, Univ. Prof. Dr.
Institut für Mineralogie und Mineralische
Rohstoffe der TU Clausthal
Adolph-Roemer-Straße 2A
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-3143
40. **Pusch, Günter**, Univ. Prof. Dr.-Ing.
Institut für Tiefbohrtechnik, Erdöl- und Erd-
gask Gewinnung
Abteilung Lagerstättenforschung
Agricolastraße 10
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2618
41. **Fornfeld, Martin**, Dipl.-Ing.
Institut für Bergbaukunde und Bergwirt-
schaftslehre der TU Clausthal
Erzstraße 20
3392 Clausthal-Zellerfeld
Tel. 05323/72-2223

Der Weg ist weit von der musikalischen Früherziehung zur Hausmusik in St. Andreasberg

Geige oder Denver-Clan

ST. ANDREASBERG. „Das war's für heute“, schallt es durch den Gemeinschaftsraum im Obergeschoß des Kindergartens. Yusmar, 5 Jahre alt, hat es beschlossen und packt das Glockenspiel in die Tasche. Aber da hat er sich getäuscht. Nicht schon nach einer Viertelstunde nämlich, sondern erst nach 70 Minuten ist auch diese „Stunde“ in musikalischer Früherziehung beendet, an der seit Anfang September die 5jährigen, 16 an der Zahl, teilnehmen. Das Kursusprogramm ist eines der Projekte zur Förderung musikalischer Begabung, die mit Dr. Bernd Witusch als ABM-Kraft in St. Andreasberg auf den Weg gebracht sind.

Beim Begrüßungsabend für den Musikpädagogen und Dirk Pläschke als weitere ABM-Kraft vor einem Vierteljahr ließ sich Bürgermeister Werner Grübmeier zu der Vision verleiten, in wenigen Jahren könnten abendliche Spaziergänger im Kurort wieder erleben, wie Hausmusik aus den Fenstern jeder dritten Wohnung perlt. „Das“, meint Dr. Witusch, „wird wohl ein

frommer Wunsch bleiben.“ Zweifel an einer Rückkehr zu bürgerlicher Häuslichkeit in harmonischem Klang hegt er nicht etwa ob des Verdachtes, die St. Andreasberger könnten rundum unmusikalisch sein. Das Gegenteil nämlich hat er in vielen Fällen schon nach wenigen Wochen feststellen können. „Aber der Einfluß der Medien ist zu groß“, meint er. Und das heißt im Klartext: Geige oder Denver-Clan.

Am Dienstagvormittag ist seit 5 Wochen vergleichsweise die Sesamstraße Konkurrent musikalischer Aktivierung der Bürger. In schneller Folge wechseln die Aufgaben, damit kein Kind aus Langeweile „aussteigt“. Dr. Witusch hat Unterstützung für seine Arbeit in Bilderbüchern, Tonbandgerät, Sprungseilen und anderem Material. „Die musikalische Früherziehung baut auf einem Spielprogramm auf und ist durch klar formulierte Lernziele geordnet“, betont er. Und weil das Programm auch eine Schulung aller geistig/seelischen Anlagen und die Koordinierung der Bewegungen zum Inhalt hat, ist es aus seiner Sicht über die musikalische Früherziehung hinaus für die ganze Entwicklung des Kindes auf dem Weg zur Schulreife von Bedeutung.

Entwickelt vom Verband Deutscher Musikschulen auf der Basis 20jähriger Erfahrung, ist dieses Lehrprogramm inzwischen in die USA und nach Japan exportiert. Im St. Andreasberger Kindergarten wird deutlich, warum: 70 Minuten lang hält Dr. Witusch die Kinderschar bei der Stange, auch wenn der kleine Yusmar allemal andere Ideen einfließen läßt. Als auf dem Fußboden ausgelegte Sprungseile eine erste Andeutung von Notenlinien darstellen sollen, ist er offensichtlich gerade in Texas: „Ich mache mir ein Lasso. Um Mädchen zu fangen“, beschließt er.

Über 2 Jahre, also noch in das 1. Schuljahr hinein, wird sich der Kursus „Musikalische Früherziehung“ erstrecken. Daran anschließen soll sich eine frühe Instrumentalerziehung. Dr. Witusch will versuchen, im nächsten



Ein Mozart ist nicht dabei: „Wie macht der Kuckuck?“ Mühsam wird am Glockenspiel zunächst die Bewegung von zwei Händen koordiniert. Fotos: Tempes

Herbst diese zweite Stufe mit einer Gruppe zu besteigen, die noch nicht auf der musikalischen Früherziehung aufbauen kann. Bereits aufgenommen hat er die musikalische Grundausbildung für die Kinder des 2. und 3. Schuljahres mit Blockflötenspiel, Orff-Instrumentation, Singen und einem Einstieg in die Notenlehre.

Über Schule und Kindergarten hinaus in Richtung einer örtlichen Musikschule wurde schon bei der Einstellung der ABM-Kraft Dr. Witusch gedacht. Dazu zählen im Prinzip bereits die Blockflötengruppen von 6- bis 10jährigen Kindern, die als Vorkurse für einen Blockflötenkreis angesehen werden. Der Musikpädagoge erhofft sich für sie noch einen stärkeren Zuspruch. Ebenso aber auch bei den Angeboten für Jugendliche und Erwachsene. Immerhin gibt es, ebenfalls seit Anfang September, bereits ein Kammermusikensemble von 14- bis 18jährigen, in dem auch Folklore auf dem Programm steht. „Das“, freut sich der Musikpädagoge, „sind schon sehr fortgeschrittene Instrumentalisten.“ 6 Klarinetenschüler, die sich darüber hinaus zusammenfinden, sind Aspiranten des Waldarbeiter-Instrumentalmusikvereins, einige von ihnen schon weit fortgeschritten, 3 allerdings noch „blutige Anfänger“. Und am kommenden Mon-

tag beginnt die Schulung von 2 Saxophonisten – „gestandene Männer“, sagt Dr. Witusch, „die schon lange in der Blaskapelle spielen“.

Autodidakten haben auf Dauer Schwierigkeiten, voranzukommen, weiß der Musikpädagoge. „Da geht es um gezielte Einzelförderung im Fingern, um das Bewußtmachen von Schwierigkeiten und die Therapie, um die Entwicklung eines kritischen musikalischen Bewußtseins.“

Musik betreibenden Vereinen steht so ein Entwicklungsschub ins Haus. Und die Hausmusik? „Leider haben sich bisher keine Gemeinschaften gemeldet“, bedauert Dr. Witusch. „Ich kann jetzt nur in der nachwachsenden Generation die Grundlagen schaffen, daß später Hausmusik auf höherem, bei der Kammermusik angesiedeltem Niveau Platz greift.“ Und er kann warten – vielleicht melden sich ja doch noch Gruppen aus familiären Gemeinschaften, die Lust haben und den Willen aufbringen, zum Musikinstrument zu greifen und verschüttete Kenntnisse in einer Grundausbildung wieder auszugraben. Immerhin hat Dr. Witusch in St. Andreasberg bereits einen musikalischen Einstieg gefunden. „Nach St. Andreasberg bereits einen musikalischen Einstieg gefunden.“ „Nach schwierigen Wochen, in denen alles zäh anlief, bin ich nun recht optimistisch“, stellt er fest. te-



Sprungseile werden als Andeutung von Notenlinien ausgelegt, weiße Scheiben darüber oder darunter sind zunächst nur Symbol für die Tonlage.

„Keramik – Alte Kunst – Moderne Technik“

Technologische Entwicklung dank moderner Ingenieurkeramik – Festvortrag von Rektor Prof. Dr. Hans-Walter Henricke

CLAUSTHAL-ZELLERFELD. Mit einem Fachvortrag über das Thema „Keramik – Alte Kunst – Moderne Technik“ gab Prof. Dr. Hans-Walter Henricke seinen „Einstand“ als neuer Rektor der TU Clausthal. Der Vortrag, schon vom Thema her faszinierend, bot weniger den kulturhistorischen Aspekt der Keramik, obwohl Freunde dieser alten Kunst sehr wohl auf ihre Kosten kamen, durch die hervorragenden Dias, sondern war auf den Gesichtspunkt des Werkstoffes abgestellt. Es ist wohl nicht verwunderlich, so Prof. Henricke, daß ein Werkstoffwissenschaftler beim Betrachten einer Keramik nach dem ersten sinnlichen Eindruck eines Kunstgenusses nach Art des Stoffes und Methode der technischen Werkstoffbeherrschung fragt.

Der Vortrag schlug so eine werkstoffbezogene Brücke von der künstlerischen historischen Keramik über die Industriekeramik einer Massenproduktion zur technischen Keramik mit ihren modernen Ansätzen, die technologische Durchbrüche ermöglichen.

Prof. Henricke ging der Frage nach „Was ist Keramik?“ und stellte die unterschiedlichen klassischen Techniken und Bestandteile denen der modernen Ingenieurkeramik gegenüber. Während beim ersteren natürliche Rohstoffe verwendet werden, benutzt die moderne Ingenieurkeramik chemisch hergestellte Rohstoffe besonderer Reinheit. In dem Vortrag wird die Entwicklung der Keramik als Kunsthandwerk gegeben, die lokal sehr unterschiedlich war und prähistorisch etwa zwischen 1000 bis 2000 vor Chr. Geburt liegt. Unter Werkstoffgesichtspunkten zeigte der Rektor die klassischen Stoffgruppen für Gefäß-Keramik und dabei Beispiele aus Ägypten, Kleinasien und Persien. Aufgezeigt wurde die Entwicklung des chinesischen Porzellans (auch hier wieder herrliche Beispiele), die der Dekor-



Rektor Prof. Dr. Henricke (rechts am Pult) bei seinem Festvortrag anlässlich der Rektoratsübergabe in der Aula.

Foto: HaBe

technik mit Unterglasur- und Aufglasurmalerei. Nach der porösen griechischen Vasen-Keramik mit ersten Hinweisen auf industrielle Fertigung durch Formenschüssel und Stempel als Reduktionsmittel dann die Entwicklung im europäischen Mittelalter mit dem rheinischen Steinzeug und dem Salzglasurverfahren. Eine Leitlinie für die Herstellung von Hohlgeschirr ist die geschichtlich nicht zu datierende Töpferscheibe, die sich von ursprünglich langsam drehbaren Steinvorrichtungen zur schnellaufenden Scheibe entwickelte.

Anhand von „Kugel-Modellen“ erläuterte der Referent die unterschiedlichen Gefüge in den Materialien, wobei deutlich wird, daß die gleichgroßen Kugeln die gewünschte Verdichtung ergeben und damit die Voraussetzung für die moderne Ingenieurkeramik bietet, die die Kristalleigenschaften für verbesserte physikalisch-chemische Eigenschaften nutzen will. Die Formgebungsverfahren und Sinterverfahrenstechnik erfordern Feinstmahlung und Plastifizierung mit organischen Zusätzen zu den reinen Stoffen. Aus dem Nachbargbiet der Polymerverarbeitung wird das „Spritzgußverfahren“

in die Keramik „importiert“, daneben das Schlickergießen zum Verfahren unter Druckeinsetz weiterentwickelt. Damit werden neue Werkstoffe in komplizierter Form herstellbar, die vielfältig einzusetzen sind. So z. B. beim Motorbau für Kolbenringe und Zylinderausbau, für Katalysatoren, als Dichtscheiben für Warmwassermischbatterien, als Fadenführer in der Textilverarbeitung oder in der Bio-keramik für Knochenersatzwerkstoffe mit guter Verträglichkeit im menschlichen Körper bei künstlichen Hüftgelenken oder Zahnwurzelimplantaten.

HaBe

Harzkurier

Harzkurier

Harzkurier

Harzkurier

CDU holte sich genaue Informationen über Kreishaushalt

Sachorientierte Beratung soll sichergestellt werden

Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich im Rahmen ihrer Haushaltsberatung zum Haushalt 1989 von dem stellvertretenden Amtsleiter des Amtes für Finanzwesen des Landkreises Goslar, Herrn Prokscha, detaillierte Erläuterungen eingeholt.

Wie der Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Werner Grübner dazu mitteilt, wollen die Kreistagsabgeordneten der CDU durch dieses Verfahren eine intensive, sachorientierte innerfraktionelle Beratung sicherstellen. Dabei werde es Ziel sein, so Grübner, vor allem die investiven Ausgaben zu stärken. Dies müsse zwangsläufig zur Folge haben, daß konsumtive Mittel, vor allem die freiwilligen Leistungen des Landkreises Goslar, einer intensiven Überprüfung unterzogen werden müssen. Da investive Mittel besonders arbeitsplatzfördernd seien, komme ihnen eine herausgehobene Position zu.

Nach wie vor strebe die CDU-Kreistagsfraktion, betonte Werner Grübner, den Erhalt aller Berufsschulstandorte im Landkreis Goslar an. Dies sei auch aus strukturpolitischen Gründen ein Gebot der Stunde.

Ein weiteres Augenmerk werde die Fraktion nach den Worten ihres Vorsitzenden auf die Personalkosten des Landkreises legen. Wie schon im Vorjahr, werde die CDU-Fraktion versuchen, in diesem Bereich den sinkenden Einwohnerzahlen Rechnung zu tragen. Dies bedeute, so Werner Grübner, daß insgesamt geprüft werden müsse, inwieweit ein Schwund der Einwohner des Landkreises sich auch in der Beschäftigungszahl des Landkreises widerspiegele.

Man beabsichtigt zu überprüfen, ob einige freiwerdende Stellen in jedem Fall wiederbesetzt werden müssen, wobei allerdings veränderte Aufgabenstellungen des Landkreises Berücksichtigung erfahren müssen.

28.10.88

Investive Ausgaben sollen gestärkt werden

Goslar/Seesen. (bo) Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich im Rahmen ihrer Haushaltsberatung zum Haushalt 1989 von dem stellvertretenden Amtsleiter des Amtes für Finanzwesen des Landkreises Goslar, H. Prokscha, detaillierte Erläuterungen eingeholt.

Wie der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Werner Grübmeier, dazu mitteilte, wollten die Kreistagsabgeordneten der CDU durch dieses Verfahren eine intensive, sachorientierte innerfraktionelle Beratung sicherstellen. Dabei werde es Ziel sein, so Grübmeier, vor allem die investiven Ausgaben zu stärken. Dies müsse zwangsläufig zur Folge haben, daß konsumtive Mittel, vor allem die freiwilligen Leistungen des Landkreises Goslar, einer intensiven Überprüfung unterzogen werden müssen.

Da investive Mittel besonders arbeitsplatzfördernd seien, komme ihnen eine herausgehobene Position zu.

Nach wie vor strebe die CDU-Kreistagsfraktion nach den Worten Grübmeiers den Erhalt aller Berufsschulstandorte im Landkreis Goslar an. Dies sei auch aus strukturpolitischen Gründen ein Gebot der Stunde.

Ein weiteres Augenmerk werde die Fraktion auf die Personalkosten des Landkreises legen. Wie schon im Vorjahr werde die CDU-Fraktion versuchen, in diesem Bereich den sinkenden Einwohnerzahlen Rechnung zu tragen. Dies bedeute, so Werner Grübmeier, daß insgesamt geprüft werden müsse, inwieweit sich ein Schwund der Einwohner des Landkreises auch in der Beschäftigtenzahl des Landkreises widerspiegele. Man beabsichtige zu überprüfen, ob einige freiwerdende Stellen in jedem Fall wiederbesetzt werden müssen, wobei allerdings veränderte Aufgabenstellungen des Landkreises Berücksichtigung erfahren müssen.

Landesverbandstagung

Reichsbund

Ufer-Ems-Halle Okt. 1988

OLDENBURG



Wechsel im Amt



Feierabendbörse



Radfest

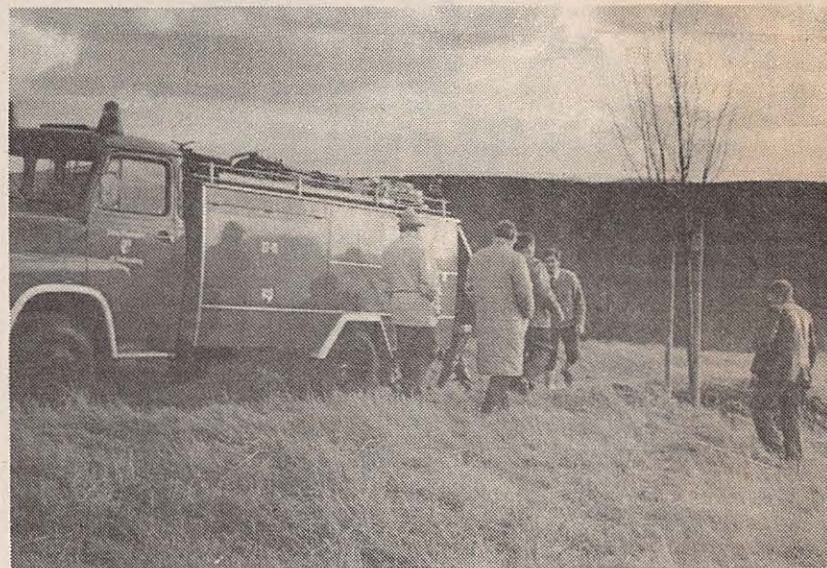
Vier Bäume »Grundstein« für eine neue Allee

Bürgermeister packte kräftig zu — Blaskapelle und Feuerwehr halfen

ST. ANDREASBERG cher — Sozusagen die ersten Spatenstiche für eine Baumallee über die Kuppe des Glockenberges taten am vergangenen Samstag Bürgermeister Werner Grübmeier, Stadtdirektor a.D. Karl-Heinz Baumgarten sowie Vertreter der Kreissparkasse und der Volksbank. Sie alle unterstützten damit eine Initiative des CDU-Stadtverbandes St. Andreasberg. Dieser nämlich hatte für diesen Samstagnachmittag zu einem Baumfest eingeladen, um damit ein Zeichen zur Verschönerung der Bergstadt und ihrer Umgebung zu setzen. Eine Tafel am Beginn dieser neuen Allee erinnert ebenfalls seit diesem Samstag an dieses Vorhaben des CDU-Stadtverbandes, das jährlich wiederholt werden soll.

Peter Schenk, der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes, durfte zu diesem ersten St. Andreasberger Baumfest eine ganze Reihe von interessierten Bürgern begrüßen, wies zu Beginn der Pflanzaktion auf die zukunftsweisende Bedeutung dieses Vorhabens hin und richtete herzliche Dankesworte an die ersten Spender künftiger Alleeebäume.

Unter zündenden Klängen der St. Andreasberger Blaskapelle wurden dann die ersten vier Alleeebäume in die vorbereiteten Löcher gesetzt, wobei die Pflanzler für diese körperliche Betätigung sogar recht dankbar schienen. Angesichts der empfindlich kühlen Winde, die hier oben auf dem Glockenberg herrschten, sicherlich kein Wunder. Von bereits stattlicher Größe waren die Bäumchen, die hier ihren künftigen Standort fanden, ein Spitzahorn, eine Mehrbeere, eine Weißerle und eine Som-



Den Schlußpunkt setzte die Feuerwehr

merlinde. Natürlich begleitete die Arbeit der Pflanzler die Hoffnung aller, daß alle vier Bäume das Bemühen ihrer Spender mit kräftigen Wachstum belohnen mögen.

Die Blaskapelle unter der Leitung von Karl-Heinz Plostener jedenfalls tat ihr Bestes dazu und begleitete jeden Schaufelschwung musikalisch. Den Schlußpunkt unter die eigentliche Pflanzaktion setzte dann der stellvertretende Stadtbrandmeister Paul Libitowski mit seinen Mannen, als er den jungen Bäumen reichlich Naß aus seinem Tanklöschfahrzeug spendete. Leicht werden es die vier Bäume an ihrem

Standort nicht haben, das war auch Bürgermeister Grübmeier klar, der aber dennoch diese Aktion des CDU-Stadtverbandes als wertvollen Beitrag und beispielhaftes Engagement für das Gemeinwesen St. Andreasberg wertete.

Ein gemütliches Beisammensein in der Gaststätte »Bergblick« schloß sich an die Aktion vor Ort an, und darüber waren nun die Teilnehmer an diesem Baumfest sehr dankbar. Immerhin bekamen sie nun Gelegenheit, sich hier von den empfindlich kühlen Temperaturen auf dem Glockenberg zu erholen.

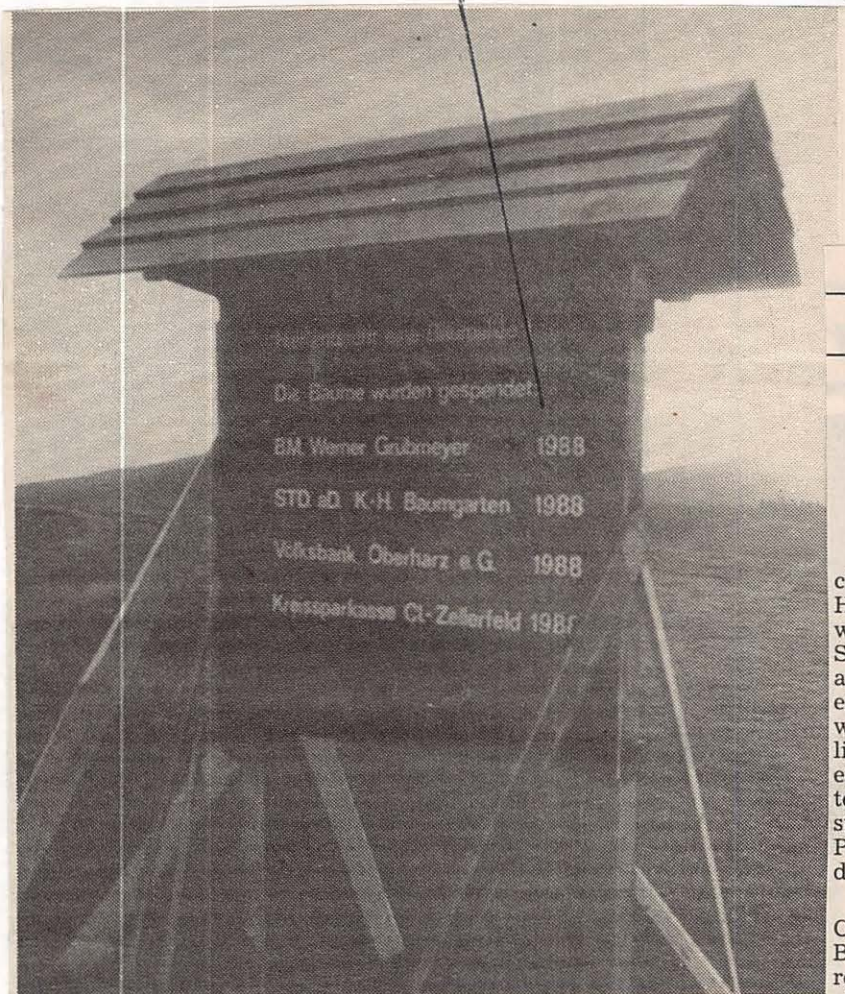


Bei diesen Temperaturen wurde gerne kräftig zugelangt



1964

Man beachte!



Eine Tafel weist auf das hier Entstehende hin

Donnerstag, 27. Oktober 1988

Höhepunkt der Arbeit vor Ort

CDU-Stadtverband pflanzt neue Bäume

ST. ANDREASBERG. Ein Zeichen zur Verschönerung ihrer Heimatstadt und der Umgebung wollen die Mitglieder des CDU-Stadtverbandes St. Andreasberg am kommenden Sonnabend mit einem „Baumfest“ setzen. „Wir wollen diese Veranstaltung jährlich wiederholen und hoffen, daß eines Tages aus den erstgepflanzten Bäumen eine schöne Allee entsteht“, schreibt der Vorsitzende, Peter Schenk, in seiner Einladung.

Das Baumfest soll für die Christlichen Demokraten der Bergstadt zum „Höhepunkt unserer Arbeit vor Ort“ werden. Mitglieder und Gäste werden aufgerufen, ihre Partner und Kinder zu der Veranstaltung mitzubringen.

Treffen ist am Sonnabend, dem 29. Oktober, um 15 Uhr, beim Parkplatz unterhalb des Hotels Glockenberg. Nach einer kurzen Begrüßung ist ein gemeinsamer Spaziergang zum Pflanzort am Glockenberg vorgesehen. Die eigentliche „Aktion“ wird durch Bürgermeister Werner Grübmeier, Stadtdirektor a. D. Karl-Heinz Baumgarten sowie Vertretern der Kreissparkasse und der Volksbank ausgeführt und von musikalischen Beiträgen des Waldarbeiterinstrumentalvereins begleitet.

Später ist ein gemütliches Beisammensein in der Gaststätte Bergblick geplant. Das Baumfest soll bis etwa 18 Uhr dauern. P.W.



Landesversicherungsanstalt Hannover - Postfach 1310 - 3014 Laatzen

Herrn Bürgermeister
Werner Grübmeier
Rathaus

3424 St. Andreasberg

Landesversicherungsanstalt Hannover

Die Geschäftsführung

Geschäftszeichen: I/3(8) 393-03.1 ha-hr

Bei allen Zuschriften bitte vollständig angeben!

3014 Laatzen, den 1. November 1988

Lange Weihe 2 Telex: 921106 lvaha d

☎ (0511) 829-1 Btx: 0511829 · Telefax: (0511) 8292635

Durchwahl 829-3673

Anrufe möglichst während
der Zeit von
9.00-15.00 Uhr erbeten

Bezug: Ihr Schreiben vom 13.09.88

Betreff: Errichtung einer Fachklinik für
Anschlußheilbehandlungen in St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

Ihr obiges Schreiben, in dem Sie uns von den Planungen von Rat und Verwaltung der Stadt St. Andreasberg zur Schaffung einer Fachklinik für Anschlußheilbehandlungen informieren, haben wir mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, verfügt die Landesversicherungsanstalt Hannover in dem von Ihnen in Aussicht genommenen Behandlungsspektrum sowohl auf dem Gebiet der Anschlußheilbehandlungen als auch auf dem Sektor der allgemeinen Heilbehandlung über eine ausreichende Anzahl von Behandlungsbetten in eigenen Fachkliniken und in fremden Kureinrichtungen.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir zur Inaussichtstellung einer evtl. Anerkennung der geplanten Klinik als Anschlußheilbehandlungseinrichtung erst dann abschließend Stellung nehmen können, wenn uns ein ausführliches ärztliches Konzept vorliegt. Voraussetzung für eine evtl. Belegung einer neuen Klinik ist ferner, daß die bauliche Gestaltung, die personelle und apparative Ausstattung der diagnostischen und therapeutischen Abteilungen den Vorstellungen der Belegungsträger entsprechen und daß bei marktgerechten Pflegesätzen zufriedenstellende Leistungen erbracht werden.

Wenn all diese Kriterien erfüllt sind, besteht unsererseits sicherlich durchaus die Möglichkeit einer Mitbelegung der geplanten Klinik.

Bei dieser Aussage setzen wir aber voraus, daß sich bei Fertigstellung des Klinikprojektes die Anzahl der Heilbehandlungsanträge und die der zu gewährenden Maßnahmen für den Bereich der Landesversicherungsanstalt Hannover mindestens auf dem heutigen Stand bewegen und die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen für die Gewährung einer Rehabilitationsmaßnahme keine Änderung erfahren.

...

Bankkonten (sämtl. in Hannover):	Konto-Nr.	Bankleitzahl	Landeszentralbank	250 01 669	250 000 00
Norddeutsche Landesbank Girozentrale	101 359 024	250 500 00	Bank für Gemeinwirtschaft AG	10030 304 00	250 101 11
Dresdner Bank AG	106 5099	250 800 20	Commerzbank AG	3163 466	250 400 66
Deutsche Bank AG	4 05 753	250 700 70	Vereins- u. Westbank AG	75/11 777	250 300 00
Norddeutsche Genossenschaftsbank	693 040	250 600 00	Postgirokonto Hannover	59 59-303	250 100 30

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

BERLIN

- Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz -

Der Regierende Bürgermeister, Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

Herrn
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

34 24 St. Andreasberg

Zimmer

Fernruf 78 31 (Vermittlung)

Apparat (Durchwahl 783 + App.-Nr.)
Intern (90)

Datum

2. November 1988

Betr.: Berufung eines Mitglieds in den Fernsehrat des ZDF
nach § 14 Abs. 1 Buchst. r ZDF-Staatsvertrag

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

die Regierungschefs der Länder haben auf ihrer Konferenz vom 26. bis 28. Oktober 1988 beschlossen, Sie als Nachfolger für Frau Dr. Hannemarie Kühler gem. § 14 Abs. 3 und 8 des ZDF-Staatsvertrages für den Rest der Amtszeit in den Fernsehrat des ZDF zu berufen.

Nach § 14 Abs. 5 ZDF-Staatsvertrag bitte ich Sie, mir innerhalb von 14 Tagen nach Eingang dieses Schreibens mitzuteilen, ob Sie die Berufung annehmen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Dr. Stronk

Chef der Senatskanzlei



ZDF

Zweites Deutsches Fernsehen
Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Intendant

Zweites Deutsches Fernsehen · Postfach 40 40 · 6500 Mainz 1

Herrn
Werner Grübmeier
Quellstraße 9

3424 St. Andreasberg

Essenheimer Straße
6500 Mainz-Lerchenberg
Telefon 0 61 31/7 01 oder
70 plus Nebenstelle
Telex 4 187 930 zdfd
Telefax 0 61 31/7 28 55

Ihr Zeichen und Tag

Unser Zeichen

Telefon Nebenstelle

Ort/Datum

Ki

2000

4. November 1988

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Herr Regierender Bürgermeister Diepgen, hat mich darüber informiert, daß die Regierungschefs der Länder beschlossen haben, Sie in den Fernsehrat des ZDF zu berufen. Ich freue mich, daß Sie die Nachfolge von Frau Dr. Kühler, die inzwischen dem ZDF-Verwaltungsrat angehört, in diesem Gremium antreten.

Als ich Sie vor etwa 1 1/2 Jahren bei Ihrem Besuch hier im ZDF kennenlernte, war noch nicht abzusehen, daß wir so bald einen, wie ich nun hoffe, kontinuierlichen Kontakt haben würden. Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit und bin

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Prof. Dieter Stolte

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

BERLIN

- Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz -

Der Regierende Bürgermeister, Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

Herrn
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

Zimmer

Fernruf 78 31 (Vermittlung)

Apparat (Durchwahl 783 + App.-Nr.)
Intern (90)

Datum
11. November 1988

Betr.: Berufung eines Mitglieds in den Fernsehrat des ZDF
nach § 14 Abs. 1 Buchst. r ZDF-Staatsvertrag

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

Sie haben mir gegenüber erklärt, daß Sie die von den Regierungschefs der Länder ausgesprochene Berufung in den Fernsehrat des ZDF annehmen. Ich habe den Vorsitzenden des Fernsehrats und den Intendanten des ZDF hiervon unterrichtet.

Für Ihre neue Aufgabe darf ich Ihnen, auch im Interesse des ZDF, viel Erfolg wünschen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

u
Detlef Stronk

Dr. Stronk
Chef der Senatskanzlei

Werner Grübmeier im Fernsehrat des ZDF

Sitzt St. Andreasbergs Bürgermeister künftig „im Fulltimejob“ vor dem Fernseher?

ST. ANDREASBERG. Auf Vorschlag der niedersächsischen Landesregierung hat die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Regierendem Bürgermeister Dieppen den St. Andreasberger Bürgermeister Werner Grübmeier in den Fernsehrat des ZDF berufen. In das mit Spitzenvertretern der Parteien, von Verbänden und Vereinigungen besetzten Gremium, in dem das Land auch durch Staatssekretär a. D. Hilmar von Poser repräsentiert wird, rückte Grübmeier für die Präsidentin des Landesarbeitsgerichts, Dr. Hannelore Kühler, nach. Im Programmausschuß Familie und Jugend hat Grübmeier inzwischen die Aufgabe bundesweiter Programmebeobachtung der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender übernommen.

Vorschlag und Wahl waren kein Zufall. Grübmeier galt bereits als Landtagsabgeordneter als Medienspezialist über die Landesgrenzen hinaus und war als Vorsitzender des Arbeitskreises Medien der CDU-Fraktion an der Entwicklung der Grundlagen für das Private Fernseh-

wesen beteiligt. Im Hochschulwesen spricht Grübmeier nach wie vor ein wichtiges Wort mit, er ist im Präsidium des Niedersächsischen Städtetages vertreten, im Beirat des Niedersächsischen Heimatbundes, im Vorstand des Landesverbandes der Volkshochschulen. Neben weiteren Aufgaben auf höherer Ebene nimmt er auch noch das des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag wahr – „ein



Werner Grübmeier

typischer Rentner“, sagt seine Ehefrau, „der im Ruhestand erst recht keine Zeit mehr hat.“

Über seine neue Aufgabe macht sich Werner Grübmeier keine Illusionen: „Man sagt, es sei ein Fulltimejob“, weiß er inzwischen. Die Programmebeobachtung hofft er gleichwohl so wahrnehmen zu können, daß er nicht täglich stundenlang im

Wechsel von einem Kanal zum anderen vor dem Fernseher sitzen muß. Grübmeier möchte, wie er im Gespräch mit der GZ versichert, auch auf Echo und Urteil anderer bauen. Was immerhin Hoffnung erweckt, daß er auch künftig noch zu sprechen sein wird, wenn er gerade im Lande ist.

Werner Grübmeier sieht seine Aufgabe im ZDF-F Fernsehrat allerdings nicht isoliert von den Interessen, die er für den Harz vertritt. Zunächst einmal sieht er bereits als Mitglied des Fernsehrates Einflußmöglichkeiten: „Ich hoffe, daß sich durch meine Tätigkeit auch die etwas vergessenen Regionen vielleicht einmal im Programm wiederfinden“, meint St. Andreasbergs Bürgermeister mit Blick auf das 2. Deutsche Fernsehen: „Danke der guten Beziehungen eines gewissen Menschen kann können wir uns eigentlich nicht beklagen, soweit es um den NDR geht, aber im ZDF ist der Harz fast ein Fremdwort.“

Darüber hinaus aber glaubt Werner Grübmeier an die Möglichkeit, durch intensiveren Kontakt mit Politikern aus Bonn und den anderen

Ländern, darüber hinaus mit Spitzenvertretern von Verbänden, die Interessen des Harzes noch besser vertreten zu können als bisher. Das trifft für die TU Clausthal genau so zu wie für süddeutsche Bestrebungen, das Biathlon-Landesleistungszentrum in Zellerfeld aufzulösen. In der Frage der Anbindung an den Olympiastützpunkt Hannover-Wolfsburg habe er soeben ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Niedersächsischen Skiverbandes, Karl-Heinz Baumgarten, dessen Stellvertreter Lampe und dem Leiter des Stützpunktes in Hannover, Axel Schlotmann geführt, stellt Werner Grübmeier dazu fest. „Und mit dem Bundesinnenminister sitze ich nun im gleichen Ausschuß.“

Werner Grübmeier nur noch in Hannover, in Bonn und in Mainz, oder zu Hause vor dem Fernseher? „Meine zweite Liebe gehört den Medien und der TU – meine erste der Bergstadt“ versichert er, überzeugt davon, daß er in der Lage ist, sein Amt als Bürgermeister von St. Andreasberg weiterhin ausfüllen zu können.

te-

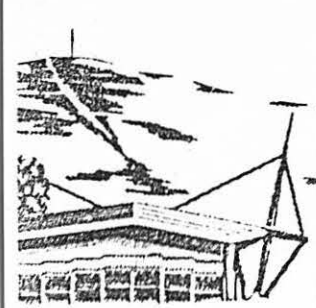
„Schicksal der Kriegsblinden muß Mahnung an alle sein“

Internationaler Kriegsblindenkongreß tagt in Braunlage – Spitzen aus Politik und Bundeswehr dabei – Friedensresolution entworfen

BRAUNLAGE. „Wenn wir vom Frieden sprechen, dann haben wir eine tiefe innere Begründung. Wir haben den grausamen und sinnlosen Krieg erlitten und leiden an seinen Folgen bis an den heutigen Tag.“ Ein eindringliches Plädoyer für den Frieden hielt Dr. Franz Sonntag, der Präsident des Internationalen Kriegsblindenkongresses (IKK), gestern vor den Vertretern der Mitgliedsstaaten. Von Sonnabend bis Dienstag tagen die Teilnehmer aus insgesamt elf Ländern in der Kurklinik für



HARZ



Aktion Clusthal-Zellerfeld
 Inga Meier-Cortes,
 Tempes, Peter Weiss
 Straße 3, ☎ (05323) 7008
 Redaktion Braunlage
 Albert Reiter
 Wilhelm-Straße 32a, ☎ 3111

nine heute

sthal-Zellerfeld

Museum: 9-12 Uhr
 Theater: 19.30 Uhr „Big“
 Als die Liebe laufen lernte“
 15-10-12, 15-17 Uhr, Seil-
 Christel Keller

Altenau

10-12, 14-16, 17-19,

Vildemann

Stollen: 11 Uhr Führung

Andreasberg

Verkehrsamtsamt: 14 Uhr Nach-
 erung mit Dirk

Braunlage

Dieter Hucks: 11, 15 und



Werner Grübmeier im Fernsehrat des ZDF

Sitz St. Andreasbergs Bürgermeister künftig „im Fulltimejob“ vor dem Fernseher?

ST. ANDREASBERG. Auf Vorschlag der niedersächsischen Landesregierung hat die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Regierendem Bürgermeister Dieppen den St. Andreasberger Bürgermeister Werner Grübmeier in den Fernsehrat des ZDF berufen. In das mit Spitzenvertretern der Parteien, von Verbänden und Vereinigungen besetzten Gremium, in dem das Land auch durch Staatssekretär a. D. Hilmar von Poser repräsentiert wird, rückte Grübmeier für die Präsidentin des Landesarbeitsgerichts, Dr. Hanne-Marie Kühler, nach. Im Programm-ausschuß Familie und Jugend hat Grübmeier inzwischen die Aufgabe bundesweiter Programmbeobachtung der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender übernommen.

Vorschlag und Wahl waren kein Zufall. Grübmeier galt bereits als Landtagsabgeordneter als Medienspezialist über die Landesgrenzen hinaus und war als Vorsitzender des Arbeitskreises Medien der CDU-Fraktion an der Entwicklung der Grundlagen für das Private Fernseh-

hen beteiligt. Im Hochschulwesen spricht Grübmeier nach wie vor ein wichtiges Wort mit, er ist im Präsidium des Niedersächsischen Städtetages vertreten, im Beirat des Niedersächsischen Heimatbundes, im Vorstand des Landesverbandes der Volkshochschulen. Neben weiteren Aufgaben auf höherer Ebene nimmt er auch noch das des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag wahr – „ein typischer Rentner“, sagt seine Ehefrau, „der im Ruhestand erst recht keine Zeit mehr hat.“

Über seine neue Aufgabe macht sich Werner Grübmeier keine Illusionen: „Man sagt, es sei ein Fulltimejob“, weiß er inzwischen. Die Programmbeobachtung hofft er gleichwohl so wahrnehmen zu können, daß er nicht täglich stundenlang im

Wechsel von einem Kanal zum anderen vor dem Fernseher sitzen muß. Grübmeier möchte, wie er im Gespräch mit der GZ versichert, auch auf Echo und Urteil anderer bauen. Was immerhin Hoffnung erweckt, daß er auch künftig noch zu sprechen sein wird, wenn er gerade im Lande ist.

Werner Grübmeier sieht seine Aufgabe im ZDF-F Fernsehrat allerdings nicht isoliert von den Interessen, die er für den Harz vertritt. Zunächst einmal sieht er bereits als Mitglied des Fernsehrates Einflußmöglichkeiten: „Ich hoffe, daß sich durch meine Tätigkeit auch die etwas vergessenen Regionen vielleicht einmal im Programm wiederfinden“, meint St. Andreasbergs Bürgermeister mit Blick auf das 2. Deutsche Fernsehen: „Dank der guten Beziehungen eines gewissen Menschen kann können wir uns eigentlich nicht beklagen, soweit es um den NDR geht, aber im ZDF ist der Harz fast ein Fremdwort.“

Darüber hinaus aber glaubt Werner Grübmeier an die Möglichkeit, durch intensiveren Kontakt mit Politikern aus Bonn und den anderen

Ländern, darüber hinaus mit Spitzenvertretern von Verbänden, die Interessen des Harzes noch besser vertreten zu können als bisher. Das trifft für die TU Clausthal genau so zu wie für süddeutsche Bestrebungen, das Biathlon-Landesleistungszentrum in Zellerfeld aufzulösen. In der Frage der Anbindung an den Olympiastützpunkt Hannover-Wolfsburg habe er soeben ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Niedersächsischen Skiverbandes, Karl-Heinz Baumgarten, dessen Stellvertreter Lampe und dem Leiter des Stützpunktes in Hannover, Axel Schlotmann geführt, stellt Werner Grübmeier dazu fest. „Und mit dem Bundesinnenminister sitze ich nun im gleichen Ausschuß.“

Werner Grübmeier nur noch in Hannover, in Bonn und in Mainz, oder zu Hause vor dem Fernseher? „Meine zweite Liebe gehört den Medien und der TU – meine erste der Bergstadt“ versichert er, überzeugt davon, daß er in der Lage ist, sein Amt als Bürgermeister von St. Andreasberg weiterhin ausfüllen zu können.

te-

● DEUTSCHE PERSONALIEN DER WOCHE

vom 20. November
bis 27. November

Orden

Dr. Friedrich Wilhelm Christians, ehemaliger Vorstandssprecher der Deutschen Bank, wurde Donnerstag in **Düsseldorf** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet.

Alfred Neven DuMont, Herausgeber des „Kölner Stadt-Anzeiger“ und des „Express“, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und seither Ehrenmitglied des BDZV-Präsidiums, wurde Mittwoch in **Düsseldorf** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet.

Hansheinz Hauser, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und Präsident der Handwerkskammer **Düsseldorf**, wurde Donnerstag mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet.

Wilhelm Frenger wurde Mittwoch in **Düsseldorf** mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Walter Christ, Betriebsdirektor bei den Stadtwerken **Düsseldorf**, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Günther A. Granser, Vizepräsident der Organisation für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, wurde in **München** mit dem Verdienst-Großkreuz mit Stern des Souveränen Malteser-Ordens ausgezeichnet.

Professor Heinz Wallberg, Generalmusikdirektor, wurde Donnerstag in **Düsseldorf** mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet.

Ehrungen

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wurde Dienstag von der Universität **Sofia** in Bulgarien mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet.

Professor Ursula Lehr, Direktorin an der Ruprecht-Karls-Universität **Heidelberg**, wurde von der Universität Fribourg/Schweiz mit der Ehrendoktorauszeichnung ausgezeichnet.

Jan Meyer-Rogge, Bildhauer, wurde Donnerstag in **Hamburg** mit dem Edwin-Scharff-Preis 1987 ausgezeichnet.

Dr. Heinz Malanger, Präsident der Industrie- und Handelskammer, wurde mit der Ehren-

bürgerwürde der Stadt **Aachen** ausgezeichnet.

Professor Dr. Kurt Lotz, Vorstandsvorsitzender der Umweltstiftung WWF Deutschland, und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volkswagenwerk AG., Wolfsburg, wurde auf **Schloß Soesdijk** in Holland von Prinz Bernhard der Niederlande mit dem Titel eines „Komturs vom goldenen Bogen“ ausgezeichnet.

Charlotte Vogt, ehemalige Mitarbeiterin im Fernsprechedienst der Bundeswehr in **Düsseldorf**, wurde mit der Bundesverdienstmedaille ausgezeichnet.

Professor Dr. Niklas Luhmann, Soziologe, wurde Mittwoch mit dem Hegel-Preis 1988 der Stadt **Stuttgart** ausgezeichnet.

Dr. Peter C. Thieme, Leiter der Wissenschaftlichen Koordination im BASF-Hauptlaboratorium, wurde von der Universität **Freiburg** zum Honorarprofessor ernannt.

Arnold Kürten, ehemaliger Konrektor der Friedrich-Ebert-Realschule, wurde Dienstag in **Mühlheim** mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet.

Berufungen

Dr. Gustav Mahlr, Professor in der Klinik für Dermatologie und Venerologie der Universität **Köln**, wurde zum Präsidenten der Society for Cutaneous Ultrastructure Research berufen.

Dr. Dieter Neubauer, ehemaliger Produktionsleiter der BASF AG, Ludwigshafen, wurde in die Geschäftsführung der Rheinische Olefin-Werke GmbH (ROW), Wesseling, berufen.

Dr. Theodor Pieper, Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer **Duisburg-Wesel-Kleve**, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung **Duisburg mbH-GFW** berufen.

Hans Friderichs, Bundeswirtschaftsminister a.D. und ehemaliger Vorstandschef der Dresdner Bank, **Frankfurt**, wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden der europäischen Airbus-Industrie berufen.

Werner Grübmeyer, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordne-

ter in **St. Andreasberg**, wurde in den Fernsehrat des ZDF berufen.

Manfred K. Atzert, wurde zum Geschäftsführer der Adia Interim GmbH & Co, **Hamburg**, berufen.

Gerold Tandler, bayerischer Finanzminister, wurde zum Aufsichtsratsmitglied der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH in **Ottobrunn** berufen.

Horst Klosterkemper, Diplom-Wirtschaftsingenieur, wurde zum Geschäftsführer der Messe **Düsseldorf** berufen.

Anzeige

Seitenweise Karrieren: BERUFS-WELT

Der große Stellenteil für Fach- und Führungskräfte enthält interessante Berufsangebote für Sie. Und viele Tips für mehr Erfolg im Beruf. Jeden Samstag in der WELT.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

Heinrich Becker, geschäftsführender Gesellschafter der Privatbrauerei Gaffel Becker & Co., **Köln**, wurde zum Verbandsvorsitzenden des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Brauereien e.V., **Düsseldorf**, berufen.

Erwin Trapp, Präsident des Landgerichts **Wiesbaden**, wurde Donnerstag vom Hessischen Landtag zum Präsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofs berufen.

Jubiläen

Else und Anton Fischer begehen heute in **Bamberg** das Fest der Diamantenen Hochzeit (60 Jahre).

Helene und Jakob Schmitz begingen Freitag in **Papenburg** das Fest der Goldenen Hochzeit (50 Jahre).

PROF. DR.-ING. KURT LESCHONSKI

Herrn Ltd. Reg.-Schuldirektor a. D.
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

Clausthal, 30.11.88

3424 St. Andreasberg

Lieber Herr Grübmeier,

zu Ihrer Berufung in den Fernsehrat des ZDF möchte ich Ihnen sehr herzlich gratulieren. Da ich im Verlauf der letzten Jahre einen Teil Ihrer Bemühungen um die Medien erleben durfte, weiß ich, wie sehr Sie dieser Materie zugetan sind und welche profunden Kenntnisse Sie dazu besitzen.

Nochmals herzlichen Glückwunsch, auch im Namen meiner Frau und alles Gute für die Zukunft.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Kurt Leschonski

Kanzler

Entscheidend geprägt

Einführung des neuen Kanzlers der Universität Göttingen. Cassens: Dr. Volle hat sich um die Universität Osnabrück verdient gemacht.

Nach 14jähriger Amtszeit als Kanzler der Universität Osnabrück ist Dr. Klaus Volle zum Kanzler der Universität Göttingen gewählt worden. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Johann-Tönjes Cassens, führte am Montag dieser Woche Dr. Volle in sein neues Amt ein.

Dr. Volle habe das Profil der Universität Osnabrück entscheidend mitgeprägt, betonte Cassens. Sein Eifrsatz beim Aufbau der Universität, der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und der beiden Sonderforschungsbereiche sei vorbildlich gewesen. Den Ruf, die erfolgreichste Neugründung in der Bundesrepublik Deutschland zu sein, verdanke die Uni-

versität Osnabrück in großem Maße dem Engagement und der Kooperationsbereitschaft Volles.

In Volles Amtszeit als oberster Verwaltungsbeamter der Universität Osnabrück wuchs das Haushaltsvolumen auf neunzig Millionen Mark und der Stellenbestand auf rund 950. An der Universität Osnabrück einschließlich der Abteilung Vechta studieren z. Z. rund 8800 Studenten.

Kanzler Volle tritt sein Amt in Göttingen am 5. Dezember an. Die Daten seines künftigen Arbeitsfeldes: Haushaltsvolumen der Universität einschließlich des Klinikums rund 525 Millionen Mark (davon 53 Millionen Mark an Drittmitteln), rund 7650 Stellen, rund 30 000 Studenten. Der Minister wünschte Dr. Volle Erfolg bei seiner neuen großen Aufgabe. Der Kanzler werde in ihm stets einen Ansprechpartner für die Belange der größten Universität des Landes haben.

Anderswo

Im Sommersemester 1987 war die Zahl der in anderen Bundesländern studierenden Niedersachsen mit über 53 000 um fast 25 000 höher als die Zahl der Nichtniedersachsen an den Hochschulen des Landes mit 28 000. Das ergibt sich aus dem Positionspapier zu den Perspektiven der Hochschulen, das am Dienstag vom Kabinett abschließend beraten wird und dann als vorläufige Stellungnahme zu einem entsprechenden Entschließungsantrag des Landtags gelten soll.

Eine endgültige Stellungnahme wird erst nach den Arbeiten der Hochschulstrukturkommission erfolgen können, die spätestens im Herbst nächsten Jahres vorliegen sollen. Die geringere Zahl von Nichtniedersachsen, die in Niedersachsen studieren, deutet auf die sich inzwischen weiter vertiefende Tendenz zu „attraktiven“ Standorten an, die nicht zuletzt in den Stadtstaaten vermutet werden.

Das Positionspapier geht davon aus, daß in Niedersachsen im Jahr 2000 noch rund 84 000 Studenten vorhanden sein werden. Davon dürften dann rund 20 000 die Fachhochschulen besuchen, die sich damit zahlenmäßig relativ besser halten würden als die wissenschaftlichen Hochschulen. Man rechnet damit, daß es im Kabinett noch Anmerkungen geben wird aus dem Sozialministerium zur Ärzteausbildung. -rb

VW-Gelder

Zusätzlich

Die Hochschulen des Landes erhalten zusätzlich eine Geldzuwendung für die Beschaffung von Geräten.

Rund 22,7 Millionen Mark werden aus dem niedersächsischen Vorab der Stiftung Volkswagenwerk zusätzlich zur Förderung der Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt. Einer entsprechenden Empfehlung des niedersächsischen Landesministeriums hat das Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk zugestimmt. Dies teilte der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Johann-Tönjes Cassens in Hannover mit.

Es handelt sich um die dritte Bewilligung in diesem Jahr. Im März wurden drei Millionen Mark und im Juni 33,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Damit erhalten niedersächsische Forschungseinrichtungen aus Mitteln des VW-Vorab im Jahre 1988 zusätzlich insgesamt knapp sechzig Millionen Mark. In dieser Größenordnung konnten bislang noch nie Stiftungsmittel bereitgestellt werden.

Der Universität Göttingen fließen folgende Gelder zu: 300 000 Mark Teilbeitrag für die Beschaffung eines Kernspintomographen für das Zentrum für Radiologie, 220 000 Mark für ein Laborrechnersystem für den Forschungsschwerpunkt ‚Neurophysiologie der Atmung‘, 1 900 000 Mark zusätzlich für das AIDS-Forschungslabor, 1 130 000 Mark Gerätebeschaffungen für das IV. Physikalische Institut mit dem Ziel der Errichtung eines neuen Sonderforschungsbereiches auf dem Gebiet der Halbleiterforschung, 170 000 Mark Geräteausstattung für das ‚Forschungs- und Studienzentrum für Veredelungswirtschaft im Weser-Ems-Raum‘ an der Abteilung Vechta und 5 500 000 Mark für den weiteren Ausbau des Laser-Laboratoriums in Göttingen, dessen Gesamtkosten 16,2 Millionen Mark betragen werden.

»Fremdenverkehrsbeitrag ist ordnungspolitisch falsch«

Die CDU St. Andreasbergs informierte sich über den viel diskutierten Beitrag — Nicht mehr abzuwehren?

ST. ANDREASBERG kbb — «Wir können hier noch fünf Stunden weiterdiskutieren; der Fremdenverkehrsbeitrag kommt doch.» Mit dieser Einschätzung leitete Geisl Bude am Montagabend das Ende der Diskussion im CDU-Stadtverband ein. Er sprach das aus, was alle dachten, aber nicht zu sagen wagten, auch weil die Obrmacht dadurch deutlich wurde, mit der Rat und Verwaltung zur Zeit fertigwerden müssen. CDU-Vorsitzender Peter Schenk sprach von einem «ordnungspolitisch falschen» Beitrag, denn statt die Bürger in dieser extremen Lage im Oberharz zu entlasten, würden sie belastet.

Zu ihrer Mitgliederversammlung hatte der Stadtverband Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz eingeladen und ihn

um einen Vortrag zum Fremdenverkehrsbeitrag gebeten. Dieser erklärte, daß der Gesetzgeber 1973 die Voraussetzung für diesen Beitrag für Kurorte geschaffen habe. Staatlich anerkannte Kurorte können zur Bestreitung ihrer Werbung sowie der Verbesserung und Unterhaltung ihrer Kurseinrichtungen von Bürgern eine Abgabe verlangen, die einen besonderen wirtschaftlichen Vorteil vom Fremdenverkehr haben.

«Warum sind wir gezwungen, warum werden wir bedrängt, den Fremdenverkehrsbeitrag einzuführen», leitete Grogorenz zur Haushaltslage der Bergstadt über. Denn hier liegt die Ursache für die Forderung der kommunalen Aufsichtsbehörden, daß die Bergstadt endlich den Beitrag erhebt, wie die umliegenden Kurorte auch. Die Bergstadt hat jährlich ein Defizit im Haushalt von rund 1,5 Millionen Mark. Den größten Brocken der Ausgaben machen die Personalkosten aus, mit ebenfalls 1,5 Millionen Mark. Grogorenz nicht ohne Selbstironie: «Wenn wir kein Personal hätten, hätten wir auch kein Defizit.» Für diesen Zusammenhang sei aber der Verlust der Kurverwaltung von rund 860 000 Mark mit steigender Tendenz von Bedeutung.

Sparen kann die Stadt nicht mehr. Das hat sie schon seit Jahren gemacht, wo es nur immer ging. Trotzdem war sie immer darauf angewiesen, daß das Land und der Kreis mit Zuschüssen das Haushaltsloch stopfen (Bedarfszuweisungen). Doch nun hat die Bezirksregierung — das TAGEBLATT berichtete darüber — den Finger auf den Fremdenverkehrsbeitrag gelegt. Hier bestünde noch eine Einnahmequelle für die Stadt. Die habe sie anzuschöpfen.

Weiter wies der Stadtdirektor darauf hin, daß die Bergstadt in naher Zukunft sehr große Investitionen vorhat. Dabei ist sie auf Zuschüsse angewiesen, wobei sie auf die großzügige und zustimmende Prüfung durch die Bezirksregierung hofft:

— Für die Stadtsanierung hofft die Bergstadt auf 9 Millionen Mark, muß dafür auch drei Millionen Mark selbst aufbringen.

— die Abwasserbeseitigung wird rund 15 Millionen Mark kosten, wenn sich die Bergstadt an das Netz des Abwasserverbandes Bad Lauterberg anschließt; Eigenmittel der Stadt: 3,5 Millionen Mark.

— Die Sportplatzsanierung wird etwa eine Million Mark kosten. «Wenn es gut



Zur besseren Anschauung hatte Stadtdirektor Grogorenz Folien für seinen Vortrag anfertigen lassen.

geht» braucht die Stadt nur einen Eigenanteil von 150 000 Mark zu zahlen.

— Bei der Sanierung der Grundstraße hat die Stadt einen Anteil von 367 000 Mark zu tragen.

— In das Bergwerksmuseum müssen in den nächsten Jahren mindestens 300 000 Mark gesteckt werden, will man es erhalten. Gerade hier hofft die Stadtverwaltung auf die Unterstützung von Zuschußgebern.

— Was die dringend erforderliche Attraktivierung des Hallenbades kosten wird, weiß noch niemand.

— Umfangreiche Straßen- und Kanalsanierungs-Maßnahmen sind nötig.

— «und schließlich wollen wir auch noch ein Blockheizkraftwerk bauen», sagte der Stadtdirektor.

Angesichts der Situation, daß die Bergstadt in den nächsten Jahren viel Geld braucht, kann sie sich nach seiner Einschätzung nicht mehr lange gegen die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages wehren.

Grogorenz stellte den CDU-Mitgliedern zwei Modellsatzungen vor, nach denen in der Regel verfahren wird. Nur derjenige, so der Hauptverwaltungsbeamte, habe einen Fremdenverkehrsbeitrag zu zahlen, der unmittelbar oder mittelbar Vorteile durch den Fremdenverkehr hat. Darunter fielen auch die Versorgungsunternehmen wie die Stadtwerke.

Peter Schenk machte einen Denkfehler bei der Argumentation der Aufsichtsbehörde aus: der Begriff «Bedarfszuwei-

sungsgemeinde» erwecke unterschwellig den Eindruck, man sei selbst schuld an der Finanznot. Doch sei das in St. Andreasberg ja nun wirklich nicht der Fall. Der Grund für das immer wiederkehrende Haushaltsloch sei in der Struktur der Stadt zu suchen. Die reichen Gemeinden in Niedersachsen sollten doch froh sein, daß die wenigen Menschen, die im Oberharz lebten, Bürgern aus Ballungsgebieten Kurorte mit einer umfassenden Infrastruktur vorhielten, daß es Wanderwege gebe, die den Fremden zugute kämen. Wenn man die Marktsituation durch den Fremdenverkehrsbeitrag noch verschlechterte, weil die Vermieter beispielsweise die Beiträge auf die Zimmerkosten umlegten, dann sei das ordnungspolitisch ein Fehler. Und wenn die Versorgungsunternehmen auch dem neuen Beitrag unterliegen, dann würden auch für Bürger die Strom- und Wasserpreise steigen.

«Das Leben verteuert sich hier», stellten die Christdemokraten fest. Auch die «Rückführung» der Grundsteuer B gleiche das sicher nicht aus. Stadtkämmerer Siegfried Klüßner hatte darauf hingewiesen, daß es nicht unerheblich für Betriebe sei, wenn der Steuersatz bei der Grundsteuer B herabgesetzt werde.

«Die Entscheidung für oder gegen den Fremdenverkehrsbeitrag ist für jeden Ratsherrn eine Güterabwägung», stellte Schenk fest. Die Partei will sich im Januar noch einmal mit dem Thema beschäftigen.

30. Nov. 1988



Der CDU-Ortsverein St. Andreasberg informiert sich über den Fremdenverkehrsbeitrag.

Nahverkehr weiter verschlechtert: CDU fordert Anruf-Sammeltaxen

ST. ANDREASBERG. Erheblich verschlechtert hat sich nach Ansicht der CDU-Kreistagsfraktion die Situation des öffentlichen Personennahverkehrs im Harz. So bringe der Winterfahrplan weitere Nachteile besonders für die Orte Braunlage, Hohegeiß und St. Andreasberg mit sich. In der Sitzung des Kreistages forderte die CDU-Fraktion daher die Einführung von „Anruf-Sammeltaxen“. In seiner nächsten Sitzung wird sich der Kreisverkehrsausschuß damit befassen.

In dem von Werner Grübmer vorgetragenen Antrag führt die CDU die weiter verschlechterten

Anschlußverbindungen an das Schienennetz der Bahn an. Der zwischenörtliche Linienverkehr drohe ausgehöhlt zu werden. Eine Verbesserung der Anschlüsse an das regionale und überregionale Streckennetz erfordere neue Denkansätze.

Die CDU denkt an die Einführung des „Anruf-Sammeltaxen-Systems“. In Verbindung mit dem Harzer Verkehrsverbund könne es sowohl für die Einwohnerschaft als auch für den Fremdenverkehr eine positive und kostengünstige Verdichtung bringen. Grübmer glaubt, daß einige Harzer vom eigenen Pkw auf das Sammeltaxi umstiegen.

hhs

»Ein Zustand ständiger Erpreßbarkeit«

DGB diskutierte kommunalpolitische Situation der Bergstadt und ihre Abhängigkeit

ST. ANDREASBERG er — »Wir sind als Bedarfszuweisungsgemeinde von den Geldern des Landes abhängig — und leben deshalb in einem Zustand ständiger Erpreßbarkeit.« Harte Kritik übten die SPD-Ratsherren Albert Kehr, Karl Kixmüller und Walter Jagusch auf einer Diskussionsveranstaltung, zu der das Ortskartell des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) eingeladen hatte.

Durch die ständige Abhängigkeit von Zuweisungen könne die Landes- und die Bezirksregierung Druck auf die Bergstadt ausüben und aktuelle Maßnahmen durchsetzen. Als Beispiel nannte Kixmüller die geforderte Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe, die die SPD-Fraktion im Stadtrat ablehnt. Er begründete das Nein damit, daß diese Abgabe von Gastronomen und Einzelhändlern an die Bürger weitergegeben würde und damit nur eine weitere Belastung der Bergstädter bedeute. Auch ein Nachlassen der Investitionsbereitschaft sah Kixmüller voraus. Außerdem gebe es schon heute Schwierigkeiten bei der Erhebung des Kurbeitrags. »Um wieviel schwieriger würde es werden, Berechnungsmöglichkeiten für die Fremdenverkehrsabgabe zu finden!« befürchtete er.

Statt der Einführung neuer Abgaben verlangten die DGB-Gewerkschafter eine Wirtschaftsförderung im Kurbereich. Da St. Andreasberg Kur- und Urlaubsort ist, müsse die Stadt Leistungen für das Vierfache der Stammeinwohnerzahl erbringen. Das werde natürlich durch Steuern und Abgaben auf die Einwohner umge-

legt. Nach Meinung des Ortskartells bestehe ein Anspruch auf Wirtschaftsförderung für den Kurbereich ebenso wie in anderen Orten für Industrie und Gewerbe.

Auch zu aktuellen kommunalen Fragen nahmen die Gewerkschafter und Politiker Stellung. Beim Ausbau der Grundstraße zum Beispiel müsse alles getan werden, um die Belastung der Anlieger so gering wie möglich zu halten. Die Anwohner litten ohnehin schon unter dem Durchgangsverkehr, unter Lärm und Abgasen. Deshalb sei es nur gerecht, ihren Anteil an den Baukosten auf ein Minimum zu beschränken.

Anschließend griff die Runde ein Versprechen von Bürgermeister Werner Grübmeier auf, Aussiedlern in der Bergstadt Wohnung und Arbeitsplätze zu beschaffen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der Abwanderung aus dem Ort sei dies ein »leichtfertiges« Angebot, rügten die Gewerkschafter.

Heftig kritisierten sie auch den Plan, den Weg zur Rehberg-Klinik zu beleuchten. Die Frage stelle sich, warum ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt, in wirtschaftlich schlechter Situation, diese Investition stattfindet. Die SPD-Ratsherren bemängelten außerdem, die Entscheidung sei »so schnell und so schlecht vorbereitet« gefallen, daß zum Beispiel Fragen des Landschaftsschutzes nicht ausreichend geklärt worden seien. Ebenso habe man stets nur von den reinen Baukosten gesprochen, nicht aber von den Folgekosten.

Schließlich widmeten sich die Gewerkschafter noch der Schulpolitik. Hier erinnerten sie an die Zusage, die St. Andreasberger Orientierungsstufe mit der in Braunlage gleichzustellen. Das aber sei nicht mehr gewährleistet. Denn in Andreasberg würden Schüler im Grund- und im Leistungskurs gleichzeitig von einem Lehrer unterrichtet. »Die Eltern erwarten, daß auf dem Rücken ihrer Kinder keine Experimente ausgetragen werden«, formulierte die Runde ihre Kritik zu diesem Punkt.

1.12.
1988

Bei der nächsten Diskussionsrunde steht der Beitragsmodus im Vordergrund

CDU-Stadtverband diskutierte über Fremdenverkehrsbeitrag — Gerd Bude: „Ordnungspolitisch falsch“

ST. ANDREASBERG. Der Vorstand des CDU-Stadtverbandes St. Andreasberg neigt nicht dazu, die Mitglieder der Ratsfraktion unter Druck zu setzen, damit sie die Einführung des Beitrages weiterhin verhindern. Und in der Fraktion wächst die Bereitschaft, sich dem Druck der Bezirksregierung zu beugen. Dieses Fazit konnten die CDU-Mitglieder zum Abschluß der Diskussion um die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages ziehen, die am Montag die Versammlung des CDU-Stadtverbandes bestimmte.

Erneut begründete Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz in einem auf viele Fakten gestützten Referat die Überlegungen, die die Verwaltung der Stadt zum Einschwenken auf die Forderung der Bezirksregierung veranlaßte. Grogorenz verwies vor dem CDU-Stadtverband auf die Rechtsgrundlagen und hob den Zusammenhang mit der Bereitschaft der Bezirksregierung hervor, die Bergstadt bei der Verwirklichung drängender Aufgaben im notwendigen Maß zu unterstützen.

Sparen könne die Bergstadt nicht mehr als bisher, betonte Grogorenz, aber sie müsse den Nachweis erbringen, daß sie ihre Einnahmequellen ausschöpfe. Grogorenz hob die wirtschaftlichen Impulse hervor, die von der Verwirklichung geplanter Vorhaben ausgehen werden und stellte zwei Mustersatzungen vor, nach denen die Bemessung der Beiträge erfolgen kann. Nur wer unmittelbar oder mittelbar vom Fremdenverkehr profitiere, werde zur Zahlung des Fremdenverkehrsbeitrages herangezogen, betonte er.

Zum Hinweis des Stadtdirektors, daß in anderen Kurorten des Harzes der Fremdenverkehrsbeitrag bereits eingeführt sei beziehungsweise eingeführt werde, machte der CDU-Stadtverbandsvorsitzende auf die in wirtschaftlicher und witterungsmäßiger Beziehung besonders schwierige Situation von St. Andreasberg aufmerksam, die nur mit der von Hohegeiß vergleichbar sei. Er bezeichnete den Fremdenverkehrsbeitrag als ordnungspolitisch falsch und bedauerte,

daß mit dem Begriff „Bedarfszuweisung“ unerschwellig der Eindruck erweckt werde, eine Gemeinde sei selbst schuld an der Finanznot. Ursache für die finanzielle Lage sei in der Bergstadt die Wirtschaftsstruktur mit einer Abhängigkeit vom Fremdenverkehr, dessen Aufgaben nicht aus den Fremdenverkehrseinnahmen zu erfüllen seien. Gerd Bude betonte die Sorge, daß sich die Situation für St. Andreasberg bei einer Einführung der Fremdenverkehrsabgabe noch verschlechtern werde, wenn es dadurch zu Verteuerungen komme.

In der Versammlung machte stellvertretender Stadtdirektor Siegfried Käßner noch nähere Erläuterungen. Unter dem Eindruck der ausführlichen Diskussion wurden schließlich die anderen Tagesordnungspunkte der nächsten Versammlung überlassen.

Zu einer weiteren Diskussionsrunde will die CDU-Fraktion die Betroffenen im Januar einladen. Dabei soll dann, erfährt die GZ, vor allem der Beitragsmodus im Vordergrund stehen.

Leserbriefe an die GZ

Zum Bericht „DGB-Ortskartell befaßte sich mit Kommunalpolitik“ in der Ausgabe vom 23. September.

Alle Lichter erloschen

In der Veranstaltung des DGB-Ortskartells St. Andreasberg wurde heftig über die Ausleuchtung des Fußgängerweges zwischen der Bergstadt St. Andreasberg und der Rehberg-Klinik diskutiert. Die Ratsherren Kixmüller, Kehr und Jagusch (SPD-Ratsfraktion) sprachen scheinbar nur von den Patienten der Klinik als einzige Nutznießer des Gehweges. Für den neutralen Leser ergibt sich hier ein Zerrbild. Richtig ist, daß dieser Weg von Bürgern, Gästen der Stadt und Patienten gleichermaßen in Anspruch genommen wird. Verschwiegen werden darf in diesem Zusammenhang auch nicht die Kostenteilung. Mit der Maßnahme der Ausleuchtung des Weges erfolgt gleichzeitig die längst fällige Steuerverkabelung zum Wasserhochbehälter durch die Stadtwerke.

Mithin wurde von der CDU-Ratsfraktion ein wirtschaftlich tragbarer Antrag

in den Rat der Stadt eingebracht, der auch hinreichend vom Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion in der öffentlichen Sitzung des Rates begründet wurde. Die Frage der SPD-Ratsherren auf der obigen Veranstaltung, warum gerade jetzt, darf ich aus meiner Sicht damit beantworten, daß dieses Problem seit einigen Jahren ansteht. Ginge es nach den Aktivitäten der SPD-Ratsfraktion vor Ort, wären längst alle Lichter in St. Andreasberg erloschen.

Die SPD-Ratsherren stellten auf der DGB-Veranstaltung weiter fest, daß die Ausleuchtung des Weges und die Verlegung des Steuerkabels keine Politik im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sei. Hier darf ich die Frage stellen, was haben diese Maßnahmen mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu tun? Nach meiner Auffassung nichts! Eine Gemeinde ist von Bürgern und Einwohnern besiedelt. Für diese werden von der Gemeinde Dienstleistungen erbracht und öffentliche Einrichtungen vorgehalten. Hierfür werden berechtigt Steuern, Abgaben und Gebühren erhoben.

Gerhard Bude

2.

Zur Diskussion um die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages.

Gefährlicher Seiltanz

Alle sprechen davon, viele Gemeinden haben ihn, den Fremdenverkehrsbeitrag. Die Bergstadt blieb nach vielen Mühen bisher davon verschont, obwohl sie eine Bedarfszuweisungsgemeinde ist und am Rande der Existenzfähigkeit lebt. Für die Erledigung ihrer Aufgaben haben die Gebietskörperschaften einen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr aufzustellen. Rat und Verwaltung sind gesetzlich verpflichtet, zur Deckung der Ausgaben alle gesetzlichen Einnahmequellen zu erschließen und auszuschöpfen. Dazu gehört auch bei uns der Fremdenverkehrsbeitrag. Diesem kann sich auf die Dauer die Bergstadt St. Andreasberg nicht entziehen, will sie nicht Schaden nehmen. Das kommunale Rechnungs-

prüfungsamt, als Aufsichtsbehörden der Landkreis Goslar und die Bezirksregierung Braunschweig haben wiederholt den Rat und die Verwaltung in die Pflicht genommen, die Einnahmequelle Fremdenverkehrsbeitrag zur Linderung des Finanznotstandes in St. Andreasberg einzuführen. Bisher lehnte ihn der Rat, und das geht quer durch die Fraktionen, aus meiner Sicht wahrscheinlich aus wahltaktischen Gründen ab. Die Verwaltung konnte nicht, weil sie an die Beschlüsse des Rates gebunden ist.

Ich sehe darin für uns Bürger einen gefährlichen Seiltanz. Landkreis und Bezirksregierung drohen bereits an, die Bedarfszuweisung auf das gesetzliche Minimum zu streichen. Anderer-

seits stellen sie aber in Aussicht, daß bei der Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Bergstadt verstärkt unterstützt wird.

Was geschieht bei weiterer Ablehnung? Die Frage, die uns alle angeht. Ich will mich kurz fassen: Die Bergstadt muß in absehbarer Zeit den finanziellen Notstand ausrufen und schließlich die Zahlungsunfähigkeit feststellen. Die Aufsichtsbehörde wird die Bergstadt kommissarisch verwalten lassen. Der Kommissar wird feststellen, daß die Bergstadt St. Andreasberg als selbständige Stadt lebensunfähig ist und wir werden ein Ortsteil wahrscheinlich von Braunlage. Die Verwaltung wird wahrscheinlich nach

Leserbriefe an die GZ

(Kürzungen vorbehalten)

Braunlage insgesamt oder in größeren Teilen ausgelagert.

Bisher konnten wir bei Wünschen unsere Verwaltung mit einem Sprung um die Ecke erreichen. Das wäre dann vorbei. Wir wären gehalten, bei jeder Kleinigkeit nach Braunlage zu fahren, was im Winter zeitweise eine Fahrt ins Risiko bedeuten würde. Spätestens dann müßten die Ratsmitglieder, die weiterhin der Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages ablehnend gegenüberstehen, vor den Spiegel treten und bekennen, das habe ich für meine Mitbürger getan.

Ich verstehe mich weder als Sprachrohr und schon gar nicht als Vormund von Rat und Verwaltung. Ich bitte aber die Organe der Stadt, unter Berücksichtigung aller Fakten für uns Bürger und Einwohner eine tragbare Entscheidung zu treffen. Entscheidungen, die zwar politisch unpopulär sind, können letztendlich dem Wohle der Bürger dienen.

Gerhard Bude

Neues Kreisverwaltungsgebäude gestern seiner Bestimmung übergeben – Anerkennung für den Neubau war einhellig

Markstein in der Geschichte des Landkreises

GOSLAR. Der 2. Dezember 1988 wird in die Geschichte des Landkreises Goslar eingehen: Mit der offiziellen Übergabe des neuen Verwaltungsgebäudes hat, wie Oberkreisdirektor Erhardt Müller in seiner Ansprache während des Festaktes sagte, die lange Entwicklung der Gebiets- und Verwaltungsreform ihr sichtbares Ende gefunden. Neu wie der Bau ist auch der niedersächsische Innenminister Josef Stock, der gestern den Blick auf die Aufgaben von morgen richtete und dem Kreishaushalt einschließlich der hervorragenden Saalakustik hohes Lob zollte. Hatte nach den Worten des Verwaltungschefs keine politische Gruppierung im Kreistag der Notwendigkeit eines Verwaltungszentrums widersprochen, so gab es gestern erneut einhellige Zustimmung für den beeindruckenden Sitzungssaal und das großzügige Foyer von den Rednern, aber auch aller übrigen Gäste.



Zufriedene Gesichter bei der Einweihung des Kreishauses (von links): Architekt Dirk Meyer, Kreisbaurat Bamberg, Architektin Maja Hakala-Meyer, Oberkreisdirektor Müller, Landrat Homann, Innenminister Stock und Prof. Winner. Foto: Goyer

Fester Tagungsort für Kreistag

Landrat „Jockel“ Homann begrüßte die vielen Repräsentanten aus dem Bereich des öffentlichen Lebens, unter ihnen Regierungspräsident Günther Niemann, aber auch seine Vorgänger Wilhelm Baumgarten und Heinz Pahl. Homann sprach von einem „hoffentlich letzten Schlußstrich“ unter den über hundertjährigen Reformentwicklungen des Landkreises Goslar. Im neuen Kreishaushalt hat der Kreistag nun ein feste Tagungsstätte erhalten. Der Landrat verheißt nicht, daß mit dem Wegfall wechselnder Tagungsorte der Kontakt zu den Kommunen reduziert werde, aber für den Kreistag und seine Ausschüsse böten sich hier wesentliche Verbesserungen.

Daß in dem neuen Sitzungssaal, einer der architektonisch reizvollsten Säle Goslars, die Museen und nicht nur die Politiker beheimatet sind, bewies der gestrige Festakt. Vor dem großen Wandbild Professor Winners, auf dem die Kirchtürme mit künstlerischer Kühnheit fast diagonal in die Fläche ragen und mit den statischen Säulen kontrastieren, spielte das Kammerorchester der Kreismusikschule Goslar unter Leitung von Horst Zell. Insbesondere das Prälude von Marc-Antoine Charpentier, Balkon für den Trompe-

ter und Tribüne für das Schlagzeug nützlich, war eine erstklassige Festmusik für diesen Tag, die in ihrer Dynamik genau der Rede des Ministers entsprach. Man muß keine Seherin sein: Als Konzertsaal wird dieser Kreissaal gefragt sein. Es gab Reden, und es gab Geschenke. Unter ihnen eine Erntekrone vom Landvolk, eine Christocollage von der Stadtsparkasse Goslar und die künstlerische Gestaltung des Saaltur von Heinrich Feldbege von der Firma Alape. Sie wurde von den Architekten und Hajo Schulpus entworfen und zeigt die grafische Darstellung der Topografie des Landkreises einschließlich Brocken.

Warnung vor Personalwachs

Bezeichnend für den Festakt und von den Zuhörern mit Vergnügen aufgenommen war ein gewisses geistiges Pingpongspiel zwischen den Rednern. „Nun ist der Landkreis fest etabliert, wie der Neubau dokumentiert“, sagte Innenminister Stock, der gleichzeitig der Stadt Goslar wegen ihrer Schönheit artige Komplimente machte. Die Grenzen des Personalwachstums seien allerdings erreicht, erklärte er in festlicher Runde: „Wir sind gut beraten,

wenn wir unsere Verwaltungen auf den Bevölkerungsrückgang einrichten.“ Dem hielt der Oberkreisdirektor entgegen, daß die Aufgaben der Verwaltung trotz Sparmaßnahmen nicht zurückgingen, denn das Anspruchsdenken der Bürger sei größer geworden. Der Landkreis habe immer neue Dienstleistungen sozialer und kultureller Art bis zu Leistungen für Wirtschaft und Wissenschaft und immer neue Gebote und Verbote zu erlassen. Josef Stock warnte indes weiter: „Mangelnde Wirtschaftlichkeit durch technischen Rückstand kann sich die öffentliche Verwaltung nicht leisten.“ Und selbstverständlich fehlten auch kleine Florettgefechte zwischen der Stadt Goslar und dem Landkreis nicht.

Von einem „kreispolitischen Ereignis“ sprach der Vorsitzende des Niedersächsischen Landkreistages, Landrat Heinrich Warnecke (MdL). So ein Verwaltungsgebäude sei keine Pracht- und Machtentfaltung, sondern solle es dem Bürger leichter machen, Verbindung zu seinem Landkreis zu erhalten, damit aus dieser Verbindung Verbundenheit erwachse.

Das „Schlüsselwort“ übernahm das junge Braunschweiger Architektenpaar Hakala-Meyer, für das nach

den Worten Dirk Meyers dieser Auftrag etwas ganz Besonderes gewesen sei. Sein Dank galt unter anderem Kreisbaurat Bamberg für sein menschliches Verständnis, seine fachliche Qualifikation und seine Beredsamkeit für die Sache.

„46 Millionen sind vertretbar“

Einen riesigen Schlüssel erhielt der Oberkreisdirektor, der sich wiederum mit einem Blumenstrauß und herzlichen Dankesworten bei Maja Hakala-Meyer revanchierte. Die 46 Mio. DM für den Neubau nannte Erhardt Müller eine vertretbare Summe, weil es keine Alternative zu diesem Bau gegeben habe.

Oberbürgermeister Dr. Jürgen Paul, der für die Kommunen des Landkreises Goslar sprach, erwähnte das Opfer der Kreisfreiheit, das die Stadt Goslar habe bringen müssen, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Gebäude Ausgangspunkt für die wieder zunehmende Bedeutung des Nordhartraumes in wirtschaftlicher Beziehung und als Kunstregion und „im zunehmenden Glück aller Bewohner des Kreises“ werden möge. um

Innenminister Stock verwies auf Chancen in der Umwelttechnik

Zur Strukturverbesserung 13 Mio. DM für den Kreis

GOSLAR. Mit den gut 13 Mio. DM, die in den nächsten vier Jahren aus dem Strukturprogramm in den Landkreis Goslar fließen sollen, befindet sich der Goslarer Kreis im oberen Feld der Landkreise in Niedersachsen. Das sagte der niedersächsische Innenminister Josef Stock in seiner Ansprache gestern bei der Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes. Diese Stellung sei andererseits ein Zeichen der Strukturchwäche des Kreises. Noch vor Weihnachten wolle er mit den Regierungspräsidenten die Abläufe dieser Zahlungen – an die Kommunen werden 150 Mio. DM aus dem Programm fließen – besprechen.

Ausgehend von den Ergebnissen der Volkszählung für Niedersachsen, die erhebliche Strukturveränderungen aufzeigten, betonte Stock nachdrücklich: „Subventionen gegen den Markt sind auf Dauer unwirksam.“ Erräume allerdings ein, daß es eine soziale Begleitung des Strukturwandels geben müsse. Wenn auch in Niedersachsen

der schwierige Anpassungsprozeß gegückt sei, so gebe es doch erhebliche regionale Unterschiede. Neben der finanziellen Stärkung der traditionellen Felder wie Städtebau, Denkmalschutz und Abwasserbeseitigung gelte es nun, mit dem Programm neue Strukturen aufzuzeigen, die unsere Wirtschaft in der nächsten Zeit prägen sollten.

Niedersachsen werde als Entsorgungsländ Nr. 1 bezeichnet, sagte Stock. Er meine das nicht negativ, denn er sei sicher, daß Landkreise und Städte, die auch die Entsorgung der Industrieabfälle vornehmen können, für Industrieansiedlungen attraktiv seien. „Aber wir dürfen dabei nicht stehenbleiben: Niedersachsen muß zum Vorreiter der Umwelttechnik werden“, meinte der Minister. Im Landkreis Goslar habe man für eine solche Aufgabe gute Voraussetzungen mit der TU Clausthal. Stock betonte, daß dieser Markt im Wettbewerb der Bundesländer noch nicht besetzt sei und man hier eine Reschance habe, wenn man nur zupacke. Der Innenminister



Minister Josef Stock während seiner Ansprache im Sitzungssaal des Kreishauses.

wies auch auf den für den Landkreis Goslar wichtigen Fremdenverkehr hin. Das Fremdenverkehrsland Niedersachsen müsse immer wieder neu begriffen werden. Investitionen in den Städten hielt er für sehr wichtig, um Städtetourismus, Bildungs- und Kulturreisen in einer Zeit zunehmender Freizeit zu fördern.

„Szenenapplaus“ erhielt der Minister für seine Ausführungen über die Kommunalpolitik, über die noch zu berichten sein wird. Prinzipiell: „Es wäre gut, wenn wir uns angewöhnen würden, den Mut zur Entscheidung zu haben und statt einer Vertagungsdemokratie eine Entscheidungsdemokratie zu entwickeln.“ um

Den neuen Schwung nutzen

Bürgermeister Grübmeier richtet Brief an die Bürger

ST. ANDREASBERG. Einer langjährigen Tradition folgend hat Bürgermeister Werner Grübmeier zum Jahresanfang einen „Brief“ an die St. Andreasberger Bevölkerung geschrieben, der über die Heimatzeitung in jeden Haushalt getragen werden soll. Wir kommen der Bitte gern nach und veröffentlichen nachstehend den Wortlaut:

Liebe Andreasberger Mitbürger, gern würde ich Ihnen persönlich, am liebsten jedem einzelnen, meine guten Wünsche für das „neue Jahr“ überbringen. Da dies natürlich nicht möglich ist, freue ich mich darüber, daß unsere Heimatzeitung dies übernimmt und ich Ihnen auf diesem Wege „die Hand schütteln“ kann.

Fast überall auf der Welt ist es üblich, daß man die Stunden zwischen zwei Jahren in heiterer und unbeschwerter Ausgelassenheit begeht. Ich hoffe, daß auch Sie ein wenig Freude und Frohsinn erleben durften. Ich gedenke natürlich auch der Frauen und Männer, denen persönliches Leid gerade diese Stunden nicht leicht haben sein lassen.

Der Jahreswechsel ist immer ein Anlaß zur Besinnung, zu einem kurzen Rückblick auf das vergangene und einem Ausblick auf das kommende Jahr. Unsere schnellebige Zeit erfordert geradezu diese Minuten des Innehaltens, Nachinnenhorchens, Sichbesinnens. Wenn ich dabei an das Geschehen unseres Jubiläumsjahres 1987 denke, dann erfüllen mich Gefühle der Dankbarkeit. Was war das für ein Jahr für unser St. Andreasberg als Gemeinwesen. Es hat uns von Januar bis Dezember in Atem gehalten. Es hat unsere ganze Kraft gefordert, aber auch gezeigt, was bürgerschaftliche Gemeinsamkeit zu leisten vermag.

Ich fühle mich schon aus diesem Grunde veranlaßt, den Grüßen zum Jahreswechsel, die Stadtdirektor Baumgarten und ich an Sie herangebracht haben, einige ergänzende und vertiefende Aussagen hinzuzufügen. Die zahlreichen anderen Jubiläen und Geburtstage, die das Bild unserer über 500jährigen Heimatstadt zusätzlich schmückten, ergänzten und verstärkten, waren harmonisch eingebunden in die Veranstaltungskette des Jahresrahmens 1987. Hinter uns liegt nun ein für St. Andreasberg ereignisreiches, erfülltes Jahr mit vielen bunten Facetten und zahlreichen Höhepunkten, die uns noch lange in Erinnerung bleiben werden.

sätzliche, positive Kräfte freisetzen, die uns allen dienen.

Unsere Heimatzeitung hat das Jahr kritisch-fördernd und umfassend begleitet. Hörfunk und Fernsehen haben großzügig und werbewirksam geholfen. Das erkennbare Ansteigen der Übernachtungszahlen war in diesem Zusammenhang ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt. Es sind Schriften und Bücher in und über St. Andreasberg geschrieben und wieder aufgelegt worden, die Zeugnis ablegen über verpflichtende Geschichte und richtungsweisende Tradition.

All dies aber wurde übertroffen von dem deutlich spürbaren und sich ständig verstärkendem Zusammenrücken der Andreasberger. Bürger und Rathaus bildeten wieder eine Einheit. „St. Andreas reviviscens“, der wiedererstandene Andreas, war man versucht, zu sagen. Ich war in diesen vergangenen Wochen und Monaten stolz darauf, Bürgermeister dieser Stadt sein zu dürfen. Lassen Sie uns diese Aufbruchstimmung, diesen Schwung nutzen.

1988 wird gewiß kein Jahr ohne Sorgen,

– weil wir trotz sparsamster Haushaltsführung und einer nicht unerheblichen Belastung unserer Mitbürger unseren Verwaltungshaushalt nicht aus eigener Kraft abdecken können

– weil es nicht gerade einen Motivationsschub gibt, wenn man seit Jahrzehnten Bedarfszuweisungsgemeinde ist und keine freiwilligen Leistungen erbringen kann

– weil wir unseren Mädchen und Jungen nicht die Palette adäquater Berufe bieten können, um die meisten an ihre Heimat zu binden, an der sie hängen – weil wir den Bevölkerungsschwund nicht stoppen können.

Natürlich sind wir nicht so phantasielos, um nicht die Rezepte und Rezepturen zu kennen, mit denen eine erfolgreiche „Revitalisierung“ in Gang gesetzt werden könnte. Wir kennen auch die „Ärzte“, die bereit wären, derartige Stärkungsmittel zu verordnen. Zweifel hegen wir allerdings, ob in einer Zeit der notwendigen Kostendämpfung im Gesundheitswesen genügend offene Kassen gefunden werden, die mit uns die Durststrecke einer Rekonvaleszenz durchstehen.

Doch Sorgen sind wie Kleinkinder. Je mehr man sie hätschelt, um so besser gedeihen sie. Darum müssen wir, ohne die Sorgen zu verdrängen, den Blick nach vorn richten.

Der Dank, den Rat und Verwaltung wegen dieser in diesem Umfang nicht unbedingt zu erwartenden Initiativen und unterstützenden Mitarbeit bei unterschiedlichsten Gelegenheiten öffentlich abstatteten, konnte darum auch nur den Vertretern der Vereine, Gruppen, Institutionen und Behörden offiziell ausgesprochen werden.

Das vergangene Jahr hat wieder einmal gezeigt, daß in den Mauern unserer Heimatstadt viele Menschen bereit sind, ihre Zeit und ihre Kraft zur Verfügung zu stellen. Sie sprechen nicht groß darüber, sie sind ganz einfach da, springen ein, helfen. Ihnen allen, die oft nicht genannt werden, deren Hilfe bei uns beinahe zur Selbstverständlichkeit geworden ist, danke ich in dieser Stunde.

Danken möchte ich auch den kreativen und risikofreudigen Unternehmern, die den Einwohnern Arbeitsplätze sichern. Sie sind der Garant für eine lebensfähige Gemeinde. Froh bin ich darüber, daß ein Brückenschlag zu unseren Zweitwohnungs-Mitbürgern zustande gekommen ist. Er könnte zu-

Das letzte Kalenderblatt 1987 ist umgeschlagen, das neue Jahr liegt vor uns. Wir werden die begonnene Arbeit fortsetzen. Größere Flächen unseres Wiesenbereiches sollen unter Naturschutz gestellt werden. Damit wollen wir nicht nur unseren Beitrag für bedrohte Lebewesen und die Pflanzenwelt leisten. Wir glauben auch, daß die einmaligen montanen Wiesen im Laufe der Jahre ihre alte Schönheit zurückgewinnen. Erste Sanierungsmaßnahmen der Altstadt sollen anlaufen. Der Sportplatz soll für die Schule und die Vereine zu einer gern genutzten Übungsstätte umgestaltet werden.

Da der Fremdenverkehr eine wichtige Basis zur Fortentwicklung unseres Kurortes darstellt, werden wir gemeinsam überlegen, wie durch noch unmittelbare Zuwendungen, durch noch bessere Betreuung einmal gewonnene Gäste zu Dauergästen werden. Wenn wir mit der Geschlossenheit von 1987 an alle notwendigen Aufgaben herangehen, werden wir wiederum ein gutes Jahr haben.

Mit einem hoffnungsvollen „Glückauf“ grüßt Sie Ihr Werner Grübmeier.

Wilfried Hasselmann, MdL
Vorsitzender der Niedersachsen-CDU
Minister a. D.

Böttcherstraße 7
3000 Hannover 21
Tel. 0511/7110129

Nienhof Nr. 3
3101 Langlingen
Tel. 05082/217

Herrn
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

07.12.1988

h - k

Lieber Werner,

ganz herzlich danke ich Dir für Dein Telegramm, was ich als ein persönliches auffasse und zugleich als eine Solidaritätsadresse Deiner Fraktion. Du hast mir damit eine große Freude gemacht.

Ich fasse inzwischen durch die vielen Sympathiekundgebungen und durch ersten öffentlichen Auftritte in unserer Partei und in der Öffentlichkeit neuen Mut. Ich hoffe, daß ich dafür arbeiten kann, und daß Herr Schröder nicht das Regierungszepter in seine Hände bekommt.

Mit freundlichen Grüßen, in alter, treuer Verbundenheit

Dein



Wilfried Hasselmann



Günter Rosenberg · Badestraße 11 · 3388 Bad Harzburg

Herrn Bürgermeister
Werner Grübmeier
Postfach 40

3424 St. Andreasberg

3388 Bad Harzburg 1, den 12.12.1988

Gespräch über den Bau einer sportgerechten Rennschlittenbahn

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

im Auftrag des Landessportbundes Niedersachsen möchte ich Sie zu einem Gespräch über den Bau einer sportgerechten Rennschlittenbahn im Harz einladen.

Da die Planung in Hahnenklee gescheitert ist, wird von der Begstadt St. Andreasberg (Oberharz) ein Gelände am Matthias-Schmidt-Berg angeboten. Um eine genaue Klärung der Verhältnisse herbeizuführen (Eignung des Geländes, Planungsvorbereitungen und Finanzierung), halte ich diese Zusammenkunft für äußerst wichtig, wobei Ihre Teilnahme wünschenswert wäre.

Tag und Zeitpunkt: Montag, 09.01.1989, 10.00 Uhr

Ort und Tagungsort: Bad Harzburg, BSV Klubhaus am Sportplatz
Waldhöhe, Stübchentalstr. 31 a

Das Tagungsort ist leicht zu erreichen. Erste Abfahrt von der Autobahn in Bad Harzburg benutzen, dann 2 x rechts fahren in Richtung DDR-Grenze. Hier Ausschilderung zum Sportplatz Waldhöhe folgen.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Rosenberg

Verteiler siehe Rückseite

Verteiler:

1. Herrn Ministerialrat Hermann Bringmann, Nieders. Kultusministerium,
Schiffgraben 12, 3000 Hannover
2. Herrn Sportdirektor H. Ahsbahr, Bezirksregierung Braunschweig,
Bohlweg 38, 3300 Braunschweig
3. Herrn Kreisverwaltungsdirktor Hermann Fuhst, Landkreis Goslar,
Klubgartenstr. 6, 3380 Goslar
4. Herrn Bürgermeister Werner Grübmeier, Postfach 40,
3424 St. Andreasberg
5. Herrn Schatzmeister Ernst Schmidt, Landessportbund,
Maschstr. 20, 3000 Hannover
6. Nieders. Bob- und Schlittensportverband, Herrn Dr. Helmut Berndt,
Grefekestr. 17, 3370 Seesen
7. Bezirkssportbund Braunschweig, Herrn Gerhard Lachmund,
Harzblick 4, 3305 Sickinge
8. Alberti-Lift GmbH, Herrn Geschäftsführer Günter Beer,
Matthias-Schmidt-Berg, 3424 St. Andreasberg
9. Kreissportbund Goslar, Herrn Günter Rosenberg,
Badestr. 11, 3388 Bad Harzburg 1

Musikschule servierte wohlklingendes Adventsgeschenk

Kammerorchester in der Martini-Kirche — Konzert fand nur geringe Resonanz

ST. ANDREASBERG cher — Unter der Leitung von Horst Zell gastierte das Kammerorchester der Kreismusikschule Goslar am vergangenen Sonntag, dem 3. Adventssonntag, in der St. Andreasberger Martini-Kirche und beschenkte die leider nur wenigen Zuhörer überaus reichlich. Mit einem geschickt zusammengestellten Programm, das umfassende Einblicke in die hervorragende Arbeit in der Musikschule eröffnete, stimmten die jungen Musiker gekonnt auf das nahe Weihnachtsfest ein. Dabei konnte es sich Horst Zell und sein Kammerorchester sogar leisten, weniger geübte Ohren auch mit zeitgenössischen Klängen von Wangenheim zu strapazieren.

Mit der Sinfonie in A-Dur von G.B. Sammartini, in den Sätzen Presto, Andante und Presto Assai eröffnete das Orchester sein Konzert. Es folgte ein Violinen-Trio als Zwischenspiel, ehe sechs kleine Sätze von R. Sugár in den Sätzen Commodo-Lento-Molto risoluto-Andante molto-Moderato-Grave, ma non lento folgten. Mit der Serenade für Streichorchester in Allegro moderato von



Ein großartiger Trompeter: Georg Zimnik

R. Volkmann entließ Horst Zell sein Publikum in eine kleine Pause.

Mit dem bereits angedeuteten Klangspiel, Nr. 1. I. Teil von V. Wangenheim, konfrontierte das Kammerorchester seine Zuhörer mit zeitgenössischer Musik und konnte damit deutlich machen, wie leicht und gekonnt es dem Stab des Dirigenten zu folgen vermag. Es folgte erneut ein Violinen-Trio.

Den Abschluß des Konzertes bildete die Sinfonia für Trompete und Streicher von A. Caldara in den Sätzen Allegro-Grave-Allegro da capo, die Solo-Trompeter Georg Zimnik hoch oben auf dem Orgelstuhl glänzen ließ.

Leider fand das Konzert nur wenige Zuhörer, die aber dürfen sich zu diesem klangvollen Geschenk der Musikschule Goslar beglückwünschen. Die vielen, die daheim geblieben waren, kann man nur bedauern.

Schade, denn so dürfte der Wunsch von Dr. Bernd Witusch, daß dieses Konzert mehr Verständnis für den St. Andreasberger »Treffpunkt Musikschule« aus den Reihen der Bevölkerung wecken möge, kaum hörbar verhallt sein.



Dr. Bernd Witusch dürfte sich für seine Arbeit vor Ort in St. Andreasberg etwas mehr von diesem Abend versprochen haben.





**NIEDERSÄCHSISCHER
LANDESRUNDFUNKAUSSCHUSS**
GESCHÄFTSSTELLE

NDS. LANDESRUNDFUNKAUSSCHUSS · ARNDTSTRASSE 19 · 3000 HANNOVER 1

Herrn

Werner Grübmeier

Quellenweg 9

3424 Sankt Andreasberg/ Harz

Arndtstraße 19
3000 Hannover 1
☎ (05 11) 32 75 08 oder 09
Telefax-Nr. (05 11) 15944

Bankverbindung:
Norddeutsche Landesbank Hannover
Konto-Nr.: 101036010 · (BLZ 250 500 00)

Hannover, den 14.12.1988 T./Bl.

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Vor einiger Zeit konnte ich der Tagespresse entnehmen, daß Sie zum Mitglied des Fernsehrats des Zweiten Deutschen Fernsehens berufen worden sind. Die Mannschaft und der Unterzeichner gratulieren Ihnen herzlich zu dieser Berufung. Wir wünschen Ihnen für das neue Amt alles Gute und eine glückliche Hand. Zugleich hoffen wir, daß Sie den Privatrundfunk nicht ganz vergessen.

*Mit besten Wünschen für
das Weihnachtsfest
Ihr*

(Thaenert)

verpackt und schließlich in die Mülltonne geworfen.

Außerdem würden Sicherheitsbestimmungen mißachtet, die zum Schutz der Menschen beim Umgang mit Giftschlangen vorgeschrieben seien. Immer wieder passiere es, daß hochgiftige Schlangen aus den Käfigen ausrücken und frei herumkriechen könnten. Mehrfach seien Mit-

Dieser hat am Montag die Anschuldigungen gegen seinen Mandanten zurückgewiesen und Schadenersatzforderungen angekündigt. Der Aufbau der Schlangenfarm sei Hergerts Lebenswerk. Es sei absurd, ihm zu unterstellen, daß er Tiere, deren Schutz sein besonderes Anliegen sei, absichtlich quäle oder umkommen lasse.

Zur Person

Der frühere CDU-Landtagsabgeordnete **Werner Grübmeier** aus St. Andreasberg im Harz hat eine neue Aufgabe erhalten. Der 62jährige wurde in den Fernsehrat des ZDF berufen. Er löst dort die Präsidentin des Landesarbeitsgerichts, **Hannemarie Kühler**, ab, die in den ZDF-Verwaltungsrat aufrückt. Aus diesem Gremium ist für sie der frühere Stuttgarter Regierungssprecher **Matthias Kleinert** ausgeschieden. Grübmeier wird im Fernsehrat neben dem früheren Regierungssprecher **Hilmar von Poser** sitzen, der jetzt beim Medienkonzern Holtzbrinck tätig ist, aber nach wie vor von der Landesregierung den Auftrag hat, im ZDF-Aufsichtsgremium niedersächsische Interessen wahrzunehmen. p. s.

★

Die niedersächsische CDU zahlt der SPD jetzt mit gleicher Münze heim. Der neue Fraktionschef **Jürgen Gansäuer**, den das ständige Naserümpfen von Oppositionsführer **Gerhard Schröder** über den CDU-Landtagsabgeordneten **Kurt Vajen** maßlos ärgert, hat die Sozialdemokraten an ihren Kollegen **Harald Groth** erinnert, der sich in der Kommunalpolitik ebenfalls unlauterer Methoden bedient hat. Vajen hatte bei der letzten Kommunalwahl Briefwahlscheine gefälscht, war dafür zu einer Geldstrafe verurteilt worden und dient seither der Opposition als Argument gegen Ministerpräsident **Ernst Albrecht**, der auf diesen Wahlbetrüger angewiesen sei. Der SPD-Landtagsabgeordnete

Groth hatte 1976 als Oberbürgermeister von Delmenhorst bei der Wahl des neuen Oberstadtdirektors die SPD-Ratsherren Blaupausen von ihren Stimmzetteln machen lassen, um sicherzustellen, daß keiner aus der Reihe tanzt. Die Wahl mußte wiederholt werden, und die Staatsanwaltschaft stellte ihr Ermittlungsverfahren gegen Groth nur deshalb ein, weil die Strafbestimmungen für die Verletzung des Wahlheimnisses nicht für Wahlen in einer Gemeindevertretung gelten. p. s.

★

Bayerns Staatsminister für Arbeit und Sozialwesen, **Gebhard Glück**, wird am Sonntag in Helmstedt erwartet. Er will, wie die Vorsitzende des Kreiskuratoriums **Unteilbares Deutschland**, **Walter Buchholtz**, am Montag ankündigte, die Festansprache zur Eröffnung des 24. Weihnachtsbasars des Kuratoriums halten, der ganz im Zeichen Bayerns stehen wird. Neben Werk- und Handarbeiten gibt es eine Reihe von Restaurants mit bayerischen und internationalen Spezialitäten. Bürgermeister und Ratsherren stehen an der Theke, um zu den Klängen von Blasmusik bayerisches Bier auszuschenken, das Ministerpräsident **Max Streibl** gestiftet hat. Die Schirmherrin des Basars, **Heidi Adele Albrecht**, wird Frankenwein auszuschenken. Der Erlös des Basars – im vergangenen Jahr waren es rund 56 000 Mark – wird wieder für Geschenkpakete an alte und einsame Menschen in der DDR verwendet. lni

Windmühlen-Flügel aus

Ausgerechnet bei dem alljährlich stattfindenden Mühlenfest war im Sommer dieses Jahres ein Flügel der 92 Jahre alten Windmühle in Eyendorf (Kreis Harburg) abgebrochen. Eine Untersuchung der gerade zehn Jahre alten Flügel ergab, daß das Material verrottet war. Rund 55 000 Mark investierte der Mühlenverein, um das weithin sichtbare Wahrzei-

Arbeiter fordern: Werk in Embsen erhalten

Lüneburg (lni)

200 Arbeiter des von der Schließung bedrohten Düngemittelbereiches der Ruhrstickstoff AG in Embsen bei Lüneburg haben am Montag vor den Werkstoren demonstriert. Anschließend führen sie nach Bochum, wo der Aufsichtsrat der zum norwegischen Konzern Norsk Hydro gehörenden Ruhrstickstoff AG tagt. Sie führten Transparente mit der Aufschrift mit sich: „Wir brauchen eine Zukunft. Stirbt das Werk, stirbt der Ort.“ Die Arbeiter wollten in Bochum ihre Forderung nach der Rücknahme des Schließungsbeschlusses vorbringen und 2500 Unterschriften überreichen, die dieses Verlangen bekräftigen.

IG Chemie-Sprecher **Gerhard Neumann** sagte am Montag, seine Gewerkschaft erwarte, daß der Aufsichtsrat seine Entscheidung mindestens noch für ein bis zwei Jahre aussetzt, damit neue Überlegungen angestellt werden können. Betriebsratsvorsitzender **Wilfried Dähn** wies darauf hin, daß die Belegschaft erst 1990/91 mit einem Abbau von Arbeitsplätzen gerechnet habe, denn Norsk Hydro habe vor drei Jahren bei der Übernahme des Werkes entsprechende Zusagen gegeben.

Bekanntmachungen



Bekanntmachung

Änderung des Anhangs zur Satzung der AOK Hannover betr. den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen nach dem Lohnfortzahlungsgesetz
Die Arbeitgebergruppe der Vertreterversammlung der AOK Hannover hat in ihrer Sitzung am 8. 11. 1988 folgende Änderung des Anhangs zur Satzung betr. die Angelegenheiten des Ausgleichs der Arbeitgeberaufwendungen nach dem Lohnfortzahlungsgesetz der AOK Hannover vom 5. 12. 1977 beschlossen:
Aufbringung der Mittel

§ 7
Umlage

(1) Die Umlage für Aufwendungen aus Anlaß der Krankheit eines männlichen oder weiblichen Arbeiters oder Auszubildenden wird auf 2,4 v. H. der Bemessungsgrundlage festgesetzt.
Die Änderung tritt zum 1. 1. 1989 in Kraft.
Die Bezirksregierung Hannover – Oberversicherungsamt – hat die Änderung am 14. 11. 1988 genehmigt.
Der geänderte Anhang zur Satzung kann in der AOK Hannover, Hans-Böckler-Allee 30, 3000 Hannover 1, Zimmer 351, und in den Geschäftsstellen eingesehen werden.
Hannover, den 15. 11. 1988

Der Geschäftsführer
Krauel

Bekanntmachung

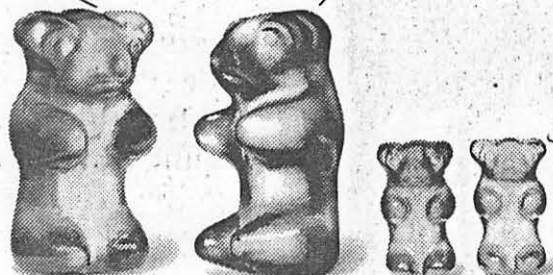
Wegen einer gründlichen Reinigung werden in den nachstehend aufgeführten Straßen von 9 bis 11 Uhr vom Ordnungsamt einseitig Halteverbote angeordnet:

Di./Mi., 22./23. 11. 1988:

Abelmannstraße, Bethlehemstraße, Birkenstraße, Drostestraße, Franziusweg, Gerberstraße, Hartwigstraße, Konrad-Hänisch-Straße, Luerstraße, Rühlmannstraße, Weckenstraße.

Wir
brauchen
Luftver-
änderung,
und zwar
schnell.

Wie wär's mit Berliner Luft?
Die gibt's günstig bei British
Airways.



Freie Betten melden

ST. ANDREASBERG khb — Die Weihnachtsbuchungen sind gut angelaufen, teilte der Leiter des Kur- und Verkehrsamtes, Albrecht Nitz, gestern dem TAGEBLATT mit. Die Zimmervermittlung sei dringend darauf angewiesen, daß Vermieter ihre freien Zimmer melden. Zwar seien dem Amt noch einige freie Betten bekannt, doch die Nachfrage sei größer. Das Problem bestehe vor allem darin, daß nach Zimmern für drei bei vier Tage nachgefragt werde, die Vermieter aber längere Zeit vermieten wollten. Damit nicht der eine oder andere Vermieter am Ende »in die Röhre guckt«, bittet Nitz, die freien Betten unter der Telefonnummer 80336 oder 80337 zu melden.

Weiter wies der Amtsleiter darauf hin, daß von der Nacht vom 20. zum 21. Dezember wieder Kurtaxe erhoben wird.

Grübmeyer: Albrecht will NDR nicht zerschlagen!

HANNOVER khb — Der Niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat nicht die Absicht, den Norddeutschen Rundfunk (NDR) als Dreiländeranstalt zu zerschlagen. Diese Meinung äußerte St. Andreasbergs Bürgermeister Werner Grübmeyer gestern in einem TAGEBLATT-Telefonat. Grübmeyer ist Gremienmitglied beim NDR und CDU-Medien-Berater in Hannover. Seit Wochen gebe es das Gerücht, Albrecht wolle den Staatsvertrag über den NDR aufkündigen. Dahinter stecke allerdings die Unzufriedenheit des Landes Niedersachsen, das sich bei der Verteilung der Aufträge be-

nachteiligt fühle. Grübmeyer: »Es ist in den letzten Jahren etwas geschehen, aber man könnte mehr tun.« Der NDR könnte beispielsweise mehr Programme nach Hannover verlagern und auch mehr Produktionen an niedersächsische Firmen vergeben. Doch müsse der NDR da nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden. Aber wenn in Hannover beispielsweise mehr Filme synchronisiert würden, käme das auch dem kulturellen Leben der Landeshauptstadt zugute, weil dafür Schauspieler gebraucht würden, die dann auch das Theater in Hannover für attraktiver hielten.

Stadt St. Andreasberg
z.Hd. Herrn Bürgermeister
Werner Grübmeier
Rathaus

3424 St. Andreasberg

Geschäftsführung

Walter-Giesecking-Str. 6, 3000 Hannover 1
Postfach 44 29
Telefon (05 11) 8116-0

Im Dezember 1988

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Gemeinsam haben wir ein Jahr lang Probleme gelöst, Erfolge verbucht, und Rückschläge überwinden können.

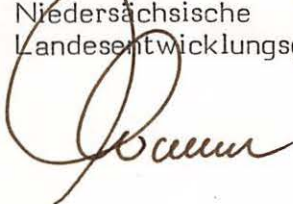
Auch 1989 möchten wir gern diese vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen fortführen, um neue Ziele zu setzen und begonnene Aufgaben erfolgreich abzuschließen.

Als kleines Zeichen des Dankes übersenden wir Ihnen eine Grafik von Hanns Jatzlau, den wir gebeten haben, zur Erinnerung an den 200sten Geburtstag von Hofbaumeister Georg Ludwig Friedrich Laves eines seiner reizvollsten Bauwerke, den Bibliothekspavillon im Berggarten von Hannover, darzustellen. Dieses kleine Kunstwerk soll uns gemeinsam ermuntern, über die tägliche Managementaufgabe im Städte- und Wohnungsbau hinaus das Oberziel unseres Tuns nicht aus den Augen zu verlieren, hohe architektonische Qualität für heute und morgen zu schaffen.

Wir wünschen Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest, gute Gesundheit im neuen Jahr, und immer wieder Erfolg, um unsere Arbeit zu beflügeln.

Mit freundlichen Grüßen

NILEG
Niedersächsische
Landesentwicklungsgesellschaft mbH





Das düstere Zukunftsbild hat sich aufgehellt

Finanzlage läßt Raum für Investitionen – '89er Haushalt nach politischem Schlagabtausch im Kreistag verabschiedet

Unter dem Zeichen eines heftigen politischen Schlagabtausches im Kreistag wurde am Montagabend der insgesamt 316,8 Mio. DM umfassende Haushaltsplan für 1989 von der SPD/FDP-Mehrheit gegen die Stimmen von CDU und GAW verabschiedet. Während die Zählgemeinschaft aus Sozialdemokraten und Liberalen den Haushalt als solide und wirtschaftsfördernd begrüßte, drückte die CDU-Fraktion Unzufriedenheit wegen vermeintlicher Ungereimtheiten aus. Die GAW sah den Haushaltsentwurf gar in einer „sozial- und umweltpolitischen Schiefelage“.

Mit der Verabschiedung ist dem Kreistag zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode gelungen, das Haushaltspaket für das kommende Jahr noch vor Jahreswechsel zu schnüren. Wie die GZ bereits berichtete, teilt sich das in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichene Werk in den 188 Mio. DM umfassenden Verwaltungshaushalt, den 44,4 Mio. DM starken Vermögenshaushalt sowie die zusammen über 84 Mio. DM vorsehenden Wirtschaftspläne für die Kreiskrankenhäuser Goslar (52,3 Mio. DM), Bad Harzburg (20,4 Mio. DM) und Clausthal-Zellerfeld (11,4 Mio. DM).

Die Ausgangslage für die Haushaltsplanungen sei 1988 günstiger als im Vorjahr, da die damals getroffenen Sparmaßnahmen fortwirkten, betonte der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Wilhelm Baumgarten (SPD). In seinem Bericht sprach er von einem Mehr an Eigenleistung des Landkreises für Investitionen. Die Netto-Neuverschuldung betrage 8,2

Mio. DM, womit der Schuldenstand des Kreises Ende 1989 voraussichtlich 84 Mio. DM betragen werde. Die Pro-Kopf-Verschuldung liege mit 519 DM pro Einwohner unter dem Landesdurchschnitt von 733 DM.

Das düstere Bild, das SPD-Fraktionsvorsitzender Horst Brennecke 1987/88 in der Einschätzung der Haushaltsentwicklung gezeichnet hatte, ist nach seinen Worten in einigen wesentlichen Bereichen nicht Realität geworden, da sich das Gewerbesteueraufkommen verbessert habe. Es habe sich die Auftragslage einiger Betriebe verbessert, wengleich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in dieser Region nach wie vor gespannt sei.

Brennecke begrüßte, daß der Landkreis mit dem Vermögenshaushalt mehr als 44 Mio. DM für Investitionen bereitstelle, wobei sich diese Summe auf über 50 Mio. DM erhöhe, rechne man die vielen Unterhaltungsarbeiten hinzu, die der Verwaltungshaushalt vorsehe. „Der Haushaltsplan ist solide,

gibt Impulse für die heimische Wirtschaft und weist eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur unseres Landkreises auf“, lobte der SPD-Fraktionschef.

In ein ganz anderes Licht stellte CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Grüb Meyer den Haushaltsplan. Er sei in einem „Spiel ohne Gemeinsamkeit, aber voller Ungereimtheiten“ zustande gekommen, das die CDU nicht mitspielen werde. „Es werden Geschenke gemacht, die in die Zigtausende gehen“, klagte Grüb Meyer in Richtung SPD und FDP, „der verdienstvollen Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen, dem berechtigten Anliegen der Seesener Jägerschaft versagen Sie jedoch Minimalbeträge.“ Die Zählgemeinschaft versage Oberharzger Gemeinden die Unterstützung und sie sei gegen einen forcierten Ausbau der Kreisstraßen.

Grüb Meyer warf Sozialdemokraten und Liberalen „Politheuchelei“ vor, weil sie mit „politischem Trommelwirbel“ angemessene Sitzungsgelder kürzten, nun aber die Fraktionskassen durch einen Zuschlag „klammheimlich füllen“. Dieser Vorwurf rief ebenso Empörung in den Reihen von SPD und FDP hervor wie Grüb Meyers rhetorischer Ausflug in die Bundespolitik. Demnach habe die deutsche Wirtschaft einen Aufschwung erfahren, wie er seit 20 Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen sei. „Die Schwarzmalerei der Konjunkturpessimisten der SPD und

ihrer vollmundigen Berufskritiker aus den Reihen des DGB zu Beginn dieses Jahres ist Lügen gestraft worden“, hatte der CDU-Abgeordnete seine Haushaltsrede eröffnet.

Der SPD-Abgeordnete Sigmar Gabriel warf Grüb Meyer vor, die Realität hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen und sozialer Armut zu verdrehen. „Wenn Sie schon volkswirtschaftliche Zusammenhänge für den Landkreis formulieren wollen, darf ich Sie bitten, dies intellektuell redlich zu tun.“

Für die Kritik der GAW-Fraktion an dem Haushaltsplan bemühte deren Sprecher Dr. Michael Braedt das Lied „Monopoly“ des deutschen Pop-Barden Klaus Lage. Demzufolge gebe es auch im Landkreis Goslar „Herren von der Schloßallee“, die immer viel zu viel kriegten, während die Sozial- und Umweltpolitik im Haushalt in Schiefelage gerieten.

Versöhnliche Töne kamen von der FDP-Fraktion. Hans Bahn: „Wir sehen absolut keinen Grund, Vorwürfe in irgendeine Richtung zu erheben.“ Vielmehr sage die FDP Dank an alle mitberatenden Fraktionen und auch an eine kooperativ mitarbeitende Verwaltung.

Oberkreisdirektor Erhardt Müller machte es in seiner Manöverbetrachtung kurz und deutlich, was die gemeinsame Vorbereitung des Haushaltsplanes betrifft: „Eine bessere Zusammenarbeit als die derzeitige könnte ich mir nicht vorstellen.“ öh

Zitate: s. u.

Randnotizen vom Kreistag

Meinungsvielfalt und Politklamotte

CDU-Fraktionschef Grüb Meyer über sein SPD-Pendant Brennecke: „Auch der Fraktionsvorsitzende der Mehrheitsfraktion dieses Hauses spielt in ständig neuen Variationen die schrillen Dissonanzen mit, wie sie wahrheitswidrig auf den Notenblättern stehen, die die Parteizentrale verteilt.“ Und (erregt): „Wenn auch die schlecht abbeschriebene Partitur wegen absoluter Unbrauchbarkeit die Generalprobe nicht überstand, werden Teilstücke dieser Politklamotte mit leicht veränderter Dramaturgie bei jeder Haushaltsrede zur Aufführung gebracht.“

*

Grüb Meyer, diesmal zur „großen“ Politik: „Auch ich gehöre zu den Anhängern, die für das Recht auf Arbeit plädieren. Ob es aber volkswirtschaftlich gerade ein Meisterstück war, oder vielleicht nicht doch opportunistisches Anheizen der vorhandenen Probleme, will ich mal im Raum stehen lassen. Ich meine damit die großangelegte Aufforderung an die Frauen, sich arbeitslos zu melden.“ – Zwischenruf des gerade Kaffee holenden SPD-Abgeordneten Wolfgang Janz: „Das ist Chauvinismus“.

*

Noch einmal Grüb Meyer: „Hören Sie jetzt genau zu, Herr Brennecke“. Brennecke (stöhnend): „Ich höre gar nicht hin.“

*

Empörter Zwischenruf von den Bänken der CDU-Fraktion, gerichtet an den Redner Sigmar Gabriel (SPD): „Sie haben doch noch nie richtig gearbeitet“. Gabriel, wenig später in Richtung CDU-Fraktion konternd: „Es freut mich, daß ich da in ein Wespennest gestochen habe.“ Und: „Es ist nur bedauerlich, wenn Sie das nicht intellektuell verarbeiten können.“

*

Das „Altenheim Wolfshagen“ (Grüb Meyer) ist nicht das „Altenheim Wolfenbüttel“ (Landrat Klaus Homann), sondern das „Altenheim Wolfsklippen“ in Bad Harzburg (Homann, auch Harzburgs Bürgermeister: „Jetzt verspreche ich mich auch noch“).

*

Horst Brennecke, zur Sanierung dieses Altenheims: „Und wir erwarten die tatkräftige Unterstützung des Landtagsabgeordneten jenes Raumes, der sich mit seinem Einsatz um Zuschüsse für dieses Projekt mehr Lorbeeren verdienen könnte als für Ideen, die Bad Harzburg als Zielort einer Magnetbahn oder als Austragungsstätte olympischer Disziplinen vorsehen.“ öh

Fremdenverkehrsbeitrag: Nach langer Diskussion stimmte der Rat zögernd zu

»Um Schaden von der Bergstadt abzuwenden und in der Hoffnung auf Zuschüsse«

ST. ANDREASBERG kbb — In selbst für St. Andreasberg ungewöhnlich langen Redebeiträgen hat der Rat am Dienstagabend über die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages diskutiert. Am Ende stimmte die Mehrheit dann dafür. Gleichzeitig verabschiedete die Mehrheit des Rates eine politische Erklärung für die Aufsichtsbehörde, in der es heißt, daß der Rat trotz seiner Entscheidung die Einführung für bedenklich hält. Nur um Schaden für die Bergstadt abzuwenden, habe man sich dem Druck der Bezirksregierung Braunschweig gebeugt. Allerdings verbinde der Rat dieses mit der Hoffnung, daß die Bezirksregierung in Zukunft die Finanzhilfen rechtzeitig überweise und sich großzügig zeige bei der Gewährung von Zuschüssen zur Verbesserung der Infrastruktur.

Damit hat die Bergstadt ihren 15 Jahre langen Kampf gegen den Fremdenverkehrsbeitrag aufgegeben. Jedes Jahr braucht die Stadt im Durchschnitt 1,5 Millionen Mark von Landkreis und Land Niedersachsen als Bedarfszuweisung (Zu-

schuß), um den Haushalt einigermaßen auszugleichen. Seit 1975 drängt die Bezirksregierung darauf, daß die Stadt auch noch die letzte mögliche Einnahmequelle ausschöpft. Die Forderung nach dem Fremdenverkehrsbeitrag wurde immer massiver. Dafür, so Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz bei seinem Vortrag, habe die Braunschweiger Behörde signalisiert, daß die Stadt die Grundsteuer B wieder senken darf. Eine Erhöhung der Grundsteuer B war vor Jahren als Kompromiß ausgehandelt worden, um den ungeliebten Beitrag nicht einführen zu müssen. Diese Senkung von 360 auf 330 Prozent beschloß der Rat folglich auch gleich mit.

Hans Bahn faßte resigniert die Situation in seinem Redebeitrag so zusammen: »Es ist vorbei. Irgendwann mußte es ja passieren bei unserer schwachen Haushaltssituation.« Dabei seien die äußeren Bedingungen für die zusätzliche Belastung der Bürger denkbar ungünstig, denn die Abwanderungstendenz habe auch in den letzten Jahren nicht gestoppt werden können.

Auch Bernd Rath äußerte die Meinung, daß sich nun der Fremdenverkehrsbeitrag nicht mehr verhindern lasse. An der Haltung seiner Fraktion »in der Sache« habe sich allerdings nichts geändert. »Es müßten mehr Fördermittel fließen statt neue Abgaben einzuführen«, bestimmte er die wirtschaftliche Notwendigkeit. Besonders für das Handwerk sei die Abgabe wettbewerbsverzerrend. Die CDU-Fraktion stimme »mit Bedenken ja, um die

Fortentwicklung des Ortes nicht zu behindern«. Damit spielte er auf die vorgegebene Alternative an, daß die Aufsichtsbehörde nur dann weiteren Strukturhilfen zustimmen will, wenn die Stadt den Beitrag einführt.

Gleichzeitig forderte Rath, daß die Bezirksregierung das Sanierungskonzept für die Finanzlage grundsätzlich ändert. Einmal müsse die Stadt mit einem festen Zuschuß rechnen können, zum anderen müßten die Bedarfszuweisungen möglichst zeitnah fließen, damit die Stadt Kosten für Kassenkredite einsparen könne.

Karl Kixmüller stellte seinem Redebeitrag die grundsätzliche Vorbemerkung voran, daß keiner im Rat einem anderen absprechen dürfe, daß er mit allem Ernst alle Argumente des Für und Wider durchdacht habe und das Beste für die Stadt wolle. Dann sprach er sich gegen die Einführung des Beitrages aus. Denn schon vor zwei Jahren habe die SPD festgestellt, daß die Grenze der Belastbarkeit für die Bürger erreicht sei. Die ungünstigen Bedingungen im Ort seien von den Bürgern nicht zu vertreten. Angesichts der Strukturschwäche solle die Bezirksregierung sich bemühen, die Bedingungen denen anderer Regionen im Land anzugleichen. Aber sie könne doch wohl nicht allen Ernstes die St. Andreasberger mit der neuen Abgabe für Bedingungen bestrafen, die sie nicht zu vertreten hätten. Kixmüller warnte davor, sich dem Druck zu beugen, denn weiterer Druck werde folgen. Sei erst einmal der Fremdenver-

kehrsbeitrag eingeführt, werde man »an dieser Schraube auch drehen«.

Bürgermeister Werner Grübmeier, der auch noch einmal wieder in die Vergangenheit zurückblickte, wandte sich dagegen, schon zu diesem Zeitpunkt über die Modelle für eine Fremdenverkehrssatzung zu diskutieren. Und er vertrat die Meinung, daß derjenige, der gegen die Einführung stimme, auch nicht mehr mit den Bürgern diskutieren solle, um nicht weiter die Emotionen anzuheizen. Diskutieren sollte nur der, der »die schwere Verantwortung des Ja zu tragen bereit ist«. Für die Abstimmung sollte seiner Meinung nach die Verbesserung der Infrastruktur der Maßstab sein.

Dagegen wandte sich wiederum Kixmüller. Wenn die SPD auch mehrheitlich gegen die Einführung stimmen werde, so werde sie die demokratische Entscheidung auch akzeptieren und an einer Satzung mitarbeiten, um die Belastung für die Bürger so niedrig wie möglich zu halten.

Bei der Abstimmung, die der Rat eine Weile hinausgezogen hatte, damit auch der etwas später kommende CDU-Rats Herr August Bock an der Abstimmung teilnehmen konnte, stimmten acht für und drei gegen die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages, zwei enthielten sich der Stimme.

Nun hat die Verwaltung unverzüglich einen Satzungsentwurf zu erarbeiten mit Varianten bei der zulässigen Beitragsbemessung.

Berechnung Fremdenverkehrsbeitrag/Jahr

Apothek
Gewinn: 217.499,- DM
Umsatz: 1.167.600,- DM
Vorteil: 16 %
Z. d. Apotheker: 1 (40 Std./Wo.)

Modell Niedersachsen
Satzung d. Stadt Bad Lauterberg

400,- DM je Apotheker
100,- DM je weitere Arbeitskraft
1 x 400,- DM
1 x 100,- DM

Modell Bayern
Satzung der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld

G: 217.499,- DM (Gewinn) x 16 %
(Vorteil) x 5 % (v.H.-Satz) =
1.739,99 DM
U: In der Richtsatzsammlung kein Ge-

HAUSHALT 1989

(ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!)

HERR LANDRAT,

MEINE SEHR VEREHRTEN DAMEN UND HERREN,

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT HAT EINEN AUFSCHWUNG ERFAHREN,
WIE ER SEIT 20 JAHREN NICHT MEHR ZU VERZEICHNEN WAR.
DIE SCHWARZMALEREI DER KONJUNKTURPESSIMISTEN DER SPD
UND IHRER VOLLMUNDIGEN BERUFSKRITIKER AUS DEN REIHEN
DES DGB ZU BEGINN DIESES JAHRES SIND LÜGEN GESTRAFT
WORDEN.

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT LÄUFT AUF VOLLEN TOUREN:

- LEBHAFTER KONSUM,
- ZUNEHMENDER EXPORT,
- STEIGENDE INVESTITIONEN,
- 1.000.000 NEUER ARBEITSPLÄTZE (SEIT
HERBST 1983).

UND: GUTE AUSSICHTEN FÜR 1989!

WIE SAGEN DOCH DIE WIRTSCHAFTSINSTITUTE:

"DIE FINANZPOLITIK STÄRKT DIE KONJUNKTUREXPANSION" UND
"DIE STEUERREFORM SETZT DIE RICHTIGEN SIGNALE FÜR DIE
WIRTSCHAFT, FÜR ARBEITNEHMER UND FÜR DIE UNTERNEHMER."

DIE POSITIVE ENTWICKLUNG, DIE NUN SCHON INS 7. JAHR ZEIGT, IST DAS ERGEBNIS DER KONSEQUENTEN WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG!

AM 6. 1. 1988 (UM IM LANDE ZU BLEIBEN) VERKÜNDETE DIE SPD IN NR. 15/88 DES SERVICES FÜR PRESSE, FUNK, TV: "DIE WIRTSCHAFTLICHEN AUSSICHTEN FÜR 1988 SIND BESORGNISERREGEND. DIE KONJUNKTURELLE ABSCHWÄCHUNG SIGNALISIERT IMMER DEUTLICHER DIE GEFAHR EINER REZESSION."

IM JUNI VERKÜNDETE AUSGERECHNET OBERBÜRGERMEISTER SCHMALSTIEG, DER DIESE LANDESHAUPTSTADT DURCH DIE VON IHM MITGETRAGENE MASSLOSE HAUSHALTPOLITIK WIEDER EINMAL INS GEREDE GEBRACHT HAT, "DIE PLEITE DER KOMMUNALEN FINANZEN INFOLGE DER STEUERREFORM". SCHON WENIGE WOCHEN SPÄTER KAM DIE DUSCHE: DAS STATISTISCHE BUNDESAMT IN WIESBADEN MELDETE EINNAHMEZUWÄCHSE AUF KOMMUNALER SEITE, WIE WIR SIE LETZTMALIG 1980 HATTEN: DIE VIERTELJAHRESSTATISTIK FÜR KOMMUNALFINANZEN WIES IM 1. QUARTAL 1988 GEGENÜBER DEM 1. QUARTAL 1987 EIN PLUS BEI DEN GEMEINDESTEUERN VON 11 % AUS. BEI DER GEWERBESTEUER SIND ES + 11,8 % UND BEI DEM GEMEINDEANTEIL AN DER EINKOMMENSTEUER SOGAR + 21,4 %.

DIESE ENTWICKLUNG HAT AUCH IN NIEDERSACHSEN STATTGEFUNDEN. DIE NIEDERSÄCHSISCHEN GEMEINDEN KONNTEN IM 1. QUARTAL EIN PLUS BEI DEN STEUERN VON 23,3 % VERBUCHEN. DIE GEWERBESTEUER (NETTO) STIEG UM 33,2 % UND DER GEMEINDEANTEIL AN DER EINKOMMENSTEUER UM 21,2 %. DER STARKE ANSTIEG DER EINKOMMENSTEUER ABER FAND TROTZ ODER GERADE WEGEN DER 2. STUFE DER STEUERREFORM STATT.

WENN DIE GEWERBESTEUER IM 2. QUARTAL 1988 BUNDESWEIT EIN PLUS VON 11,6 % ERBRACHTE, DANN BEWEIST DAS DOCH NUR DEN POSITIVEN TREND. BESSER KANN DIE SCHWARZMALEREI NICHT WIDERLEGT WERDEN.

WER WILL SICH AUCH NOCH GERN ERINNERN LASSEN, DASS IN DER ENDPHASE DER SPD-GEFÜHRTEN BUNDESREGIERUNG DURCH MANGELNDES WIRTSCHAFTSWACHSTUM ES ZU DEN GRÖSSTEN KOMMUNALEN DEFIZITEN KAM! ZUM BEISPIEL 1981 10 MILLIARDEN DM.

KEIN WORT NATÜRLICH DAVON, DASS DIE INFLATIONSRATE VON 6,3 % IM JAHRE 1982 AUF 1 % IM JAHRE 1988 GEDRÜCKT WURDE. KEIN WORT NATÜRLICH AUCH DAVON, DASS DURCH DIE HAUSGEMACHTE INFLATION DIE ZINSEN STIEGEN, INZWISCHEN ABER ENTSCHEIDEND GEDRÜCKT WURDEN. BEIDE ERGEBNISSE ABER BEEINFLUSSEN NICHT NUR DIE KOMMUNALEN HAUSHALTE POSITIV, SIE DIENEN AUCH DEN BÜRGERN, VOR ALLEM DEN SOZIAL SCHWACHEN.

NATÜRLICH GEHÖRT IN DIESEN KONTEXT AUCH DIE FRAGE DER BESCHÄFTIGTENSITUATION. DIE HOHEN ARBEITSLOSENQUOTEN KÖNNEN NIEMANDEM GEFALLEN, UND SICHER WAREN CDU-POLITIKER 1983 MIT IHREN AUSSAGEN ZU OPTIMISTISCH. OB DABEI DIE DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG DER IMMER GRÖSSE WERDENDEN ZAHL DER AUF DEN ARBEITSMARKT DRÄNGENDEN JUNGEN MENSCHEN ÜBERSEHEN WURDE, ODER OB BEISPIELSWEISE DIE EINBRÜCHE IN DER EISEN-, STAHL- UND IN DER WERFTENBRANCHE MIT DEN GEWALTIGEN STRUKTURELLEN VERÄNDERUNGEN VERGESSEN WURDEN, ES GIBT AN DEN ZU OPTIMISTISCHEN AUSSAGEN VON DAMALS NICHTS ZU DEUTELN!

RICHTIG IST DOCH WOHL ABER, DASS IM VERHÄLTNIS ZU ANDEREN LÄNDERN DIE LOHNSTÜCKZAHLEN UND LOHNNEBENKOSTEN DEN ERHALT UND DIE NEUSCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN NICHT GERADE ERLEICHTERN. RICHTIG IST DOCH WOHL ABER AUCH, DASS DIE BERECHTIGTEN NEUEN ANFORDERUNGEN DURCH VERBESSERTE EMISSIONS- UND IMMISSIONSDATEN JEDE NEUANSIEDLUNG NICHT GERADE ERLEICHTERN!

DAMIT ICH NICHT MISSVERSTANDEN WERDE, AUCH ICH GEHÖRE ZU DEN ANHÄNGERN, DIE AUF DAS RECHT AUF ARBEIT FÜR JEDEN PLÄDIEREN. OB ES ABER VOLKSWIRTSCHAFTLICH GERADE EIN MEISTERSTÜCK WAR, ODER VIELLEICHT NICHT DOCH OPPORTUNISTISCHES ANHEIZEN DER VORHANDENEN PROBLEME, WILL ICH MAL IM RAUM STEHEN LASSEN. ICH MEINE DAMIT DIE GROSS-ANGELEGTE AUFFORDERUNG AN DIE FRAUEN, SICH ARBEITSLOS ZU MELDEN. EIN APPELL, DER AUCH DIE MOBILISIEREN SOLLTE, DIE AUS EIGENEM ANTRIEB DIESEN - UND ICH BETONE NOCH EINMAL, VOLKSWIRTSCHAFTLICH BETRACHTET - NICHT IN JEDEM FALL NOTWENDIGEN SCHRITT GEGANGEN WÄREN.

WENN NUN TROTZDEM DIE IN DER GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK BISHER HÖCHSTE BESCHÄFTIGTENQUOTE ERREICHT WERDEN KONNTE, WENN ERSTMALS SEIT LANGER ZEIT DAS LEHRSTELLENANGEBOT DIE NACHFRAGE ÜBERSTEIGT, DANN IST DAS EIN RIESENERFOLG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT!

WENN DIE ARBEITSLOSENZAHLE TROTZ DER VON MIR ANGEDEUTETEN PROBLEMATIK ERKENNBAR DIE ZWEI-MILLIONEN-GRENZE STREIFT UND DABEI NICHT BEWUSST VERGESSEN WIRD, DASS DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHE SPRECHER DER SPD, ROTH, EIN VORÜBERGEHENDES ANSTIEGEN

DIESER ZAHL AUF DREIEINHALB MILLIONEN PROGNOSTIZIERTE, DANN ERST KANN MAN DIE KRAFTANSTRENGUNG VON WIRTSCHAFT UND RICHTIGER POLITIK BEWERTEN!

WIE GESAGT, ES BEFRIEDIGT IMMER NOCH NICHT! UND ES GIBT IMMER NOCH ZU VIELE MENSCHEN, DENEN ES NICHT GUT GEHT, OBWOHL ES DER ÜBERWIEGENDEN MEHRHEIT DER BUNDESDEUTSCHEN BÜRGER NOCH ZU KEINER ZEIT SO GUT GING WIE HEUTE!!

DAS HEISST: SOLIDE FINANZEN FÖRDERN DIE STABILITÄT, DIESE VERHINDERT DIE "UMVERTEILUNG VON UNTEN NACH OBEN" UND FÖRdert DIE SOZIAL SCHWACHEN.

EINE GUTE KONJUNKTUR, UM DEN FADEN NOCH EINMAL AUFZUNEHMEN, GEHT ALSO WEDER AM ARBEITSMARKT VORBEI NOCH AN DEN SOZIAL ARMEN, DAS ZEIGT EIN PLUS DES SOZIALHEBESATZES VON 22 %.

EINE SCHALLENDE OHRFEIGE EIGENTLICH AUCH FÜR DIE, DIE IN DIESEM HAUSE NICHT MÜDE WURDEN, DIE NEUE SOZIALE ARMUT HERBEIZURUFEN!

ANREDE:

ICH HABE DIESE VORBEMERKUNGEN BEWUSST MEINEN AUSSAGEN ZUM HAUSHALT VORGESCHALTET!, WEIL AUCH DER FRAKTIONSVORSITZENDE DER MEHRHEITSFRAKTION DIESES HAUSES IN STÄNDIG NEUEN VARIATIONEN DIE SCHRILLEN DISSONANZEN MITSPIELT, WIE SIE WAHRHEITSWIDRIG AUF DEN NOTENBLÄTTERN STEHEN, DIE DIE PARTEIZENTRALE VERTEILT. DAS BEGANN MIT EINER SCHLECHT ABGESCHRIEBENEN PARTITUR (SPRICH RESOLUTION) ZUM GENERALTHEMA: "DIE FINANZMISERE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE KOMMUNEN". WENN AUCH DIESES STÜCK WEGEN ABSOLUTER UNBRAUCHBARKEIT DIE GENERALPROBE NICHT ÜBERSTAND, WURDEN TEILSTÜCKE

DIESER POLITKLAMOTTE MIT LEICHT VERÄNDERTER DRAMATURGIE BEI JEDER HAUSHALTSREDE ZUR AUFFÜHRUNG GEBRACHT.

DABEI KENNEN WIR DOCH HERRN BRENNECKE! AUCH SEINE MUSIKALISCHE INTELLIGENZ IST DOCH SO TRAINIERT, DASS IHN DIESE FALSCHEN TÖNE EIGENTLICH SELBST SCHMERZEN MÜSSTEN.

ANREDE:

ZUM KREISHAUSHALT SELBST:

DER BERICHTERSTATTER, HERR BAUMGARTEN, HAT WIEDER IN VORBILDLICHER UND BEWÄHRTER WEISE DEN HAUSHALTSPLAN 1989 ERLÄUTERT UND DIE HAUSHALTSLAGE DARGELEGT.

(BEWERTUNG + BERICHTERSTATTUNG)

ICH WILL TROTZDEM IN GEBOTENER KÜRZE VERSUCHEN, DIE DERZEITIGE FINANZLAGE AUS MEINER SICHT ZU ANALYSIEREN. ICH HABE MIR HIERZU EINMAL DIE STEUERKRAFTZAHLEN DER LETZTEN 5 JAHRE GEBEN LASSEN. SIE BETRAGEN:

1984	86 MILLIONEN DM.
1985	89 MILLIONEN DM.
1986	99 MILLIONEN DM.
1987	90 MILLIONEN DM.
1988	104 MILLIONEN DM.

AN DIESEN ZAHLEN WIRD ERKENNBAR, UND ICH BETONE DAS AUSDRÜCKLICH, DASS JEDE PAUSCHALAUSSAGE AN DER WIRKLICHKEIT VORBEI-GEHT, WENN MAN DIE STRUKTURELLEN BESONDERHEITEN DER UNTER-

SCHIEDLICHEN REGIONEN AUSSER ACHT LÄSST. UND DER HARZ IN SEINER GESAMTHEIT IST NUN EINMAL TROTZ ALLGEMEINEN KONJUNKTURAUFSCHWUNGS EIN BEREICH MIT STRUKTURELLEN SCHWÄCHEN.

FÜR DIE KREISUMLAGE 1989 FÄLLT DIESE ZAHL WIEDER AUF

96 MILLIONEN DM

AB. DAMIT LIEGT DIESE ZAHL UNTER DER FÜR 1986 MASSGEBENDEN ZAHL. DER RÜCKGANG VOM VORJAHR BETRÄGT

8 MILLIONEN DM.

DAS BEDEUTET, DASS DIE STEUEREINNAHMEN DER GEMEINDEN DES LANDKREISES IM VERGLEICH ZU DENEN ANDERER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN ZURÜCKGEBLIEBEN SIND. DER LANDKREIS UND DIE GEMEINDEN SIND DESHALB MEHR ALS VORHER UND ALS ANDERE AUF DIE SCHLÜSSELZUWEISUNGEN DES LANDES ANGEWIESEN, DIE EINEN GEWISSEN AUSGLEICH INNERHALB DES LANDES SCHAFFEN.

DER AUSGABEBEDARF IST DAGEGEN IN DER ZEIT SEIT 1986 KONTINUIERLICH GESTIEGEN, SO Z. B.

DIE PERSONALKOSTEN VON 39,6 AUF 44,4 MIO. DM,

DIE SACHKOSTEN VON 44 AUF 45 MIO. DM,

DIE ZUWEISUNGEN VON 75,7 AUF 84 MIO. DM UND

DIE ZINSEN VON 4,4 AUF 5,5 MIO. DM.

BEI DIESER SITUATION IST ES EIGENTLICH FAST LOGISCH, DASS DER ÜBERSCHUSS DES VERWALTUNGSHAUSHALTES STÄNDIG SINKT. DABEI WILL ICH EINMAL DARAUf VERZICHTEN, WAS BESTIMMTE PARTEI-STRATEGIEN JETZT AUSMALEN WÜRDEN, DENN WIR HATTEN DAMALS ANDERE MEHRHEITEN IM KREISTAG.

ES GRENZT AN EIN WUNDER, WENN SICH DIESER ÜBERSCHUSS 1989 UM CA. 2 MILLIONEN DM AUF 7 MILLIONEN DM ERHÖHEN WIRD.

HIERFÜR GIBT ES EIGENTLICH NUR EINE ERKLÄRUNG, NÄMLICH DIE, DASS DIE SPEZIELLEN DECKUNGSMITTEL WIE GEBÜHREN, ENTGELTE, ERSTATTUNGEN UND ZUWEISUNGEN FÜR DEN LAUFENDEN BEDARF IMMER MEHR AUSGESCHÖPFT WERDEN. DIESE ENTWICKLUNG IST ZU BEGRÜSSEN UND SOLLTE INTENSIVIERT WERDEN; DENN NUR AUF DIESE WEISE BESTEHT DIE MÖGLICHKEIT, SICH SELBST AUS SCHWIERIGEN FINANZLAGEN ZU BEFREIEN.

DIE ZWEITE MÖGLICHKEIT ZUR VERBESSERUNG DER FINANZLAGE ERGIBT SICH BEI DER EINSPARUNG KONSUMTIVER AUSGABEN. AUCH HIER KANN FESTGESTELLT WERDEN, DASS DIE STEIGERUNGSRATEN BEEINFLUSSBARER AUSGABEN GERING GEHALTEN WORDEN SIND, ABER AUCH WAS GUT IST, KANN NOCH BESSER WERDEN.

HIER IST ZUNÄCHST AUF DIE ZUSTÄNDIGKEIT DER EINZELNEN WIRKUNGSKREISE ZU ACHTEN. HERR MINISTER STOCK HAT IN SEINER REDE HIER IM KREISSAAL AM 2. 12. 1988 DEUTLICH MIT RECHT DARAN ERINNERT.

HIER GING ES UM DIE ABGRENZUNG ZWISCHEN KREISTAG BZW. RAT UND VERWALTUNG, ZWISCHEN LAND UND KOMMUNE UND ZWISCHEN LANDKREIS UND GEMEINDE. WENN JEDER ALLEIN IN SEINEM UND FÜR SEINEN WIRKUNGSKREIS ARBEITET, WIRD VIEL ARBEIT, ÄRGER UND GELD GESPART.

ES VERGEHT KEIN JAHR, IN DEM NICHT VON IRGEND EINER SEITE VERSUCHT WIRD, NEUE MISCHFINANZIERUNGEN EINZUFÜHREN, UND ES FEHLT AUCH NICHT AN VERSUCHEN, AUFGABEN ANDERER TRÄGER ZU FÖRDERN ODER WAHRZUNEHMEN.

HIER IST DAS MUSTERBEISPIEL DER ZUSCHUSS ZUR LEGASTHENIE-BEHANDLUNG, DER IM JAHR 1989 42 TDM BETRAGEN SOLL. UNBESTRITTEN HANDELT ES SICH HIER UM EINE AUFGABE DES LANDES IM BEREICH DER SCHULEN. ABER AUCH DIE BEZUSCHUSSUNGEN VON MASSNAHMEN DER FORSTVERWALTUNG FÜR ÖKOLOGISCHE UND DEM FREMDENVERKEHR DIENENDE EINRICHTUNGEN GEHÖREN HIERHER. DER BEISPIELE GIBT ES GENUG, ABER ICH WILL ES DABEI BELASSEN.

ANDERS IST DAS, UND DARUM BEGRÜSST DIE CDU-FRAKTION DIE ABSICHT DES OBERKREISDIREKTORS, EIN GESAMTKONZEPT ÜBER DIE FÖRDERUNG VON ÜBERÖRTLICHEN KONZERTVERANSTALTUNGEN ZU ERARBEITEN UND VORZULEGEN, DAMIT HIER GRUNDSÄTZLICHE REGELUNGEN GETROFFEN WERDEN KÖNNEN. DIE ABSICHT DES OKD'S TRIFFT SICH MIT DER INITIATIVE DES MINISTERPRÄSIDENTEN. EINE SCHNELLE VORLAGE AN DAS ZUSTÄNDIGE MINISTERIUM (MWK) UNTER HINWEIS AUF DEN SCHON VORHANDENEN FACETTENREICHTUM IN UNSEREM LANDKREIS (KREISMUSIKSCHULE, HARZBURGER MUSIKTAGE, KONZERTE IN ST. ANDREAS, DAS PILOTPROJEKT "Treffpunkt Musik"

IN ST. ANDREASBERG) ERÖFFNET HIER AUCH EINE CHANCE FÜR DAS KULTURELLE LEBEN. DABEI GEHT ES NICHT, UM AUF BESTIMMTE ÄUSSERUNGEN EINZELNER KOLLEGEN EINZUGEHEN, UM DAS VERGNÜGEN ELITÄRER GRUPPEN, SONDERN UM DIE MÖGLICHKEIT, BÜRGER UND GÄSTE ORTSNAH AN HOCHWERTIGE MUSIK HERANZUFÜHREN.

EINE VERBESSERUNG STREBT DIE CDU-FRAKTION IM SCHULWESEN AN. SOWOHL IM VORIGEN ALS AUCH IN DIESEM JAHR IST VON DER CDU-FRAKTION BEANTRAGT WORDEN, DIE ÜBER DIE PAUSCHALEN HINAUSGEHENDEN VERANSCHLAGUNGEN ZU UNTERLASSEN. DURCH DIESE VERANSCHLAGUNGEN KOMMT ES IMMER WIEDER ZU BEVORZUGUNGEN EINZELNER SCHULEN, DIE UNS NICHT GERECHTFERTIGT ERSCHEINEN. EINE GLEICHMÄSSIGE BEHANDLUNG ALLER SCHULEN KANN ES NUR BEI PAUSCHALEN GEBEN, DIE SONDERLEISTUNGEN AUSSCHLIESSEN. EINE AUSNAHME KANN NUR BEI TYPISCHEN ERSTAUSSTATTUNGEN IM ZUGE VON BAUMASSNAHMEN ODER GRÖßEREN ORGANISATORISCHEN MASSNAHMEN SINNVOLL SEIN. DER HAUSHALT 1989 SIEHT INSGESAMT SONDERMITTEL IN HÖHE VON

DM 218.000,--

VOR, DAVON FALLEN AUF DIE BERUFSBILDENDEN SCHULEN ALLEIN

DM 96.000,--.

DIE CDU-FRAKTION SCHLÄGT DESHALB VOR, DIE PAUSCHALEN ENTSPRECHEND ANZUPASSEN.

WIR HABEN RECHTZEITIG GENUG GEWARNT, MAN WOLLTE NICHT HÖREN: DER HOHE ZUSCHUSSBEDARF DER HEIMATHÜTTE HOHEGEISS IST DAS

ERGEBNIS UND BEREITET DER CDU-FRAKTION SORGEN. ÜBERLEGUNGEN ZUR VERBESSERUNG DER WIRTSCHAFTLICHKEIT SOLLTEN HIER ANGESTELLT WERDEN.

DIE ERZIEHUNGSBERATUNGSSTELLEN DES LANDKREISES BENÖTIGEN EINEN ZUSCHUSS VON

DM 883.000,--.

HINZU KOMMT EIN ZUSCHUSS AN DIE ARBEITERWOHLFAHRT FÜR DIE ERZIEHUNGSBERATUNGSSTELLE SEESEN IN HÖHE VON

DM 250.000,--

UND FÜR "PRO FAMILIA" IN WOLFENBÜTTEL VON

DM 4.000,--.

DAS HEISST, DIE ERZIEHUNGSBERATUNG KOSTET DEN LANDKREIS

DM 1.137.000,--.

DAMIT LIEGT DER LANDKREIS AN DER SPITZE DER LANDKREISE, OBWOHL ER DIE NIEDRIGSTE GEBURTENRATE AUFWEIST. DIE CDU-FRAKTION IST DER ANSICHT, DASS HIER ÜBERPRÜFT WERDEN SOLLTE, OB DIESE EINRICHTUNGEN IN DIESEM UMFANG WEITERHIN NOTWENDIG SIND.

WIE AUS SOGENANNTEN EINMALIGEN ZUSCHÜSSEN DAUERINSTITUTE WERDEN, ZEIGEN BEREDT DIE ZUSCHÜSSE FÜR DIE SEESENER BRÜCKE. VON DER CDU-FRAKTION ABGELEHNT, BELASTEN SIE JETZT - WIE ANDERE UNNÖTIGE AUSGABEN - JÄHRLICH DEN HAUSHALT. WENN ABER DORT ZUSCHÜSSE GEGEBEN WERDEN, WO SIE HAUSHALTSRECHTLICH EIGENTLICH NICHT HINGEHÖREN, DANN IST ES BESONDERS UNGERECHT, WENN GLEICHE AKTIVITÄTEN MIT HÖHERER EFFIZIENZ, WIE SIE VON DER "ARCHE" GELEISTET WERDEN, VOM WARMEN GELDSEGEN AUSGEKLAMMERT WERDEN!!

DER VERMÖGENSHAUSHALT ENTHÄLT FÜR 1989 EINE REIHE VON BAUMASSNAHMEN. DIE ÜBERWIEGENDE ZAHL SIND FORTSETZUNGSMASSNAHMEN. ALS NEUE MASSNAHME IST DIE FREISPORTANLAGE IN SEESEN MIT EINEM FINANZBEDARF VON 2,2 MILLIONEN DM FÜR 1989 ANZUSEHEN.

DAS GESAMTVOLUMEN MIT RUND 16 MILLIONEN DM BEDEUTET EINEN WEITEREN INVESTITIONSSCHUB, DER LETZTLICH AUCH DER WIRTSCHAFT IM LANDKREIS ZUGUTE KOMMT. WIE DAS NOCH UNVOLLSTÄNDIGE INVESTITIONSPROGRAMM BEWEIST, IST DAMIT DER BEDARF AN VERBESSERUNGEN DER EINRICHTUNGEN DES LANDKREISES BEI WEITEM NICHT GEDECKT. AUCH IN DEN FOLGEJAHREN SIND HIER FÜR DIE INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGEN BETRÄGE VON JÄHRLICH RUND 26 MILLIONEN DM EINGESETZT. UND DAS WIRD MÖGLICHERWEISE NICHT REICHEN.

DAS INVESTITIONSPROGRAMM LÄSST ALLERDINGS EINEN NEUEN TREND ERKENNEN. DIE INVESTITIONEN VERLAGERN SICH ZUNEHMEND IN DIE BEREICHE ABWASSER- UND ABFALLBESEITIGUNG. DER UMWELTSCHUTZ

GEWINNT DAMIT AUCH HIER STÄNDIG AN BEDEUTUNG.

DIE CDU-FRAKTION HAT DEN EINDRUCK GEWONNEN, DASS DIE VORGESEHENEN STRASSENBAUMASSNAHMEN ZU SCHLEPPEND VORANGEHEN. WIR WOLLEN DESHALB HIER DIE VERWALTUNG AUFFORDERN, ALLE MÖGLICHKEITEN AUSZUSCHÖPFEN, DEN AUSBAU DER KREISSTRASSEN ZU FORCIEREN. DABEI BITTEN WIR, DARAUF ZU ACHTEN, DASS DER BLÖDSINN, DIE FAHRBAHNBREITE AUF 5,50 M ZU BEGRENZEN, IN ZUKUNFT VERMIEDEN WIRD. AUCH AN DIE NUTZUNG DES RADWEGEPROGRAMMS ERINNERN WIR NOCH EINMAL IN ALLER DRINGLICHKEIT.

DER ZUSCHUSSBEDARF SOWOHL DER HEIMATHÜTTE HOHEGEISS ALS AUCH DES ZELTPLATZES BRUNNENBACHSMÜHLE RECHTFERTIGT ES NACH UNSERER ANSICHT NICHT, HIER INVESTITIONEN VORZUNEHMEN, BEVOR EIN KONZEPT VORGELEGT WIRD, DAS AUFZEIGT, WIE DIESE EINRICHTUNGEN WIRTSCHAFTLICHER GESTALTET WERDEN KÖNNEN. VORGESEHENE INVESTITIONEN SOLLTEN DESHALB ZUMINDEST ZURÜCKGESTELLT WERDEN.

DER HAUSHALT 1989 BEWIRKT EINE NETTONEUVERSCHULDUNG VON

8,2 MILLIONEN DM.

DAMIT STEIGT DIE VERSCHULDUNG AUF

84 MILLIONEN DM = DM 519,--

PRO EINWOHNER

AN.

OBWOHL DIESE VERSCHULDUNG AUCH DER CDU-FRAKTION ALS VERTRETBAR ERSCHEINT, WEIL SIE WESENTLICH UNTER DEM LANDESDURCHSCHNITT LIEGT, SOLLTE DAS BESTREBEN SEIN, DEN SCHULDENSTAND ZU SENKEN, UM FREIRÄUME IN FINANZIELLER HINSICHT ZU SCHAFFEN.

ANREDE:

SIE, HERR OBERKREISDIREKTOR, UND IHRE MITARBEITER BEMÜHEN SICH SEIT JAHREN, HAUSHALTSPLÄNE VORZULEGEN, DIE AUGENMÄSSIG ERKENNEN LASSEN. DAFÜR DANKT IHNEN DIE CDU-FRAKTION!

DAS ORGAN KREISTAG MUSS SICH FRAGEN LASSEN, OB ES GLEICHEN ANSPRÜCHEN GENÜGT.

AUSDRÜCKLICHEN DANK RICHTET DIE CDU-FRAKTION ABER AUCH AN DIE LANDESREGIERUNG. TROTZ DER HAUSHALTSSENGE IST FAST JEDE 4. MARK AN DIE KOMMUNEN WEITERGEGEBEN WORDEN. DAS WAREN 24,8 % FÜR 1988 UND SIND 24 % FÜR 1989. DAMIT LIEGT NIEDERSACHSEN INNERHALB UND AUSSERHALB DES STEUERVERBUNDES AN DER SPITZE ALLER BUNDESLÄNDER, GANZ IM GEGENTEIL ZU NORDRHEINWESTFALEN.

DANKE ABER AUCH FÜR DIE MIT RECHT SO BEZEICHNETE ALBRECHT-INITIATIVE, 650 MILLIONEN DM FÜR DIE STRUKTURELLE VERBESSERUNG DES LANDES UND DAS AUF JAHRE. MITTEL, AN DENEN AUCH UNSER LANDKREIS PARTIZIPIEREN WIRD! - LÄNDERFINANZAUSGLEICH -

LASSEN SIE MICH ZUR EINNAHMESITUATION NOCH EINE ABSCHLIESSENDE

BEMERKUNG MACHEN: SIE IST IM AUGENBLICK ZWAR UNÜBERSICHTLICH, WEIL DIE AUSWIRKUNGEN DER STEUERREFORM, DER VORZÜGLICHEN KONJUNKTURLAGE, ABER AUCH DER VOLKSZÄHLUNG SCHWER ABSCHÄTZBAR SIND. UNS LIEGEN ERKENNTNISSE VOR, DASS DIE STEUERMEHREINNAHMEN IM VERGANGENEN JAHR FÜR DAS JAHR 1989 EINEN NICHT UNERHEBLICHEN ANSTIEG DER ALLGEMEINEN DECKUNGSMITTEL BEWIRKEN. IM NACHTRAG WIRD - SO HOFFE ICH - SICH DADURCH EINE GELEGENHEIT BIETEN, DIE MEHREINNAHMEN VORNEHMLICH ZUR MINDERUNG DER NEUVERSCHULDUNG EINZUSETZEN.

LASSEN SIE MICH ABSCHLIESSEND FESTSTELLEN:

(WIRD FREI VORGETRAGEN)

- A) MÄNGELKRITIK,
- B) BITTE UM AUFGABENKRITIK,
- C) FEHLENDE ZUSAMMENARBEIT DES ORGANES KREISTAG.

Anrede:

Dieser Haushalt weist über die Halbzeit dieser Wahlperiode hinaus:

Für eine Zwischenbilanz ist heute keine Zeit, obwohl sie reizvoll wäre.

Für die CDU-Fraktion stelle ich dessen ungeachtet fest: Wir sind mit der Arbeit nicht zufrieden.

Zu keiner Zeit wurde ernsthaft von der Kreistagsmehrheit der Versuch unternommen, das Organ Kreistag als Ganzes zu sehen. Unser Angebot zur gemeinsamen Bewältigung von Aufgaben wurde ausgeschlagen. Und wenn im politischen Raum Gemeinsamkeit signalisiert wurde, dann mußten wir erleben, daß der politischen Opportunität wegen Gutwilligkeit mit Tricks belohnt wurden. Das war so bei den komplexen Fragen im Krankenhausbereich, ich nenne stellvertretend Braunlage und Dr. Klinge.

Das war so bei der Frage HTV.

Bewußt wurde die Unwahrheit gesagt: ich erinnere an die Konzessionsabgabe und Langelsheim. Und wie ist es in Fragen des Haushaltes? Zur Gewinnung freier Spitzen und größeren Bewegungsspielraumes habe ich um eine umfassende Aufgabenkritik gebeten: Keine Reaktion bis heute!

Es werden Geschenke gemacht, die in die zigtausende gehen, der verdienstvollen Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen, dem berechtigten Anliegen der Seesener Jägerschaft versagen Sie Minimalbeträge.

Im konsumtiven Bereich wird großzügig bewilligt, bei der Bauunterhaltung - wo der Nachholbedarf für jeden ersichtlich ist - wird drastisch und sachungerecht gekürzt. Sie widersprechen dem forcierten Ausbau der Kreisstraßen mit unlauteren politischen Begründungen. Der Denkmalschutz ist ein kultur- und gesellschaftspolitischer Auftrag für alle. Ihn ausschließlich zur Landessache zu erklären, widerspricht jeder Sachlogik. Den Oberharzer Gemeinden wird die Unterstützung von F.D.P. und SPD versagt, obwohl bekannt ist, daß nirgendwo der Bürger finanziell am Gemeinwohl mehr mitträgt!

Strukturelle Hilfen für Vorharzgemeinden werden mit Haushaltsopfern der Oberharzer Gemeinden politisch erkaufte!

Mit politischem Trommelwirbel werden Sitzungsgelder gekürzt, die angemessen waren!

Die Fraktionskassen aber sollen durch einen Zuschlag klammheimlich gefüllt werden. Eine Polittheuchelei von besonderer Güte!

Nein, meine Damen und Herren, dieses Spiel ohne Gemeinsamkeit aber voller Ungereimtheiten werden wir nicht mitspielen.

Für diesen Haushalt tragen wir die Verantwortung nicht mit!

Wir werden uns gleichwohl weiter um Gemeinsamkeit, der Bürger wegen, bemühen; aber bitten werden wir nicht mehr!

Das Jahr 1991 kommt bestimmt!

Der Wähler wird dann die Rechnung aufmachen, und weil er Ihre nicht bezahlen will, wird er Ihnen das Mandat der Mehrheit entziehen.

Dokumentierte Ohnmacht des Rates

ST. ANDREASBERG. Eine Beschlüß-Begründung, in der deutlich genug der Zwang zum Handeln zum Ausdruck kam, war der Ratsmehrheit für die grundsätzliche Zustimmung zur Einführung der Fremdenverkehrsbeitrags nicht genug. Er dokumentierte seine Ohnmacht, weiterhin auf Ablehnung der neuen „Steuer“ zu beharren, in einem zusätzlichen Beschlüß, der folgenden Wortlaut hat: „Der Rat gibt zu diesem Beschlüß eine politische Erklärung ab, die den Aufsichtsbehörden bei den Vorlageberichten mitzuteil-

en ist. Der Rat der Bergstadt hält die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrags nach wie vor für bedenklich. Um Schaden von der Bergstadt abzuwenden und der nachdrücklichen Forderung der Aufsichtsbehörden Rechnung zu tragen, ist der Rat dennoch dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt. Der Rat spricht dazu die Hoffnung aus, daß der Bergstadt künftig rechtzeitig und umfassender erforderliche Finanzhilfen gewährt werden und bei der Verbesserung der Infrastruktur nachhaltig Unterstützung zuteil wird.“

Im Zustand des Kassennotstandes

ST. ANDREASBERG. In seiner Begründung für den Beschlüßvorschlag, den Fremdenverkehrsbeitrag einzuführen, begnügte sich Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz nicht mit der ausdiskutierten Situation. Er wartete zusätzlich mit einer Hiobbotschaft auf.

Die Stadt befände sich im Kassennotstand, teilte er dem Rat mit und machte deutlich, daß die Bereitschaft der Bezirksregierung zu einer weiteren Bedarfszuweisung für 1988 vom Grundsatzbeschlüß zur Abgabe abhängen werde. Nach neuestem

Stand weise der Haushalt 1988 bei 5,732 Mio. DM Einnahmen und 7,294 Mio. DM Ausgaben einen Fehlbetrag von 1,562 Mio. DM aus, stellte Grogorenz fest. Mit einer im Januar fälligen Rückzahlung von Mehrwertsteuer der Stadtwerke in Höhe von 350 000 DM werde die Grenze der möglichen Überziehung des Kassenkredits erreicht sein. „Wir müssen eine Zuweisung in Millionenhöhe erbitten.“

Gestern früh bereits hatte er Gelegenheit, in Braunschweig gutes Wetter über der Bergstadt zu erleben. te.

Nicht darum herumgekommen

Von Kurt Tempes

ST. ANDREASBERG. „Wir werden nicht darum herumkommen, ein paar Ratsberren zu finden, die der Sache zustimmen.“ Hans Bähn (FDP) blieb es vorbehalten, das wahre Wort in der Debatte um die Einführung der Fremdenverkehrsabgabe als einziger auszusprechen.

Die Frage Frage drängt sich auf, ob er seinen Sarkasmus selber im ganzen Umfang erfaßte. Da wäre also auch er um eine Zustimmung nicht herumgekommen, wenn er nicht darauf hätte bauen können, daß die CDU-Fraktion geschlossen und außerdem sein Fraktionskollege Horstjeu die unpopuläre Sache schon auf ihre Kappe nehmen würden. So aber konnte er sich mit einer Enthaltung begnügen, umso leichter, als selbst in der SPD-Fraktion die Front bröckelte. Deren Sprecher Karl Kixmüller artikuliert nämlich seine ablehnende Haltung zwar im Namen der Fraktion, aber schließlich fehlte eine Stimme im SPD-Quartett. Herbert Schlot, auch Vorsitzender des Haus- und Grundeigentümergebietes, ließ mit seiner Stimmhaltung deutlich werden, daß er der Fraktions-

Mehrheit nicht folgen konnte. Von der Bezirksregierung weichgeköpft, sah sich der Rat bei seinem Grundsatzbeschlüß mit dem Rücken zur Wand im Angesicht der Wähler. In einem zwei-stündigen Rückzugegefecht wurden noch einmal alle Bedenken ausgebreitet. Zum Schluß aber blieb die Frage, wie die SPD-Fraktion wohl gestimmt hätte, wäre sie des Ausgangs nicht sicher gewesen.

Unschädllich wäre es gewiß, der von Karl Kixmüller zum Ausdruck gebrachten ablehnenden Haltung Unredlichkeit zu unterstellen. Schließlich aber war es doch eingestanden, daß sich die SPD auch ihrer eigenen Wahlkampfaussage verpflichtet fühlte, jegliche weitere Höberbelastung des Bürgers abzuwehren – da war das sarkastische Bekenntnis von Hans Bähn schon vergessen.

Ein Blick über die Bergstadtgrenzen hinaus hätte in diesem Augenblick erkennen lassen, daß auch allorts dort im Harz, wo die SPD über die Ratsschweife verfügt, der steinige Weg zur Fremdenverkehrsabgabe Irreges gegeben wurde. „Mit Nein zu stimmen, ist die leichtere Entscheidung“, erklärte CDU-Bürgermeister Werner Grubmeyer, erparste es aber der SPD-Fraktion von St. Andreasberg, auch zur Frage nach einer eventuellen Abstimmungsstrategie aus dem SPD-Unterbezirk zu stellen.

So mußte denn der Eindruck entstehen, daß der Rat ein letztes Rückzugegefecht nur als Schaukampf abließerte, behaftet mit einem Argernis: es war ein Schaukampf ohne Zuschauer. Nachdenklich hätte es den Rat stimmen müssen, daß sich die zehnköpfige Zuhörerchaft aus Verwaltungsmitarbeitern und der „Rentnerband“ zusammensetzte (deren erstmals als „Mitglied“ Vertreter Ex-Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten möge verzeihen). Nicht mehr die Grundsatzentscheidung war für die Bürger der „Knackpunkt“, entscheidend aber wird für sie die Höhe der Belastung sein.

Rat dokumentierte den Zwang zur Entscheidung

Grundsatzbeschlüß zur Einführung der Fremdenverkehrsabgabe schließlich mit deutlicher Mehrheit gefaßt

ST. ANDREASBERG. Mit acht gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen stimmte der Rat der Bergstadt in seiner öffentlichen Sitzung am Dienstag im Kurhaus grundsätzlich für die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrags unter der Voraussetzung, daß der Hebesatz für die Grundsteuer B von derzeit 360 auf 330 Prozent gesenkt wird. Die Verwaltung wurde beauftragt, unverzüglich einen Satzungsentwurf mit Varianten der zukünftigen Berechnung auszuarbeiten und vorzulegen.

Voraus ging dem Beschlüß nicht nur eine fast zweistündige Debatte. Mit neun gegen vier Stimmen verband der Rat die Entscheidung mit einer zusätzlichen politischen Erklärung, in der er zum Ausdruck bringt, daß er sich mit seiner Bereitschaft zur Einführung der Abgabe lediglich dem Druck der Bezirksregierung beugt.

Mit diesem Zusatzbeschlüß wurde ein Kompromiß zur Forderung von Horst Horstjeu (FDP) gefunden, der dem Beschlüß ein politisches Bekenntnis vorangestellt wissen wollte. Bürgermeister Werner Grubmeyer sah eine solche Beschlüßergänzung als unangemessen an und einigte sich schließlich mit Horstjeu auf einen Text ähnlichen Inhalts, der dem Grundsatzbeschlüß beifügt werden soll. Gegen die vier Stimmen der SPD-Fraktion wurde er schließlich nach einer Sitzungsunterbrechung von CDU- und FDP-Fraktionsmitgliedern akzeptiert.

Zeit der Toleranz vorbei

„Einige Zeit der Toleranz“ habe die Stadt bewirken können, als sie in dem 15jährigen Ringen um bzw. gegen die

Fremdenverkehrsabgabe die Grundsteuer B von 330 auf 360 Prozentpunkte erhöhte, merkte Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz in der Erläuterung zur Beschlüßvorlage an. Sie sei nun vorbei. Nachdrücklich wies der Stadtdirektor auf die Kasienlage der Stadt hin – wenn der Rat heute seine Bereitschaft zur Einführung der Abgabe zeige, glaube er, für einen Antrag auf Bedarfszuweisung in erforderlicher Höhe noch für dieses Haushaltsjahr, einen zusätzlichen Beschlüß, ansetzen zu können. „Wir müssen auch in Zukunft Bedarfszuweisungen in Millionenhöhe erbitten“, stellte Grogorenz fest. Er erinnerte daran, daß die Stadt vieles nur dank freiwilliger Leistungen des Landes habe erreichen können, betonte dazu allerdings, daß solche Zuweisungen die strukturellen Probleme der Stadt nicht lösen werden.

Irgendwann mußte es passieren

„Alle Jahre wieder kommt nicht wieder“ erkannte Hans Bähn (FDP). „Irgendwann mußte es passieren.“ In seiner Stellungnahme schaltete er vor allem die Ungerechtigkeit dieser Abgabe für Handel, Handwerk und Gewerbe heraus, die in Konkurrenz zu nicht abgabepflichtigen auswärtigen Anbietern stehen. Anstelle einer Rechtfertigung könne ihnen gegenüber nur eines gesagt werden: „Du bist hier nicht erwünscht.“ Darüber hinaus sprach Bähn die Befürchtung aus, daß das Engagement vieler Andreasberger, das bisher in Aktionen und Forderung des Fremdenverkehrs Ausdruck finde, erstickt, die Abwanderungstendenz noch beschleunigt wird. Angesichts der

Zwangslage des Rates jedoch kündigte Bähn gleichwohl Stimmhaltung an.

Abgabe wettbewerbsverzerrend

Für die CDU-Fraktion, bekräftigte Bernd-Peter Rath, habe sich an der grundsätzlichen ablehnenden Haltung nichts geändert. Wenn sie nun der Abgabe zustimme, handle sie in Abwägung des Sachverhaltes. Angesichts drohender Kürzungen von Zuwendungen gelte es, eine Behinderung der weiteren Entwicklung der Bergstadt zu vermeiden. Bernd-Peter Rath unterstrich die Anmerkungen von Hans Bähn mit der Feststellung, die Abgabe sei wettbewerbsverzerrend und könne sich im Ort investitionsfördernd auswirken. Als besonders betrüblich sah er die Forderung zur Einführung der Abgabe unter dem Gesichtspunkt an, daß die Bergstadt nicht nur im Kurhaushalt „laufend Leistungen reduziert“ habe, um Einsparungen zu erreichen. Ein grundsätzliches Ja zur Abgabe verband er mit der Forderung an Kreis und Bezirksregierung, der Bergstadt mit einem „Sanierungskonzept“ nachdrücklich zu helfen. Unter diesem Aspekt sah er auch eine rechtzeitige Abdeckung von Fehlbeträgen durch Zuwendungen.

Zwei Schrauben zum Drehen

Entschieden verwarnte sich Karl Kixmüller gegen die CDU-Version, daß sich derjenige der Verantwortung entziehe, der nun noch die Fremdenverkehrsabgabe ablehne. Die SPD wolle keiner Fraktion die Absicht absprechen, für die Zukunft der Bergstadt das Beste zu wollen. Sie bleibe jedoch bei der Aussage ihres Wahlprogrammes:

„Die Grenze der Belastbarkeit der Grundsteuer B nur einen vorübergehenden positiven Ansatz. Es sei nicht nur fraglich, ob sich der neue Satz halten lassen werde. Zu befürchten sei ein Zwang, an künftig zwei Schrauben immer wieder drehen zu müssen. Auch mit der Zusicherung, daß die Festsetzung der Höhe der Fremdenverkehrsabgabe Sache des Rates sei, könne sich die SPD-Fraktion nicht zufriedengeben. Allein schon durch die Einführung der Abgabe vermute die SPD den „Punkt auf das I“ als erreicht. Engagement, Bereitschaft zu investieren und modernisieren könnten nicht mehr gegeben sein, zusätzlich müsse eine Beschleunigung der Abwanderungstendenz befürchtet werden, die sich innerhalb von sechs Jahren in einem Einwohnerchwund von 13 Prozent niedergeschlagen habe.

Volker Thale ergänzte die Argumentation der CDU-Fraktion um die Forderung, die Bürger rechtzeitig in die Diskussion um die Bemessungsgrundlagen einzubeziehen. Den Willen zur Beteiligung an dieser Diskussion bekräftigte Karl Kixmüller, auch wenn die SPD-Fraktion der Beschlüßvorlage einschließlich Zusatzbeschlüß nicht zustimmen könne. te

Die Betroffenen einbeziehen

Volker Thale ergänzte die Argumentation der CDU-Fraktion um die Forderung, die Bürger rechtzeitig in die Diskussion um die Bemessungsgrundlagen einzubeziehen. Den Willen zur Beteiligung an dieser Diskussion bekräftigte Karl Kixmüller, auch wenn die SPD-Fraktion der Beschlüßvorlage einschließlich Zusatzbeschlüß nicht zustimmen könne. te

Weihnachtsstollen als Vermächtnis

ST. ANDREASBERG. Mit Weihnachtsstollen kann der Besuchsdienst der evangelischen Kirchengemeinde die älteren bedürftigen Menschen der Bergstadt besorgen. Bürgermeister Werner Grubmeyer überreichte in der Ratsitzung dafür an Gertrud Werner einen Scheck, der Ausdruck der Heimatliebe einer verstorbenen Einwohnerin ist: Elisabeth Metz hatte in ihrem Testament die Mieteinnahmen aus ihrem Haus der Bergstadt zur Unterstützung „armer, alter und gebrechlicher alteingesessener St. Andreasberger“ zugedacht und bestimmt, daß unter dem Personenkreis am Geburtstag ihrer Mutter Weihnachtsstollen verteilt werden. Werner Grubmeyer nahm die Gelegenheit wahr, den Damen des Besuchsdienstes hohe Anerkennung für ihre aufopferungsvolle Arbeit auszusprechen. te.



Einen Scheck für Weihnachtsstollen überreicht Bürgermeister Werner Grubmeyer an Gertrud Werner (links) vom Besuchsdienst. Freude über dieses Vermächtnis auch bei Pastor Harheik (2. von links). Foto: Tempes



Wahrzeichen im Lichterglanz

ST. ANDREASBERG. So richtig in Feststimmung zu versetzen vermag das historische Wahrzeichen von St. Andreasberg, der Glockenturm. Zu jeder Jahreszeit bestimmt er die Silhouette der Bergstadt – erst recht natürlich, wenn er sich abends, von Scheinwerfern angestrahlt, im prächtigen Winter-Look präsentiert. Schade, daß inzwischen „rechtzeitig“ zum Weihnachtsfest milde Lüfte aus dem Atlantik gnadenlos am Zauber der Schneekristalle geknabbert haben.

Foto: Siebeneicher

Grußwort der Bergstadt zum Fest

Liebe Gäste, liebe St. Andreasberger Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr sind in diesen Tagen oft ausgesprochene Wünsche. Mit diesem Grußwort sprechen auch wir diese Wünsche aus und verbinden sie mit dem Dank für alle guten Dinge, die Sie in und für unsere Heimatstadt geleistet haben. Im Laufe dieses Jahres gab es viele Beweise, die für eine intakte Gemeinschaft der St. Andreasberger sprechen.

Wir denken dabei an die Bürgerinnen und Bürger, die uneigennützig alten und kranken Menschen helfen, an die Vereine und Vereinigungen, die über ihren eigentlichen Vereinszweck hinaus für allgemeine, aber auch neue Aufgaben zur Verfügung standen. Hierbei denken wir zum Beispiel an die Vereine, die Patenschaften für Landschaftspflegearbeiten übernommen und dazu beigetragen haben, die Schönheit unserer Landschaft wieder zu entdecken, an die Vereine und Mitbürger, die im In- und Ausland um Freunde und Gäste unserer Bergstadt geworben und an diejenigen, die sich in einem nimmermüden Einsatz um unsere traditionellen Feiern und Feste verdient gemacht haben. Wir danken aber auch den St. Andreasberger Betrieben, die, von tatkräftigen Unternehmern geführt, vielen Bürgerinnen und Bürgern Arbeitsplätze bieten. Gründe zum Dank gibt es viele. Besinnen wir uns gerade jetzt in der Weihnachtszeit darauf und erinnern uns daran, daß ein herzlicher Dank und ein aufmunterndes Wort mehr als materielle Werte bedeuten können.

Die Weihnachtszeit ist aber auch die Zeit des Jahres, in der mehr als sonst von Hoffnung gesprochen wird. Wir hoffen, daß wir von Katastrophen verschont bleiben, daß sich die wirtschaftliche Erholung unserer Bergstadt fortsetzt, und daß wir uns auch im nächsten Jahr als ein Gemeinwesen darstellen können, in dem sich unsere Gäste und wir uns wohl fühlen können.

Gesegnete Weihnachten, ein frohes und gesundes neues Jahr und ein herzliches Glückauf!

Grübmeier
Bürgermeister

Grogorenz
Stadtdirektor

Weihnachtsstollen für Senioren



ST. ANDREASBERG khb — Einen Scheck über 400 Mark hat Bürgermeister Werner Grübmeyer zu Beginn der Ratssitzung Gertrud Werner (links) als Vertreterin des kirchlichen Besuchsdienstes übergeben. Nach dem Vermächtnis der am 14. Dezember 1853 in St. Andreasberg geborenen Bertha Großkurth (geborene Abendroth) soll die Dezembermiete ihres der Bergstadt vermachten Hauses dafür eingesetzt werden, daß im Dezember Weihnachtsstollen gekauft werden und »älteren alteingesessenen Andreasbergern« geschenkt werden.

Bedarfszuweisung fiel höher als erwartet aus

ST. ANDREASBERG. „Jetzt ist es sogar mehr als erhofft!“ Stadtkämmerer Siegfried Kübner atmete auf, als er am Donnerstag die Höhe der noch für 1988 bewilligten Bedarfszuweisung erfuhr, über die Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz von der Bezirksregierung telefonisch unterrichtet wurde: 1 135 000 DM.

Die Bergstadt hatte in diesem Haushaltsjahr bisher 500 000 DM vom Land und 250 000 vom Landkreis als Bedarfszuweisung erhalten. „Nicht genug, um auch nur den Fehlbetrag aus dem vergangenen Jahr abzudecken“, wie der Stadtdirektor feststellt. Inzwischen war der Fehlbetrag im Haushalt 1988 auf rund 1,5 Mio. DM angeschwollen, obwohl die städtischen Anteile aus Einkommen- und Körperschaftsteuer höher als erhofft ausgefallen sind. Rund 900 000 DM des derzeitigen Fehlbedarfs entfallen auf den Kurhaushalt. te-

Samson-Sanierung begann

Firmen müssen 1988 noch Auftrag für 87 000 DM ausführen

ST. ANDREASBERG. Ein Millionen-Vorhaben zur Erhaltung wertvollen Kulturgutes, das sich über Jahre erstrecken soll, wurde kurz vor Weihnachten in aller Eile mit einer davon abgetrennten Sofortmaßnahme begonnen. 87 000 DM gilt es noch abzurechnen, nachdem der Bergstadt für die dringendsten Maßnahmen im Bergwerksmuseum „Samson“ noch öffentliche Gelder für 1988 bewilligt worden waren. Den Auftrag erhielten die Firmen Kamphenkel und Kasteineke in Arbeitsgemeinschaft mit Thyssen-Schachtbau.

Zusätzlich erhielt die Bergstadt vom Arbeitsamt für das Bergwerksmuseum eine Arbeitskraft im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Dauer eines Jahres bewilligt. Als ABM-Kraft konnte Klaus Hamelmann,

der „gleich nebenan“ wohnt, seine Arbeit aufnehmen. Hamelmann ist gelernter Forstwirt und seit November 1987 arbeitslos gewesen. Unter der Aufsicht von Museumsleiter Jochen Klähn machte er sich inzwischen an Reparaturarbeiten am Wasserrad, das mit zwölf Metern Durchmesser das größte in Europa ist. 1958 waren bei Reparaturarbeiten zwar wesentliche Teile des hölzernen Rades erneuert worden, die mächtige Achse aus Eiche aber ist noch das Original aus dem Jahre 1837.

Felssicherungsarbeiten am Wasserrad, Entrosten und Streichen des Geländes sind zunächst weitere Arbeiten für Klaus Hamelmann – er hofft, daß sich für ihn so viele Aufgaben ergeben werden, daß die Arbeitsverwaltung seinen Einjahresvertrag auf die maximalen zwei Jahre verlängern wird. te-



Klaus Hamelmann nahm als ABM-Kraft im Bergwerksmuseum die Arbeit auf. Am Wasserrad gibt es für ihn viel zu tun. Foto: Tempes





Feststimmung herrschte nur unter den Dächern

Christfestandachten in den Gotteshäusern waren gut besucht

ST. ANDREASBERG. Vorgewarnt war man. Die Wetterfrösche hatten es schon einige Tage zuvor prophezeit, daß es eine grüne Weihnacht geben würde. „Oben auf dem Berge“ hatte man sich im stillen zwar einiges mehr erhofft, aber milde Lüfte, ein trüber Himmel, zeitweise Regen bestimmten auch hier das Weihnachtswetter. Und nur die stellenweise noch recht beachtlichen Schneereste erinnerten daran, wie es hätte sein können, wenn Weihnachten nur drei, vier Tage früher gewesen wäre. Dennoch, die trockenen Witterungsabschnitte wurden genutzt, dem eigenen Körper Bewegung zu verschaffen. Man prominierte durch die Stadt oder wanderte durch die fast grüne Landschaft rundum.

Überwiegend aber fand das Fest im Saale statt. Dort gaben sich die St. Andreasberger Gastgeber alle Mühe,

die Gäste den Blick nach draußen vergessen zu lassen. So feierten die Kirchengemeinden der Bergstadt gemeinsam mit ihren Gästen überaus besinnliche Christfestandachten, alle stets in vollen Häusern.

Am Nachmittag des Heiligen Abends bereits stimmten Mitglieder der St. Andreasberger Blaskapelle mit einem Bläserkonzert vom Glockenberg auf die besinnlichen Stunden ein. Und auch am 1. Weihnachtstag war die Blaskapelle wieder im Einsatz, um einem recht gut besuchten Kursaal ein weihnachtliches Blaskonzert zu servieren.

Am 2. Weihnachtstag standen noch einmal die kleinen und kleineren Gäste im Mittelpunkt. Die Kindergruppe des St. Andreasberger Heimatbundes feierte mit ihnen Kinderweihnacht, mit Gesang, Folklore und dem Weih-



Bläserklänge vom Glockenturm stimmten Einheimische und Gäste auf die besinnlichen Stunden ein.

Foto: Siebeneicher

nachtsmann. Er machte, wie in vielen Jahren zuvor, auf seinem Heimweg noch einmal Station im St. Andreasberger Kurhaus und brachte für jedes Kind ein kleines Geschenk mit. Auch in den Hotels und Gästehäusern gab man sich alle Mühe, den Gästen dieses

Weihnachtsfest so angenehm wie nur möglich zu gestalten. Zum Abschluß des Festtagsprogramms gab es noch eine von der Kurverwaltung inszenierte Weihnachtsparty im Kurhaus, mit Carina und der Starshine-Band.

cher

Senioren feierten Weihnacht

Präsent-Kachel 1989 zeigt eine Abbildung des Glockenturms

ST. ANDREASBERG. Als Weihnachtsfeier gestaltete der Besuchsdienst der evangelischen Martinigemeinde den für dieses Jahr letzten der monatlichen Seniorennachmittage. Pastor Michael Henheik konnte im Gemeindesaal einen großen Kreis von Gästen zu einem Beisammensein begrüßen, an dessen Gestaltung auch die Grundschüler unter Leitung von Horst Hörseljau einen mit Beifall und Dank aufgenommenen Beitrag leisteten.

Für festlich gedeckte Tische, auf denen auch kleine Präsente bereitlagen, hatten die Damen des Besuchsdienstes unter der Regie von Gertrud Werner gesorgt. Bei Kaffee und Weihnachtsstollen stand in stimmungsvoller Atmosphäre ein Krip-

penispiel der Schüler im Mittelpunkt, das wohl bei vielen älteren Mitbürgern Assoziationen zum eigenen Lebensweg weckte. Unter den vielen Tieren erreichte schließlich allein der Vogel, der in ständiger Angst gelebt hatte, von anderen gefressen zu werden, den Stall von Bethlehem. Pastor Henheik sagte den Darstellern herzlichen Dank.

Bei einer vorangegangenen Besprechung hatten sich die Mitglieder des Besuchsdienstes schon auf die Arbeit im kommenden Jahr vorbereitet – über 300 St. Andreasbergern wird auch 1989 ein Besuch aus familiärem Anlaß gelten. Die kleine Kachel, die die Kirchengemeinde als überall willkommenes Präsent kreiert, wird 1989 den Glockenturm zeigen. te-

„In der Spitze“ Strom sparen

Bürgerinformation zur Senkung des Einkaufspreises gefordert

ST. ANDREASBERG. Eine Werbekampagne zur Förderung der Bereitschaft der Bürger, gerade zuzeiten des Spitzenbedarfs mit Strom zu sparen, empfahl Horst Hörseljau in der Sitzung des Rates bei der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 1989 der Stadtwerke.

In der Kalkulation für das kommende Jahr wird von einer weiterhin sinkenden Abnahme von Strom und Gas ausgegangen. Die niedrigeren Erlöse sollen allerdings weitgehend durch höhere Einnahmen aus „Nebengeschäften“, den Installationsgeschäften, aufgefangen werden.

Festgeschrieben sind eine Verringerung der Personalkosten um knapp 23 000 DM und eine Erhöhung der Konzessionsabgabe an die

Stadt um 18 000 DM sowie die Planung „Blockheizkraftwerk“ für 16 000 DM. Noch nicht enthalten im Wirtschaftsplan ist jedoch die Rohrnetzerneuerung in der Grundstraße, deren Umfang erst noch geprüft werden soll.

Zu den Zeiten des Spitzenverbrauchs müssen die Stadtwerke Strom besonders teuer bezahlen. Horst Hörseljau machte darauf aufmerksam, daß sich bei sinkender Gesamtabnahme die Durchschnittskosten im Stromeinkauf zuungunsten der Stadtwerke und damit letztlich auch zuungunsten der Verbraucher verschieben könnte. „Wir könnten möglicherweise doch einen Batzen Geld sparen“, meinte er zu seiner Empfehlung einer Bürgerinformation. te-

Termine des Ski-Clubs

ST. ANDREASBERG. Der Ski-Club weist darauf hin, daß die nächste Läuferversammlung am Freitag, 6. Januar, wie immer im Clubraum in der Glückauf-Schule stattfindet. Wichtig ist diese Läuferversammlung vor allem für die am Wettkampfsport teilnehmenden Jugendlichen, denn im Rahmen dieser Versammlung müssen die Meldungen für das erste Rennen der Schüler und Kinder, das am 14. Januar in Bad Sachsa stattfindet, zusammengestellt werden. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Auf die Einhaltung der Trainingszeiten und Gruppeneinteilungen, die inzwischen allen Jugendlichen zugestellt wurden, wird ebenfalls hingewiesen.

Ferner bittet der Sportwart, die Termine für die sportärztliche Untersuchung zu beachten. Für Mädchen ist diese für Dienstag, 3. Januar, ab 18 Uhr und für Jungen für Donnerstag, 5. Januar, ebenfalls ab 18 Uhr angesetzt. Durchgeführt wird die sportärztliche Untersuchung in der Praxis von Dr. Jan Fischer am Kurpark. cher

Klönabend für die Zweitwohnungsbesitzer

ST. ANDREASBERG. Schon zur Tradition geworden ist der „Klönabend“, zu dem die Bergstadt zum Jahreswechsel die Zweitwohnungsbesitzer in St. Andreasberg einlädt. Probleme werden bei dieser Gelegenheit in zwangloser Runde besprochen. Das „Einandernäherkommen und Einanderkennenlernen“ findet am Donnerstag, 29. Dezember, um 20 Uhr im Kurhaus statt.

Liebe Kollegen,

gerne würde ich Ihnen persönlich, am liebsten jedem Einzelnen, meine guten Wünsche für das "Neue Jahr" überbringen.

Da dies nicht möglich ist, möchte ich Ihnen auf diesem Wege die Hand schütteln. Fast überall in der Welt ist es üblich, daß man die Stunden zwischen 2 Jahren in heiterer und unbeschwerter Ausgelassenheit begeht. Ich hoffe, daß auch Sie ein wenig Freude und Frohsinn erleben dürfen. Der Jahreswechsel ist aber auch immer ein Anlaß zur Besinnung: Zu einem kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und einen Ausblick auf das kommende Jahr. Unsere schnellebige Zeit erfordert geradezu die Minuten des Innehaltens, nach Innenhorchens, sich Besinnens.

In der Bundespolitik geht ein Jahr großer Reformansätze vorüber. Trotz aller Irritationen sind wir uns einig darüber, daß all die angestrebten Ziele einer Regelung bedürfen. Ob alle Wege gleichzeitig gegangen werden mußten, ob sie hätten gradliniger beschritten werden können, entschlossener? Oder ob man einiges davon auf die Zeit nach 1990 hätte verschieben können, ist in der Nachbetrachtung irrelevant. Die CDU hat Probleme angepackt, die unbequem sind aber dringend bewältigt werden müssen. Wir sollten uns nicht nur den Fragen stellen, wir sollten, jeder an seinem Platz, die Antworten auch positiv umsetzen.

1988 war für die Landespolitik voller Turbulenzen. Mit dem Erfolg des 19. Dezember könnte das "Schiff Landesregierung" in ruhigere Gewässer eingedrungen sein. Nun gilt es, die unbestreitbaren Erfolge der "Regierung Albrecht" sachgerecht zu vertreten und die Zeit bis zum Frühsommer 1990 zu nutzen. Auch wir sind dabei gefordert!

Wenn wir im Bereich des Landkreises auch noch ein wenig länger Zeit haben, dann sitzen wir dennoch auch mit unserer Kreispolitik im gleichen Boot. Die Zeit eines nur Opponierens muß vorbei sein. Die Haushaltsdebatte hat gezeigt, daß wir gegen 3 politische Gruppierungen stehen. Mit meinen Ausführungen wollte ich deutlich machen, daß wir ab sofort die Mehrheit im Landkreis anstreben. Persönliche Angriffe sollten uns dabei nicht schrecken!

Die Aufbruchstimmung, die sich am 19.12. in mehrfacher Hinsicht zeigt, sollten wir nutzen.

Wir sollten alle verständlichen regionalen Egoismen über die Fraktionsräume nicht mehr hinaus blicken lassen. Einzelaktionen sollten als solche nicht mehr erkennbar sein; d.h. sie dürfen zukünftig nur noch als abgestimmte Aktionen der Fraktion nach draußen dringen. Um es anders zu sagen: Geschlossenheit der Fraktion sollte zu einem Bollwerk werden, an das sich kein politischer Gegner heranwagt. Wir besitzen diese Kraft, wir werden sie auch einzusetzen wissen.

Wenn wir mit dieser Geschlossenheit von jetzt an alle notwendigen Aufgaben angehen, werden wir am Ende des kommenden Jahres sagen können: Es war ein gutes Jahr!

Mit den besten Wünschen für Sie und Ihre Familien bin ich

Ihr

Werner Jüßmeyer



Genau senkrecht? Gerd Bude vom CDU-Stadtverband hält den Baum, dem Karl-Heinz Baumgarten Halt gibt.



Bernd Witusch und Dirk Pläschke, im Bild mit Bürgermeister Werner Grübmeyer, Stadtdirektor a. D. Karl-Heinz Baumgarten und Kreismusikschuldirektor Horst Zell, nehmen ihre Arbeit als Musikschulleiter bzw. Freizeitamateur auf.



Die Bergwiesen sind wieder der Stolz der Andreasberger – Kostbarkeiten wie die Bergfeuerlilie werden gepflegt.

Rückblick in Schlagzeilen: vieles angerührt, was erst im kommenden Jahr „greift“

Viel Bewegung im „Jahr danach“ in St. Andreasberg

ST. ANDREASBERG. Als „Jahr danach“ wird 1988 in die Bergstadt-Geschichte eingehen, betrachtet man es aus der Sicht des denkwürdigen Jubiläumjahres 1987. Möglicherweise wird man viel später das auslaufende Jahr aber auch als ein „Jahr davor“ verstehen wollen, vor allem dann, wenn in 1989 alles so läuft, wie man es 1988 geplant hat: Post-Verkabelung, Ausbau der Grundstraße, Attraktivierung des Hallenbades oder Stadtsanierung – um nur einige Punkte zu nennen. Wie immer dieses Jahr auch genannt werden soll, es war in jedem Falle für die Bergstadt recht ereignisreich. Es lohnt sich, es mit einem kleinen Rückblick in Schlagzeilen noch einmal in Erinnerung zu rufen.

Das Jahr beginnt mit dem Warten auf den Schnee. Dennoch, der Kurhaus schuß läßt sich von solcher Wartezeit nicht verdrängen und steigt elanvoll in das neue Jahr. Er beschließt, 74 000 DM für die Gästebetreuung einzusetzen und per Ätherwellen von Radio ffn für St. Andreasberg zu werben. Das Winterfest 1988 findet dennoch bei regelrechter Schnee-Flaute statt, erlebt aber bei seinem 3. Winterfünfkampf eine Rekordbeteiligung. Der CDU-Stadtverband lädt erstmals in St. Andreasberg zu einem Neujahrsempfang ein und will damit besonders das ehrenamtliche Engagement in der Berg-

erste richtige Wintersportwochenende des Jahres 1988 statt.

Dann „wackelt das Kurhaus“. Das Stadtfest-Komitee präsentiert vier Stunden Musik live und nonstop – ein „Bombending“ der Organisatoren. Nebenbei profitiert dank Manfred Dittmanns auch die Ski-Club-Jugend oder besser ihre „Bornholm-Reisekasse“ von diesem Abend. Um die Monatswende stöhnt man in der Bergstadt bereits über zuviel Schnee.

Im März erlebt St. Andreasberg sein erstes Schlittenhunderennen, die norddeutsche Meisterschaft des Schlittensportverbandes Mushin

erfolgreiche Altstadtfest endgültig zu Grabe getragen. Hans-Joachim Grogorenz erhält die Ehrennadel des Niedersächsischen Skiverbandes in Gold. In einem Raum der Glückauf-Schule kann man die ehemalige St. Andreasberger Zahnradbahn wieder in voller Fahrt bewundern – natürlich nur im Modell. Wieder ein großer Tag für die Feuerwehr, sie erhält anlässlich eines Besuches der Firma Walter Eckold von Firmenchef Gerd-Jürgen Eckold einen Wasserwerfer.

Der Johannistag wird wiederum groß gefeiert. Die ehrwürdige Wettertanne auf der Jordanshöhe, die ihr allerletztes Leben ausgehaucht hat, bekommt Ersatz – ein Bäumchen, das aus dem Samen der abgestorbenen Fichte gezogen wurde.

Zwei wertvolle ABM-Kräfte

Im Juli findet zum 8. Male im Internationalen Haus Sonnenberg die Jugendmusikwoche statt. Eine Bergstadt-Abordnung nimmt an der 800-Jahr-Feier der niederländischen Stadt Haaksbergen teil. Neue Akzente setzt die Bergstadt mit der Verpflichtung des Freizeitanimators Dirk Pläschke und des Musikpädagogen Dr. Bernd Witusch hinsichtlich des Freizeitwertes in St. Andreasberg. Der Interessensverband zur Erhaltung historischer Militärfahrzeuge veranstaltet in der Bergstadt ein Wochenend-Camp.

Im August lädt das Internationale Haus Sonnenberg zu einem Tag der offenen Tür ein. Das St. Andreasberger Schützenfest wird vom Wetter regelrecht verwöhnt. Die Loipe über die Jordanshöhe einen neuen Weg findet.

Wechsel in der Verwaltungsspitze

Professor Hans-Werner Niemann hat die ersten 200 Seiten der Bergstadt-Chronik fertig, und im 501. Jahre alten St. Andreasberg gibt es einen Wechsel im Amt des Kur- und Stadtdirektors. Während Karl-Heinz Baumgarten seinen 65. Geburtstag und damit seinen Abschied aus dem aktiven Dienst vor prominenter Kulisse feiern kann, übernimmt sein bisheriger Stellvertreter, Hans-Joachim Grogorenz, die Aufgaben des Verwaltungschefs.

Patenschaften für Bergwiesen

Der September beginnt mit einem prächtigen Stadtfest, das keinerlei Wünsche offen läßt. Die Freiwillige Feuerwehr lädt zu ihrem Hoffest ein und gewährt schöne Ausblicke aus der Drehleiterperspektive. Die untere Naturschutzbehörde vergibt an St. Andreasberger Vereine Partnerschaften zur Bergwiesenpflege. Die Finken-sportgruppe des Heimatbundes feiert



Dem Fuß, die „Stadt der gemütlichen Feste“ zu sein, machte die Bergstadt auch im zu Ende gehenden Jahr alle Ehre – selbst wenn das Altstadtfest vorerst zu Grabe getragen werden mußte.

ihr 60jähriges Jubiläum, und der Tennisclub weicht seinen dritten Platz ein.

Die Arbeitsgruppe „Forschungsverbund Umwelttechnik der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld“ startet in St. Andreasberg ein Pilotprojekt in Sachen Umwelttechnik. Siegfried Küßner wird zum stellvertretenden Stadtdirektor gewählt. Und zum zweiten Male nach 1988 treffen sich ehemalige St. Andreasberger.



Die Ruine der ehrwürdigen Wettertanne steht noch – der Nachwuchs kam gut über das erste Jahr.

Der Oktober bringt frohe Kunde aus Hannover: St. Andreasberg wird ins Sanierungsprogramm aufgenommen. Die CDU führt auf dem Glockenberg eine Baumpflanzaktion durch und legt damit den Grundstein zu einer neuen Allee. Die Fußballmannschaft des TSC wird Herbstmeister in der 2. Kreisklasse Süd.

Bergstadt im Sanierungsprogramm

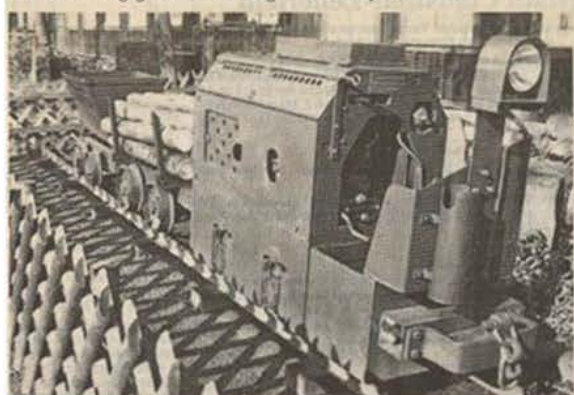
Die Einmündung der K 40 in die L 521 am Fuße des Sieberkes wird nach acht Monaten Bauzeit und 12 000 m³ Erdbewegung endlich fertig. Allerdings fragen sich die Autofahrer nicht zu Unrecht, ob sich der Aufwand bezüglich der Erhöhung der Verkehrssicherheit überhaupt gelohnt hat, weil der Blick der Autofahrer, die vom Sieberberg kommen, nach unten genau so gestört ist wie vorm – nach oben gar nicht zu reden.

Bergbau-Wanderweg eröffnet

Der November besucht der Bergstadt ein Feuerwerk aus Farbe, Tanz und fernöstlichen Klängen, und zwar mit der „Liaggi-Tanz-Company“ aus Usbekistan. Die Feuerwehr erhält ein neues Einsatzleitfahrzeug, und Stadtdirektor Hans-Joachim Grogorenz weicht im Besseren vieler Interessierter den neuen „geologisch-bergbauhistorischen Wanderweg“ ein.

Im Dezember feiert der Kindergarten seinen 15jährigen Geburtstag. Eine große Renovierung des Bergbaumuseums beginnt. Der Rat der Bergstadt besucht die Firma Albin Sprenger und darf ein neues „Boki-Mobil“ und einen neuen Unimog dem Bauhof überstellen. Die Martinikirche erlebt zwei herrliche Weihnachtskonzerte, das des „Treffpunkts Musikschule“ und das der Singgemeinschaft. Und dann warten einmal mehr ganz St. Andreasberg und seine Gäste auf den Schnee.

Damit schließt sich ein Kreis. Doch halt, da war doch noch was! Ja richtig, in seinem letzten Sitzungsbeschluß der Rat der Bergstadt die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrags und gab damit einen langen und zähen Kampf entmutigt auf.



Eine Lok fürs Museumsbergwerk – obwohl fahrbereit, wartete sie auch 1988 vergebens auf einen richtigen Einsatz.

stadt auszeichnen. Der ADAC-Gau Niedersachsen führt in St. Andreasberg sein 19. ADAC-Winter-Campingtreffen durch.

Viel los im Fastemohnd

Es wird Februar, und noch immer wartet man sehnsüchtig auf den Schnee. In St. Andreasberg tagt die sogenannte „Harzer Runde“, die sich aus der Spitze des Harzer Verkehrsverbandes, aus Kurdirektoren verschiedener Harzer Orte und Vertretern des DDFÖKJA zusammensetzt. Bergandfest, Fastemohnd und Narrenfeste – in der Bergstadt ist richtig etwas los. Und endlich auch Schnee, und es findet das

Schleswig-Holstein. Das Kurmittelhaus wird von Johannes und Monika Schmitz in neuer Regie übernommen.

Der April serviert ein Osterfest der Gegensätze: weiße Ostern, Skibetrieb hier, Osterhasenauftritt in der Pferdekuetsche dort, und die Osterfeuer, so sie überhaupt brennen, schmelzen dunkle Flecken in die Schneedecke. Die 12. Niedersachsen-Rundfahrt für Rad-Niedersachsen-Rundfahrt für Rad-amateure streift St. Andreasberg. Auf der Schützenstraße wird eine Bergwertung gestoppt. Die Freiwillige Feuerwehr erlebt einen großen Tag, als die LVA Hamburg ihr eine stattliche Spende in Form von vier Preldüfelmotoren überreichen läßt. Der April endet mit einem großen Walpurgis-Spektakel.

400 Starts im Panoramabad

Niedersachsens Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Heinrich Jürgen besucht das Internationale Haus Sonnenberg anlässlich des vor 30 Jahren erfolgten Zusammenschlusses der Sonnenberg-Gruppen zur „International Sonnenberg Association“. Die TSC-Schwimmabteilung führt erneut ein Jugendschwimmfest durch und bringt es dabei auf über 400 Starts in nur knapp vier Stunden. Auf dem Markt entsteht ein schmucker Kinderspielplatz. Die Harzklub-Freibergeweise sprudelt wieder, und auf den Bergwiesen blühen zur Freude aller Naturliebhaber wieder reichlich die heimischen Orchideen.

Im Juni veranstaltet die Finken-sportgruppe des Heimatbundes im Kurpark ihr traditionelles Finkenmanöver, dafür aber wird das bisher so

Für die Turmbläser ist *Dez. 88* sonntäglicher Frühsport angesagt

ST. ANDREASBERG cher — Ein nettes Geschenk machten Mitglieder der St. Andreasberger Blaskapelle den Bergstädtern an allen vier Adventssonntagen, jeweils kurz nach dem Gottesdienst. Vom Turm der Martini-Kirche ließen sie weihnachtliche Trompetenklänge erschallen, die weithin gehört werden konnten. Ein überaus liebenswerter Einfall, den Karl-Heinz Plosteiner und seine Musiker da sogar in die Tat umgesetzt haben.

Bläserklänge vom Turm der Martini-Kirche, das hört sich zunächst einmal aber viel leichter an, als es in der Tat war. Zumindest setzten sie sonntäglichen Frühsport der Akteure voraus — und auch einige Wetterhärte. Denn immerhin ist der Aufstieg auf den nicht einmal sehr hohen Turm schon ein recht mühseliges Unternehmen. Die letzten Meter müssen sogar per Klimmzug zurückgelegt werden.

Und hat man es endlich geschafft, dann wird es dort oben zwischen Balken,

Glocke und Glockenzug ziemlich eng. In gebückter Haltung mußten die Musiker ihr Musikinstrument bedienen, und das bei einem stets scharfen Wind, der durch die Turmschlitze pfliff.

Dennoch, als wir Eva Thomas, Uwe Türek, Günter Apel und Karl-Heinz Plosteiner bei ihrem Einsatz am 4. Adventssonntag auf ihrer Turmbesteigung begleiteten, waren sie wiederum bester Laune. Man sah es ihnen an, wieviel Freude es ihnen machte, den Bergstädtern ihr musikalisches Geschenk zu bereiten.

Und ihren Klängen war es in keinster Weise anzuhören, unter welcher schwierigen Bedingungen sie zustande kamen. Vielleicht haben die Musiker sogar so viel Gefallen an ihrem Unternehmen gefunden, daß dieses liebenswerte Turmblasen auch künftige Adventszeiten in St. Andreasberg bereichern kann. Es wäre schön eine schöne Sache.



Kaum Platz für die Turmbläser zwischen Balken, Glocke und Glockenhalterung.